

Mitteilungen
des
Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen

Redaktion:
Ludwig Brake, Michael Breitbach und
Eva-Marie Felschow

Neue Folge
88. Band

Gießen 2003

Dieser Band wurde mit einem Zuschuss der Universitätsstadt Gießen
und des Landes Hessen gedruckt.

Impressum

Herausgegeben vom Vorstand des Oberhessischen
Geschichtsvereins Gießen e.V.

Redaktion:
Ludwig Brake, Michael Breitbach
und Eva-Marie Felschow

Titelbild:
„Der Bauernstand des Großherzogthums Hessen“.
Erinnerungsblatt an den vom Landwirtschaftlichen Zentralverein
organisierten Festzug zur Enthüllung des Ludwigs-Monumentes in
Darmstadt 1844, Lithographie von F. Neben (Stadtarchiv
Darmstadt)

ISSN: 0342-1189
Druck und Bindearbeiten:
Verlagsdruckerei Schmidt

Inhalt

I. Erwin Knauß	
Nachruf Helmut Nachtigall	1
II. Siegfried Becker	
Vereine im 19. Jahrhundert. Formen und Funktionen der Geselligkeit als volkskundliches Forschungsfeld	5
III. Peter Engels	
Das Großherzogtum Hessen und sein historischer Verein	37
IV. Erwin Knauß	
Geschichtsbewußtsein und Denkmalpflege. Historische Identitätsbildung in der Gründungsphase des Oberhessi- schen Geschichtsvereins	61
V. Sylvia Kesper-Biermann	
Integration oder Separation durch Geschichte? Die historischen Vereine im Kurfürstentum Hessen des 19. Jahrhunderts	77
VI. Klaus Eiler	
Römische Altertümer und vaterländische Geschichte. Der Verein für Nassauische Altertumskunde und Ge- schichtsforschung im 19. Jahrhundert	105
VII. Karl Murk	
„Unter allen Landen deutscher Erde preis ich Waldeck, mein lieb Heimatland“ - Das historische Vereinswesen im Fürstentum Waldeck- Pymont	131
VIII. Ralf Roth	
Frankfurter Bürger auf der Suche nach ihrer Geschichte	159
IX. Winfried Speitkamp	
Geschichtsvereine - Landesgeschichte - Erinnerungs- kultur	181

X.	Festveranstaltung aus Anlass des 125-jährigen Bestehens des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen e. V. am 15. Juni 2003 in der Aula der Justus-Liebig-Universität Gießen	
	Begrüßung und Grußworte	
	Begrüßung durch den Vorsitzenden des Oberhessischen Geschichtsvereins, Michael Breitbach	205
	Grußwort des Bürgermeisters der Universitätsstadt Gießen, Hans-Peter Haumann	213
	Grußwort des Landrats des Landkreises Gießen, Willi Marx, vertreten durch Helga Meyer-Jäger	215
	Grußwort des Vorsitzenden der Hessischen Vereinigung für Volkskunde, Siegfried Becker	217
XI.	Michael Breitbach	
	Resumee der Podiumsdiskussion aus Anlass der Festveranstaltung zum 125-jährigen Bestehen des Oberhessischen Geschichtsvereins am 15. Juni 2003	219
XII.	Jürgen Reulecke	
	Perspektiven künftiger Arbeit von Geschichtsvereinen	223
XIII.	Peter Adamski	
	Geschichtsvereine und Geschichtswerkstätten - vom Nebeneinander zur Zusammenarbeit	237
XIV.	Rezensionen	
	Eckhart G. Franz und Hans-Peter Lachmann (Hg.), Das kulturelle Erbe des Hauses Hessen (Dagmar Klein)	251
	Shareen Blair Brysac, Resisting Hitler. Mildred Harnack and the Red Orchestra (Dagmar Klein)	253
	Ludwig Brake, Jürgen Friedel, Zwischen Kulturdenkmal und städtischem Wirtschaftsbetrieb. Der Gießener Friedhof auf dem Rodtberg (Erwin Knauf)	255
XV.	Buchanzeigen	259
XVI.	Autoren des Bandes	261

Nachruf Helmut Nachtigall

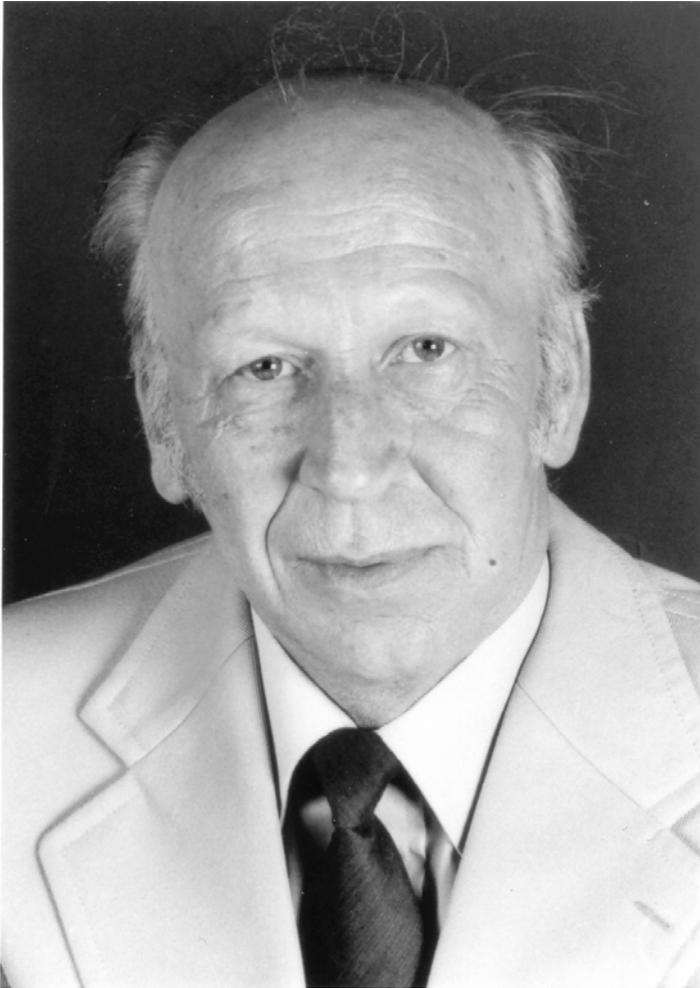
Erwin Knauß

Nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verstarb am 11. September 2003 Helmut Nachtigall im 73. Lebensjahr. Mit seinem Tod verliert nicht nur der Oberhessische Geschichtsverein ein langjähriges engagiertes Mitglied, sondern die Region Mittelhessen einen bedeutenden Volkskundler mit anerkanntem Fachwissen im Bereich der bäuerlichen Fachwerkarchitektur.

Der im Kern der (1944 zerstörten) Altstadt geborene Gießener blieb im beruflichen wie außerberuflichen Leben seiner angestammten Heimat treu. Nach der Grundschule und dem Abitur (1943) am damaligen Realgymnasium folgten Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft. Schon bald nach seiner Rückkehr nach Gießen entschied er sich für das Studium der Pädagogik, ein Entschluß, den er nie bereut hat. Er liebte den Beruf des Lehrers, der ihm Möglichkeiten bot, seine vielfältigen Begabungen und Neigungen umzusetzen und der ihm anvertrauten Jugend zu vermitteln. Hierzu verhalf ihm nicht nur seine geistige Aufgeschlossenheit, sondern auch die Tatsache, dass er als hervorragender Geräteturner und Schwimmer ein Vorbild für seine Schüler nicht nur im Klassensaal war. Während seines Lehrerstudiums am Pädagogischen Institut in Fulda entdeckte er - inspiriert durch eine eher alltägliche Aufgabenstellung - sein Interesse an der Volkskunde und hier besonders an der Wohnkultur der Bauerndörfer seiner engeren Heimat. Diese Thematik macht er dann zu seiner Lebensaufgabe, weil er erkannt hatte, dass hier die Wissenschaft eine Lücke gelassen hatte, die der Aufarbeitung bedurfte.

Mit großer Energie und nie erlahmendem Fleiß erarbeitete er sich in jahrelangen autodidaktischen Studien Grundlagen für ein Wissen, das in der Fachwelt geschätzt wurde und ihn dazu befähigte, gutachterliche Tätigkeit im öffentlichen wie im privaten Bereich auszuüben. Als langjähriges Mitglied im Denkmalsbeirat des Landkreises wie der Stadt Gießen hat er den Denkmalschutz maßgeblich beeinflusst und gefördert und wurde oftmals zu Rate gezogen, wenn es um Restaurierung oder den Erhalt von Fachwerkarchitektur ging. Sein besonderes Anliegen galt neben dem Schmuck und den Inschriften der Fachwerkhäuser dem Bestand und Erhalt der typischen Hüttenberger Hoftore, denen er drei bedeutende Publikationen widmete.

Helmut Nachtigall
in memoriam



geb. 15.4.1925 in Gießen, gest. 11.9.2003 in Gießen

Schon in jungen Lehrerjahren schrieb er Aufsätze zur Geschichte und Volkskunde unserer Region und es kann nicht verwundern, dass der Pädagoge die Heimatkunde, jenen heute so vernachlässigten Teil des Grundschulunterrichts, in den Mittelpunkt seines Lehrens rückte. Als er erkannte, was da an Unterrichtsmaterial fehlte, verfasste er selbst zwei heimatkundliche Lese- und Arbeitshefte mit dem Titel „Rings um Gießen“ und „Gießen“, die für ihn und seine heimischen Kollegen sehr hilfreich waren und auch heute noch sind.

Seine zahlreichen Veröffentlichungen, deren bedeutendste in der nachfolgenden Liste aufgeführt sind, dokumentieren seine von der Fachwelt anerkannte wissenschaftliche Leistung und zeigen die ganze Breite seiner Beschäftigung mit der bäuerlichen Wohnkultur des mittelhessischen Raumes. In den letzten 30 Jahren gab es kaum ein Festbuch bzw. eine Ortsgeschichte im Raum um Gießen, in der nicht ein Betrag von Helmut Nachtigall zu finden war.

Bei all seinen Erfolgen, bei seinem Ansehen als jahrzehntelanger Lehrer der Pestalozzischule unter Eltern und Schülern, blieb Helmut Nachtigall stets bescheiden, war reserviert in seinen Urteilen und strahlte Ruhe und Gelassenheit aus.

Auf Grund seiner großen Verdienste um die heimische Geschichte und Volkskunde, ernannte ihn der OHG im Mai 1993 zum Ehrenmitglied. In ihm ist eine bedeutende Persönlichkeit von uns gegangen; der Unterzeichnete betrauert einen guten Freund und Kollegen.

Aus der Fülle der Publikationen von Helmut Nachtigall:

1. Schmuck an Fachwerkhäusern im Kreis Gießen, 80 S., Gießen 1969
2. Das Fachwerk im Kreis Gießen bis um 1750 in seinen äußeren Merkmalen, 47 S., Gießen 1973
3. Zimmermannskunst im Hüttenberg - Führer durch die Holzbaukunst eines alten Bauernlandes mit Stichwortangabe, Übersichtstafeln, Schrifttumsnachweis und 40 Abbildungen, 61 S., Marburg 1973
4. Die Fachwerkhäuser Alt Laubachs - Führer durch die Holzarchitektur Alt Laubachs, 2 Bildtafeln und Stadtplan von 1756, Laubach 1975
5. Bauernhöfe und Fachwerk in Laubach, 6 Bildtafeln und 40 Fotos, 63 S., Laubach 1978
6. Alte Bauernhäuser in Mittelhessen - Bauernhäuser und Bauernhöfe im Hüttenberger Land und zwischen Lahn und Vogelsberg, 78 S., Gießen 1979 (2. Aufl. Gießen 1982)

7. Altes bäuerliches Gebrauchsgut aus Hessen, 114 S., Gießen 1980
8. Hessische Bauernmöbel, 143 S., Gießen 1981
9. Fachwerk - Restaurierungen - Hinweise und Vorlagen, 21 Abbildungen, 7 S., Gießen 1983
10. Oberhessische Hoftore - Leitlinien des Aufbaus und der Auszier - Hinweise zur Restaurierung, 79 S., Gießen 1984
11. Topographie der Hüttenberger Hoftore, 92 S. und Anlagen, Gießen 1988
12. Hüttenberger Hoftore in Stadt und Landkreis Gießen, 137 S., Gießen 1990
13. Haus- und Torinschriften in Hessen, 124 S., Gießen 1985
14. Hüttenberger Hoftore im Wetteraukreis, Wetterauer Geschichtsblätter 39 (1990), S. 149 bis 269.
15. Hüttenberger Hoftore im Lahn-Dill-Kreis, Mitteilungen des Wetzlarer Geschichtsvereins, 36. Heft, 1993, S. 103 bis 163.

Mit insgesamt 6 Beiträgen ist Helmut Nachtigall in den „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen“ vertreten:

1. Rheinische Fachwerkbauten im Raum Gießen, MOHG NF 59 (1974), S. 273 bis 319.
2. Eckständerornamentik am Fachwerkhaus des 17. Jahrhunderts im Gießener und Hüttenberger Raum, MOHG NF 62 (1977), S. 133-162
3. Ein Bauernhaus aus dem 16. Jahrhundert: Wetterfeld, Weinberggasse 8/10, MOHG NF 63 (1978), S. 171 bis 184
4. Die Gefachauszier an Hüttenberger Hoftoren - Eine Bilddokumentation mit Erläuterungen, MOHG NF 73 (1988), S. 139 bis 187
5. Anmerkungen zum Ohlyschen Haus in Niederkleen, MOHG NF 77 (1992), S. 491 bis 502
6. Was ist vom alten Hüttenberger Torbau geblieben?, MOHG 79 (1994), S. 99 bis 116.

Hinzu kommen mehr als 180 Aufsätze über verschiedene Themen, die in den Beilagen zu den beiden Gießener Tageszeitungen erschienen sind und die Spanne von 1953 bis 2003 umfassen.

Es muß noch hinzugefügt werden, dass alle Publikationen von Helmut Nachtigall mit ausgezeichneten Fotografien, Strichzeichnungen und Skizzen aus eigener Hand versehen sind, die nicht nur den Text in vorbildlicher Weise ergänzen und erläutern, sondern auch dem Laien das Wesen und den künstlerischen Wert des hessischen Fachwerks verständlich machen.

Vereine im 19. Jahrhundert. Formen und Funktionen der Geselligkeit als volkskundliches Forschungsfeld

Siegfried Becker

Das lange 19. Jahrhundert, das Säkulum zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg, markierte in den deutschen Staaten mit der Weltenwende von 1848 und der Industrialisierung das Wanken der alten gesellschaftlichen Ordnungen; Grundlagen demokratischer Systeme wurden gelegt und doch auch die herrischen Gebärden des Nationalismus entwickelt, die im 20. Jahrhundert in die Katastrophe zweier Weltkriege und des Holocaust führten. Dieses 19. Jahrhundert ist auch die Epoche einer Herausbildung des Vereinswesens, eine Epoche, in der Organisationsformen gemeinsamen Handelns geschaffen wurden, die bis heute nachwirken. Zwischen dem Lob des bürgerlichen Engagements einerseits und einer despektierlichen Häme gegenüber der deutschen Vereinsmeierei andererseits schwanken die populären Deutungen solch freiwillig eingegangener und ehrenamtlich getragener Assoziationen, ohne die doch moderne Staats- und Gesellschaftssysteme kaum denkbar wären. Sowohl staatstragende als auch revolutionäre, sowohl fortschrittliche als auch systemstabilisierende Ideen und Utopien sind im 19. Jahrhundert durch Vereine eingeleitet und weitergetragen worden; Vereine haben also für die Geschichte von Politik, Gesellschaft und Kultur eine außerordentlich hohe indikatorische Bedeutung.

Mit der Kritik am klassischen Historismus in der deutschen Geschichtswissenschaft¹ begann seit 1970 eine Überprüfung der Wissenschaftsgeschichte, der von protestantischer Bildungsethik geprägten deutschen idealistischen Tradition und der rigiden Rekrutierungsmechanismen in der sozial und politisch homogenisierten Historikerzunft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts,² und mit dem Historikerstreit nach 1985/86 setzte schließlich eine Selbstreflexion und Aus-

1 Georg G. Iggers: *The German Conception of History. The National Tradition of Historical Thought from Herder to the Present.* 1968; autoris. Übertr. aus dem Engl.: *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart.* Wien - Köln - Weimar 1997.

2 Fritz Ringer: *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890 - 1933.* Stuttgart 1983; Wolfgang Weber: *Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800 - 1970.* Frankfurt/Main 1984.

einandersetzung mit der NS-Vergangenheit der Disziplin, aber auch mit ihren Kontinuitäten und Nachwirkungen über 1945 hinaus ein.³ Nach dieser Revision der Geschichtswissenschaft als akademischer Disziplin wird nun in den letzten Jahren auch die Aufarbeitung der Geschichte von Geschichtsvereinen aufgenommen, deren Rolle für die Herausbildung eines regionalen Geschichtsbewußtseins jüngst Georg Kunz untersucht hat.⁴ Somit nimmt geschichtswissenschaftliche Forschung auch in der eigenen Wissenschaftsgeschichte die Vereinsforschung längst als wichtiges Feld wahr und ernst. Der Oberhessische Geschichtsverein hat sich anlässlich seines 125jährigen Jubiläums in der hier publizierten Vortragsreihe des Winterhalbjahres 2002/03 eingehend mit der Geschichte der Geschichtsvereine in Hessen beschäftigt und damit den Reiz und die Chance wahrgenommen, nicht nur die eigene Geschichte zu resümieren, sondern sie im politischen und geistesgeschichtlichen Kontext zu sehen. Vorangestellt aber sei ein Blick auf den soziokulturellen Hintergrund, auf die allgemeine Entwicklung des Vereinswesens im 19. Jahrhundert und seine gesellschaftlichen Funktionen; ein exemplarischer Einstieg mag zunächst die Rolle von bürgerlichen Vereinen in den Entwürfen eines ästhetischen Staates im Vormärz andeuten.

1. Ein Fest für Fürst und Volk

In den Sammlungsbeständen des Oberhessischen Museums findet sich ein Erinnerungsblatt an den großen Festzug des hessischen Bauernstandes, der am 25. August 1844 in Darmstadt zu Ehren des Großherzogs Ludwig I. veranstaltet wurde. Von Friedrich Joseph Adolf Neben gezeichnet und bei Ernst Kern verlegt,⁵ sind auf dieser Lithogra-

3 Willi Oberkrome: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918 - 1945. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 101) Göttingen 1993; Winfried Schulze: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945. München 1989.

4 Georg Kunz: Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewußtsein in den deutschen Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 138) Göttingen 2000. Ansätze dazu wurden freilich auch früher schon vorgelegt: vgl. etwa Hartmut Bookmann, Arnold Esch, Hermann Heimpel, Thomas Nipperdey, Heinrich Schmidt: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland. (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte) Göttingen 1972. Vor allem Klaus Pabst: Geschichtszeitschriften und Geschichtsvereine im Rheinland seit 1815. In: Kurt Düwell, Wolfgang Köllmann (Hrsg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Beiträge zur Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 1, Wuppertal 1983, S. 317 - 336, hat auf die enge Verknüpfung von regionalen Geschichtszeitschriften, Geschichtsvereinen und Bürgervereinen hingewiesen.

5 Vgl. Gerd J. Grein: Die Trachten im Großherzogtum Hessen 1844. (= Sammlung zur Volkskunde in Hessen) Otzberg-Lengfeld o. J.

phie die Teilnehmer des Festzuges als Repräsentanten des „hessischen Landvolkes“ festgehalten,⁶ deren Trachten dann von Eduard Duller beschrieben wurden und wohl auch Anregung für seine große Darstellung der Mundarten, Sitten und Gebräuche, Feste und Trachten des deutschen Volkes gewesen sein dürften.⁷ Anlaß dieses Festes waren die Einweihungsfeierlichkeiten des Ludwigs-Monumentes, dessen Planung 1837 durch eine „Aufforderung an sämtliche Bewohner des Großherzogthums Hessen zu Beiträgen für die Errichtung einer Statue aus carrarischem Marmor Ludwigs I. Großherzog von Hessen, und bei Rhein“ begonnen worden war. Dazu aufgerufen hatte ein eigens gegründeter Verein, der den Weg der Subskription zur Finanzierung des Monumentes wählte.

Und es war eine weitere unter dem Namen „Verein“ firmierende Organisation, die dann anlässlich der Einweihung des Monumentes 1844 für den Huldigungszug verantwortlich zeichnete. Im Rahmen der Vorbereitung für die Feierlichkeiten zur Enthüllung des Monumentes richtete der Zentralverein für die landwirtschaftlichen Vereine des Großherzogtums Hessen am 20. Juni 1844 einen Aufruf an die Kreis- und Landräte der Provinzen Oberhessen und Starkenburg als Vorständen der landwirtschaftlichen Bezirksvereine, zur Organisation eines landwirtschaftlichen Festzuges beizutragen, dem „eine hervorragende Stellung beim Feste zugeordnet“⁸ werden sollte.

Es ist durchaus bezeichnend, daß gerade der landwirtschaftliche Zentralverein die Federführung in der Organisation des Festes übernahm. Denn die Einweihungsfeierlichkeiten stehen damit beispielhaft für die während der ersten Jahrhunderthälfte zahlreich etablierten landwirtschaftlichen Feste. Die Aufklärung hatte sich noch nicht mit der tradierten Festkultur der Volksvergnügungen arrangieren, ihr jedoch immerhin einen Wert für die Verbreitung aufklärerischer Vorstellungen abgewinnen können.⁹

6 An die Theilnehmer und Förderer des Festzuges des Bauernstandes bei der Enthüllung des Ludwigs-Monuments zu Darmstadt, am 25. August 1844. In: Zeitschrift für die landwirthschaftlichen Vereine des Großherzogthums Hessen, 14, 1844, S. 391 – 396.

7 Eduard Duller: Das deutsche Volk in seinen Mundarten, Sitten, Gebräuchen, Festen und Trachten. Leipzig 1847, darin „Das Volk im Großherzogthum Hessen“, S. 265 – 289; ND Leipzig 1994.

8 Dazu ausführlicher Siegfried Becker: Das Ludwigs-Monument und die Folgen. Hessische Anmerkungen zum ethnographischen Paradigma der Jahrhundertwenden. In: ZHG 105, 2000, S. 171 – 199.

9 Beate Heidrich: Fest und Aufklärung. Der Diskurs über die Volksvergnügungen in bayerischen Zeitschriften (1765-1815). (= Münchner Beiträge zur Volkskunde, 2) München 1984.



Abb. 1: „Der Bauernstand des Großherzogthums Hessen“. Erinnerungsblatt an den vom Landwirtschaftlichen Zentralverein organisierten Festzug zur Enthüllung des Ludwigs-Monumentes in Darmstadt 1844, Lithographie von F. Neben (Stadtarchiv Darmstadt).

Die Restauration aber wußte das Fest als politisches Instrument zu nutzen; vor allem in Bayern dienten seit dem Zentralismus der Regierung Montgelas gerade die landwirtschaftlichen Feste erzieherischen und politischen Absichten.¹⁰ Das läßt sich auch in der Konzeption des Darmstädter Festes ablesen: es war gedacht, im territorialstaatlichen Sinne identitätsfördernd zu wirken und zugleich für die „Sache der Landwirtschaft“ zu werben. Die zentraldirigistisch aufgebaute Organisation der landwirtschaftlichen Vereine, die mit den Agrarreformen eine zügige und zielgerichtete Verbesserung der Landtechnik und der Anbaumethoden beabsichtigte,¹¹ verband mit dem Huldigungszug die Hoffnung, nicht nur auf Kultur und wirtschaftliche Bedeutung des Bauernstandes, sondern auch auf straffe Organisation und Leistungskraft des landwirtschaftlichen Vereinswesens im Zentrum der Residenzstadt aufmerksam machen zu können. Federführend am Aufbau des landwirtschaftlichen Zentralvereins beteiligt war Ökonomierat Heinrich Wilhelm Pabst, der ihn begründete und ihm von 1831 bis 1839 als ständiger Sekretär vorstand,¹² schließlich Carl Zeller, der 1838/39 Direktionsassistent an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim war und nach der Berufung Pabsts an die neugegründete staats- und landwirtschaftliche Akademie im sächsischen Eldena die Leitung des Darmstädter Zentralvereins übernahm.

10 Regina Fritsch: *Landwirtschaftliche Feste in Unterfranken und ihre Umzüge von 1814-1914*. Würzburg 1988; Gerda Möhler: *Das Münchner Oktoberfest. Brauchformen des Volksfestes zwischen Aufklärung und Gegenwart*. München 1980.

11 Peter Fleck: *Agrarreformen in Hessen-Darmstadt. Agrarverfassung, Reformdiskussion und Grundlastenablösung (1770-1860)*. (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, 43) Darmstadt 1982; ders.: *Bauernbefreiung oder Aufhebung der alten Agrarverfassung? Zu den hessen-darmstädtischen Reformen im bäuerlich-ländlichen Bereich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*. In: *Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde*, 39, 1981, S. 371 – 385; ders.: *Die sogenannte Bauernbefreiung im Großherzogtum Hessen und die Auflösung der alten Gemeindeverfassung*. In: *Alzeyer Geschichtsblätter*, 22, 1988, S. 163 – 174; weiterhin Herbert Pruns: *Staat und Agrarwirtschaft 1800-1865. Subjekte und Mittel der Agrarverfassung und Agrarverwaltung im Frühindustrialismus*. (= Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft NF 194) Hamburg-Berlin 1979, 2. Bd.; Toni Pierenkemper (Hrsg.): *Landwirtschaft und industrielle Entwicklung. Zur ökonomischen Bedeutung von Bauernbefreiung, Agrarreform und Agrarrevolution*. Wiesbaden 1989; Walter Achilles: *Deutsche Agrargeschichte im Zeitalter der Reformen und der Industrialisierung*. Stuttgart 1993.

12 Dazu Günther Franz: *Heinrich Wilhelm Pabst (1798-1868)*. In: „Über die Verbesserung der Landwirtschaft ...“ *Leben und Wirken des hessischen Landwirtschaftspioniers Heinrich Wilhelm Pabst (1798-1868)*. (Ausstellungskatalog) Darmstadt 1991, S. 2 - 18; Bernd Wenck: *Die Geschichte der landwirtschaftlichen Vereine im Bereich des heutigen Bundeslandes Hessen*. In: *Land, Agrarwirtschaft und Gesellschaft. Zeitschrift für Land- und Agrarsoziologie*, 2, 1985, S. 105 - 134.

Die Nutzung der hessischen Volkstrachten im politisch-dynastischen Kontext, die ihre Entsprechungen in den Huldigungs- und Landesbrautzügen auch in anderen Staaten hatte, im Königreich Bayern,¹³ im Großherzogtum Baden¹⁴ und in den thüringischen Herzogtümern¹⁵ etwa, wirkte nun direkt oder indirekt auf die historiographischen Landesbeschreibungen. So hat von Kurhessen aus Georg Landau die Trachten der Landbevölkerung in seinem großen Aufruf, den er 1856 auf der Hildesheimer Sektionssitzung der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine vortrug,¹⁶ eigens berücksichtigt, ließ sich doch in den landschaftlichen Trachten der Stammesgedanke anschaulich illustrieren, der für Selbstverständnis und Aufgabenstellung der regionalen Geschichtsvereine eine nicht unbedeutende Rolle spielte.

Warum ist mir nun dieser Festakt, medial geronnen im Artefakt des Erinnerungsblattes, so wichtig als Einstieg in eine Beschäftigung mit dem Vereinswesen im 19. Jahrhundert? Es sind ja ganz wesentlich zwei Vereine gewesen, die mit der Errichtung des Ludwigsmonumentes und der Organisation des Huldigungsfestzuges nicht nur die Inszenierung und Legitimation dynastischer Glorie trugen, sondern im Vormärz, als die Völkerschaften der jungen souveränen Staaten in ihren „Nationaltrachten“ beschrieben wurden, mit der Wahrnehmung des Ästhetischen im Kleid des Volkes auch die romantische Hinwendung zum „Volk“ in politische Entwürfe umsetzten. In diesem romantischen Interesse an den „Altertümern“ des Volkes, an Trachten, Festen und Sitten des Landvolks, aber auch in der Errichtung des Denkmals lassen sich bürgerliche Strategien der Distinktion (nach unten) und zugleich der Huldigung (nach oben) erkennen, die kennzeichnend für die

13 Armin Griebel: Wittelsbacher Trachtenpolitik nach 1848. Eine Initiative des Königs und die Reaktion seiner Verwaltung. In: Jahrbuch für Volkskunde, 11, 1988, S. 105 – 133; ders.: Phasen von Trachtenpolitik im 19. Jahrhundert am Beispiel Bayerns. In: Thüringer Hefte für Volkskunde, 3, 1995, S. 23 – 31

14 Heinz Schmitt: Zwischen Protest und Loyalität. Die politische Dimension badischer Volkstrachten im 19. und 20. Jahrhundert. In: Beiträge zur Volkskunde in Baden-Württemberg, 4, 1991, S. 183 – 196

15 Vgl. dazu Monika Ständecke: Trachteninitiativen in Thüringen nach 1900. Das Trachtenfest in Milz und seine Nachwirkungen. (= Veröffentlichungen zu Volkskunde und Kulturgeschichte, 63) Würzburg 1997, hier S. 90ff

16 Georg Landau: Vorrede zum beabsichtigten Forschungsvorhaben. In: Correspondenzblatt des Gesamt-Vereins des deutschen Geschichts- und Alterthums-Vereins, 5, 1856, S. 16 – 17. Zur Inszenierung der Volkstrachten als politische Symbole im 19. Jahrhundert vgl. Wolfgang Brückner: Trachtenfolklorismus. In: Utz Jeggle u. a. (Hrsg.): Volkskultur in der Moderne. Probleme und Perspektiven empirischer Kulturforschung. Reinbek bei Hamburg 1986, S. 363 – 382; Siegfried Becker: Bauernkleid und Nationalkostüm. Die ländlichen Trachten des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Wulf Köpke, Bernd Schmelz (Hrsg.): Das gemeinsame Haus Europa. Handbuch zur europäischen Kulturgeschichte. München 1999, S. 209 – 226.

bürgerliche Vereinsbildung in den deutschen Staaten waren: Otto Dann hat den bürgerlich initiierten Modernisierungsprozeß zwar als Konkurrenz zum aristokratisch-bürokratisch beherrschten Verwaltungsstaat charakterisiert, aber die nur unvollkommene Verdrängung der Aristokratie von ihrer Position als politischer Herrschaftsschicht auch als Grund für das Erreichen gesellschaftlichen Aufstiegs über das Arrangement mit den adligen Führungsschichten gesehen.¹⁷

In dieser bürgerlichen Inszenierung des Verhältnisses von Fürst und Volk lassen sich Nachwirkungen des an Montesquieu geschulden, den mittelalterlichen Bauernstaat mit einem Gleichgewicht der Stände und Kräfte zitierenden Möserischen Gesellschaftsentwurfs¹⁸ ebenso erkennen wie Herders Deutung des „Volkes“ als schöpferischen, in den „Liedern der Völker“ verdichteten Überlieferungsträger.¹⁹ Zudem wurde eine Auffassung des Politischen rezipiert, die schon bei Schiller eng mit der Konzeption eines glücklichen Zustands der Menschengemeinschaft – des einig‘ Volks von Brüdern - verbunden war.²⁰ Sie findet sich bei Duller in der idealisierenden Beschreibung des Volksfestes anläßlich der Enthüllung des Ludwigs-Monumentes, sei es doch „das genügendste vom Volk selbst abgelegte Zeugniß für das innige Verhältniß zwischen Fürst und Volk; so ward es von beiden, von Fürst und Volk, gleichfreudig erkannt im Großherzogthum Hessen, dem als Staatsbürger anzugehören, ich mir zur Ehre rechne; und als solcher wünsche ich nichts sehnlicher, als, daß dieß segensreiche Verhältniß wechselseitiger Liebe und Treue, auf Wahrheit und Recht begründet, immerdar sich erhalten und immer mehr erstarken möge; der Fürst ist stark, der es durch’s Volk ist, das Volk ist glücklich, das einem Fürsten, der dem Recht, dem Gesetz, dem Geist huldigt, den seinigen nennt; ... und so hält man’s hier bei uns im biedern Hessen, das freu’ ich mich sagen zu können, als ein freier unabhängiger Mann, der nichts zu hoffen und nichts zu fürchten hat“.²¹ Darin gingen philosophische

17 Otto Dann: Vereinsbildung in Deutschland in historischer Perspektive. In: Heinrich Best (Hrsg.): Vereine in Deutschland. Vom Geheimbund zur freien gesellschaftlichen Organisation. Bonn 1993, S. 119 - 142, hier S. 124.

18 Dazu Hermann Bausinger: Konservative Aufklärung. Justus Möser vom Blickpunkt der Gegenwart. In: Zeitschrift für Volkskunde, 68, 1972, S. 161 – 178.

19 Hugo Moser: Volk, Volksgeist, Volkskultur. Die Auffassungen Johann Gottfried Herders in heutiger Sicht. In: Zeitschrift für Volkskunde, 53, 1956/57, S. 127 – 140; zu Herder vgl. Michael Zarella: Johann Gottfried Herder. Prediger der Humanität. Eine Biografie. Wien – Köln – Weimar 2002.

20 Vgl. dazu Heinz-Gerd Schmitz: Die Glücklichen und die Unglücklichen. Politische Eudämonologie, ästhetischer Staat und erhabene Kunst im Werk Friedrich Schillers. Würzburg 1992; Walter Jaeschke: Ästhetische Revolution. In: ders. (Hrsg.): Der Streit um die Grundlagen der Ästhetik (1795 - 1805). Hamburg 1999, S. 1 - 11.

21 Duller, Das deutsche Volk, S. 275 f.

Entwürfe des Ästhetik-Diskurses ein, die dann insbesondere von Theodor Mundt in seiner 1845 zuerst erschienenen „Aesthetik“ formuliert werden sollten - als „Gewährleistung in sich für die That der Geschichte, für die That des politischen Gesetzgebers, für die That des in seiner Einheit und Freiheit sich erhebenden Staatslebens ... indem sie den Bildungs- und Formtrieb des menschlichen Geistes an einem Objekt der Freiheit siegreich aufzeigt. Wird dieser freie Bildungstrieb der Völker, der durch die Kunst gewissermaßen seine Erziehung erhalten kann, die politischen Verhältnisse, den Staat, ergreifen, so wird das politische Schöpfungswerk von dem Kunstwerk die Idee der freien Organisation zu entlehnen haben“.²²

Mundt, der darin die Nähe zu Schillers Auffassung des ästhetischen Staates nicht verschwiegen, suchte in der ursprünglichen Kraft einer Volksgemeinschaft die fundamentale Bedeutung für das Gedeihen echter Kunst wie auch für das Gedeihen des Staates; das ästhetisierende politische Engagement des Werkes, das in der zeitgenössischen Rezeption zwischen der Skylla der Verachtung durch die Parteigänger der vorrevolutionären „Bewegung“ und der Charybdis der Verurteilung durch die Vertreter der Reaktion schwebte, setzte ganz im Sinne des romantischen Topos des „Volksgeistes“ auf die „gesunde und durchdringende Anschauung des Volkes“, vor der „keine Schlechtigkeit bestehen kann“, auf „des Volkes nie zu berückendenden Wahrheitsinstinct“, worin er deutlich eine Tradition des Volksbegriffes berührte, wie sie durch Joseph von Görres geprägt worden war.²⁵

Das Bewußtsein um die Utopie der Glückseligkeit, das in der Zeit des Pauperismus und im Vorfeld der Revolution um die Fragilität des Modells wußte und in Dullers Wunsch nach Beständigkeit und Dauer Ausdruck erhielt, konnte in der Perspektive auf die Volkskultur kompensiert werden: Das ästhetische Empfinden, das Duller in seine Beschreibung hineinlegte, zeigt diese Hoffnung, in der Volkstracht ein ansprechendes und zugleich anschauliches Beispiel des Gemeinsinns und der Beständigkeit gefunden zu haben. So hat Harm-Peer Zimmermann zu Recht auch am Beispiel des Werks von Adam Heinrich Müller eine neue Lesart der Romantik als einer ästhetisch-aufklärerischen Perspektive vorgeschlagen, die sich in der Wahrnehmung der Alltagskultur

22 Theodor Mundt: Aesthetik. Die Idee der Schönheit und des Kunstwerks im Lichte unserer Zeit. Berlin 1845; ND, hrsg. von Walther Killy (= Texte des 19. Jahrhunderts) Göttingen 1966, mit einem Nachwort von Hans Düvel, S. 391 – 403.

23 Dazu Heribert Raab: Joseph Görres (1776-1848). Leben und Werk im Urteil seiner Zeit, 1776-1876. (Gesammelte Schriften, Ergänzungsband 1) Paderborn u.a. 1985; vgl. auch Helmut Möller: Altdeutsch. Ideologie, Stereotyp, Verhalten. In: Hessische Blätter für Volkskunde, 57, 1966, S. 9 - 30.

als ästhetische Aufklärung der Aufklärung verstehen läßt:²⁴ Ausgehend von Kants Kritik der Urteilskraft, Schillers politischer Ästhetik und Schlegels frühromantischen Begriffen von Ironie und Poesie diskutiert er romantische Vorstellungen und Begriffe von Natürlichkeit und Eigentümlichkeit, Gemeinschaft und Organismus, Nation und Volk, Geschlecht, Familie und Sitte, Stand und Stamm, Öffentlichkeit, Tradition und Arbeit als Beiträge zu einer kritisch-ästhetischen Handlungs- und Kommunikationstheorie, die in den ersten Jahrzehnten des bürgerlichen Jahrhunderts die Staats- und Gesellschaftsentwürfe prägte.

Die kurze Betrachtung der Feierlichkeiten zur Einweihung des Ludwigs-Monumentes läßt eines erkennen: Sie macht - so hoffe ich - deutlich, daß gerade der Blick auf Vereine, daß eine historische Vereinsforschung es ermöglicht, in einer Zusammenschau und vergleichenden Perspektive (auch auf in ihren Interessen völlig unterschiedlich gelagerte Vereine) Ideen und Ideologien, kulturelle Prozesse und mediale Strategien einer Epoche herauszuarbeiten. Wie in unserem Beispiel an einem territorialstaatlich-dynastisch orientierten Bürgerverein, an Vereinen als Instrument der Agrarreformen bis hin zu Geschichts- und Altertumsvereinen angedeutet, lassen sie sich in den verschiedensten Interessengruppen wiederfinden und vermitteln damit ein ideengeschichtliches Zeitbild, das gerade für die Phase der rasanten Vereinsbildung nach 1840 und im Vorfeld der Revolution die höchst vielfältigen, gerade in den Vereinen repräsentierten Strömungen aufzeigt.

2. Von der Exklusivität zur Vereinigungsfreiheit

Ich will nun versuchen, wenigstens in knappen Streiflichtern einige Aspekte der Entwicklung des Vereinswesens im 19. Jahrhundert und der Funktionen des Vereins als freiwilliger Assoziation von Menschen aufzuzeigen. In diesem 19. Jahrhundert vollzog sich ein grundlegender Wandel von Staat, Verfassung und Gesellschaft: der Übergang von spätabolutistisch regierten Territorialstaaten zu modernen Verwaltungsstaaten mit konstitutionellen Regierungsformen sowie die Alphabetisierung und Literarisierung auch der sozialen Unterschichten durch eine große Bildungsbewegung, in der gerade Vereine eine enorme Scharnierfunktion übernahmen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die frühen Ansätze der bürgerlichen Bildungsbewegung aus den geschlossenen Gesellschaften des 18. Jahrhunderts, aus den Logen und Lesezirkeln herausgeführt. Diese älteren Gesellschaften waren

24 Harm-Peer Zimmermann: Ästhetische Aufklärung. Zur Revision der Romantik in volkskundlicher Absicht. Würzburg 2001.

weithin von Geheimprinzip und Exklusivität geprägt gewesen, was die Möglichkeiten des Zugangs betraf. 1737 war in Hamburg die erste Loge gegründet worden, und die nun rasch sich verbreitenden Logen erlaubten dem arrivierten Bürgertum überregionale Kommunikation und vor allem auch eine Verständigung mit dem Adel,²⁵ eine bessere Verbindung also mit „vielen ansehnlichen Leuten“, wie noch Goethe urteilte. Die Verbesserung der Aufstiegschancen wurde dagegen in den Lesegesellschaften der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts für das gehobene und mittlere Bürgertum vor allem durch Aneignung von Bildung angestrebt; gerade die Lesegesellschaften sind daher als Träger bürgerlicher Emanzipation und Motor für die Herausbildung moderner, bürgerlich geprägter Gesellschaften in Europa zu begreifen.²⁶ Sie trugen dem Gedanken der Aufklärung Rechnung, was ihnen nach der Französischen Revolution argwöhnische Beobachtung durch die Behörden, Auflösung oder wenigstens stärkere Kontrolle einbrachte.

Umso mehr war ein gutes halbes Jahrhundert nach Gründung der Freimaurerlogen und gut zwei Jahrzehnte nach den Lesegesellschaften um 1800 der Wunsch nach Vereinigungsfreiheit virulent, und das intellektuelle Potential der literarisch-geselligen bürgerlichen Organisationsformen wurde in eine kritische Öffentlichkeit des beginnenden 19. Jahrhunderts eingebracht.²⁷ Sehr bald nach 1800 finden sich etwa in Frankfurt am Main, wie Ralf Roth in seiner Untersuchung zum Vereinswesen in der Freien Reichsstadt im 19. Jahrhundert beschreibt, Casino- und Museumsgesellschaften, die der Zeit und den Interessen der bürgerlichen Oberschicht mehr entsprachen als die Lesegesellschaften.²⁸ Doch waren trotz der allmählichen Ablösung von Geheimprinzip und Exklusivität die Möglichkeiten zur Vereinsgründung und

25 Joachim Bauer u.a. (Hrsg.): Logenbrüder, Alchemisten und Studenten. Jena und seine geheimen Gesellschaften im 18. Jahrhundert. (= Bausteine zur Jenaer Stadtgeschichte, 6) Rudolstadt 2002; Stefan Redies: Freimaurer, Tempelritter und Rosenkreuzer. Zur Geschichte der Geheimbünde in Marburg im 18. Jahrhundert. Marburg 1998; Joachim Berger, Klaus-Jürgen Grün (Hrsg.): Geheime Gesellschaft. Weimar und die deutsche Freimaurerei. Katalog zur Ausstellung der Stiftung Weimarer Klassik im Schiller-Museum Weimar 2002. München 2002.

26 Otto Dann (Hrsg.): Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation. Ein europäischer Vergleich. München 1981.

27 John Ormrod: Bürgerliche Organisation und Lektüre in den literarisch-geselligen Vereinen der Restaurationsepoche. In: Günter Häntzschel, John Ormrod, Karl N. Renner (Hrsg.): Zur Sozialgeschichte der deutschen Literatur von der Aufklärung bis zur Jahrhundertwende. Tübingen 1985, S. 123 - 149.

28 Ralf Roth: Das Vereinswesen in Frankfurt am Main als Beispiel einer nichtstaatlichen Bildungsstruktur. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, 64, 1998, S. 143 - 210; vgl. auch Ingo Tornow: Das Münchner Vereinswesen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit einem Ausblick auf die zweite Jahrhunderthälfte. (= Miscellanea Bavarica Monacensia, 75) München 1977.

vor allem die Betätigungsfelder eingeschränkt auf politisch unverdächtige Gebiete, denn das Vereinsrecht wurde in seinen Grundzügen vom aufgeklärten Absolutismus bis zur Revolution 1848 nur wenig verändert. So sanktionierte das Allgemeine Preußische Landrecht von 1794 zwar die Entstehung eines vielseitigen Vereinswesens, grenzte es jedoch scharf von politischen Vereinen ab.²⁹

Dennoch ist in vielen der nach 1807 gegründeten Vereinigungen eine ausgesprochen politische Zielsetzung zu erkennen, und nun wird auch das Wort "Verein" zunehmend im Namen geführt - der 1808 gegründete, im Dezember 1809 aber durch Preußen wieder aufgelöste Königsberger Tugendbund als „sittlich-wissenschaftlicher Verein“ gilt als erster Verein im heutigen Wortsinne. Gerade diese neugegründeten Vereine vertraten meist patriotische Ziele und pränationalen Interessen, insbesondere in der nach 1814 sich formierenden Burschenschaftsbewegung. Mit Restauration und Karlsbader Beschlüssen wurde das Agieren der politischen Vereinigungen unterbunden; das erklärt – in der jetzt zur Tarnung angenommenen Aufgabenstellung – die Konjunktur der Turn- und Gesangsvereine. Die Stein-Hardenbergischen Reformen ermöglichten schließlich eine sogenannte negative Vereinigungsfreiheit als Errungenschaft, nämlich die Befreiung aus Normen und gesellschaftlichen Bindungen der geburtsständischen Ordnungen.

Für die Forderungen nach Vereinigungsfreiheit als Rechtsgrundsatz und auch für die allegorische Artikulation nationaler Utopien wurde das von Vereinen getragene nationale Fest zur wichtigsten Bühne; es gab politischen Inhalten der Nationalbewegung in patriotischer Rede, patriotischer Rezitation und patriotischem Lied ein oppositionelles Bekenntnis- und Aktionsforum.³⁰ Als nach dem Hambacher Fest 1832 mit der Verbotspolitik Metternichs ein Rückzug auf unpolitische Gebiete einsetzte, waren daher vor allem die Gesangsvereine Teil der vormärzlichen Aufbruchsbewegung; Demokraten wie Liberale nutzten etwa das von den Frankfurter Gesangsvereinen organisierte erste deutsche Sängerefest 1838 für ihre politische Arbeit.

29 Vgl. Dann, Vereinsbildung in Deutschland (wie Anm. 17), S. 125.

30 Dieter Düding: Nationale Oppositionsfeste der Turner, Sänger und Schützen im 19. Jahrhundert. In: Dieter Düding, Peter Friedemann, Paul Münch (Hrsg.): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Reinbek bei Hamburg 1988, S. 166 - 190; Theodor Schieder, Otto Dann (Hrsg.): Nationale Bewegung und soziale Organisation. Vergleichende Studien zur nationalen Vereinsbewegung des 19. Jahrhunderts in Europa. (= Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, 9/1) München 1978; Herbert Neumann: Deutsche Turnfeste. Spiegelbild der deutschen Turnbewegung. Bad Homburg 1985.



Abb. 2: Einübung in die „Körperertüchtigung“: Turnerfest in Marburg an der Lahn, um 1900 (Bildarchiv des Instituts für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft der Universität Marburg).

1840 setzte eine neue Vereinsgründungswelle ein, die zunächst zu einer Neugründung der Turnvereine führte, auch unter kleinbürgerlicher Beteiligung; das Erstarren der besonders von den Turnvereinen getragenen Nationalbewegung läßt sich schon an der Verzehnfachung der Vereine zwischen 1840 und 1848 ablesen.³¹ In Frankfurt entstanden bis Mitte der vierziger Jahre über fünfzig Vereine mit unterschiedlichen Zielsetzungen; sie markieren damit den beginnenden Prozeß der Spezialisierung in Interessengebiete, der vom abstrakten und unbestimmten Bildungsanspruch des Bürgertums nun zunehmend zu konkreten Inhalten führte und in eine breitgefächerte, spezialisiertere Vereinslandschaft als konstitutivem Strukturmerkmal der bürgerlichen Gesellschaft mündete.³²

31 Dieter Düding: Organisierte gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808-1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung. (= Studien zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, 13) München 1984.

32 Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. (= Historische Zeitschrift, Themenheft) München 1984.

Kennzeichen der bürgerlichen Vereinsbewegung war jedoch nicht allein politische Intention, sondern durchaus auch soziales Engagement. Die Auswirkungen des grassierenden Pauperismus, der in den hessischen Staaten und hier vor allem in Kurhessen bedrohliche Dimension erreichte,³³ regten zur Gründung von Sozialunterstützungsvereinen an; und auch die Disziplinierung der zunehmend proletariisierten ländlichen Unterschichten durch Arbeitserziehung³⁴ wurde in Vereinen organisiert, etwa von „Industrievereinen für weibliche Handarbeiten“. Feuerwehrvereine ergänzten die obrigkeitlichen Maßnahmen zur Brandverhinderung und feuerpolizeilichen Aufsicht,³⁵ Mäßigkeitsvereine suchten dem Elendsalkoholismus zu begegnen,³⁶ der mit einer Branntweinproduktion aus Kartoffeln der seit 1812 in den hessischen Staaten rapide zunehmenden landwirtschaftlichen Brennereien verheerende Ausmaße annahm. Auch die Auswanderung als Folge der Massenverelendung schlug sich in der Gründung von Auswanderungsvereinen nieder,³⁷ und die Alphabetisierung der unteren Bevölkerungsschichten war Anliegen von Volksbildungsvereinen.³⁸ In Handwerker-

-
- 33 Martin Kukowski: Pauperismus in Kurhessen. Ein Beitrag zur Entstehung und Entwicklung der Massenarmut in Deutschland 1815 - 1855. (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, 100) Darmstadt - Marburg 1995; Susanne Grindel: Armenpolitik und Staatlichkeit. Das öffentliche Armenwesen im Kurfürstentum Hessen (1803 - 1866). (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, 124) Darmstadt - Marburg 2000.
- 34 Lisgret Militzer-Schwenger: Armenerziehung durch Arbeit. Eine Untersuchung am Beispiel des württembergischen Schwarzwaldkreises 1806 - 1914. (= Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts für Empirische Kulturwissenschaft, 48) Tübingen 1979; Ulrich Eisenbach: Zuchthäuser, Armenanstalten und Waisenhäuser in Nassau. Fürsorgewesen und Arbeitserziehung vom 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Wiesbaden 1994.
- 35 Thomas Engelsing: Im Verein mit dem Feuer. Die Sozialgeschichte der Freiwilligen Feuerwehren von 1830 bis 1950. Konstanz 1990.
- 36 Heinrich Tappe: Auf dem Weg zur modernen Alkoholkultur. Alkoholproduktion, Trinkverhalten und Temperenzbewegung in Deutschland vom frühen 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. (= Studien zur Geschichte des Alltags, 12) Stuttgart 1994; Manfred Hübner: Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfrage im deutschen Proletariat bis 1914. Berlin 1988; Andreas C. Bimmer, Siegfried Becker (Hrsg.): Alkohol im Volksleben. (= Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung, 20) Marburg 1986.
- 37 Agnes Bretting, Hartmut Bickelmann: Auswanderungsagenturen und Auswanderungsvereine im 19. und 20. Jahrhundert. (= Von Deutschland nach Amerika, 4) Stuttgart 1991.
- 38 Rudolf Schenda: Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lese Stoffe 1770-1910. Frankfurt am Main 1970; ders.: Alphabetisierung und Literarisierungsprozesse in Westeuropa im 18. und 19. Jahrhundert. In: Ernst Hinrichs, Günter Wiegelmann (Hrsg.): Sozialer und kultureller Wandel in der ländlichen Welt des 18. Jahrhunderts. Wolfenbüttel 1982, S. 1 - 20; ders.: Geschichten von Leserinnen und Lesern. Überlegungen zur Geschichte und zu den Schwierigkeiten des Lesens. In: Zeit-

und Arbeiterbildungsvereinen³⁹ wurde Hilfe zur Selbsthilfe organisiert, und auch die Anfänge des katholischen Arbeitervereinswesens in den 1840er Jahren waren Reaktion auf das sich entfaltende bürgerliche Vereinswesen; der zunächst intendierten Ausblendung von Klassenantagonismen folgte dann im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zunehmend eine Frontstellung gegen die sozialistische Arbeiterbewegung.⁴⁰

Heinz Sahner hat zu Recht betont, daß Mitte des 19. Jahrhunderts im „erwachten Associationsgeist“ das beträchtliche Autonomiepotential von Vereinen und Verbänden für die Bürger einer Gesellschaft sehr wohl erkannt worden war, daß ihm aber auch von staatlicher Seite durchaus sozialintegrative Funktionen beigemessen wurden: Das war Grund für eine gewisse Toleranz, ja Förderung der Vereinsbildung durch den Staat, indem darin eine Entlastung der staatlichen Verwaltung gesehen wurde, verbunden mit der Aufgabe, der „Gefahr der Vereinzelung“ des Individuums ein Korrektiv entgegenzusetzen.⁴¹ In dieser Förderung des „Gemeinsinns“ ist ja jener Aspekt zu finden, der 1844 auch bei Duller in der Projektion von Tracht als Emblem vorkam, indem es galt, die „noch ungebundenen Elemente des Volksgeistes zur Einheit zu binden“. Mit dem Wunsch des Bürgertums nach Verständigung und Vergewisserung des eigenen Herkommens erschlossen sich Aufgaben für die nun zahlreich aufblühenden Geschichts- und Altertumsvereine, in denen die Idee einer landeskundlichen Beschreibung stammesgeschichtlicher Eigenheit aufgenommen und weitergetragen wurde.

Die Einweihung des Ludwigs-Monumentes in Darmstadt 1844 zeigt noch einen anderen Akzent der Vereinsbildung im Kontext der bürgerlichen Bildungsbestrebungen. Sie steht unmittelbar im zeitlichen Rahmen dieser zwischen 1842 und 1844 erfolgten informellen Aner-

schrift für Volkskunde, 96, 2000, S. 1 – 28; Ursula Brunold-Bigler, Hermann Bausinger (Hrsg.): Hören Sagen Lesen Lernen. Bausteine zu einer Geschichte der kommunikativen Kultur. Festschrift für Rudolf Schenda zum 65. Geburtstag. Bern u.a. 1995; Rainer Block: Der Alphabetisierungsverlauf im Preußen des 19. Jahrhunderts. Quantitative Explorationen aus bildungshistorischer Perspektive. Frankfurt/Main u.a. 1995.

39 Hans-Joachim Ruckhäberle (Hrsg.): Bildung und Organisation in den deutschen Handwerksge- und Arbeitervereinen in der Schweiz. Texte und Dokumente zur Kultur der deutschen Handwerker und Arbeiter 1834 - 1845. (= Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, 4) Tübingen 1983.

40 Peter Assion: Arbeiterbewegung und katholisches Vereinswesen. In: Albrecht Lehmann (Hrsg.): Studien zur Arbeiterkultur. Beiträge der 2. Arbeitstagung der Kommission „Arbeiterkultur“ in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde. Münster 1984, S. 174 - 200.

41 Heinz Sahner: Vereine und Verbände in der modernen Gesellschaft. In: Best, Vereine in Deutschland (wie Anm. 17), S. 11 - 113.

kennung des „Assoziationsprinzips“ zur Bewältigung sozialer Krisen und gemeinschaftlicher Aufgaben durch die Staatsregierungen, die nicht zuletzt den Monumenten bürgerlicher Geschichtsbilder galten. So war 1842 die Genehmigung einer bürgerlichen Vereinsinitiative, des „Zentral-Dombauvereins“ zur Vollendung des Kölner Doms durch den preußischen König erteilt worden, zeigt also das obrigkeitlich abgese- nete Bemühen um eine bürgerliche Denkmalkultur, einer neuen Funk- tionszuweisung des Denkmals im sozialen Raum.⁴²

Die Forderung nach Assoziations- und Koalitionsfreiheit war einer der zentralen Gedanken der Revolution 1848/49; in Artikel VIII §162 der Paulskirchenverfassung wurde das Recht der Vereinsbildung ausdrücklich verankert. Obwohl es für die Rechtspraxis ohne Bedeutung blieb, entstanden gerade zwischen 1848 und 1850 zahlreiche politische Vereine als Vorläufer regulärer Parteien, insbesondere auch eigenstän- dige politische Frauenvereine⁴³ und Frauenberufsverbände⁴⁴ sowie Arbeitervereine,⁴⁵ in denen eine politische Arbeiterbewegung an Dyna- mik gewann.⁴⁵ Denn in den Verfassungen aller zum Konstitutiona- lismus übergegangenen deutschen Staaten wurde die Gewährung der Vereinsfreiheit aufgenommen, so in Artikel 30 der preußischen Verfas- sungsurkunde von 1850. Als Auswirkung der Gewerbefreiheit und des geförderten Wettbewerbs⁴⁶ in der verspätet einsetzenden, aber heftig anlaufenden Industrialisierung erfolgte dann in den sechziger Jahren die Gründung wirtschaftlicher Vereinigungen, in deren Folge auch eine Neuformierung der unter den Repressionen der Reaktionszeit unter- drückten Vereinigungen der Arbeiterbewegung begann; sie sind deutliches Zeichen für die Entfaltung des Vereinswesens zwischen Revolu- tion und Reichsgründung, das nun zu einem Strukturprinzip der bür- gerlichen Gesellschaft wurde⁴⁷ - auch die Formierung proletarischer Klasseninteressen baute auf diesem Prinzip auf. 1864 erfolgte die

42 Charlotte Tacke: Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert. Göttingen 1995.

43 Eva Kuby: Politische Frauenvereine und ihre Aktivitäten 1848 bis 1850. In: Carola Lipp (Hrsg.): Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Moos 1986, S. 248 - 269.

44 Brigitte Kerchner: Beruf und Geschlecht. Frauenberufsverbände in Deutschland 1848 - 1908. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 97) Göttingen 1992.

45 Eckhart G. Franz: Die hessischen Arbeitervereine im Rahmen der politischen Arbeiterbewegung der Jahre 1848-1850. (= Hessische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung) Darmstadt 1975.

46 Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.): Das Ende der Zünfte. Ein europäischer Vergleich. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 151) Göttingen 2002.

47 Klaus Tenfelde: Die Entfaltung des Vereinswesens während der Industriellen Revolu- tion in Deutschland (1850 - 1873). In: Dann, Vereinswesen und bürgerliche Gesell- schaft (wie Anm. 32), S. 55 - 114, hier S. 110.

Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ durch Lassalle, 1869 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Christiane Eisenberg hat in ihrer vergleichenden Untersuchung des Verhältnisses von proletarischen und bürgerlichen Vereinen in Deutschland und England die These vom deutschen Sonderweg der Trennung von proletarischer und bürgerlicher Demokratie relativieren können, indem sie zeigt, daß die Verselbständigung der deutschen Arbeiterschaft aus den Organisationsforen der bürgerlichen Vereine in den 1860er Jahren nicht Ursache, sondern eher Folge konflikthafter Klassenbeziehungen in Deutschland war.⁴⁸ Der Kampf um Freizeit und Regelung der Arbeitszeit⁴⁹ wurde in vereinsähnlichen Zusammenschlüssen aufgenommen, und auch das „Kneipenproblem“ der proletarischen Freizeitgestaltung muß im Zusammenhang mit einer Etablierung von Vereinslokalen als Orten politischer Kommunikation der Arbeiterbewegung gesehen werden.

Gerade die Arbeiterbewegung zeigt, daß das Vereinswesen zur Massenbewegung wurde, daß die freiwilligen Assoziationen sich als Organisationsprinzip der Gesellschaft durchgesetzt hatten. Sie läßt aber auch erkennen, daß Vereine in der bürgerlichen Gesellschaft längst nicht mehr bürgerliches Privileg waren, ja selbst hier nicht mehr als Ausdruck einer Einheit bürgerlicher Interessen, sondern als Ergebnis einer zunehmenden Differenzierung von Interessen und Funktionen anzusehen sind,⁵⁰ die sich etwa in den nun gegründeten Berufsvereinen niederschlugen⁵⁰ und mit den „Beamtenvereinen“ auch Unterschiede zwischen bildungsbürgerlichen und gewerblich-bürgerlichen Vereinen markierten. Im kleinbürgerlichen Milieu überwogen Gesangs-, Schützen- und Geselligkeitsvereine, schließlich Vereine mit betont konfessioneller Prägung. Nach 1871 kam es mit den Möglichkeiten des nationalstaatlichen Rahmens gerade hier zu einer Formierung der nationalen Gesinnung, vor allem in den Schützenvereinen: als öffentlich auftretende und Orientierungsprozesse einer militärisch sozialisierten Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts beschreibende

48 Christiane Eisenberg: Arbeiter, Bürger und der „bürgerliche Verein“ 1820-1870. Deutschland und England im Vergleich. In: Jürgen Kocka, Ute Frevert (Hrsg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Bd. 2, München 1988, S. 187 - 219.

49 Gerhard Huck (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland. Wuppertal 1980; darin v.a. die Beiträge von Henning Eichberg, Alf Lüdtkke, James S. Roberts, Jürgen Reulecke, Günther Herre und Hans-Jürgen Brand.

50 Christel Köhle-Hezinger: „Beamtenkultur“. Die Beamten der Maschinenfabrik Esslingen (ME). In: Utz Jeggle, Wolfgang Kaschuba, Gottfried Korff, Martin Scharfe, Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Tübinger Beiträge zur Volkskultur. Tübingen 1986, S. 127 - 153.

Instanz sind sie ein Feld für interdisziplinäre Forschungen.⁵¹ Zur gesellschaftlichen Funktion und zu den politischen Konturen der Gesangsvereine im 19. und frühen 20. Jahrhundert hat letztthin Dietmar Klenke eine profunde Untersuchung vorgelegt.⁵² Max Weber hat einmal, das „Wesen der Gesangsvereinskunst“ reflektierend, schön formuliert, daß aus einem Gesangsvereinsmitglied sehr leicht ein ‚guter Staatsbürger‘ würde – im passiven Sinne des Wortes, und es sei somit kein Wunder, daß die Monarchen eine so große Vorliebe für derartige Veranstaltungen hätten. Und auch die bürgerlichen Turnvereine mit ihren Vereinszielen der Körperertüchtigung (und Militärtauglichkeit) lassen die Bedeutung von Vereinen für die Artikulation und Verbreitung politischer Interessen des wilhelminischen Nationalstaats erkennen - Svenja Goltermann spricht gar von einer Politik des Turnens.⁵³

Lediglich die politische Arbeiterbewegung wurde durch das Sozialistengesetz erheblich behindert, wie es bezeichnend der Artikel „Vereinswesen“ im Brockhaus von 1887 verdeutlicht: „Außerdem sind aber die Vereine verwaltungsrechtlichen Beschränkungen unterworfen im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Zur Regelung dieser Verhältnisse ist das Reich nach Art. 4 der Reichsverfassung zwar kompetent; es hat aber nur einen Gebrauch von dieser Zuständigkeit gemacht in dem Sozialistengesetz, durch welches die Landespolizeibehörden berechtigt und verpflichtet werden, Vereine mit sozialdemokratischer, sozialistischer und kommunistischer Tendenz zu verbieten. In allen andern Beziehungen gelten vorläufig noch die Landesgesetze, welche von sehr verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen und die Vereine teils einer Genehmigung, teils einer Kontrolle, teils einer Auflösungsbefugnis der Verwaltungsbehörde unterwerfen.“ Am Ende des 19. Jahrhunderts spiegelt sich die Polarisierung der Gesellschaft gerade im Vereinswesen

-
- 51 Vgl. etwa Barbara Stambolis: Schützenvereine in der Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts. Interdisziplinäre Arbeitsmöglichkeiten am Beispiel historischer Vereinsforschung. In: Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde, 44, 1999, S. 171 – 214; PD Dr. Barbara Stambolis arbeitet z.Zt. am Fachbereich Geschichte (Neuere und Neueste Geschichte) der Universität Paderborn u.a. zum Schwerpunkt Vereinsforschung, siehe dazu http://hrz.upb.de/fb1/geschichte/neue_ge.htm. An Monographien liegen dazu im Fach Volkskunde/Europäische Ethnologie u.a. bereits die älteren Studien von Konrad Köstlin zum Gildenwesen in Schleswig-Holstein, von Sigurd Graf von Pfeil zum Schützenwesen in Niedersachsen und von Franz J. Grieshofer zum Schützenwesen im Salzkammergut vor.
- 52 Dietmar Klenke: Der singende ‚deutsche Mann‘. Gesangsvereine und deutsches Nationalbewußtsein von Napoleon bis Hitler. Münster u.a. 1998.
- 53 Svenja Goltermann: Körper der Nation. Habitusformierung und die Politik des Turnens 1860 - 1890. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 126) Göttingen 1998; Max Matter (Hrsg.): Körper-Verständnis, Körper-Erfahrung. (= Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung, 31) Marburg 1996.

wider, im Bedeutungszuwachs von Arbeitervereinen und Arbeiterparteien⁵⁴ als Massenorganisationen einerseits und in den Flotten- und Kolonialvereinen als Ausdruck imperialistischer Interessen, in den gegen Magyarisierung in Ungarn und gegen die Sprachenpolitik der böhmischen Kronländer im Habsburgerstaat gerichteten Deutschen Schulvereinen andererseits. Kriegervereine verstanden sich geradezu als „fester Wall gegen die rote Flut“,⁵⁵ und neue Formen des politischen Agitationsvereins vertraten die Programmatik des politischen Antisemitismus - vor allem mit der Böckelbewegung in Oberhessen.⁵⁶ Solch antiliberaler, ja antidemokratischer und menschenverachtender, im Nationalsozialismus schließlich pervertierten Instrumentalisierung des Vereinswesens bleibt entgegenzustellen, daß in Vereinen ganz wesentlich die emanzipativen Impulse des 19. Jahrhunderts entwickelt und weitergetragen wurden, etwa in der Frauenbewegung,⁵⁷ hier nicht zuletzt in konfessionellen Milieus,⁵⁸ und daß die Arbeiter- und Volksbildungsbewegung⁵⁹ ohne die Organisationsform des Vereins wohl

54 Hartmann Wunderer: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung 1890 - 1933. Frankfurt/Main - New York 1980.

55 Harm-Peer Zimmermann: „Der feste Wall gegen die rote Flut“. Kriegervereine in Schleswig-Holstein 1864 - 1914. (= Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins, 22) Neumünster 1989.

56 Vgl. dazu Erwin Knauß: Der politische Antisemitismus im Kaiserreich (1871-1900) unter besonderer Berücksichtigung des mittelhessischen Raumes. In: MOHG, NF 53/54, 1969, S. 43 - 68; Eberhard Schön: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen. (= Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, 7) Meisenheim am Glan 1972; Rüdiger Mack: Otto Böckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen 1887 - 1894. In: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Wiesbaden 1983, S. 377 - 410; David Peal: Anti-Semitism and Rural Transformation in Kurhessen: The Rise and Fall of the Böckel Movement. Diss. (mschr.) New York 1985; Paul W. Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt 1959, Neuausg. 1986; Hansjörg Pötzsch: Antisemitismus in der Region. Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870-1914. Wiesbaden 2000.

57 Erika Münster-Schöer: Frauen in der Kaiserzeit. Arbeit, Bildung, Vereinswesen, Politik und Konfession. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung am Beispiel einer rheinischen Kleinstadt. (= Dortmunder historische Studien, 3) Bochum 1992.

58 Elisabeth Prégardier: Der Beitrag der christlichen Frauenbewegung zur politischen Kultur in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 45, 1993, S. 14 - 21; Jochen-Christoph Kaiser: Frauen in der Kirche. Evangelische Frauenverbände im Spannungsfeld von Kirche und Gesellschaft 189 - 1945. Quellen und Materialien. (= Geschichtsdidaktik, 27) Düsseldorf 1985; Alfred Kall: Katholische Frauenbewegung in Deutschland. Eine Untersuchung zur Gründung katholischer Frauenvereine im 19. Jahrhundert. (= Beiträge zur Katholizismusforschung, Reihe B) Paderborn - München 1983.

59 Hanno Broo: Arbeiter- und Volksbildungsbewegung in Mainz. Ein volkswissenschaftlich-sozialhistorische Beitrag zur Vereinsforschung. (= Studien zur Volkskultur in Rheinland-Pfalz, 7) Mainz 1989.

kaum denkbar gewesen wäre - gerade gegen die Repression durch den Staat, war doch die in Preußen willkürlich, in den süddeutschen Staaten vergleichsweise liberal gehandhabte Auslegung des bestehenden Vereinsrechts vor allem gegen die Arbeiterbewegung gerichtet, und auch die erste einheitliche Regelung mit dem Reichsvereinsgesetz von 1908 verkörperte noch die Ressentiments des Staates gegen die politischen Bewegungen, insbesondere gegen die Sozialdemokratie.⁶⁰

3. Zu den Funktionen von Vereinen

Vereine regeln und gestalten als organisatorische Gebilde das Zusammenleben von Menschen mit bestimmten Interessen und gemeinsamen Zielsetzungen. Dieses Zusammenleben aber wird freiwillig eingegangen: Freiwilligkeit und Offenheit sind wesentliche Kriterien, die einen Verein ausmachen. Sie sind mindestens ebenso wichtig wie Organisationsstrukturen, Satzungen, Aufgabenverteilung und Dauerhaftigkeit, und sie ermöglichen erst das Element der Geselligkeit, in der sich Menschen zusammenfinden können: Fehlen Freiwilligkeit und Offenheit in einer Organisation, wird man schwerlich eine gesellige Bindung ihrer Mitglieder untereinander bemerken können. Dieses Merkmal der Freiwilligkeit findet sich daher immer wieder hervorgehoben, etwa in der lexikalischen Definition des Brockhaus 1887, die unter Vereinen „Verbindungen von Menschen zur Erreichung dauernder, gemeinschaftlicher Zwecke [verstanden], bei welchen der Eintritt und Austritt der Mitglieder von ihrem Willen abhängig ist. Sie stehen daher im Gegensatz zu solchen Verbänden, welche durch die Natur oder durch zwingende Rechtsvorschriften gegeben sind, wie Familie, Gemeinde, Staat u.dgl. Regelmäßig verwendet man den Ausdruck auch nur für solche Verbindungen, welche eine unbestimmte Mitgliederzahl haben und einen Wechsel der Mitglieder zulassen im Gegensatz zu den geschlossenen Gesellschaften des Privatrechts.“⁶¹ Dieser Wechsel der Mitglieder, ja die generelle Freiwilligkeit und Offenheit eines Vereins ermöglichen stärker als in anderen Lebensbezügen ein Zurücktreten gesellschaftlicher Ungleichheit; gerade dies ließ den Verein gegenüber den geburtsständischen Organisationen zur geeigneten Assoziationsform im Prozeß der Demokratisierung werden.

60 Gerd Fesser: Von der „Zuchthausvorlage“ zum Reichsvereinsgesetz. Staatsorgane, bürgerliche Parteien und Vereinsgesetzgebung im Deutschen Reich 1899-1906. In: Jahrbuch für Geschichte, 28, 1983, S. 107 - 132; ders.: Zu den Auswirkungen des Reichsvereinsgesetzes 1908-1914. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 33, 1985, S. 117 - 128.

61 Brockhaus' Conversations-Lexikon, 13. Aufl. 1887, Bd. 16, S. 200f.

Vereine als kollektive Gebilde erlauben den freiwilligen Zusammenschluß von Individuen und damit die gemeinsame Artikulation von Interessen, die sie nach außen und gegenüber mächtigeren Organisationen vertreten. Freiwilligkeit der Vereinsmitgliedschaft aber erforderte gegenüber den geburtsständischen Organisationen besondere Maßnahmen der Mitgliederwerbung und besondere Formen einer Anerkennung von Vereinszugehörigkeit und Engagement; Vereine üben daher auch eine soziale Funktion nach innen aus, indem sie dem Individuum Anerkennung und emotionale Bindungen vermitteln, manifestiert in Ehrungen und Treueprämien. Ihre Bedeutung in der Vereinskultur ist dokumentiert in der Massenproduktion von Diplomen und Urkunden, die sich mit der Konjunktur der bürgerlichen Vereine nach 1840 abzeichnete.⁶² Ausschlaggebend dafür war die Dedikation: sie wurden verliehen, konnten also nicht angeschafft oder gekauft werden, sie sollten die Leistungen des Mitgliedes für den Verein fördern, Motivation zur Weiterarbeit im gleichen Sinne sein. Zugleich aber vermittelten sie auch den übrigen Vereinsmitgliedern einen Anreiz zur Nachahmung, da die Verleihung im offiziellen Rahmen der Vereinsversammlung erfolgte. Leistung hieß in diesem Zusammenhang meist Kontinuität der Mitgliedschaft („Treue“, „Mitarbeit“); sie steht damit exemplarisch für die Enkulturation eines Tugendkatalogs⁶³ im Vereinswesen der bürgerlichen Gesellschaft.

Satzungen und Regularien der Vereine ermöglichten aber auch die Einübung demokratischer Regeln. „Wo sonst als hier“, sagt Otto Dann, „konnten die Bürger lernen, diszipliniert zu diskutieren, andere Meinungen zu respektieren, den anderen als gleichberechtigten zu betrachten und sich Mehrheitsentscheidungen unterzuordnen?“

62 Monika Kania: In Anerkennung der Verdienste. Gedruckte Diplome zwischen 1850 und 1950 in Westfalen. (= Schriften des Westfälischen Freilichtmuseums Detmold - Landesmuseum für Volkskunde, 11) Detmold 1994; Wolfgang Brückner: Populäre Druckgraphik Europas. Deutschland vom 15. bis zum 20. Jahrhundert. München 1975; ders., Christa Pieske: Die Bilderfabrik. Dokumentation zur Kunst- und Sozialgeschichte der industriellen Wandschmuckherstellung zwischen 1845 und 1973 am Beispiel eines Großunternehmens. Frankfurt am Main 1973; Christa Pieske: Bilder für jedermann. Wandbilddrucke 1840-1940. Berlin 1988; Martin Scharfe: Wandbilder in Arbeiterwohnungen. Zum Problem der Verbürgerlichung. In: Zeitschrift für Volkskunde, 77, 1981, S. 17 - 50.

63 Rudolf Schenda: Die Verfleißigung der Deutschen. Materialien zur Indoktrination eines Tugendbündels. In: Utz Jeggle u.a. (Hrsg.): Volkskultur in der Moderne. Probleme und Perspektiven empirischer Kulturforschung. Reinbek bei Hamburg 1986, S. 88 - 108; ders.: Fleißige Deutsche – fleißige Schweizer. Bemerkungen zur Produktion eines Tugend Syndroms seit der Aufklärung. In: Hans-Jürgen Braun (Hrsg.): Ethische Perspektiven: „Wandel der Tugenden“. Zürich 1989, S. 189 – 209; Paul Münch (Hrsg.): Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit. Texte und Dokumente zur Entstehung der „bürgerlichen“ Tugenden. München 1984.



Abb. 3: Anerkennung der Vereinszugehörigkeit: Mitgliedsdiplom des Landwirtschaftlichen Vereins der Provinz Rheinhessen, Worms 1880 (Museum Europäischer Kulturen, Staatliche Museen Preußischer Kulturbesitz Berlin).

Die überraschend breite und selbstverständliche Handhabung demokratischer Rechte, die vor allem im Jahre 1848 zutage trat, geht nicht

zuletzt auf deren langjährige Einübung in den Vereinen zurück.“⁶⁴ Somit nahmen Vereine eine wichtige Funktion in sich verändernden soziokulturellen Kontexten ein, indem sie mit ihren Merkmalen der Dauerhaftigkeit und (scheinbaren) Stabilität Identifikationsmöglichkeiten schufen und damit integrativ und normvermittelnd wirkten - gewissermaßen also ein Übungsfeld für soziale Aufgaben und Kontakte darstellten. Als kollektive, aber auf Freiwilligkeit beruhende Zusammenschlüsse ermöglichten sie damit zugleich einen Individualisierungsprozeß in der Gesellschaft, indem sie individuelle Chancen für soziale Kontakte und Aufstiegsmöglichkeiten eröffneten.

Nun zeigt freilich die Geschichte der Vereinsbildungen, daß damit durchaus gegensätzliche Orientierungen verbunden sein konnten.⁶⁵ Denn seit den ersten Anfängen vereinsähnlicher Zusammenschlüsse zu Beginn des 19. Jahrhundert sind diese Funktionen von Vereinen in der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder genutzt worden, um Leitlinien politischen und gesellschaftlichen Handelns zu vermitteln - sowohl die Demokratisierung einer Gesellschaft als auch herrschaftsstabilisierende Ideologien konnten über Vereine und Verbände um- und durchgesetzt werden. In Vereinen ließen sich Anerkennung und Selbstverwirklichung als Grundlagen sozialen Handelns ebenso erfahren wie die Einbindung in Autoritätsmuster: Ja, Vereine selbst sind als Ergebnis des Demokratisierungs- (und des Industrialisierungs-) Prozesses anzusehen, und doch waren viele nicht nur Multiplikatoren des nationalen Pathos im Wilhelminismus, sondern dann in der deutschen Diktatur auch Einfallstor der nationalsozialistischen Propaganda. Dies läßt die wichtige Rolle des Vereinswesens in der Gesellschaft erkennen und erklärt die besondere Beachtung, die Vereine gerade auch in demokratischen Systemen in der Wahrnehmung durch den Staat erfahren.

Die Geselligkeit als konstitutives Element der Vereinskultur ist ein (wenn auch in Studien zur politischen Bedeutung des Vereinswesens immer wieder relativierter, ja problematisierter, so doch ein nicht zu unterschätzender) Faktor für die Kommunikation innerhalb des Vereins, für seine soziale Funktion nach innen. Geselligkeit war bereits ein wichtiger Begriff in den Reformgesellschaften der Aufklärung; insbesondere in den Lesegesellschaften wurden die Begriffe Gesellschaft und Geselligkeit häufig verwendet - Johann Gottlieb Fichte rief dazu

64 Otto Dann: Die Anfänge politischer Vereinsbildung in Deutschland. In: Ulrich Engelhardt u.a. (Hrsg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt. Stuttgart 1976, S. 197-232, hier S. 232.

65 Vgl. dazu die gut strukturierte und den Forschungsstand resümierende Übersicht bei Hans-Friedrich Foltin: Geschichte und Perspektiven der Vereinsforschung. In: Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung, 16, 1984, S. 3 - 31.

auf, „Gesellschaftlichkeit“ als neue Tugend sozialen Verhaltens zu entwickeln.⁶⁶ Gerade in dieser Einübung von Regeln und Formen kommunikativen Sozialverhaltens ist ein wesentlicher Reiz der Mitarbeit in Vereinen zu sehen, für das Engagement des Einzelnen für die gemeinsamen Interessen, jene noch heute vielfach festzustellende Verknüpfung von Ehrenamt und Leidenschaft.⁶⁷ Und Otto Dann hat zu Recht die Bedeutung des Begriffes der Geselligkeit als Leitbegriff der protestantischen Ethik Daniel Friedrich Schleiermachers herausgestellt. Diese integrationsfördernde Funktion der Geselligkeit findet sich in den unterschiedlichsten Feldern des Vereinswesens.

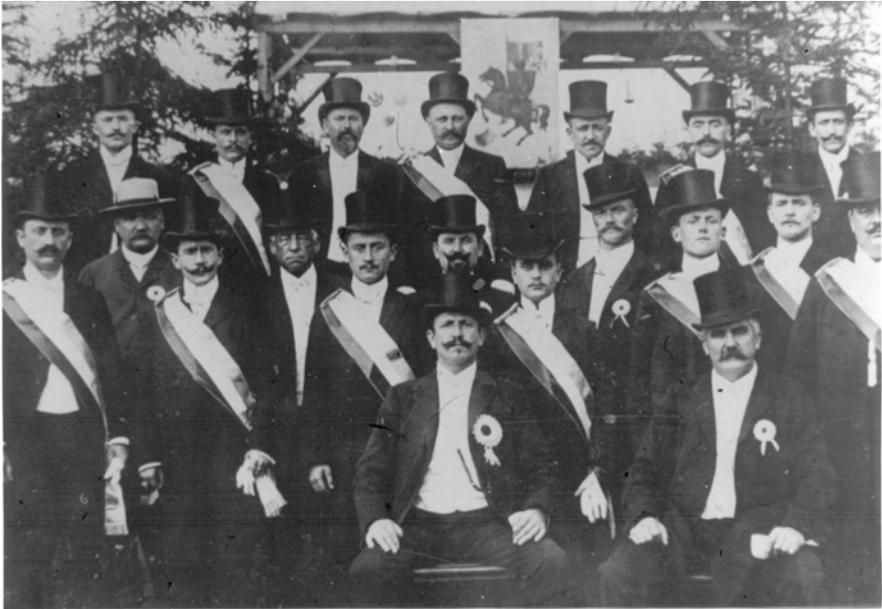


Abb. 4: Männerbünde: Marburger Geselligkeitsverein um 1900 (Bildarchiv des Instituts für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft der Universität Marburg).

66 Vgl. dazu Dann, Vereinsbildung in Deutschland (wie Anm. 17), S. 128ff; ders., Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft (wie Anm. 32); Ulrich Im Hof: Das gesellige Jahrhundert. Gesellschaft und Gesellschaften im Zeitalter der Aufklärung. München 1982.

67 Ulrike Kammerhofer-Aggermann (Hrsg.): Ehrenamt und Leidenschaft. Vereine als gesellschaftliche Faktoren. (= Salzburger Beiträge zur Volkskunde, 12) Salzburg 2002.



Abb. 5: Das Fahrrad als Emanzipations-Vehikel: Karte des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ (Bildarchiv des Instituts für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft der Universität Marburg).

Gemeinsame Unternehmungen, vor allem solche, die mit körperlicher Bewegung verbunden waren wie in den Sportvereinen, unterstreichen diese integrative Funktion der Geselligkeit. Geselligkeit und Bewegung stehen ja zudem symbolisch für das kollektive Handeln und für die progressive Tendenz der Vereinskultur im 19. Jahrhundert, und wir finden beides, das kollektive Handeln ebenso wie die progressive Tendenz, gerade in den um 1900 sehr populären Radfahrvereinen: das Rad als Symbol des Fortschritts, das Erlebnis der Naturbegegnung fördernd und als Flug-Erfahrung und Genuß-Vehikel dienend, als weibliches Fortbewegungsmittel aber auch Inbegriff der Unabhängigkeit, der „kleinen Fluchten“ und damit Ausdruck beginnender Emanzipation. Es ist durchaus als solcher bemerkt und verstanden und oft glossiert, ja hämisch und nicht ohne sexistische Attitüde karikiert worden,⁶⁸ wie denn auch das Verhältnis der männlichen Domäne Verein (der Herrenclubs und Geselligkeitsvereine vor allem) zu den Geschlechterrollen eine durchaus problematische und affektgeladene war: Sabine Kübler etwa hat am Beispiel des Vereins Deutscher Rosenfreunde Rezeption und Instrumentalisierung der biedermeierlichen Rosenbilder in der Weiblichkeitssymbolik der wilhelminischen Klassengesellschaft aufgezeigt.⁶⁹

Auch in den Arbeitersportvereinen⁷⁰ war das Rad ein beliebtes Mogens geselliger Unternehmungen, etwa im Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“, in dem Frauen nicht nur integriert, sondern geradezu Werbeträgerinnen waren, wie das Plakat des Vereins erkennen läßt.⁷¹ Geselligkeit und Bewegung förderten die Bildung kohärenter Gruppierungen, trugen zur Formung von Identität und Klassenbewußtsein bei.

68 Petra Naumann-Winter: „Das Radfahren der Damen“. Bildbetrachtungen zum Diskurs über Modernisierung und Technisierung um 1900. In: Christel Köhle-Hezinger, Martin Scharfe, Rolf Wilhelm Brednich (Hrsg.): Männlich. Weiblich. Zur Bedeutung der Kategorie Geschlecht in der Kultur. 31. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde, Marburg 1987. Münster u.a. 2000, S. 430 – 443.

69 Sabine Kübler: Rosenfreunde – im dornigen Dickicht von Natur, Dilettantismus und Geschlecht. In: ebd., S. 512 – 526.

70 Heinz Timmermann: Geschichte und Struktur der Arbeitersportbewegung 1893 - 1933. (= Schriftenreihe für Sportwissenschaft und Sportpraxis, 12) Ahrensburg bei Hamburg 1973; Diethelm Blecking (Hrsg.): Arbeitersport in Deutschland 1893 - 1933. Dokumentation und Analysen. Köln 1983; Hans Joachim Teichler, Gerhard Hauk: Illustrierte Geschichte des Arbeitersports. Bonn 1987.

71 Ralf Beduhn: Chronik des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität“ 1896 - 1977. Geschichte - Dokumente - Quellen. (= Arbeiterkultur, 3) Münster 1981; ders.: Die roten Radler. Illustrierte Geschichte des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität“ (= Arbeiterkultur, 5) Münster 1982.

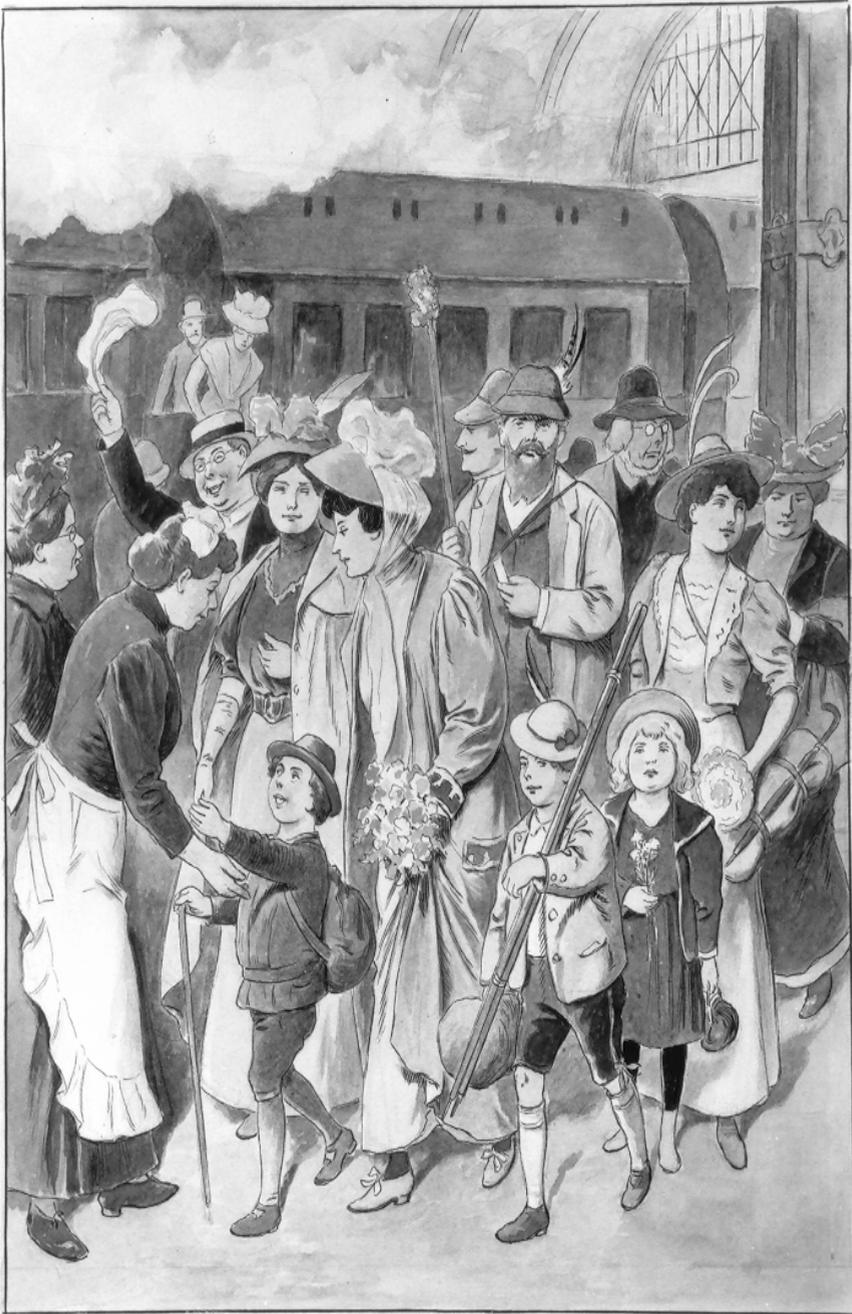


Abb. 6: *Bürgerliches Ausflugsidyll: „Auf dem Bahnhof“* (Aquarell von L. Bechstein um 1900, Münchner Stadtmuseum).

Fest-Ordnung
 für die
Ausflüge des Allgem. Staatseisenbahnvereins
Limburg a. d. Lahn
nach Niederlahnstein
 am Sonntag den 11. Juni und Sonntag den 2. Juli 1911.

a) Hinfahrt:

I. Teil: **Abfahrt von Limburg: 11³⁰ Uhr.** Dieser Sonderzug hält auf sämtlichen Stationen von **Limburg** bis **Nassau**. Ankunft in **Niederlahnstein 12⁵⁰ Uhr** nachm.

Der Zug ist zur Aufnahme der Teilnehmer von **Limburg** bis **Nassau** bestimmt. Für die Teilnehmer der Stationen von **Diez** bis **Nassau** wird eine entsprechende Anzahl Wagen von **Limburg** ab freigehalten.

II. Teil: **Abfahrt von Wetzlar 10³¹ Uhr.** Der Sonderzug hält auf den Stationen von **Albshausen** bis **Limburg** und von **Dausenau** bis **Niederlahnstein**. Ankunft in **Limburg 12²³**, ab **12³³ Uhr** nachm. **Niederlahnstein** an **1⁵³ Uhr** nachm.

Dieser Zug ist zur Aufnahme der Teilnehmer von **Albshausen** bis **Limburg** und von **Dausenau** bis **Niederlahnstein** bestimmt.

b) Rückfahrt:

I. Teil: **Niederlahnstein** ab **7¹⁰ Uhr** nachm. **Limburg** an **8²⁷ Uhr** nachm. **Limburg** ab **8⁴⁷ Uhr** nachm. **Weilburg** an **9⁵² Uhr** nachm. **Weilburg** ab **9⁵⁴ Uhr** nachm. **Albshausen** an **10²⁷ 1/2 Uhr** nachm.

Dieser Zug ist zur Aufnahme der Teilnehmer von **Niederlahnstein** bis **Nassau** und von **Eschhofen** bis **Albshausen** sowie der Strecke **Weilburg—Weilmünster—Usingen** bestimmt. Die Teilnehmer von **Limburg** sollen möglichst den Sonderzug **Niederlahnstein** ab **8⁰⁰ Uhr** benutzen.

II. Teil: **Rückfahrt: Niederlahnstein** ab **8 Uhr**. **Limburg** an **9²⁰ Uhr**.

Der Zug hält auf den Stationen von **Obernhof** bis **Limburg**.

c) Für die Mitglieder der **Weilbahn** und der Strecke **Weilmünster—Usingen** zur Rückfahrt ab **Weilburg** ein Sonderzug, wie folgt: **Weilburg** ab **10²⁰ Uhr**, **Weilmünster** an **10⁴⁵ Uhr**, **Weilmünster** ab **10⁴⁶ Uhr**, **Usingen** an **11⁴⁶ Uhr**.

Nach Ankunft des 2. Zuges in **Niederlahnstein** zieht der Verein unter Musikbegleitung durch die **Bahnhofstrasse** nach dem am rechten Ufer der **Lahn** gelegenen Festlokale, **Hotel „Deutscher Kaiser“**, woselbst gemütliches Zusammensein, bei **Konzert, Tanz, Absingen** von Liedern und **Brezelverteilung** an die **Kinder** der Teilnehmer stattfindet.

Preise der Speisen und Getränke siehe am Schlusse.

Schlinck'sche Druckerei, Limburg.

Abb. 7: Zug der Geselligkeit: Ausflugsprogramm des Allgemeinen Staatseisenbahnvereins Limburg (Bildarchiv des Instituts für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft der Universität Marburg).

Allerdings wurde dies durchaus auch in den bürgerlichen Vereinen genutzt; gemeinsame Ausflüge von Eisenbahnvereinen etwa gehörten zum sommerlichen Vereinsprogramm, das Reisen war unterhaltsames Gemeinschaftsunternehmen in Verbindung mit dem Erlebnis des panoramatischen Blicks.⁷² Und schließlich kultivierten die Reformbewegungen, insbesondere der Wandervogel,⁷³ das Gruppenerlebnis von Geselligkeit und Bewegung als physische Wahrnehmung ihrer Aufbruchprogramm.

4. Das Vereinswesen als Forschungsfeld

Nach 1945 war es zunächst eine sich in Auseinandersetzung mit der Vereinnahmung weiter Teile des Faches als „Völkische Wissenschaft“ im Nationalsozialismus neu formierende, sozialgeschichtlich orientierte und empirisch fundierte Volkskunde, die Vereinskultur als Forschungsaufgabe begriff und damit durchaus eine Vorreiterrolle in den Sozialwissenschaften übernahm. Denn obwohl schon Max Weber 1910 einen differenzierten Entwurf zu einer Soziologie des Vereinswesens vorgelegt hatte und auch bei Georg Simmel, Ferdinand Tönnies und Leopold von Wiese konzeptionelle Ansätze einer Vereinsforschung zu erkennen sind, hat die deutsche Soziologie lange Zeit die Identitätsfunktion und auch die politische Bedeutung des Vereins vernachlässigt; erst Ende der sechziger Jahre rückten sie ins Erkenntnisinteresse des Faches.⁷⁴

Vereine als Gegenstand volkskundlicher Forschung hatte schon 1959 Hermann Bausinger in einem Bericht über ein Tübinger Forschungsprojekt eingefordert.⁷⁵ Er sah darin nicht nur eine Notwendigkeit zur Aufarbeitung eines fachgeschichtlichen Desiderates, sondern auch Chancen für den methodischen Paradigmenwechsel: Während die alte Volkskunde zwischen Individuum und Kollektiv, zwischen reflektierten und assoziativen Bindungen unterschieden hatte, als

72 Wolfgang Schivelbusch: Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert. München u.a. 1977, Tb.-Neuausgabe Frankfurt am Main 2000.

73 Ulrich Aufmuth: Die deutsche Wandervogelbewegung unter soziologischem Aspekt. (= Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, 16) Göttingen 1979; Diethart Kerbs, Jürgen Reulecke (Hrsg.): Handbuch der deutschen Reformbewegungen. Wuppertal 1998; Sabine Weißler (Hrsg.): Fokus Wandervogel. Der Wandervogel in seinen Beziehungen zu den Reformbewegungen vor dem Ersten Weltkrieg. Marburg 2001.

74 Vgl. Hans-Jörg Siewert: Zur Thematisierung des Vereinswesens in der deutschen Soziologie. In: Otto Dann, Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft (wie Anm. 32), S. 151 - 180.

75 Hermann Bausinger: Vereine als Gegenstand volkskundlicher Forschung. In: Zeitschrift für Volkskunde, 1959, S. 98 - 104.

Aufgabe des Faches lediglich die kollektiven, assoziativ geprägten Kulturmuster begriff und damit den Verein als bewußte, mithin reflektierte Gesellungsform aus dem Kanon der Forschungsgebiete ausschloß, rückte Bausinger nun gerade die Vereinskultur ins Blickfeld. Im Nachhinein besehen ergibt sich damit die nahezu kuriose Sicht, daß die traditionelle Volkskunde im Blick aufs Assoziative in der Kultur gerade den Verein (als „Assoziation“) gar nicht wahrgenommen hatte. Bausinger dagegen ordnete nun die Vereine in eine Betrachtung gesellschaftlicher Organisationsformen und Gruppenidentitäten ein, die (anders als die Soziologie als normative Wissenschaft) den Verästelungen nachging, „welche eine vielfältige und bewegte Geschichte in jeder Erscheinung des Volkslebens hervorgerufen hat“, wie er damals, bezugnehmend auf Leopold Schmidts Rezension von Wurzbachers Buch „Das Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung“, formulierte. Darin deuteten sich also bereits methodische Schwerpunkte an, die in der volkskundlichen Gemeindeforschung der sechziger und siebziger Jahre intensive Diskussion und Umsetzung in zahlreichen Mikrostudien finden sollten:⁷⁶ die Bedeutung der qualitativen gegenüber der quantitativen empirischen Forschung, die Methodologie des exemplarischen Zugriffs und seines Gegengewichts, des Vergleichs, der für die ethnographische Forschung grundlegend ist.⁷⁷

Zunächst im Rahmen einer Beschäftigung mit urbanen Erscheinungsformen eingeleitet,⁷⁸ läßt sich die Thematisierung der Vereinskultur in der Volkskunde durchaus als Indiz und Ertrag einer sozialwissenschaftliche Orientierung des Faches ansehen, die in den späten sechziger Jahren eingefordert und in den siebziger und frühen achtziger Jahren umgesetzt wurde.⁷⁹ Mit der Ausweitung des Kulturbegriffs als umfassender Kategorie der Erarbeitung und Gestaltung der Lebensgrundlagen waren seit dem Marburger Volkskundekongreß 1965 Kultur

76 Vgl. dazu den Forschungsüberblick von Paul Huggler: Volkskundliche Gemeinde- und Stadtforschung. In: Rolf Wilhelm Brednich (Hrsg.): Grundriß der Volkskunde. Einführung in die Forschungsfelder der Europäischen Ethnologie. (= Ethnologische Handbücher) 3. Aufl. Berlin 2001, S. 291 – 309.

77 Vgl. Silke Götsch, Albrecht Lehmann (Hrsg.): Methoden der Volkskunde. Positionen, Quellen und Arbeitsweisen der Europäischen Ethnologie. (= Ethnologische Paperbacks) Berlin 2001.

78 Herbert Freudenthal: Vereine in Hamburg. Ein Beitrag zur Geschichte und Volkskunde der Geselligkeit. (= Volkskundliche Studien, 4) Hamburg 1968.

79 Albrecht Lehmann: Vereinsstrukturen und Dorfgesellschaft. Ergebnis einer empirischen Gemeindeuntersuchung. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie, 27, 1979, S. 105 – 118; vgl. auch ders.: Der Verein – Geschichte und gesellschaftliche Funktion. In: Ralf Dahrendorf u.a. (Hrsg.): „Deutschland“ – Portrait einer Nation. Gütersloh 1985.

und Lebensweise in der Industriegesellschaft als Problem und Untersuchungsfeld ins Blickfeld des Faches gerückt worden, wenn auch eine volkscundliche Arbeiterkulturforchung erst verhältnismäßig spät, zu Beginn der achtziger Jahre, etabliert werden konnte.⁸⁰ Mit der Thematisierung von Arbeit und Freizeit - und mit ihr einer Berücksichtigung der Freizeitkultur - erhielt das Vereinswesen als Forschungsfeld besonderes Gewicht. 1984 wurde ein Themenband „Vereinsforschung“ der Hessischen Blätter für Volks- und Kulturforchung als Standortbestimmung und Entfaltung von Perspektiven vorgelegt.⁸¹ Neben Artikeln zu grundsätzlichen Funktionen, zu Geschichte und Strukturen des Vereinswesens, zu Vereinen und Kulturpolitik, Vereinen im Ballungsraum und Vereinen im ländlichen Raum sind darin auch Mikrostudien vorgestellt worden. Die Beiträge vermitteln damit einen Querschnitt zu Geschichte, Methoden und Themenfeldern in einer ersten Phase intensiverer volkscundlich-ethnologischer Vereinsforchung, die sich gleichzeitig entfaltete zur Thematisierung der Vereinsforchung in den Geschichtswissenschaften, publiziert etwa mit einem Beiheft der Historischen Zeitschrift, dem von Otto Dann herausgegebenen Band „Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland“,⁸² darin auch ein Beitrag von Albrecht Lehmann zur volkscundlichen Vereinsforchung. Seit Mitte der neunziger Jahre zeichnet sich eine zweite Phase der Vereinsforchung ab, nicht allein in der Volkskunde/Europäischen Ethnologie, sondern in den Sozial- und Kulturwissenschaften generell, nunmehr mit deutlich historischem Schwerpunkt, markiert etwa durch einen Sammelband zur Geschichte des Vereinswesens in Deutschland, herausgegeben von Heinrich Best und versehen mit einer umfangreichen Literatur- und Forchungsdokumentation von Helmut M. Artus.⁸³

Nachdem sich historische Vereinsforchung lange Zeit der Bedeutung des Vereinswesens in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und der Nationalstaatsbildung gewidmet hat, wird nun auch (die eingangs bereits erwähnte Studie von Georg Kunz zur verorteten Geschichte deutet dies an) ein Augenmerk auf Konzepte der Regionalität, der Formung eines Landesbewußtseins gerichtet. Otto Dann hat zu Recht auf die regionale Differenzierung und Vielfalt des Vereinswesens in der modernen bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland hin-

80 Vgl. dazu den Forschungsüberblick von Peter Assion: Arbeiterforchung. In: Brednich, Grundriß der Volkskunde (wie Anm. 76), S. 255 – 289.

81 Hans-Friedrich Foltin, Dieter Kramer (Hrsg.): Vereinsforchung. (= Hessische Blätter für Volks- und Kulturforchung, 16) Gießen 1984.

82 Dann, Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft (wie Anm. 32).

83 Best, Vereine in Deutschland (wie Anm. 17).

gewiesen,⁸⁴ die freilich nicht allein aus dem territorialstaatlichen Kontext in der Geschichte des Vereinswesens zu erklären, sondern vielmehr aus der Funktion von Vereinen als Trägern lokaler und regionaler Öffentlichkeit zu verstehen ist - aus Orientierungs- und Handlungsmustern also, die den Verein als volkskundliches Forschungsfeld auszeichnen, wenn wir mit Wolfgang Brückner Volkskunde als eine Sozialgeschichte des Regionalen verstehen. Und vielleicht läßt sich auch in der Auseinandersetzung mit der Geschichte von Geschichtsvereinen nach 1866 und 1871 nicht nur die Frage nach nationalen oder aber partikularen Strömungen stellen (wie sie expressis verbis 1875 von Wilhelm Arnold in einem Vortrag vor dem Verein für hessische Geschichte und Landeskunde in Marburg ausgesprochen wurden).⁸⁵ Regionalität läßt sich darin möglicherweise auch deuten im Sinne einer Wahrung des Gleichgewichts gegenüber dem hegemonialen Machtegoismus und Expansionsdrang Preußens: Es ist dann Ludwig Dehio gewesen, der sich von Marburg aus nach den Erfahrungen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges in seinem großen Werk „Gleichgewicht oder Hegemonie“ dieser Problematik im mitteleuropäischen Staatensystem widmen sollte; im Nationalsozialismus aufgrund seiner jüdischen Herkunft gezwungen, im inneren Exil unterzutauchen, wandte er sich in seinen grundlegenden Studien zur neuzeitlichen Staatengeschichte Mitteleuropas den „Besiegten von Königgrätz“ zu, und er schenkte den nicht zum Zuge Gekommenen, den Unterlegenen seine kritische Aufmerksamkeit, ja seine auf objektive Distanz gegründete Sympathie.⁸⁶ In diesem Spannungsfeld zwischen Hegemonie und Gleichgewicht werden gerade die nach 1871 gegründeten historischen Vereine noch intensiver untersucht werden müssen, und der Oberhessische Geschichtsverein, einer dieser Vereine der zweiten Generation, hat mit den Veranstaltungen zu seinem Jubiläum auch zu dieser Auseinandersetzung mit seiner Geschichte angeregt.

84 Dann, Vereinsbildung in Deutschland (wie Anm. 17), S. 124.

85 Wilhelm Arnold: Ueber das Verhältnis der Reichs- zur Stammesgeschichte und die Bedeutung der letzteren. Mit besonderer Berücksichtigung der hessischen Landes- und Stammesgeschichte. Marburg 1875.

86 Ludwig Dehio: Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte. Krefeld 1948, Neuausgabe, hrsg. von Klaus Hildebrand, Zürich 1997, S. 299.

Das Großherzogtum Hessen und sein historischer Verein¹

Peter Engels

1. Einleitung

Wenn man das 19. Jahrhundert in Deutschland mit einem bestimmten Begriff oder einem charakteristischen Phänomen bezeichnen will, kann man es das Jahrhundert der Nationalstaatsbewegung oder Reichsgründung, das Jahrhundert der Industrialisierung, das bürgerliche Jahrhundert, aber auch als das Jahrhundert des Vereinswesens bezeichnen. Auf den letzten Begriff will ich hinaus, wobei Emanzipation des Bürgertums und Vereinswesen zwei verwandte und aufeinander bezogene Begrifflichkeiten darstellen. Die alten ständischen Korporationen, etwa Zünfte und Stände, bezogen ihre Legitimation aus der Ausübung von Zwang. Der Handwerksmeister etwa konnte sein Gewerbe in einer Stadt im Regelfall nur ausüben, wenn er Mitglied der entsprechenden Zunft war. Auch politische oder gesellschaftliche Tätigkeit, etwa in der Stadtregierung, war nur über die Zunft möglich. Der Verein hingegen war ein freiwilliger Zusammenschluß Gleichgesinnter, die die überkommenen Standesgrenzen überwandten. Clubs und Lesegesellschaften boten den Rahmen für eine neue bürgerliche Geselligkeit. „Wohltätigkeitsvereine“ organisierten in den Notjahren nach 1815 und um 1845 Hilfsprojekte und betrieben Suppenküchen. Musik- und Kunstvereine vermittelten die vordem den höheren Klassen und der Hofgesellschaft vorbehaltene Kultur breiteren Kreisen und versammelten Adel und Bürgertum unter dem Dach des Vereins.

All diese Bestrebungen wurde von der Regierung des Großherzogtums Hessen gefördert. Großherzog Ludwig I., der nach eigenem Selbstverständnis nicht als absoluter Fürst, sondern als Landesvater sein Land regierte, förderte die neue bürgerliche Bildungskultur und

1 Überarbeitete und mit Fußnoten versehene Fassung eines Vortrags, der am 6. November 2002 vor dem Oberhessischen Geschichtsverein in Gießen gehalten wurde. Die Geschichte des Historischen Vereins für den Zeitraum bis etwa 1930 wurde in einer ausführlichen chronikartigen Würdigung von Karl Esselborn zum 100-jährigen Vereinsjubiläum dargestellt (s. Anm. 10). Auf diese Darstellung sind wir bis heute angewiesen, denn das Vereinsarchiv verbrannte 1944 im hessischen Staatsarchiv Darmstadt vollständig, so dass wir über Esselborns Kenntnisstand nicht wesentlich hinausgelangen können, zumal auch die Korrespondenz des Vereins mit den Ministerien und den Großherzögen zu den Kriegsverlusten zählt.

auch die Vereinsgründungen ideell - etwa durch Übernahme des Direktorats - aber auch finanziell. Kein geringerer als sein Oberbaudirektor Georg Moller errichtete 1816 in Darmstadt das Kasino, die neue Heimstatt der „Vereinigten Gesellschaft“, zu deren etwa 400 Gründungsmitgliedern neben Beamten, Militärs und Mitgliedern des Hofes auch Ratsherren, Kaufleute und Gastwirte zählten. 1821 folgte mit dem „Singverein“ der erste musikalisch tätige Verein in Darmstadt, dem in den 30er und 40er Jahren rund ein halbes Dutzend weiterer Gründungen folgten. Zu Ludewigs „Bildungsprogramm“ - wenn man es etwas verkürzt formulieren möchte - gehörte auch der Bau des Hoftheaters, dessen Kapazität von 2000 Plätzen der breiten Öffentlichkeit den Besuch von Theatervorstellungen ermöglichen sollte. Hierhin gehörten ebenso die Öffnung der großherzoglichen Sammlungen, des späteren Landesmuseums, und der Hofbibliothek für die Bevölkerung.

Diese Vereinstätigkeit wurde gefördert. Viele Mitglieder versprechen sich von einer Vereinsmitgliedschaft aber gerade die Freiheit von Zwang - im Vergleich zu den früheren Korporationen - und damit die Möglichkeit freier Meinungsäußerung. Nicht umsonst galt der Verein in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Obrigkeit, die sich bekanntermaßen aufklärerisch gab, aber dennoch gerne alles wissen und überwachen wollte, als potentieller Hort von Umstürzlern. Das ambivalente Verhältnis von Hof und Regierung zum Vereinswesen setzte sich bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts fort. Die im Grunde noch spätabolutistisch-autoritäre Staatsbürokratie zu Jahrhundertbeginn begrüßte das soziale und kulturelle Engagement der Musik- und Bildungsvereine, sie nutzte sogar das neue Phänomen „Verein“ als Instrument der Wirtschaftsförderung durch Spar- und Darlehensvereine und staatlich gelenkte bzw. geförderte Landwirtschafts- und Gewerbevereine, reagierte aber ausgesprochen allergisch auf alle Vereins- und Gruppengründungen, die den Verdacht der politischen Tätigkeit erregten oder erregen könnten.²

In den Fokus der staatlichen Überwacher gerieten vor allem die Turnvereine, die deutlich im Zusammenhang mit den aus der Begeisterung der Freiheitskriege entstandenen Burschenschaften und den „Deutschen Gesellschaften“ standen, von denen es auch eine in Gießen gab. Alle diese Gruppierungen strebten durch ihre Tätigkeit eine Ver-

2 Vgl. zum folgenden: Erich Zimmermann, Für Freiheit und Recht. Der Kampf der Darmstädter Demokraten im Vormärz (1815-1848), Darmstadt 1987, S. 190-199, 232-242; Eckhart G. Franz, Turner, Sänger und Geschichtsfreunde. Darmstädter Vereine im 19. Jahrhundert, in: Wesen und Formen der Freundschaft, Darmstadt 1981, S. 88-97; Karl Esselborn, Der Verein für Wissenschaft, Literatur und Kunst in Darmstadt (1835-1838), in: AHG N.F. 14, 1925, S. 72-92.

besserung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch politische Reformen an, etwa durch die Forderung nach Verfassungen. Das Attentat auf den Dichter und russischen Staatsrat August von Kotzebue und die daraufhin erlassenen Karlsbader Beschlüsse im Jahre 1819 gaben der Regierung die Handhabe, jegliche politische Vereinstätigkeit zu verbieten. Der politische Aufbruch im Gefolge der französischen Juli-Revolution 1830 brachte für wenige Jahre eine Lockerung dieser Verbote und der strikten Zeitungszensur. Demonstrationen wie das große „Nationalfest der Deutschen“ auf dem Hambacher Schloß und weitere politische Feste in Hessen folgten, die aber mit den Unruhen nach dem Hambacher Fest und dem Frankfurter Wachensturm erneut unterbunden wurden. Die gerade gegründete Opposition flüchtete sich aufgrund der neuen Verbotschwelle erneut in Turn- und Gesangsvereine, die von vornherein nicht so verdächtig erschienen. Seit 1833 entstanden in den hessischen Staaten überall neue Vereine, etwa der Frankfurter Turnverein 1833, die Hanauer Turngesellschaft 1837. In Darmstadt erfolgte 1843 die Gründung eines ersten Turnvereins, der jedoch bereits nach zwei Jahren wieder verboten wurde.³ Wachsende soziale Spannungen der Jahre nach 1844 führten bei Turnern und Sängern zu offener Politisierung. Als sich die Darmstädter Gesangsvereine Sängerkranz und Melomanen im Frühsommer 1846 mit anderen Vereinen zu einem „Sängerfest“ auf der Burg Frankenstein trafen, ging es dem Festpräsidenten Heinrich Felsing, der auch Vorsitzender der 1846 neu gegründeten Darmstädter Turngemeinde war, eindeutig um die politische Mobilisierung, die dann in die Ereignisse der Revolution 1848/49 mündete.

Vor dem Hintergrund der gerade geschilderten politischen Situation der Vormärzzeit ist auch die Entstehung der historischen Vereine zu sehen. Ein wichtiges Moment kommt jedoch hinzu: Eine der Wurzeln für die Gründung historischer Vereine war zweifellos die im Zeichen der Romantik neu entdeckte Liebe zur Geschichte, zu den geschichtlichen Altertümern. Viele Menschen wandten sich, von der eigenen Gegenwart und dem Scheitern der nationalstaatlichen Bestrebungen enttäuscht, der deutschen Geschichte des Altertums und vor allem des Mittelalters zu, die in einer romantisierenden Sichtweise als Zeit der Einheit des Vaterlands angesehen wurde.⁴ Man besann sich auf die

3 Vgl. Eckhart G. Franz, Frisch, fromm, fröhlich, frei... Festrede zum 150. Jubiläum der Darmstädter Turn- und Sportgemeinde 1846 e.V. am 14. Juli 1996, in: TSG 1846. Nachrichten der Darmstädter Turn- und Sportgemeinde 1846 e.V., Heft 12, 1996, S. 3 f., 14 f.

4 Vgl. Walter Heinemeyer, Die Entstehung der Geschichtsvereine im Lande Hessen, in: Helmut Roth, Egon Wamers (Hrsg.), Hessen im Frühmittelalter. Archäologie und Kunst, Sigmaringen 1984, S. 18-23; Hans-Peter Lachmann, Geschichtsvereine in

eigene Vergangenheit und begann sie forschend zu ergründen. Die Initialzündung war gewissermaßen die Gründung der „Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde“ durch den Freiherrn von Stein 1819, die sich die „Beförderung einer Gesamtausgabe der Quellschriften deutscher Geschichte des Mittelalters“ zur Aufgabe gemacht hatte.⁵ Offiziell bereits 1812, aber eigentlich erst 1821 wurde der „Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung“ in Wiesbaden gegründet, der dazu aufrief, die Altertümer der römischen Zeit, aber auch des deutschen Mittelalters zu sammeln, „damit auch dadurch der vaterländische Sinn für das Große, Gute und Schöne geweckt und der Teutsche Nationalruhm erhöht werde.“⁶ 1819 folgten der „Thüringisch-sächsische Verein für Erforschung des vaterländischen Altertums“ und der „Schlesische Altertumsverein zu Breslau“. In unserem Bereich wurden 1827 der Historische Verein der Pfalz, 1834 Geschichtsvereine in Wetzlar⁷ und Kassel⁸ sowie 1837 in Frankfurt⁹ gegründet.

2. Die Gründung des Historischen Vereins für das Großherzogtum Hessen

Der Historische Verein für das Großherzogtum Hessen, dessen Entwicklung hauptsächlich bis zum Ersten Weltkrieg ich im folgenden beleuchten möchte,¹⁰ fügte sich in diese Gründungswelle der Ge-

Hessen, in: Bernd Heidenreich, Eckhart G. Franz (Hrsg.), Die Hessen und ihre Geschichte. Wege-Weiser durch die hessische Landes- und Regionalgeschichte, Wiesbaden 1999, S. 36-44; Vgl. auch Erich Maschke, Landesgeschichtsschreibung und historische Vereine, in: Württembergisch Franken Band 58, 1974, S. 17-34 (Festschrift für Gerd Wunder).

- 5 So der zweite Teil des Titels der Zeitschrift der Gesellschaft „Archiv“, heute „Deutsches Archiv zur Erforschung des Mittelalters“.
- 6 Die Vereinsfestschrift spricht von der Stiftung des Vereins 1812, von der tatsächlichen Konstituierung aber erst im Dezember 1821; vgl. Wolf-Heino Struck, 175 Jahre Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, in: Festschrift zur 175-Jahrfeier des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung 1812-1987, Wiesbaden 1987, S. 1-7, das Zitat S. 3.
- 7 Der Wetzlarer Verein existierte nur bis 1852. 1904 erfolgte eine Neugründung.
- 8 Bericht über die Gründung in der Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Bd. 1, Kassel 1837, S. I-XVIII.
- 9 155 Jahre Frankfurter Verein für Geschichte und Landeskunde, Mitgliederverzeichnis 1992, S.4 f. 1839 erschien der erste Band des „Archivs für Frankfurts Geschichte und Kunst“.
- 10 Karl Esselborn, Hundert Jahre Historischer Verein für Hessen, in: AHG N.F. 18, 1934, S. 1-183; Friedrich Knöpp, der historische Verein 1833-1933. Betrachtungen zum hundertjährigen Jubiläum, in: Volk und Scholle Bd. 11, 1933, S. 93-107; ders., Der Historische Verein 1933-1958, in: AHG N.F. 26, 1961, S. 93-102; Eckhart G. Franz, Geschichtsverein und Geschichtsbewußtsein. Zur 150-Jahrfeier des Historischen Ver-

schichtvereine in der Vormärzzeit ein. Der Verein verdankt seine Entstehung der Initiative des Advokaten und Privatgelehrten Johann Wilhelm Christian Steiner (1785-1870), der in Gießen Rechtswissenschaft studiert hatte und in Seligenstadt, später in Klein-Krotzenburg als Anwalt tätig war. Steiner veröffentlichte seit 1820 eine Reihe von historischen Werken, 1820 eine Geschichte der Stadt und Abtei Seligenstadt, 1821-1829 ein dreibändiges Werk über die „Althertümer und Geschichte des Bachgau“ mehrere Bände mit Editionen römischer Inschriften und vieles mehr. Bereits 1830 trug er sich mit dem Gedanken, ein „Archiv für hessische Geschichte“ herauszugeben. Über seine Pläne korrespondierte Steiner seit dieser Zeit mehrfach mit dem im Darmstädter Ministerium tätigen Geheimen Staatsrat Karl Eigenbrodt (1769-1839), Präsident der 2. Kammer der Landstände und einer der Väter der ersten hessischen Verfassung von 1820, der ebenfalls sehr historisch interessiert war und eigene historische Veröffentlichungen plante. Vermutlich auf beider Initiative geht ein Aufruf Steiners vom 16. April 1832 an „Freunde und Kenner des Altertums und der Geschichte des Großherzogtums Hessen“ zurück, mit dem er zur Gründung eines historischen Vereins aufrief, der „in der Person des Großherzogs seinen Gründer finden werde“. Die Befürworter sollten ihn durch ihre Unterschrift beauftragen, den beigefügten Statutenentwurf „Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs zur Allerhöchsten Genehmigung unterthänigst vorzulegen“. Dies konnte Steiner nur schreiben, wenn Ludwig II. oder zumindest das Staatsministerium von den Plänen wußte. Der Großherzog hatte Steiner gerade ein Jahr zuvor zum „Hofhistoriographen“ ernannt, ein Titel, der zwar keine Einkünfte, dafür freien Zugang zu den Beständen der Hofbibliothek und des Staatsarchivs sowie Portofreiheit für wissenschaftliche Korrespondenz einbrachte.

Bisher hatte man die Sicherung des historischen Erbes, der „Alterthümer“, im Großherzogtum Hessen der Staatsregierung überlassen, die auf Anregung des Oberbaudirektors Georg Moller bereits 1818 ein Dekret zur „Erhaltung der vorhandenen Denkmäler der Baukunst“ erließ. Dies konnte nicht verhindern, dass viele mittelalterliche Baudenkmäler in dieser Zeit abgerissen oder geplündert wurden, dass vor- und frühgeschichtliche Anlagen von Raubgräbern heimgesucht wurden. Steiner ging es in seinem Aufruf nun darum, „römische und deutsche Alterthümer in Hessen jeder Art, also schriftliche Urkunden, bildliche Darstellungen, plastische Gegenstände zu suchen, zu sammeln, zu be-

eins für Hessen 1833/1983, in: AHG N.F. 41, 1983, S. III-XIV; zur älteren Literatur zur Vereinsgeschichte s. J. R. Dieterich, Wegweiser durch das Schrifttum des Historischen Vereins für Hessen, Darmstadt 1934, S. 92 f.

schreiben und für Erhaltung der vorhandenen Denkmale Sorge zu tragen“. Der handgeschriebene Aufruf kursierte in drei bekannten Exemplaren, eines davon in Darmstadt, auf dem sich 30 Unterschriften befanden, eines in Gießen, das 9 Personen unterzeichneten. Ein drittes Exemplar sandte Steiner an Eigenbrodt, auf dem dieser selbst sowie Hans Christoph von Gagern, der Vater Heinrichs von Gagern unterzeichneten. Der äußere Ablauf der Vereinsgründung war von vielen Schwierigkeiten begleitet. An der 1. Gründungsversammlung am 1. Juni 1833 im Saal des Ludwig-Georg-Gymnasiums nahmen 35 von damals bereits 111 Mitgliedern teil, darunter 75 aus Starkenburg, 22 aus Oberhessen und nur 7 aus Rheinhessen, wo Steiners Vorhaben nicht genügend bekannt geworden war. Zum ersten provisorischen Präsidenten wurde Karl Eigenbrodt, zum ersten Sekretär Steiner selbst gewählt. Danach gab es langandauernde Diskussionen und schwierige Verhandlungen mit den Staatsbehörden, die sich vor allem um die Satzung drehten. Nachdem endlich am 5. Dezember 1834 der Großherzog die mehrfach umgearbeiteten Statuten genehmigt und das Protektorat über den Verein übernommen hatte, wählte eine 2. Gründungsversammlung am 18. Februar 1835 Eigenbrodt und Steiner erneut zum Präsidenten und Sekretär und nahm die endgültigen Statuten an. Dieser Tag galt lange als Gründungstag des Verein, weshalb die Feiern zum 25., 50. und 75. Bestehen in den Jahren 1860, 1885 und 1910 stattfanden. 1933 und 1983 feierte man dann den 1. Juni 1833 als Gründungstag. Auch 1834 wurde zeitweise als Gründungsdatum angesehen, weil die Mitgliedsausweise der Gründungsmitglieder auf dieses Jahr ausgestellt waren und die großherzogliche Bestätigung ebenfalls 1834 erfolgte.

Steiners Planungen gingen von vornherein in die Richtung, die Staatsregierung in die Vereinsgründung einzubinden. Deshalb versuchte er zum einen, jegliche politische Beeinflussung des Vereins auszuschalten. Zum anderen sollte sich die Vereinstätigkeit nur auf das Großherzogtum Hessen erstrecken. In beiden Punkten kam er der konservativen Politik des Staatsministers Du Thil entgegen. Bezeichnend für Steiners Haltung sind einige Bemerkungen zu § 1 des Satzungsentwurfs, die er im Juni 1832 an Eigenbrodt richtete: „... so ziehe ich doch die Einschränkung vor, wonach wir nur in älterer Geschichte arbeiten wollen, und Sie haben mit allen Gutgesinnten vollkommen recht, dem bösen Treiben der jetzigen Zeit dadurch ein Ziel zu setzen. Unser Verein soll sich rein erhalten. Politik kennen wir nicht. Unser Beruf ist Verbreitung des Guten.“¹¹ Wie soll man dies verstehen? War Steiner ein grenzenloser Opportunist, „beamtenhaft untertänig“, um einen von

11 Zitiert nach Esselborn (wie Anm. 10), S. 17; vgl. Franz (wie Anm. 10), S. VI f.

Helmut Seier für das kurhessische Bürgertum geprägten Begriff zu benutzen?¹² Oder hatte er Angst, seine Vereinsgründung könne durch die politischen Zeitumstände gefährdet sein? Wir befinden uns, das sollte nicht außer acht bleiben, in den Jahren des Hambacher Festes, des Frankfurter Wachensturms und des in Gießen gedruckten Hessischen Landboten.

Der § 1 der 1835 endgültig angenommenen Vereinssatzung lautete denn auch: „Der Verein hat zum Zwecke: Beförderung des Forschens im Gebiete der hessischen Alterthumskunde und Landesgeschichte, mit Ausschluß der Tagesgeschichte und aller Erörterungen über politische Gegenstände der neuern Zeit.“¹³ Dieses Verbot, das sich in keiner anderen Satzung eines hessischen Geschichtsvereins fand, wurde erst im Jahre 1913 gestrichen. Wie anachronistisch die Bestimmung damals schon war, geht daraus hervor, dass noch im Jahre 1911 ein Aufsatz über die Revolution 1848/49 auf Grund von § 1 nicht zum Druck in der Vereinszeitschrift zugelassen wurde.

Die Vereinsmitglieder waren genauso staatstragend wie der Verein selbst. Sie setzten sich aus den bekannten bildungsbürgerlichen Schichten zusammen: höhere Beamte der allgemeinen, der Justiz-, Finanz- und Forstverwaltung, Militärs, Lehrer, Geistliche, Advokaten, Bibliothekare und Archivare. 1844 hatte der Verein bereits 211 Mitglieder, darunter 11 Angehörige des Großherzoglichen Hauses und anderer Hessen-Darmstädter Adelsgeschlechter. Im Vorstand saßen in diesem Jahr als Präsident Geheimer Staatsrat Knapp und als Vizepräsident Archivdirektor Strecker; dem erweiterten Vorstand gehörten an: Staatsminister Du Thil selbst, Oberbaudirektor Georg Moller, Oberappellationsgerichtsrat Weiß, Oberfinanzrat Günther und weitere hohe Beamte. Dem ersten Präsidenten Staatsrat Karl Eigenbrodt (1833-1839) folgten mit Staatsrat Friedrich Knapp (1839-1848), Staatsminister Karl Heinrich Jaup (1849-1859), Oberstjägermeister Friedrich von Dörnberg (1859-1866) und Oberappellationsrat Karl Draudt (1866-1881) vier weitere hohe Landesbeamte, bevor mit dem Germanisten und Privatgelehrten Max Rieger nach fast 50 Jahren der erste nicht beamtete Präsident gewählt wurde. Seit ihm 1891 Archivdirektor Gustav Freiherr Schenck zu Schweinsberg folgte, ist die Präsidentschaft des Historischen Vereins mit einer Ausnahme fest in der Hand von Archivaren.

12 Hellmut Seier, Hanau und Kurhessen im Spiegel des Vormärz und seines Geschichtsbewußtseins, in: Hess Jb. für Landesgeschichte 45, 1995, S. 129-162, hier S. 133.

13 AHG I,1, S. 163; Separatdruck: Statuten des unter dem allerhöchsten Protectorate Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein bestehenden historischen Vereins für das Großherzogthum Hessen, Darmstadt 1843.

Für die Staatsregierung, allen voran Minister Du Thil, wurde der historische Verein zum willkommenen Instrument, das mit der Verfassung von 1820 erstrebte Zusammenwachsen des zwischen 1803 und 1816 zusammengestückelten Großherzogtums, das neue „großherzoglich-hessische“ Staatsbewußtsein auch geschichtlich zu verankern. Der Verein sollte innerhalb der so heterogenen Landesteile, modern gesprochen, identitätsstiftend wirken und der Nationalstaatsbewegung die Förderung eines neuen bundesstaatlichen „Patriotismus“ entgegen setzen, der den Begriff des „Vaterlands“ auf das Großherzogtum Hessen-Darmstadt einengte.

Dabei hatte die hessische Landesgeschichte in ihren Anfängen immer das gesamte historische Hessen im Blickfeld. Ein Beispiel: Friedrich Wilhelm Strieders hessische Gelehrten-geschichte, in 15 Bänden 1781-1806 in Kassel erschienen, so wie die bis 1830 erschienenen Nachtragsbände umfaßte wie selbstverständlich ganz Hessen. Im Jahre 1831 erschien aber aus der Feder des Darmstädter Pfarrers Heinrich Eduard Scriba, eines der aktivsten frühen Vereinsmitglieder, der erste Band seines „Biographisch-literarischen Lexikons der Schriftsteller des Großherzogthums Hessen“, ein rein hessen-darmstädtisches Unternehmen.¹⁴

Als der Kasseler Archivar Georg Landau von der geplanten Vereinsgründung erfuhr, schrieb er nach Darmstadt, die Gründung eines historischen Vereins sei für ihn „die Erfüllung eines längst gehegten Wunsches ... Ich wünschte den Verein auf beide Hessen ausgedehnt zu sehen.“ Dies lehnte Johann Christian Steiner entschieden ab. Er schrieb am 12. Januar 1833 an Eigenbrodt: „Indessen bin ich nicht für den Antrag. Unsere Statuten wollen einen Verein für unser Hessen, der Großherzog genehmigt und sieht mit Vergnügen gern das Unternehmen für sein Land.“¹⁵

Durch die staatliche Einflussnahme gelang es der Regierung und ihren Protagonisten im Vereinsvorstand, jeglichen politischen Einfluss demokratischer oder liberaler Kräfte zu verhindern. Immerhin saß mit Heinrich Karl Hofmann ein Vorkämpfer der Verfassungsbewegung der Jahre 1818-20 im ersten Vereinsvorstand, und seine politischen Weggefährten, die Advokaten Bopp und Buchner waren ebenso Mitglieder wie der der demokratischen Haltung verdächtige Verleger Carl Leske.

14 Vgl. Eckhart G. Franz, „Ingenia, candorem et fidem Catticae gentis magnopere amo“. Eine „Hessische Biographie“ in der Nachfolge Friedrich Wilhelm Strieders, in: Hundert Jahre Historische Kommission für Hessen 1897-1997, hrsg. von Walter Heinemeyer (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 61), Bd. 2, Marburg 1997, S. 1157-1168.

15 Zit. nach Esselborn (wie Anm. 10), S. 10 f.

Buchner und Hofmann schieden schon vor der endgültigen Verabschiedung der Statuten wieder aus, nachdem die konservative Richtung des Vereinsausschusses die Ausrichtung auf die Erforschung der älteren Geschichte durchgesetzt hatte, die sicher nicht im Bestreben der liberalen Kräfte im Verein lag.¹⁶ Alle grenzüberschreitenden oder partikularen Interessen wurden bei der Gründung des historischen Vereins ausgeschaltet. Deshalb wurde weder der Vorschlag von Heinrich Karl Hofmann nach Bildung von Provinzalsektionen, noch der anderer Mitglieder zur Gründung von Lokalvereinen angenommen.¹⁷ Ein ursprünglich in der Satzung vorhandener § 23 über die Bildung von Sektionen wurde gestrichen. Staatsminister Du Thil selbst hielt dies für unbedingt notwendig, „da unter dem Prätext, sich nach diesem Artikel zu richten, in dem Lande sich Gesellschaften bilden könnten, welche nicht zu billigen Zwecken haben und deren Treiben schwer zu kontrollieren wäre.“ Hier schlangen vielleicht die negativen Erfahrungen mit den ersten Turnvereinen mit.¹⁸

Als 33 Mainzer Geschichtsfreunde 1842 das Darmstädter Innenministerium um Genehmigung baten, einen „Verein für rheinische Geschichtsforschung und Altertumskunde“ gründen zu dürfen, lehnte der Darmstädter Historische Verein - zur Stellungnahme aufgefordert - rundweg ab und versuchte sein „historisches Monopol“ zu behalten. Die Gründung eines vom Landesverein unabhängigen Vereins sei weder notwendig noch zweckmäßig, da der historische Verein den Interessen der Mainzer Altertumsfreunde voll auf Gnüge tun werde. Dies sahen die Mainzer naturgemäß ganz anders und so entspann sich ein längerer Streit. Der Historische Verein schloss aus der geringen Zahl seiner Mitglieder in Rheinhessen (damals 13), ein wirkliches historisches Interesse liege dort nicht vor, ein aus gewisser Arroganz geborener Trugschluss, wie sich bald herausstellen sollte, denn der Mainzer Verein zählte 1845 bereits über 200 Mitglieder. Da sich das Ministerium nicht explizit gegen die Mainzer Gründung aussprach - man befürchtete vielleicht anti-Darmstädtische Ressentiments - genehmigte der Großherzog die Statuten des Mainzer Vereins, mit dem der Historische Verein übrigens später gut zusammenarbeitete.¹⁹

Obwohl die Staatsregierung in der gezeigten Weise auf den Historischen Verein Einfluß nahm, war sie anfangs nicht geneigt, die Vereins-

16 Vgl. Zimmermann (wie Anm. 2), S. 192-195; Franz (wie Anm. 10), S. VI f.

17 Die Satzung des Kasseler Vereins sah hingegen von vornherein die Gründung von Sektionen vor, von denen jede ein Mitglied in den Vorstand des Hauptvereins entsenden konnte.

18 Esselborn (wie Anm. 10), S. 22.

19 Esselborn (wie Anm. 10), S. 35-37.

arbeit, die unter einer geringen, nur aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanzierten Kapitalausstattung litt, durch finanzielle Beteiligung zu unterstützen. Bereits am 26. Februar 1833 beantragte der Abgeordnete und Vereinsmitglied Edmund Hardy, dem Verein aus Staatsmitteln eine angemessene Unterstützung zu gewähren, denn er verbreite „wahre Volksbildung und begründe das über alles belehrende Bild der Geschichte in unserem Vaterlande als Gemeingut.“ Diesem Antrag war ebensowenig Erfolg beschieden wie weiteren Eingaben an den Landtag und das Innenministerium in den folgenden Jahren. Erst im Mai 1842 hatte ein erneuter Vorstoß bei den Landtagsverhandlungen Erfolg. Nachdem auch Staatsminister Du Thil den Antrag befürwortet hatte, genehmigte Großherzog Ludwig II. am 15. Juli 1842 einen jährlichen Zuschuss von 400 fl. und sicherte damit die Handlungsfähigkeit des Historischen Vereins. Erst seit dieser Zeit konnten kostenintensivere Tätigkeiten wie die Herausgabe von historischen Schriften außer der Zeitschrift und die Finanzierung von Ausgrabungen aufgenommen werden. Nicht verschwiegen werden soll, dass auch die Zahlungsmoral der Mitglieder ihr Scherflein zur finanziellen Misere des Vereins beitrug. So hatten im September 1836 von 105 ordentlichen Mitgliedern 46 ihre Beiträge noch nicht entrichtet, wodurch sich der Kassebestand des Vereins auf 33 fl 12 kr. belief, eine Summe, mit der man in der Tat weder Ausgrabungen noch Buchpublikationen finanzieren konnte.²⁰

Die Hauptversammlung des Jahres 1848 fiel aus. Es war die einzige, die während des gesamten 19. Jahrhunderts ausfiel. Der Vereinschronist Karl Esselborn bezeichnete das Jahr 1848 als „tolles Jahr“ (S. 43), nicht etwa, weil sich der Historische Verein am revolutionären Geschehen beteiligt hätte, sondern, weil wegen der „gegenwärtigen Zeitumstände“ einige Veranstaltungen verschoben bzw. abgesagt werden mussten, neben der Hauptversammlung z.B. die 600-Jahr-Feier der Besitzergreifung der Landschaft Hessen durch das hessische Haus; darüber hinaus starb auch der Präsident Staatsrat Friedrich Knapp und die Wahl eines Nachfolgers konnte nicht durchgeführt werden. „Die Geschehnisse der wildbewegten Gegenwart nahmen das Sinnen und Denken der Zeitgenossen völlig gefangen und lenkten sie von der Betrachtung der Vergangenheit ab“ (S. 44). So erklärte Karl Esselborn in seiner Vereinschronik den Austritt von mehr als 30 Mitgliedern 1848/49. Auf die Idee, dass diese Mitglieder - möglicherweise liberal oder demokratisch gesinnt - von der gleichgültigen bzw. absolut staatsreuen Haltung des Vereins gegenüber dem revolutionären Geschehen enttäuscht waren, kam er nicht. Wir können aufgrund des

20 Vgl. Esselborn (wie Anm. 10), S. 29-32, AHG I, S. 544.

Aktenverlustes dies nicht belegen, es ist aber zu vermuten. Immerhin wählte der Verein den liberalen Staatsminister Jaup, Nachfolger Heinrichs von Gagern, zu seinem Präsidenten, jedoch am 4. Oktober 1849, als die Reaktion bereits eingesetzt hatte.

Die Regierungszeit Reinhards von Dalwigk (1850-1871), die viele der 1848 errungenen Reformen wieder rückgängig machte,²¹ war eine politisch ruhige Zeit und gestattete dem Historischen Verein für das Großherzogtum Hessen ein ungestörtes Wirken und die Entwicklung neuer Initiativen. Im Jahr 1845 hatte der damalige Präsident Knapp für einen Zusammenschluß bzw. eine gemeinsame Initiative aller etwa 60 deutschen Geschichtsvereine plädiert.²² Knapp war es auch, der den Vereinssekretär und Hofbibliothekar Philipp Walter zur Abfassung eines „Repertoriums über die Schriften sämtlicher historischer Gesellschaften Deutschlands“ anregte und so die ersten Brücken zu anderen deutschen Geschichtsvereinen schlug. Der von Knapp gewünschte Zusammenschluss, den er selbst nicht mehr erleben sollte, kam 1852 in Dresden und in Mainz mit der Gründung des Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine zustande. Im September 1872 hielt der Gesamtverein seine Generalversammlung in Darmstadt ab, und wählte die Stadt zum Vorort für das folgende Jahr. Der zweite Sekretär des Historischen Vereins, Ludwig Wörner, übernahm die Redaktion des „Correspondenzblattes“ des Gesamtvereins.²³

Um 1850 erwog der Verein eine Neubearbeitung der 1829 erschienenen „Statistisch-topographischen Beschreibung des Großherzogthums Hessen“ von Georg Wilhelm Justin Wagner. Das Vorhaben ließ sich jedoch aufgrund der Größe des Projekts nicht verwirklichen. Nicht anders erging es einem anderen Großprojekt, einer „Hessischen Ortsbeschreibung“. Der Vorstand setzte 1854 eine Kommission ein, die einen Fragebogen mit 34 Fragen entwarf und an Vereine und Gemeinden verschickte. Es liefen aus Starkenburg 185, aus Oberhessen 273 und aus Rheinhessen 102 beantwortete Fragebogen zurück, die jedoch nie ausgewertet wurden. Sie wurden gebunden und als Handschrift in der Landesbibliothek aufbewahrt, wo sie vermutlich 1944 verbrannt sind.²⁴

21 Hessen-Darmstadt erließ am 2. Oktober 1850 ein generelles Verbot aller politischen Vereine (Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt Nr. 47, 1850, S. 359 f.).

22 Friedrich Knapp, Über das Wirken der historischen und antiquarischen Vereine in Bezug auf die Wissenschaft, in: AHG V,1, 1846, Nr. I, S. 1-14.

23 Knöpp, Historischer Verein 1833-1933 (wie Anm. 10), S. 99; Esselborn (wie Anm. 10), S. 63 f.

24 Vgl. Esselborn (wie Anm. 10), S. 47 f., 50.

Eine gewisse Zäsur stellt das Jahr 1861 dar, das der Vereinsarbeit eine neue Richtung gab. Auf der Hauptversammlung 1860 hatte der Hofgerichtsadvokat Wilhelm Franck die Zulassung von Zweigvereinen beantragt. Die starke Konzentration der Vereinstätigkeit auf den Darmstädter Vorstand, die zur Zeit der Vereinsgründung angebracht gewesen sei, sei heute nicht mehr notwendig. Deshalb solle der Vorstand alle Vereinsmitglieder einladen, sich zu Bezirks- oder Ortsvereinen zusammenzuschließen. Die Bildung von Zweigvereinen sollte die Arbeit des Historischen Vereins „von innen heraus und von unten auf“ beleben, so der Antragsteller.²⁵ Dieser Appell brachte einen schnellen Erfolg: Unter der Rubrik „Localvereine“ lesen wir im Quartalblatt des Historischen Vereins im Juli 1861: „Angeregt durch die im vorigen Herbste an die Mitglieder des historischen Vereins ergangene Aufforderung sind die in Giessen wohnenden Mitglieder genannten Vereins und verschiedene andere Geschichtsfreunde zu einer besonderen Verbindung zusammengetreten ... Dieselbe hat sich den Namen ‘Historische Gesellschaft für Gießen’ beigelegt.“ Treibende Kraft und Gründungsvorsitzender war der Gymnasiallehrer Wilhelm Soldan. Die erste Mitgliederliste nennt 34 Namen.²⁶ 1870 ist die historische Gesellschaft vermutlich eingeschlafen. Acht Jahre später wurde dann der „Oberhessische Verein für Localgeschichte“ gegründet, der seit 1889 als „Oberhessischer Geschichtsverein“ firmiert.²⁷ Dieser Verein sollte auch Zweigverein werden, die Verhandlungen scheiterten jedoch und der Verein blieb schließlich selbständig.²⁸ Eine ähnliche Entwicklung wie in Gießen durchliefen auch der 1879 gegründete Wormser Altertumsverein und der 1896 gegründete Friedberger Geschichtsverein, ebenfalls ursprünglich Darmstädter Zweigvereine. Im übrigen wurde die Gründung von Zweigvereinen erst nachträglich 1880 in der Satzung des Historischen Vereins verankert.

Ebenfalls im Jahr 1861 begann der Verein mit der Abhaltung eigener Vortragsveranstaltungen sowie mit den Vereinsausflügen bzw. Exkursionen, nahm also das Programm auf, das wir bis heute von allen historischen Vereinen kennen (s.u.). Im Hintergrund der Neuausrichtung der Vereinsarbeit steht eine grundlegende Umorientierung der deutschen Geschichtsvereine von der Erforschung der Geschichte hin

25 Esselborn (wie Anm. 10), S. 55.

26 Quartalblätter des historischen Vereins für das Großherzogthum Hessen, Nr. 2 und 4, 1861, S. 11, 29.

27 Hermann Otto Vaubel, Neunzig Jahre Oberhessischer Geschichtsverein 1878-1968, MOHG NF 53/54 (1969), S. 25-35; Erwin Knauf, 100 Jahre Oberhessischer Geschichtsverein, MOHG NF 63 (1978), S. 1-15.

28 Vgl. Erster Jahresbericht des Oberhessischen Vereins für Localgeschichte. Vereinsjahr 1878-1879, Gießen 1879, S. 5.

zur aktiven Förderung des Geschichtsinteresses. Ausgelöst wurde sie durch das Umdenken nach der 48er Revolution. Überall wurden jetzt Vortragsveranstaltungen und Exkursionen durchgeführt. Die Vereine ruhten nicht mehr in sich selbst, sondern gingen mehr in die Öffentlichkeit; dies kam auch den Mitgliederzahlen zugute: der Historische Verein zählte 1860 ca. 200 ordentliche Mitglieder, einige Jahre später waren es über 400.

3. Die Tätigkeitsfelder des Historischen Vereins

In den ersten Jahren seines Bestehens war die „fachliche“ Tätigkeit des Historischen Vereins durch das Sammeln historischer Stoffe und Gegenstände gekennzeichnet. Die Protagonisten wollten zunächst die Grundlage für eine umfassende Darstellung der hessischen Geschichte schaffen, bevor man an die Erforschung eben dieser Geschichte ging. Die Sammlung von „Alterthümern“ und die Publikation von Quellen bestimmte die Veröffentlichungen in den ersten Jahrgängen der Vereinszeitschriften und auch die selbständigen Publikationen, etwa die hessischen Regesten von Scriba und die Urkundenbände von Ludwig Baur.

1835 erschien das erste Heft des „Archivs für Hessische Geschichte und Alterthumskunde“. Die Zeitschrift bildet die große Konstante in der Geschichte des Historischen Vereins für Hessen. Sie erscheint seit 1835 unter demselben Titel und in kaum unterbrochener Folge. Zunächst erschien jedes Jahr ein Heft. Drei Hefte bildeten einen Band. Nachdem das AHG 1884 für einige Jahre aus finanziellen Gründen eingestellt werden musste, übernahmen die Quartalblätter zum Teil die Aufgabe der Vereinszeitschrift, bis diese ab 1891 in neuer Folge wieder erschien. Die Zeitschrift, immer das Aushängeschild des Vereins, wurde vom Sekretär herausgegeben. Sie war von vornherein wissenschaftlich angelegt, wobei der wissenschaftliche Anspruch nicht unbedingt dem entspricht, was wir heute darunter verstehen. Die Berufshistoriker waren im 19. Jahrhundert eindeutig in der Minderzahl. „Dilettanten“, also historisch gelehrte Beamte, Juristen, Forstleute, Pfarrer und Lehrer dominierten. Dieses Verhältnis hat sich heute gewandelt, aber nicht völlig umgekehrt.

Bis 1843 wurden Mitteilungen über das Vereinsgeschehen den Mitgliedern durch die jährlich erscheinende „Chronik des historischen Vereins“ im Anhang der einzelnen Hefte des „Archivs“, in den Jahren 1844 und 1845 als Separatdruck, zur Kenntnis gebracht. Seit 1846 beteiligte man sich an den „Periodischen Blättern“, die der Kasseler Verein für Geschichte und Landeskunde herausgab. Als sich 1852 und 1853 auch die Geschichtsvereine von Mainz, Wiesbaden und Frankfurt

anschlüssen, erhielten die Mitglieder der fünf Vereine umfassende Kenntnisse über das historische Geschehen in ganz Hessen und den umliegenden Gebieten. Dieser Zustand währte nur wenige Jahre. 1857 traten Mainz, 1858 Frankfurt und 1860 schließlich Wiesbaden und Darmstadt aus dem Gemeinschaftsprojekt wieder aus. Begründet wurde dies mit den erhöhten Kosten. Ob noch anderes dahinter steckte, kann man nur vermuten.²⁹

Von 1861-1921 gab der Historische Verein jedenfalls eigene Quartalblätter heraus, die sich zunächst auf Buchvorstellungen, Vereinsmitteilungen, Exkursions- und Vortragsberichte, Neuerwerbungen der Vereinsbibliothek und der Sammlungen beschränkten. Allmählich nahm die Zahl der kleinen Aufsätze zu, so dass die Quartalblätter zu einer zweiten Vereinszeitschrift wurden, für den heutigen Forscher eine Fundgrube historischer Erkenntnis.

Im Jahre 1903 begann der Historische Verein mit der Herausgabe einer weiteren wissenschaftlichen Zeitschrift: Beiträge zur hessischen Kirchengeschichte. Anfangs als „Ergänzungsbände zum Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde“ herausgegeben, erschienen alle Bände bis zur Einstellung der Zeitschrift 1942 im Selbstverlag des Historischen Vereins. Grund dafür ist die Konstituierung einer Abteilung für Hessische Kirchengeschichte innerhalb des Gesamtvereins, die am 31. Januar 1901 in Friedberg, am Ort des Predigerseminars, ins Leben trat. Seit 1882 waren in fast allen deutschen Staaten Vereine für Kirchengeschichte gegründet worden, die eigene landeskirchengeschichtliche Zeitschriften herausgaben. Der hessische Verein, der ganz im Sinne der gesamtgeschichtlichen hessischen Tendenzen der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts die „Gesamtkirchengeschichte sämtlicher ehemaliger und jetziger hessischer Länder behandeln“ wollte, schloss sich als Abteilung dem Historischen Verein an, „der ja nunmehr die schützende Mutterhand über unseren Verein halten wird“, wie einer der Initiatoren, der Giessener Privatdozent der Theologie Walter Köhler, in seinem einführenden Vortrag auf der Gründungsversammlung ausführte.³⁰ Köhler gab die Beiträge zusammen mit Wilhelm Diehl, dem

29 Periodische Blätter für die Mitglieder der beiden historischen Vereine des Kurfürstenthums und des Grossherzogthums Hessen, Nr. 1-24, 1846-1852; Periodische Blätter der hessischen Vereine für Geschichts-, Landes- und Alterthumskunde zu Cassel, Darmstadt und Mainz, Nr. 1-4, 1852; ... der Geschichts- und Alterthumsvereine zu Cassel, Darmstadt, Frankfurt, Mainz und Wiesbaden, 1853-1861, ab Mai 1857 ohne Mainz, ab Mai 1858 ohne Frankfurt; vgl. Mitteilungen an die Mitglieder des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde 1861-1869. Nachdruck hrsg. von Hans-Jürgen Kahlfuß, Kassel 1994, S. IX-XVII.

30 Walter Köhler, Über Aufgaben auf dem Gebiete hessischer Kirchengeschichte, in: Beiträge zur Hessischen Kirchengeschichte, Ergänzungsband I zum Archiv für Hessi-

wohl bedeutendsten Kirchenhistoriker Hessens, zumindest Hessen-Darmstadts, heraus.

Neben den genannten Periodika publizierte der Historische Verein auch selbständige Monographien. 1842 erschien als erstes Werk „Neue Beiträge zur Geschichte Philipps des Großmütigen ...“ aus der Feder Eduard Dullers, den man eher als Protagonisten der Bewegung der Deutsch-Katholiken kennt. Dullers Forschungen wurden vom Verein und auch durch Großherzog Ludwig II. selbst finanziell unterstützt. Bis 1917 erschienen insgesamt 34 teils mehrbändige Werke, unter ihnen ambitionierte Projekte wie Heinrich Eduard Scribas „Regesten der bis jetzt gedruckten Urkunden zur Landes- und Ortsgeschichte des Großherzogtums Hessen“, die in mehreren Bänden und Supplementen von 1847-1870 erschienen; ebenso Georg Wilhelm Justin Wagners dreibändige „Wüstungen im Großherzogtum Hessen“ (1854-1865), vom gleichen Autor „Die vormaligen geistlichen Stifter im Großherzogtum Hessen“ (2 Bde. 1873-1878) oder Ludwig Baus fünfbandiges Hessisches Urkundenbuch (1860-1873). Diese Projekte brachten den Verein häufig an den Rand der finanziellen Leistungsmöglichkeiten. Besonders erwähnen will ich hier vor Ort das 1897-1899 in 2 Bänden erschienene „Oberhessische Wörterbuch“ von Wilhelm Crecelius und Friedrich Krafts „Geschichte von Gießen und der Umgegend von der ältesten Zeit bis zum Jahr 1265“, die aufgrund der Sammlung des „Localvereins für die Geschichte von Gießen“ vom Historischen Verein im Jahre 1876 posthum herausgegeben wurde, denn das Manuskript fand sich im Nachlaß des 1874 verstorbenen Autors.³¹

Die Vereinsbibliothek, die sich hauptsächlich aus Geschenken und dem Schriftentausch mit anderen Vereinen speiste, wuchs so schnell, dass sie bereits 1840 katalogisiert wurde und 1845 der erste gedruckte Katalog erschien, dem bis 1888 sechs weitere Auflagen folgen sollten.³² In diesem Jahr hatte die Bibliothek mit rund 2900 Bänden und

sche Geschichte und Altertumskunde. - Neue Folge, Darmstadt 1903, S. 1-16; vgl. Esselborn (wie Anm. 10), S. 77-81.

31 Friedrich Kraft, Geschichte von Gießen und der Umgegend von der ältesten Zeit bis zum Jahr 1265, Darmstadt 1876. Zur Entstehungsgeschichte des Werkes vgl. die Vorbemerkungen S. III-IX. Krafts Andenken ist in Darmstadt eine mit großen Findlingen und Bäumen bestandene Anhöhe im Südosten, die Kraftsruhe, gewidmet.

32 Verzeichnis der Druckwerke und Handschriften in der Bibliothek des historischen Vereins zu Darmstadt, Oktober 1852; dasselbe Mai 1861; dasselbe, aufgestellt von Friedrich Ritsert, Januar 1868; dasselbe Januar 1875; Verzeichnis der Druckwerke und Handschriften der Bibliothek des historischen Vereins für das Grossherzogtum Hessen, Auf Grund des Ende 1882 vorhandenen Bestandes bearbeitet von Gustav Nick, Darmstadt 1883; dasselbe, Nachtrag: Verzeichnis des Zuwachses der Bibliothek in der Zeit vom 1. Januar 1883 bis 31. März 1888, Darmstadt 1888.

100 Handschriften einen solchen Umfang erreicht, dass der Verein sich nicht mehr in der Lage sah, sie ordnungsgemäß zu betreuen. Deshalb wurde sie per Vertrag 1888 der Hofbibliothek übergeben, wo sie 1944 verbrannte.

Ausgrabungen konnten in den Anfangsjahren des Vereins aus Geldmangel kaum finanziert werden.³³ In der ersten Hauptversammlung am 10. April 1837 berichtete Präsident Eigenbrodt, dass sich das Wirken des Vereins „wegen Mangels an hinlänglichem Fonds zur Veranstaltung von Nachgrabungen nach Althertümern“ auf die Herausgabe der Zeitschrift beschränke. Im Oktober 1840 bewilligte die Generalversammlung erstmals einen Geldbetrag für eine Ausgrabung, und zwar dem Landrichter Berchermann zu Seligenstadt, der bei den Arbeiten für einen Schulbau Reste eines römischen Bades gefunden zu haben glaubte.³⁴ Aber erst nachdem der Verein ab 1842 durch staatliche Zuschüsse unterstützt wurde, konnte er regelmäßig Ausgrabungen anstoßen bzw. unterstützen. Die Ausgrabungsstätten wurden des öfteren bei Ausflügen von den Vereinsmitgliedern persönlich in Augenschein genommen. Regelmäßig wurde auch über die Ausgrabungen am Limes in den Vereinsversammlungen berichtet.

Trotz der finanziellen Schwierigkeiten wurden die Sammlungen des Historischen Vereins schon früh mit Ausgrabungsfunden bereichert, so bereits 1836 durch ein in einem Grabhügel bei Echzell gefundenes Schwert³⁵ und weitere Fundgegenstände. Im Jahre 1844 - um nur ein Beispiel zu nennen - erhielt der Verein: acht römische Gefäße aus Ton, zwei Stücke Terra Sigillata, 2 römische Münzen, zwei Ossuarien, eine Lanze, fünf kleine Krüge (alles aus Dieburg), einen alten Sporn aus Rehbach, zwei Pfeilspitzen und Stücke von Kanonenkugeln vom Otzberg, einen Sporn aus Aschbach, eine Lanzenspitze und einen Dolch aus Battenfeld sowie ein antikes Töpfchen und diverse Scherben aus Crumstadt. Abgesehen davon, dass diese Liste von aus dem Fundzusammenhang gerissenen und von Förstern, Baumeistern, Pfarrern und Beamten abgegebenen Fundstücken ein bezeichnendes Licht auf die archäologische Ausgrabungsmethode des 19. Jahrhunderts vor der Errichtung von Denkmalbehörden und der Verabschiedung gesetzlicher Grundlagen wirft, kann man daraus erkennen, welche eine große Sammlung sich im Laufe der Zeit angesammelt hatte, die 1887 dem Großherzoglichen Museum übergeben wurde und dann 1944 im Darm-

33 Vgl. Werner Jorns, Der Historische Verein für Hessen - Ein Wegbereiter archäologischer Forschungen und Sammlungen im einstigen Großherzogtum, in: AHG N.F. 42, 1984, S. 229-243.

34 AHG I, S. 542; vgl. Esselborn (wie Anm. 10), S. 33.

35 Abbildung in AHG I, 2, 1836, S. 219.

städter Landesmuseum zerschmolz und verbrannte. Ob sich Stücke in den heutigen Sammlungen des Museums erhalten haben, ist aufgrund des chaotischen Zustands der archäologischen Abteilung nicht mehr festzustellen, die viele Jahre lang nicht hauptamtlich besetzt war. Die Feststellung ehemaliger Vereinsstücke würde auch dadurch erschwert, dass Museumsinspektor Rudolf Adamy die Sammlungen des Museums und des Vereins mit Billigung des Vorstands zusammenführte und 1897 den Gesamtbestand in einem Verzeichnis veröffentlichte.³⁶ Neben der Altertümersammlung besaß der Historische Verein auch eine Sammlung von Siegelabgüssen, die 1845 bereits ca. 1200 Stücke umfasste. Auch diese Sammlung ist nicht mehr vorhanden. Trotz der Defizite in Ausgrabungstechnik und Sammlungsmethodik, trotz der Zufälligkeit der Grabungsergebnisse fiel dem Historischen Verein die Vorreiterrolle in der Entwicklung einer archäologischen Landesforschung in Hessen-Darmstadt zu.

Vortragstätigkeit: In den ersten knapp 30 Jahren der Vereinsgeschichte wurden keine eigenen Vortragsveranstaltungen angeboten. 1854 in der Form eines Gesprächsforums eingeführte Monatsversammlungen waren nach einiger Zeit wieder eingeschlafen. Ansonsten wurden nur auf den jährlichen Hauptversammlungen, die im übrigen bis 1869 donnerstags vormittags um 10.00 Uhr stattfanden und entsprechend von wenigen Mitgliedern besucht wurden, Vorträge gehalten. Seit 1861 - wie bereits kurz erwähnt - veranstaltete der Historische Verein regelmäßige Vortragsreihen während des Winterhalbjahres. Zu Beginn der ersten Vortragsreihe sprach Bibliotheksdirektor Philipp Walther über „Trinksitten und Trinkgefäße der Vorzeit“. Jährlich wurden jetzt im Winterhalbjahr zwischen 5 und 8 Vortragsveranstaltungen angeboten. Wenn ich eben das AHG als Konstante der Vereinsgeschichte erwähnte; es gibt noch eine weitere Konstante. Seit 1861 bis zum heutigen Tage finden die Vorträge des Historischen Vereins immer montags um 18.00 Uhr statt.³⁷

Exkursionen: Die Veranstaltung von Ausflügen und Exkursionen begann gleichzeitig mit den Vortragsveranstaltungen. Die ersten Fahrten führten die Vereinsmitglieder am 28. Juni 1862 nach Mainz, am 2. August nach Lorsch und am 30. September nach Wasserbiblos. Von nun an wurden jährlich im Sommer 2-5 Ausflüge unternommen, die in die nähere Umgebung führten, seltener ins Ausland, etwa nach Aschaffenburg oder Ladenburg. Am 9./10. Juli 1870 wurde erstmals eine Zweitagesfahrt nach Wimpfen und Weinsberg durchgeführt. Gele-

36 Rudolf Adamy, Verzeichnis der Bestände der archäologischen Sammlungen des Großherzoglichen Museums zu Darmstadt, 1897.

37 Vgl. Esselborn (wie Anm. 10), S. 29, 57 f.

gentlich besuchte man auch Ausgrabungen von Mitgliedern, so am 6. Oktober 1878 die von Gustav Dieffenbach geleiteten Ausgrabungen des Kastells Kapersburg bei Friedberg. Mehrfach führten Ausflüge auch zu Hauptversammlungen des Nachbarvereins in Kurhessen, so am 9. Juli 1873 nach Gelnhausen und vom 28.-30. Juli 1885 nach Hanau. Bei den Ausflügen bediente man sich entweder Schusters Rappen oder der Eisenbahn. Allerdings fand schon am 1. Oktober 1865 eine „Omnibusfahrt“ nach Lichtenberg statt, wobei das Gefährt vermutlich noch von 2 oder vier Natur-PS angetrieben wurde.³⁸

4. Veränderung in der Zielsetzung der Vereinstätigkeit nach der Jahrhundertwende

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts ist ein erneuter Umbruch in der Arbeit und auch in der Ausrichtung des Historischen Vereins zu erkennen. Dieser Umbruch ist mit der Person des Archivdirektors Gustav Freiherr Schenk zu Schweinsberg verbunden, der dem Verein über zwei Jahrzehnte, von 1891-1912 vorstand. Noch viel länger, nämlich 36 Jahre, leitete er das Darmstädter Staatsarchiv. Ebenso zu nennen ist Julius Reinhard Dieterich, seit 1906 Schriftführer und seit 1912 Vizepräsident des Vereins, als Archivdirektor Nachfolger Schenks, der neben dem Präsidenten die treibende Kraft im Verein war.³⁹ Als wesentliche Neuerung ist vor allem die gesamthessische Orientierung des Vereins zu nennen. Nach dem Krieg 1866 und der Preußischen Annexion Kurhessens und Nassaus fühlten sich die Hessen-Darmstädter als die eigentlichen Wahrer gesamthessischer Traditionen. In den folgenden Jahrzehnten gab es deshalb wieder Versuche, eben diese Traditionen wiederzubeleben.

Innerhalb Hessen-Darmstadts suchte der Verein jetzt den Kontakt zu anderen Geschichtsvereinen. Neben der bereits erwähnten Zulassung von Zweigvereinen ist vor allem die Gründung des „Verbandes der Geschichts- und Altertumsvereine“ im Jahr 1905 zu nennen. Versuchte der Historische Verein in der Gründungsphase noch, als Landesverein die gesamte Geschichts- und Altertümerforschung als Monopolist abzudecken, der keine Konkurrenz neben sich duldete, so setzte sich im Laufe der Jahrzehnte die Erkenntnis durch, dass diese Aufgabe von der Zentrale aus gar nicht zu bewältigen war, sich außerdem die geschichtsinteressierten „Dilettanten“ nicht mit dem weit entfernt sitzenden Zentralverein identifizierten, sondern an einer Interessengemein-

38 Vgl. ebd. S. 57-59.

39 Vgl. ebd. S. 74-77, 81-84; Knöpp, Historischer Verein 1833-1933 (wie Anm. 10), S. 104 f.

schaft vor Ort interessiert waren. Deshalb versuchte man die Gründung von Zweigvereinen nicht mehr zu behindern, förderte vielmehr die Gründung lokaler Vereine. Größere Städte wie Mainz, Gießen und Worms machten den Anfang, davon war bereits die Rede. Jetzt kamen auch kleinere Orte hinzu, etwa Friedberg (1896), Alsfeld (1897), Büdingen (1906) und Butzbach (1902),⁴⁰ deren gemeinsame Interessen man unter dem Dach des Verbands der Geschichts- und Altertumsvereine zu bündeln suchte. Zweck des Verbandes nach der Satzung war dann auch die „Vertretung gemeinsamer Interessen“ aller Geschichtsvereine, etwa gegenüber der Landesregierung und anderen Behörden. Bei der Gründung gehörten dem Verband 10 Vereine an, Anfang der 30er Jahre waren es bereits 20.⁴¹

Als Zeichen der Öffnung des Historischen Vereins für lokale Geschichtsbestrebungen im Lande ist auch die Abhaltung der jährlichen Hauptversammlungen zu sehen, die seit dem späten 19. Jahrhundert häufiger außerhalb Darmstadt stattfanden, erstmals 1882 in Friedberg, 1883 in Bingen, 1886 in Erbach 1890 in Offenbach, 1900 in Michelstadt usw. Nicht vergessen werden soll hier auch die 1908 beschlossene Mitgliedschaft von Frauen im Verein. Erstes weibliches Mitglied war die Malerin Amalie Schädel, die es 1923 sogar als erste Frau in den Vereinsvorstand schaffte. Der Erfolg der genannten Maßnahmen ist an der Zahl der Mitglieder abzulesen, die auf 600 im Jahre 1910 stieg.⁴²

Als Beispiel für die gesamthessische Orientierung des Historischen Vereins sei u.a. die bereits erwähnte Gründung der „Vereinigung für hessische Kirchengeschichte“ als Abteilung des Gesamtvereins im Jahre 1901 genannt,⁴³ die ihre Tätigkeit auf ganz Hessen erstreckte. Zu nennen ist auch das Jubiläum des 400. Geburtstags Philipps des Großmütigen, das man gemeinsam hessenweit beging. In Gießen wurde 1897 als Sektion des Oberhessischen Geschichtsvereins ein Ausschuss für hessische Volkskunde gegründet, der sich 1901 als „Hessische Ver-

40 Eine vergleichbare Entwicklung fand auch in Nassau statt. Dort wurden etwa zur gleichen Zeit die Geschichtsvereine in Idstein (1902), Bad Ems (1906), Diez (1907) und Limburg (1909) gegründet, allesamt als Zweigvereine des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung; vgl. die Festschrift (wie Anm. 6), S. 35-43.

41 Vgl. Esselborn (wie Anm. 10), S. 85-87, 97-100. Der Verband stellte eine von mehreren Vorstufen zu der heutigen, 1960 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft der historischen Vereine in Hessen“ dar.

42 Esselborn (wie Anm. 10), S. 87. Nach dem gedruckten Mitgliederverzeichnis des Historischen Vereins für das Großherzogthum Hessen nach dem Stand vom 15. Januar 1885 zählte der Verein zum damaligen Zeitpunkt 421 ordentliche, 13 korrespondierende und 4 Ehrenmitglieder.

43 Heinrich Steitz, Ein halbes Jahrhundert kirchengeschichtlicher Forschung in Hessen, in: Jahrbuch der Kirchengeschichtlichen Vereinigung in Hessen und Nassau Bd. 1, 1949, S. 7-34.

einigung für Volkskunde“ verselbständigte und seit 1902 die „Hessischen Blätter für Volkskunde“ herausgab, eine Zeitschrift, die sich wie selbstverständlich als gesamthessisch orientiert verstand.⁴⁴ Es folgten die Zeitschriften „Hessenkunst“⁴⁵ und „Hessische Chronik“,⁴⁶ die Großherzogtum und preußische Provinz Hessen-Nassau zusammenfassten. Auch die seit 1908 in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Hessischen Volksbücher sind hier zu nennen.⁴⁷

Neben der Erweiterung des Horizonts in geographischer Hinsicht ergibt sich als zweites wichtiges Moment der Neuausrichtung des Historischen Vereins eine Hinwendung zur Regional- und Heimatgeschichte, ohne allerdings den wissenschaftlichen Anspruch ganz aufzugeben. Der Verein beteiligte sich nicht nur an den genannten Publikationen und Projekten, sondern gab seit 1922 auch eine zweite Zeitschrift „Volk und Scholle“ heraus, die mit dem Untertitel „Heimatblätter für beide Hessen, Nassau und Frankfurt“ erschien. Die Herausgabe war zum einen auch aus wirtschaftlichen Gegebenheiten notwendig, denn die Quartalblätter waren als zweite Vereinszeitschrift nicht mehr zu finanzieren.⁴⁸ Zum anderen ist sie aber auch vor dem Hintergrund der Gründung der Historischen Kommissionen zu sehen, die, von staatlicher Seite eingesetzt, die wissenschaftliche Landesgeschichtsforschung zu Ihrer Aufgabe machten und die historischen Vereine auf die Regional- und Heimatgeschichte verwiesen. Der Grund ist vor allem in den steigenden Ansprüchen der - vor allem akademisch gebildeten - Geschichtsforschung zu sehen, etwa in Bezug auf Quelleneditionen und landesgeschichtliche Grundlagenwerke, mit denen die Geschichtsvereine und ihre ehrenamtlich tätigen Vorstände zunehmend überfordert waren, auch finanziell. Die wissenschaftliche Forschungs- und Publikationstätigkeit auf dem Gebiet der hessischen Landesgeschichte verla-

44 Vgl. Hessische Blätter für Volkskunde, hrsg. im Auftrage der hessischen Vereinigung für Volkskunde von Adolf Strack, Bd.1, Leipzig 1902, S. 1 f., 62 f., 168; vgl. auch Siegfried Becker, Volkskundliche Forschung in Hessen 1945-2000, in: Fünfzig Jahre Landesgeschichtsforschung in Hessen (wie Anm. 52), S. 225-240, hier S. 225-227.

45 Hessen Kunst. Kalender für Kunst und Denkmalpflege, hrsg. von Christian Rauch, Marburg 1906 ff. Nach dem Geleitwort soll die Hessenkunst „den auf Kunstpflege und künstlerische Kultur, Denkmalpflege und Volkskunst gerichteten Bestrebungen in unserem Hessen dienen.“

46 Hessische Chronik. Monatsschrift für Familien- und Ortsgeschichte in Hessen und Hessen-Nassau, begründet und herausgegeben von Hermann Bräuning-Oktavio und Wilhelm Diehl, Darmstadt 1912 ff.

47 Die Volksbücher wendeten sich „an alle Hessen, ohne Unterschied der Konfession, des Standes und der politischen Partei“ und hatten „den Zweck, den in weitesten Kreisen unseres Hessenvolkes vorhandenen ‘Hunger nach Historie’ zu stillen.“ Vgl. das Nachwort der Herausgeber in: Hessische Volksbücher Bd. 1, Darmstadt 1908, S. 139 f.

48 Vgl. Esselborn (wie Anm. 10), S. 103-106.

gerte sich deshalb zunehmend auf die Kommissionen, die sich aus Archivaren und Universitätshistorikern zusammensetzten und ihre Exklusivität durch das Selbstergänzungsrecht wahrten, wobei allerdings auch immer wieder landes- und ortsgeschichtlich tätige „Dilettanten“ sich die Zuwahl „verdienten“. 1897 wurden die Kommissionen für Hessen-Kassel und Waldeck sowie für Nassau, 1906 die Frankfurter Kommission und schließlich 1907 die für Hessen-Darmstadt ins Leben gerufen. Im Gegensatz zu den Vereinen, die sich nach wie vor aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden finanzierten, wurden die Kommissionen von staatlicher Seite gefördert.⁴⁹

Die beiden Nachworte in der letzten Ausgabe der Quartalblätter 1921 aus der Feder des 2. Schriftführers Wilhelm Martin Becker und des Schriftleiters Voltz rechtfertigten die Neuorientierung des Vereins und die Einstellung der Reihe nach 60 Jahren ununterbrochenen Erscheinens.⁵⁰ Becker hob in seinen programmatischen „Gedanken über Territorial-Geschichtsforschung in Hessen - Ein Epilog“ die neue Zuständigkeit der historischen Kommissionen für die Landesgeschichte der einzelnen hessischen Staaten hervor, die durch ihre Arbeiten die „Zerspaltung des Landes und Volkes in Territorien von verschiedenster Größe und Bedeutung“ überwinden helfen sollten. Hierin müsse Ihnen auch der Historische Verein folgen. Deshalb stehe man nun am Ende der Quartalblätter, die der Geschichte Hessen-Darmstadts gedient hätten. „Die neue Zeitschrift, die vom Historischen Verein vorbereitet wird, soll die Grenzen dieses Staates überschreiten und dem hier bezeichneten Ideal dienen.“ Voltz führte zum Ende der Quartalblätter aus: „An ihre Stelle wird nunmehr eine Heimatzeitschrift für ein weiteres Verbreitungsgebiet treten, die sich zum Ziele setzt, in der schweren erdrückenden Gegenwart das Bewußtsein stammesmäßig verwandter Lande zu wecken und zu pflegen und die Wurzel erstarken zu lassen, aus der allein unser Vaterland neue Kraft und Blüte schöpfen wird, die Liebe zur Heimat“. Statt der vierteljährlich erscheinenden und eher die Mitglieder interessierenden und für sie bestimmten Quartalblätter sollten jetzt monatliche „gefällige“ Hefte erscheinen, die allgemeinverständliche und vor allem illustrierte Beiträge zu Themen wie Ge-

49 Vgl. Ulrich Reuling, Von der „Atlaswerkstatt“ zur Landesbehörde. Das Hessische Landesamt für geschichtliche Landeskunde in Marburg..., in: Hundert Jahre Historische Kommission für Hessen 1897-1997, hrsg. von Walter Heinemeyer, Bd. 2, Marburg 1997, S. 1169-1203, hier S. 1169-1171; Walter Heinemeyer, Die Historische Kommission für Hessen 1897-1997. Geschichtlicher Überblick, wissenschaftliche Unternehmungen, in: ebd., S. 1215-1235; Wolf Arno Kropat, Die Historischen Kommissionen in Hessen, in: Die Hessen und ihre Geschichte (wie Anm. 4), S. 45-52.

50 Quartalblätter des Historischen Vereins für das Großherzogtum Hessen, N.F. Band 6 (1916-1921), S. 432-438.

schichte, Volkskunde, Heimat-, Landschafts- und Naturkunde sowie heimatliche Dichtung und Kunst enthielten, „soweit diese Wissenszweige mit dem Dasein des Menschen in Beziehung stehen.“ Adressat der Hefte war jeder interessierte Leser, nicht nur die Vereinsmitglieder.

Dass die Neuausrichtung des Vereins von Erfolg gekrönt war, konnte man an der Zahl der Mitglieder ablesen, die ausgerechnet im Inflationsjahr 1923 auf über 1500 stieg. Der Verein hatte es geschafft, vor allem durch die Zeitschrift „Volk und Scholle“, breite Bevölkerungsschichten für Geschichte zu interessieren. Dass diese „Erfolgsgeschichte“ nicht ewig währte, ist bekannt. Zwar konnten die historischen Vereine und Kommissionen in Hessen nach 1933 die mehrmaligen Bemühungen der NS-Politik um Gleichschaltung, vor allem durch haltenden Widerstand, unterlaufen und damit auch die „Gleichschaltung“ der vier im Volksstaat Hessen erscheinenden landeskundlichen Zeitschriften „Archiv für hessische und Altertumskunde“ (Darmstadt), „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ (Gießen), „Mainzer Zeitschrift“ (Mainz) und „Hessische Blätter für Volkskunde“ (Gießen) verhindern, aber „Volk und Scholle“ musste den Nationalsozialisten für deren ideologische Zwecke geopfert werden. Die Zeitschrift, die ab 1934 vom „Reichsbund Volkstum und Heimat“ übernommen wurde, erhielt damit erst den „schlechten“ Ruf, den man aus ihrem Titel abzulesen vermeinte, den sie jedoch für die ersten gut 10 Jahre ihres Erscheinens nicht verdient.⁵¹

Die Nationalsozialisten haben wiederholt versucht, Einfluß auf die Organisation und die Tätigkeit der historischen Kommissionen und Vereine zu nehmen.⁵² Abgesehen von der überall erfolgten Durchsetzung des Führerprinzips zeitigten ihre Bemühungen vor allem dann Erfolg, wenn sie aus den eigenen Reihen unterstützt oder sogar initiiert wurden. So versuchte Julius Reinhard Dietrich, Vorsitzender des Historischen Vereins und der Darmstädter Historischen Kommission, letztere mit den Kommissionen in Wiesbaden und Frankfurt in Anlehnung an die Grenzen des Gaus Hessen-Nassau zu verschmelzen, was jedoch in Wiesbaden und Frankfurt auf Widerstand stieß und nicht gelang. Dieterich war es, der bei der Feier des 100-jährigen Bestehens des Historischen Vereins für Hessen im April 1933 auf die Bemerkung des NS-Staatspräsidenten Ferdinand Werner über „die Bedeutung der Geschichte als Kraftspenderin zur Hingabe für das Vaterland“ mit

51 Vgl. Friedrich Knöpp, Der historische Verein 1933-1958, in: AHG NF 26, 1961, S. 93-102, hier S. 94 f.

52 Vgl. Ulrich Reuling, Einleitung, in: Ders. und Winfried Speitkamp (Hrsg.), Fünfzig Jahre Landesgeschichtsforschung in Hessen (Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 50), Marburg 2000, S. 1-29, hier S. 9-12.

einem Bekenntnis zu einer „Geschichte nicht um ihrer selbst, sondern um des Volkes und Staates willen“ antwortete.⁵³ Die Themen der Vortragsveranstaltungen des Historischen Vereins befassten sich überwiegend mit unpolitischen Themen. Allerdings waren Vorträge zum Thema „Die Germanisierung des linken Rheinufer“ (Gustav Behrens, 11. Febr. 1935), „Rassengeschichte und Raumgeschichte“ (Gustav Paul, 1. April 1935), „Die frühgeschichtliche Vergangenheit in der nationalen Willensbildung“ (Ernst Wahle, 24. April 1939), „Das Ringen um die deutsche Westgrenze in Vergangenheit und Gegenwart“ (Paul Wentzke, 7. April 1941) u.a. deutlich dem Zeitgeist verpflichtet.⁵⁴

Der zweite Weltkrieg und besonders der Beginn des Luftkriegs, der die Darmstädter Archive und Bibliotheken bedrohte, brachte die Vereinstätigkeit zum Erliegen. Die Zeitschrift AHG stellte ihr Erscheinen ebenso wie Volk und Scholle ein. Der letzte Vortrag fand im März 1944 statt, die letzte Exkursion nach Frankfurt am 11. September 1943, genau ein Jahr vor der Stadtzerstörung.⁵⁵ Im September 1944 verbrannten mit dem Staatsarchiv die Akten, das Archiv und die Verlagsbestände des Historischen Vereins für Hessen. Erst vier Jahre nach Kriegsende konnte der Verein, nun wieder unter demokratischen Leitlinien, wiederbegründet werden und seine vor 1933 so erfolgreiche Tätigkeit wieder aufnehmen.

53 Eckhart G. Franz, Landesgeschichte und regionale Identität, in: Die Hessen und ihre Geschichte (wie Anm. 4), S. 15; ders., Geschichtsverein und Geschichtsbewusstsein (wie Anm. 10), S. X f.

54 Historischer Verein für Hessen 1934-1983. Vorträge, Exkursionen, Publikationen, bearb. von Christa Wolf, Darmstadt 1983 (Darmstädter Archivschriften 6), S. 7-12.

55 Ebd., S. 12, 39.

Geschichtsbewußtsein und Denkmalpflege. Historische Identitätsbildung in der Grün- dungsphase des Oberhessischen Geschichts- vereins¹

Erwin Knauß

Den 125. Jahrestag seines Bestehens feiert der Oberhessische Geschichtsverein Gießen erst am 15. Juni des kommenden Jahres. Im Zusammenhang mit diesem Vereinsjubiläum hat der Vorstand für das Winterhalbjahr 2002/2003 eine Vortragsreihe konzipiert, die den Hessischen Geschichtsvereinen, ihrer Bedeutung und ihren Bestrebungen gewidmet sein soll. Darüber hinaus kann die ganze Breite der landesgeschichtlichen Entwicklung in Hessen dargestellt und jeweils mit der Entstehung der Geschichtsvereine in den einzelnen Territorien in Zusammenhang gebracht werden.

So betrachten wir heute Geschichte, Entwicklung und Perspektiven des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen vor allem in seiner Gründungsphase vor fünf Vierteljahrhunderten.

Nun kann es nicht verwundern, daß der Begriff Oberhessen mit der fortschreitenden Zeit schon deshalb unverständlicher wurde, weil mit dieser Bezeichnung nicht mehr das verbunden ist, was damals im Jahre 1878 zu dieser Namensgebung führte.

Dabei muß zunächst erwähnt werden, daß der Verein den heutigen Namen erst 1889 - also 11 Jahre nach seiner Gründung - angenommen hat. Im ersten Jahrzehnt seines Bestehens hieß er „Oberhessischer Verein für Lokalgeschichte“. Aus den damals herausgegebenen „Jahresberichten des Oberhessischen Vereins für Localgeschichte“ wurden die heutigen „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“.

Es darf in diesem Zusammenhang auch nicht verschwiegen werden, daß es bereits in den 60er Jahren des 19. Jh. einen Vorläufer gegeben hat, der als „Historische Gesellschaft für Gießen“ sozusagen als ein Zweigverein des schon 1834 in der Landeshauptstadt Darmstadt ge-

1 Vortrag vom 27.11.2002. Vgl. dazu vor allem: Chronik des Vereins, in: Erster Jahresbericht des Oberhessischen Vereins für Localgeschichte, 1879, S. 3-15; Carl Walbrach, Ein halbes Jahrhundert Oberhessischer Geschichtsverein, MOHG NF 28 (1928), S. 211-252; Hermann Otto Vaubel, 90 Jahre Oberhessischer Geschichtsverein, MOHG NF 53/54 (1969), S. 25-35 sowie E. Knauß, 100 Jahre Oberhessischer Geschichtsverein Gießen, MOHG NF 63 (1978), S. 1-15.

gründeten „Historischen Vereins für Hessen“ (Darmstadt) von 1861 bis 1870 existierte, dann aber aus unterschiedlichen Gründen seine Tätigkeit einstellte.

Doch nun zurück zum eigenen Verein, der am 15. Juni 1878 im Café Ebel, einem damals renommierten Hotel-Restaurant im alten Burggraben gegründet wurde. Ungeachtet der bereits erwähnten Namensänderung des Jahres 1889 blieb Oberhessen der prägende Begriff des neuen Vereins.

Als mir schon in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts und ganz besonders dann während meiner Zeit als Vorsitzender des Vereins immer stärker bewußt wurde, daß die Bezeichnung „Oberhessisch“ auf Unkenntnis und Unverständnis vor allem in der jüngeren Generation stieß, wagte ich es, eine Änderung des Vereinsnamens in „Gießener“ oder „Mittelhessischer“ Geschichtsverein in Vorschlag zu bringen, wohl wissend, daß der Anspruch des Jahres 1878 die Region, d.h. die damalige politische Provinz Oberhessen zu erfassen, längst nicht mehr erhoben werden konnte, weil sich inzwischen in diesem Gebiet einige lokal begrenzte, aber durchaus nicht unbedeutende Geschichtsvereine gegründet hatten. Augenscheinlich bin ich mit meiner damaligen Anregung gescheitert, und die Traditionalisten behielten die Oberhand. Umso notwendiger aber erscheint es mir hier und heute die Frage zu stellen, warum die Gründer diesen Namen wählten, um für die Ziele des Vereins breite Zustimmung zu erreichen. Was also hat es auf sich mit dem Begriff Oberhessen in der Gründungsphase des Vereins?

Dieser Frage wäre zunächst nachzugehen, ehe wir darüber sprechen können, welche Intentionen und Planungen für die Gründung des Juni 1878 maßgebend waren.

Um diese Frage zu klären, müssen wir jetzt - und das gebietet das Thema - einen landesgeschichtlichen Exkurs machen, der allerdings ohne Untermalung durch historische (Land)karten nicht ganz einfach zu verstehen ist. Lassen Sie es uns aber trotzdem versuchen.

Als sich die Landgrafschaft Hessen in der 2. Hälfte des 13. Jh. als reichsunmittelbare Territorialherrschaft herausbildete, hatte sie zwei größere in sich weitgehend zusammenhängende, aber territorial getrennte Gebiete: eines um die Stadt Kassel im Norden, eines im Süden um den bereits in der chattisch-fränkischen Zeit herausgebildeten Mittelpunkt der Amöneburg, die aber dem Erzbischof von Mainz verblieb und - ebenfalls im 13. Jh. - ihren Vorrang an Marburg abtreten mußte.

Zwischen dem hessischen Gebiet um Kassel und dem um Marburg lag bis 1450 die selbständige Grafschaft Ziegenhain.

Zur Unterscheidung wurde der nördliche Landesteil Niederhessen (auch Niederfürstentum), der südliche dagegen Oberhessen (auch Oberfürstentum) genannt.

Schon unter dem ersten hessischen Landgrafen Heinrich I. (1256-1308), der 1292 in den Reichsfürstenstand erhoben worden war, kam es durch unglückliche testamentarische Verfügungen zu einer gewissen Herrschaftsteilung. Der südliche hessische Landesteil wurde nun politisch für die Zeit des späten Mittelalters bis zur Regierungszeit Landgraf Philipps des Großmütigen im 16. Jh. als Oberfürstentum bezeichnet.

Nach vorübergehender Zusammenführung der beiden hessischen Landesteile unter Landgraf Ludwig I. (dem Friedfertigen), 1413-1458 der vor allem den Dauerstreit mit dem Erzbistum Mainz um die Landeshoheit in unserem Gebiet endgültig siegreich beendete, kam es unter seinen Söhnen erneut zu einer Herrschaftsteilung, die erst zum Ende des 15. Jahrhunderts beendet wurde. Diese 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts brachte im übrigen nicht nur die Einheit des Landes zurück, sondern auch eine bedeutende Machterweiterung für die hessischen Landgrafen durch den Erbfall der Grafschaft Ziegenhain (1450) und Katzenelnbogen (1479).

Doch sein unglückseliges Testament, das die hessische Geschichte ganz entscheidend negativ beeinflusste, ließ 1567 aus dem damals südlichen Landesteil, dem sogenannten Oberfürstentum, eine eigene selbständige Grafschaft mit dem Namen Hessen-Marburg unter dem Landgrafen Ludwig III., einem Sohn Philipps, entstehen. Sie umfaßte ein Gebiet, das von der Gegend nördlich Frankenberg über Biedenkopf und Gladenbach bis nach Gießen und Butzbach reichte. Weiter im Osten gehörten Grünberg, Homberg (Ohm) und Alsfeld dazu. Das Gebiet um Marburg und Kirchhain bildete das Zentrum.

Doch schon 1604 starb diese hessische Grafenlinie aus, und es begann nunmehr ein zähes Ringen zwischen Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt, den beiden übrig gebliebenen Territorien aus dem Erbe Philipp des Großmütigen um das alte Oberfürstentum Oberhessen, das fast ein halbes Jahrhundert dauerte.

Erst der blutige „Hessenkrieg“, der in den drei letzten Jahren des 30jährigen Krieges viel Leid und Unheil über Mittelhessen brachte, löste mit dem Friedensschluß von Münster und Osnabrück den langwierigen Streit mit der Teilung der Landgrafschaft Hessen-Marburg.

Nach über zwei Jahrzehnten politischer und persönlicher Turbulenzen, die das vergrößerte Hessen durchzustehen hatte, kam 1518 Land-

graf Philipp mit 13½ Jahren an die Regierung. Über seine durch Höhen und Tiefen gekennzeichnete Regierungszeit ist hier nicht zu reden.

Nach schwierigen Verhandlungen bildete sich damals eine Landesgrenze heraus, die den nördlichen Teil des alten Oberhessens mit Kirchhain, Frankenberg, Gemünden, Wetter und Marburg als Mittelpunkt der Landgrafschaft Hessen-Kassel zuteilte, während die südliche Region mit Grünberg, Alsfeld, Lauterbach, Nidda, Butzbach und dem Zentrum Gießen an die Landgrafschaft Hessen-Darmstadt kam, zu der in jener Zeit auch noch das sogenannte Hinterland mit Battenberg, Biedenkopf und Gladenbach gehörte.

Von nun an bis zum Jahre 1866 gab es in Wirklichkeit zwei verschiedene politisch umgrenzte Landesteile, die sich Oberhessen nannten.

Bleiben wir zunächst noch bei dem nördlichen Oberhessen, das von 1815 bis 1866 zum Kurfürstentum Hessen-Kassel gehörte. Hatte es bis zu diesem Zeitpunkt nur noch geringe politische Bedeutung innerhalb des Staates als Provinz Oberhessen mit den Kreisen Marburg, Kirchhain, Frankenberg und Ziegenhain, so verlor es nach der Annektion Kurhessens durch Preußen endgültig eigenständigen Charakter, und der Name Oberhessen verblaßte dort zu einem reinen Landschaftsbegriff, da es einen selbstverwalteten Bezirk Oberhessen in der 1867 gebildeten preußischen Provinz Hessen-Nassau nicht mehr gab.

Ganz anders verlief die Geschichte im seit 1648 zu Hessen-Darmstadt gehörenden südlichen Teil Oberhessens. Er entwickelte sich nach Säkularisierung (1803) und Mediatisierung (1806) zu dem geschlossenen Gebiet der politischen Provinz Oberhessen innerhalb des 1806 zum Großherzogtum hochgestuften Landes Hessen-Darmstadt, nachdem die Reichsstadt Friedberg, die Solmser und Stolberg-Isenburger Territorien, sowie Schlitz und Lauterbach endgültig nach dem Wiener Kongreß hinzu gekommen waren.

Auch nach den territorialen Veränderungen des Jahres 1866 durch die preußischen Annexionen von Frankfurt, Nassau und Kurhessen und auch nach der Reichsgründung von 1871 behielt die darmstädtische Provinz Oberhessen mit der Provinzialhauptstadt Gießen und den Kreisen Alsfeld, Schotten (bis 1938), Lauterbach, Büdingen und Friedberg ihre politische Stellung im Gesamtstaat Hessen-Darmstadt.

Allerdings fehlte zwischen Bad Vilbel im Süden der Provinz und Städten südlich des Mains mit Isenburg und Offenbach der territoriale Zusammenschluß, was der Provinz Oberhessen natürlich eine besondere Rolle zuwies, die noch dadurch verstärkt wurde, daß es diesem

Gebietsteil nördlich des Mains gelang, der preußischen Annexion zu entgehen, auch wenn das „Hinterland“ verloren ging.

Dies ist die Situation, in der sich unser Oberhessen befand, als sich im Juni 1878 historisch interessierte Bürger in Gießen zusammensetzten, um einen Verein zu gründen, der sich der Geschichte dieses Landesteils annehmen sollte.

Hier nun dürfen wir die Frage stellen, welche Motive haben die Gründer geleitet, was wollten sie erreichen? Dafür ziehen wir die zeitgenössischen Quellen heran und erfahren dabei, daß es den Männern (Frauen waren damals noch nicht gefragt) in erster Linie darum ging, dem räumlich von der Landeshauptstadt Darmstadt und den beiden Provinzen Rheinhessen und Starkenburg getrennten Oberhessen durch intensive Aufarbeitung seiner Geschichte eine eigene Identität zu schaffen.

Man fühlte sich von dem bereits 1834 gegründeten „Historischen Verein“ in Darmstadt nicht genügend vertreten, spürte auch trotz mancher vorliegenden Publikationen eine gewisse Geschichtsarmut in Oberhessen, der man abhelfen wollte. Dabei war man sich der Tatsache bewußt, daß die Provinz Oberhessen, wie sie sich seit 1815 als nördlicher Landesteil Hessen-Darmstadts herausgebildet hatte, keineswegs ein einheitliches Gebiet gewesen ist, sondern sich aus kleinen und kleinsten Territorien zusammensetzte. Neben den alten hessischen Ämtern Gießen, Butzbach, Nidda, Grünberg und Alsfeld wären hier - wie bereits kurz erwähnt -, zu nennen: die Reichsstadt Friedberg, die diversen Grafen und Herrschaften, wie Stolberg-Ortenberg, Stolberg-Gedern, die verschiedenen Solmser Gebiete und u. a. die Herren von Görtz (Schlitz), Riedesel (Lauterbach), von Löw, von Günderode und viele andere mehr und - was oft übersehen wird - in unserer unmittelbaren Nachbarschaft das bis zum Ausgang des alten Reiches formell selbständige Kloster Arnsburg und der Deutsche Orden auf dem Schiffenberg.

Auch die geographischen Gegebenheiten der Provinz in ihrer Unterteilung zwischen dem unwirtlichen Vogelsberg und der fruchtbaren Ebene der Wetterau erleichterte nicht gerade den Blick auf eine gleichmäßig gewachsene Entwicklung, zumal die Lebensumstände der Bevölkerung beträchtliche Unterschiede aufwiesen.

Die uns überlieferten Berichte aus der Gründungsphase des Vereins sprechen von der Aufgabe, die geschichtliche und kulturgeschichtliche Erforschung der oberhessischen Heimat voranzutreiben, denn die Provinz biete ein außerordentlich reichhaltiges (Quellen)Material für prä-

historische, germanische, römische und mittelalterliche Geschichte und auch die jüngere Vergangenheit dürfe nicht unberücksichtigt bleiben.

Man sah auch die Notwendigkeit, Gießen als Universitätsstadt zu begreifen, in der doch stets eine gewisse Anzahl von Studenten sich dem Studium der Geschichte widmen und sich von einem Geschichtsverein inspirieren lassen oder sich sogar aktiv dort einbringen könnten.

Schon in den ersten Wochen seines Bestehens wurde - und sicher war dies auch eine Triebfeder für seine Gründung - im Verein die Errichtung eines historischen Museums für Lokalgeschichte angeregt, und wir wissen ja, daß dieses Vorhaben bereits ein Jahr später 1879 verwirklicht werden konnte.

Nicht ausdrücklich überliefert, aber doch wohl für die Gründung eines Geschichtsvereins in jener Zeit relevant, sind Gedanken und Vorstellungen, die einen zeitgeschichtlichen Bezug haben. So liegen die Anfänge unseres Vereins in einem Umfeld, das noch stark erfüllt und bewegt war von der Gründung des Kaiserreichs.

Dabei mögen durchaus widersprüchliche Intentionen unter den Gründervätern lebendig gewesen sein. Einerseits war da das bereits in anderem Zusammenhang erwähnte Bestreben, den Eigencharakter der darmstädtischen Provinz Oberhessen zu betonen und ihre staatliche Souveränität als Teil Hessen-Darmstadts zu erhalten, die ja durchaus nach dem deutsch/deutschen Krieg von 1866 zur Disposition stand. Für diese Einstellung maßgebend war die Absicht, ein zielgerichtetes hessisches Bewußtsein in der Bevölkerung zu bewahren und weiter zu entwickeln.

Es war doch - und da erinnere ich mich persönlich noch sehr lebhaft an Menschen, die vor der Reichsgründung geboren wurden - das Gefühl noch weit verbreitet, mehr kurhessisch, darmhessisch, nassauisch oder sogar preußisch als deutsch zu denken. Dies hat sich dann nach 1871 in unterschiedlich operierenden konservativen Parteien im Reichstag niedergeschlagen.

Schon Helmut Berding hatte in einem grundlegenden Referat auf dem Tag der deutschen Landesgeschichte im Jahre 1984 mit dem Titel „Partikularstaat - preußische Provinz - Bundesland, Probleme des Regionalismus“² darauf hingewiesen, daß es für die 35 Staaten und 4 Freien Städte, die nach dem Wiener Kongreß noch ihre Souveränität

2 H. Berding, Staatliche Identität und politischer Regionalismus, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 121/1985, S. 371-393 (überarbeiteter Text eines Vortrages, der am 23. Juni 1984 auf dem 11. Tag der Landesgeschichte unter dem Titel „Partikularstaat - preußische Provinz - Bundesland: Probleme des Regionalismus“ gehalten wurde.

bewahrt hatten, im Rahmen des Deutschen Bundes ein vorrangiges Ziel ihrer Politik war, die eigenstaatliche Existenz zu sichern. Gerade im Großherzogtum Hessen war diese emotionale Bindung der Bevölkerung an die gegebene Herrschaft bewußt gefördert worden, und es war nur natürlich, daß man diese Bindungen nicht plötzlich und auf Dauer abreißen lassen wollte, als die Souveränität mit der Reichsgründung ein Ende hatte.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Struktur des Kaiserreiches stark föderalistisch aufgebaut war und zwar stärker als das in der Weimarer Republik oder in der Bundesrepublik der Fall war bzw. ist. Die Ausbildung des Nationalstaats unter preußischer Vorherrschaft stieß nicht nur in den annektierten Gebieten, also z. B. in Kurhessen, in Nassau, in Frankfurt oder Hannover auf Skepsis und partiell sogar auf offene Ablehnung. Auch die noch halbwegs souverän gebliebenen Staaten blieben kritisch gegenüber dem Hohenzollernstaat, denn Preußen war in weiten Teilen Deutschlands nicht beliebt. Erst ganz allmählich gelang es dem deutschen Nationalstaat, diese regionalen Bindungen der Menschen aufzuweichen, wobei die nationalistische und imperialistische Politik vor allem seit Wilhelm II. eine beträchtliche Rolle spielte.

Im Gegensatz zu diesen stark auf das Großherzogtum und sein Herrscherhaus bezogenen Kräften gab es die Männer, die im Wirken eines Geschichtsvereins die Kleinstaaterei zu überwinden trachteten und dem nationalen Reichsgedanken Geltung verschaffen wollten.

Es sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß sich 12 Jahre vor der Gründung unseres Vereins die Bewohner von Gießen, Wieseck und Lollar als zum Großherzogtum Hessen-Darmstadt gehörend, den Menschen in Wißmar, Launsbach und Krofdorf-Gleiberg die zu Preußen zählten, als Kriegsgegner - zumindest für einige Wochen - gegenüberstanden. Durch die schnelle Beendigung des deutsch-deutschen Krieges von 1866 ist es erfreulicherweise bei uns zu keinen Kampfhandlungen gekommen.

Nicht unwesentlichen Anteil an dieser veränderten Einstellung in weiten Kreisen der Bevölkerung hatten die Impulse, die aus den nun stärker und in größerer Anzahl in den Vordergrund drängenden Geschichtsvereinen kamen. So war es sicher auch eine nationale, um nicht zu sagen nationalistische Komponente, die einige der Gründungsmitglieder des Oberhessischen Geschichtsvereins bewegte, das Geschichtsbewußtsein im und für das Kaiserreich zu pflegen.

Neben diesen mehr realpolitischen Überlegungen sind natürlich Spätwirkungen der Romantik und des Historismus, also stark gefühls-

betonte Motive für die Gründungsväter des Vereins maßgebend gewesen.

Suchte die Romantik in ihrer Emotionalität und in bewußter Abkehr von der Aufklärung Rückhalt am Althergebrachten und natürlich Gewachsenen, so förderte der Historismus im wissenschaftsgläubigen 19. Jh. die Neigung zur Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung um ihrer selbst willen.

Während die Romantiker sammelten, um zu bewahren und dabei mit mehr oder weniger Sachkenntnis im Boden wühlten, um verschollene Geschichtsdenkmäler als Geschichtsquellen ans Licht zu bringen, verzichteten die Anhänger des Historismus auf Werturteile oder praktische Nutzenanwendung und hingen der Überzeugung an, alle geschichtliche Entwicklung in kausalen Zusammenhängen begreifen und erklären zu können. Von dieser Auffassung wurde nicht nur der Geschichtsunterricht in der Schule bestimmt, auch die Gründung von Geschichtsvereinen wurde zweifellos davon beeinflusst.

Wir vergessen heute oft, welche Zeit ungeheuren Umbruchs diese zweite Hälfte des 19. Jh., und zwar sowohl auf politischem, wie kulturellem und vor allem auch wirtschaftlichem Gebiet, gewesen ist.

Die bestimmenden Ideen der Aufklärung des 18. Jh. waren - zumindest partiell - verwirklicht: Die persönliche Abhängigkeit der bäuerlichen und besitzlosen Bevölkerung war abgeschafft, der Unterricht wurde flächendeckend obligatorisch, es gab kaum eingeschränkte geistige Freiheit und fast unbegrenzte persönliche Bewegungsfreiheit, und auch die Rechtsstaatlichkeit war formell gewährleistet. Eine Fülle von Spontaneität hatte weite Teile der Menschen erfaßt, und auch von daher wurde die Gründung von Vereinen aller Art begünstigt. Es kann daher nicht überraschen, daß neben dem Aufbruch der Sangesbewegung und der Turner auch die Gründung von Geschichts- und Altertumsvereinen zunahm.

Wenn wir die uns überlieferten Mitgliederlisten aus der Gründungsphase des Oberhessischen Geschichtsvereins ansehen - und Hermann Otto Vaubel hat dieser Betrachtung in seinem Aufsatz zum 90. Geburtstag des Vereins 1968 breiten Raum gewidmet - so finden wir die unterschiedlichsten Berufe vertreten.

Aus den rd. 40 Gründungsmitgliedern waren schon während des ersten Vereinsjahres 165 und im dritten Vereinsjahr 236 Mitglieder geworden. Es waren nur Männer, und sie gehörten fast ausnahmslos besser gestellten Gesellschaftskreisen an, wobei der Anteil der Akademiker überwog.

Wir können nicht mehr nachvollziehen, welche Motive jeden Einzelnen bewogen haben mögen, dem neuen Verein beizutreten. Doch dürfen wir davon ausgehen, daß all die oben genannten Gründe in mehr oder weniger starkem Ausmaß auf diese Entscheidung Einfluß genommen haben.

Im Bericht über die Gründungsversammlung am 15. Juni 1878 nannte der später zum 1. Vorsitzenden gewählte Prof. Gareis vor allem die folgenden 4 Gründe, die für die Bildung eines Geschichtsvereins in Gießen sprachen:

„1. Der früher bestandene Verein (ich erwähnte oben kurz diese Historische Gesellschaft für Gießen 1861-1870 E.K.) hat anerkanntswerte Leistungen hinterlassen, war aber zu locker gefügt, um nicht mit der Zeit auseinanderzufallen.

2. Unsere Provinz (Oberhessen) ist von den beiden anderen Provinzen des Landes (Starkenburger und Rheinläncker) räumlich zu sehr getrennt, als daß der in Darmstadt bestehende historische Verein dieselbe Sorgfalt auf die geschichtliche Durchforschung Oberhessens verwenden könnte, wie auf Starkenburg und Rheinläncker.

3. Sowohl für prähistorische wie für mittelalterliche Forschungen bietet unsere Provinz ein außerordentlich reichhaltiges Material.

4. Gießen als Universität vereinigt eine größere Anzahl von Männern (!), die direkt auf das Studium (der Geschichte) hingewiesen sind.“³

Aus diesem Bericht geht eindeutig hervor, daß es sich bei dieser Gründung um eine eigenständige Initiative aus dem Gießener Bürgerthum und aus Universitätskreisen handelte, das seine Entscheidung ohne Einflußnahme des Landesherrn bzw. der Landesregierung getroffen hatte.

Diese Feststellung ist deshalb von Belang, weil bei den im frühen 19. Jh. erfolgten Geschichtsvereinsgründungen - wie dem „Historischen Verein für das Großherzogthum Hessen“ von 1834 oder dem „Verein für hessische Geschichte und Landeskunde für Kurhessen“ aus derselben Zeit - gewisse Einschränkungen der Arbeit bzw. Auflagen von Seiten der Obrigkeit zu beobachten sind.

Hierzu paßt auch die Überlieferung, daß eine in der Gründungsphase des Gießener Vereins versuchte Vereinigung mit dem Darmstädter historischen Verein trotz ausgedehnter Verhandlungen und Gespräche

3 Chronik des Vereins, wie Anm. 1, S. 3.

nicht zustande kam. Der „Oberhessische Verein für Lokalgeschichte“ behielt seine Eigenständigkeit und konnte seine Stellung im Raum der Provinz Oberhessen mit Gießen als Provinzialhauptstadt immer mehr festigen und ausbauen.

Es kann nun nicht Aufgabe des heutigen Vortrags sein, die teils dornenreiche, in weiten Teilen aber sehr erfolgreiche Entwicklung des Vereins im einzelnen aufzuführen. Dies ist bis zum 100. Geburtstag im Jahre 1978 in mehreren eingehenden Betrachtungen geschehen, so in der Festschrift zur 50. Jahrfeier 1928 von Carl Walbrach⁴ im Aufsatz „Neunzig Jahre Oberhessischer Geschichtsverein 1878-1968“ von Hermann O. Vaubel,⁵ in der Festschrift zum 100. Geburtstags des Oberhessischen Geschichtsvereins⁶ und im Festvortrag anlässlich des 100jährigen Bestehens des OHG in der Festschrift zum 100. Geburtstags des Oberhessischen Museums.⁷

Das Vereinsgeschehen der letzten 25 Jahre darzustellen, wird das Anliegen des Jubiläumsjahres 2003 sein.

So will ich im letzten Teil meiner Ausführungen der Frage nachgehen, ob der Verein in den beiden ersten Jahrzehnten seines Bestehens dem Anspruch gerecht geworden ist, die Geschichte der Provinz Oberhessen zu erforschen, das Geschichtsbewußtsein der Bevölkerung zu fördern, Denkmäler der Vergangenheit zu erhalten und eine Identität des politischen Raumes und der Landschaftsbezogenheit herzustellen.

Für knapp 20 Jahre blieb der „Oberhessische Verein für Lokalgeschichte“ (ab 1889 der Oberhessische Geschichtsverein Gießen) der erste und einzige Geschichtsverein im hessen-darmstädtischen Oberhessen. Schon unmittelbar nach seiner Gründung begann er mit seiner Tätigkeit in drei größeren Arbeitsfeldern, den regelmäßigen Vorträgen, den Exkursionen zu historisch bedeutsamen Plätzen der Provinz und den wissenschaftlichen Aufsätzen in eigens vom Verein herausgegebenen Publikationen. Sie sind bis heute die tragenden Säulen der Vereinsarbeit geblieben.

Die Veranstaltungen des jungen Vereins griffen gleich weit in die Provinz hinaus. Man besuchte die Kapersburg im Taunus, den Münzenberg in der Wetterau, untersuchte den Verlauf des Limes und dokumentierte damit der Bevölkerung in der ganzen Provinz, welche Ziele der Verein anstrebte. Das brachte schon im ersten Jahrzehnt einen

4 Walbrach, wie Anm 1.

5 Vaubel, wie Anm 1.

6 MOHG NF 63 (1977).

7 Knauß, wie Anm. 1.

erfreulichen Anstieg der Mitgliederzahl, die bis zum Beginn der 90er Jahre des 19. Jh. nicht nur auf fast 400 anstieg, sondern sich auch zu einem guten Drittel aus Männern außerhalb des Stadtgebietes zusammensetzte.

Ganz wesentlichen Anteil an diesem Aufschwung hatten die Vorträge des Winterhalbjahrs, die zum überwiegenden Teil von Professoren der Universität bestritten wurden, wie überhaupt hervorragende Persönlichkeiten in jenen Anfangsjahren unseren Verein getragen und zu der Größe und Anerkennung geführt haben, die ihn in der Stadt und weit darüberhinaus bekannt und beliebt machten.

Hier sollten nur beispielhaft genannt werden: Der Gründungsvorsitzende, der Rechtshistoriker Prof. Karl v. **Gareis** und eine der ganz großen Gießener Persönlichkeiten des 19. Jh., der Kunsthistoriker und Architekt Prof. Dr. Hugo v. **Ritgen**, der dem Verein von 1883 bis zu seinem Tode 1889 vorstand und ihm eindrucksvolle wissenschaftliche Impulse verlieh.

Von einer anderen großen Persönlichkeit, dem Prof. Hermann **Hoffmann**, angestoßen und verwirklicht, wurde auch schon im ersten Vereinsjahr die Gründung eines Museums für Lokalgeschichte, das bald von breiten Teilen der Bevölkerung angenommen wurde und dem Verein bemerkenswerten Zuspruch verschaffte.

Die wissenschaftliche Arbeit des Vereins schlug sich schon bald nach der Gründung in der Herausgabe des „Ersten Jahresberichts des Oberhessischen Vereins für Lokalgeschichte“ nieder, dem noch vier weitere Jahresberichte folgten, ehe ab 1889 mit der Namensänderung auch ein neuer Name für die ziemlich jährlich herausgegebenen Publikationen, nämlich „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ eingeführt wurde. Die Veröffentlichungen gewinnen wegen ihrer bedeutenden historischen Beiträge bald großes Ansehen und machen den Verein weit über die Grenzen Oberhessens hinaus bekannt.

Doch damit erschöpften sich noch nicht die Aktivitäten des Vereins in seinen ersten Jahren.

Schon bei der allerersten Exkursion - noch im Jahre 1878, wie schon erwähnt - zur Kapersburg wurden Grabungen vorgenommen, und im April 1879 begann man mit Ausgrabungen germanischer Siedlungen auf dem Gießener Trieb hinter dem Philosophenwald, in der Lindener Mark bei Leihgestern und Langgöns. Weitere Untersuchungen wurden am Pfahlgraben bei Butzbach und in Grünberg durchgeführt; andere reichten bis nach Otterbach und Schwarz, also bis in die Alsfelder und Lauterbacher Gegend. Man muß sich heute wundern, wie das der noch junge Verein in finanzieller und personeller Hinsicht leisten konnte.

Nicht selten - so wird berichtet - haben Vorstandsmitglieder hier Hand angelegt.

Diese frühen archäologischen Tätigkeiten brachten dem Verein nicht nur viele Freunde weithin in der Provinz und damit auch beachtlichen Mitgliederzuwachs, sondern die zahlreich dabei gewonnenen Fundstücke bereicherten auch den Bestand des vereinseigenen Museums und trugen zu dessen zügigem Ausbau bei. Die Veröffentlichung der Grabungsergebnisse - später sogar in eigenen Museums- und Grabungsberichten vom Verein herausgegeben - brachten immer größeres Interesse und Anteilnahme der Bevölkerung in der ganzen Provinz und vermehrten die Sammlungen des Vereins durch Geschenke und leihweise Überlassungen, so daß schon bald die Räume im alten - leider im 2. Weltkrieg untergegangenen - Rathaus am Marktplatz nicht mehr ausreichten und an eine andere größere Unterkunft gedacht werden mußte.

Ein nicht unwesentliches Aufgabengebiet war der Aufbau einer Vereins-Bibliothek, die nach einem Jahr schon über 400 Bände zählte. Gleichzeitig begann man einen Schriftentausch mit anderen historischen Vereinen und Institutionen, der - neben Schenkungen - den Bücherbestand anwachsen ließ. Doch schon 1888 trennte man sich von dieser vereinseigenen Bücherei und übertrug sie an die Universitätsbibliothek, die ihrerseits den Austausch der Publikationen für ganz Deutschland übernahm und damit den Oberhessischen Geschichtsverein weit über die lokalen Grenzen hinaus bekannt machte.

Die als Selbstverpflichtung übernommene Verantwortlichkeit für die gesamte Provinz Oberhessen läßt sich am eindrucksvollsten an den Bemühungen ablesen, Bausubstanz und Geschichtsdenkmäler dort zu schützen und zu erhalten, wo ihr Bestand gefährdet war oder ihr Abriß drohte.

Schon wenige Monate nach der Vereinsgründung machte sich der Vorstand mit einer Anzahl von Mitgliedern auf die Fahrt nach Kaichen, wo man den Berichten vom Verfall der bekannten Freigerichtsstätte nachgehen wollte. Dieser Besuch bewirkte eine schnelle Wiederherstellung dieses bedeutenden Geschichtsdenkmals. Noch wirkungsvoller und wichtiger für die Stadt Gießen konnte der Verein da eingreifen, wo die Gefahr entstanden war, das Alte Schloß am Brandplatz abzureißen, weil das Land Hessen die Unterhaltskosten sparen wollte. Nach langwierigen Verhandlungen mit der großherzoglichen Regierung wurde das Schloß kostenfrei an die Stadt übertragen mit der Maßgabe, daß das Gebäude einem die Interessen der Provinz Oberhessen dienenden Zweck zugeführt wird. Für diese Vereinbarung hatte der Oberhessische Geschichtsverein in den Verhandlungen angeregt, das Schloß für die

Sammlungen aus der oberhessischen Geschichte zur Verfügung zu stellen. Diesem Vorschlag wurde entsprochen, womit nicht nur dieses älteste Gebäude unserer Stadt gerettet war, sondern auch zukünftig das vereinseigene Oberhessische Museum aufnehmen konnte, was dann im Jahre 1905 nach eingehender Sanierung endlich in einem Festakt verwirklicht wurde.

Auch die dringende Bitte des Vereins an die großherzogliche Regierung in Darmstadt, die kunsthistorisch so bedeutsame Basilika auf dem Schiffenberg zu schützen, hatte Erfolg.

Die Kirche, die seit dem Jahre 1809 dem Land Hessen gehörte, war bis dahin als Scheune mißbraucht worden, und ihr Verfall nahm beängstigende Formen an. Die Domäne durfte zukünftig zwar als Wirtschaftshof verpachtet werden, aber die Kirchenruine war davon ausgenommen.

Ein Glücksfall sowohl für die Denkmalpflege wie für den jungen Verein war der bereits erwähnte, weit über die Grenzen der Stadt Gießen und des Hessenlandes hinaus bedeutende, Kunsthistoriker Hugo v. Ritgen. Bekannt vor allem in der Fachwelt als der Restaurator der Wartburg, wird darüber oft vergessen, was ihm im heimischen Raum und hier besonders für die Restaurierung und Erhaltung des Gleibergs zu verdanken ist. Im Jahre 1883 hatte v. Ritgen den Vorsitz im Verein übernommen und hatte diesen Posten bis zu seinem Tod im Jahre 1889 inne.

Der Gleiberg, die geschichtsträchtigste Burg des mittleren Lahntals, war 1879 aus preußischem Besitz an den Gleibergverein übergegangen, doch die der Zerstörung im „Hessenkrieg“ 1646 entgangene Gebäude unter Dach befanden sich in erbarmungswürdigem Zustand. In enger Zusammenarbeit des „Oberhessischen Vereins für Lokalgeschichte“ mit dem Gleibergverein, dessen Ehrenpräsident Prof. v. Ritgen inzwischen geworden war, gelang es, die Gebäude vor dem Abriß zu bewahren und auch Teile der Ruine, so am Turm und an den Außenmauern, vor dem Verfall zu sichern. Ritgens fachliche Beratung und sein Gutachten haben dazu maßgeblich beigetragen. Dies war nicht nur ein positives Signal für die Denkmalpflege, die sich damals auf dem Weg zur gesetzlichen Anerkennung befand (die dann 1902 in Hessen-Darmstadt realisiert wurde), sondern zeigte auch, daß der Verein bereit war, über die gesetzten Grenzen Oberhessens hinaus zu wirken, wenn er es für notwendig hielt, denn der Gleiberg lag damals bekanntlich noch auf dem Gebiet des zu Preußen gehörenden Kreises Wetzlar.

Dieses gelegentliche Hinausgreifen über die Grenzen Oberhessens zeigte sich auch im Herbst 1884, als Vorstandsmitglieder die alte

Klosteranlage von Dorlar auf Einladung des dortigen Pfarrers besuchten und dabei allerhand Fundgegenstände für das Museum mitbrachten.

Bemerkenswert ist auch ein Eingreifen des „Oberhessischen Vereins für Lokalgeschichte“ im Jahre 1883. Damals wollte der Besitzer der Badenburg, ein Farbmüller, die hohen Ruinenmauern auf der Seite nach der Lahn niederlegen, weil er in der Baufähigkeit eine Gefahr für seinen Betrieb sah. Der Verein spendete 100,00 Goldmark, eine nicht unerhebliche Summe für die damalige Zeit. Mit dem Geld wurden die gefährdeten Stellen ausgebessert und so die Ruinenfassade gesichert, die den Besucher noch heute anspricht. Es muß dabei daran erinnert werden, daß staatliche oder kommunale Stellen vor der Einführung des Denkmalschutzes kein Geld für die Restaurierung privater Gebäude bereitstellten.

Ein letztes Beispiel soll zeigen, wie wirkungsvoll der Verein bereits in seinem ersten Jahrzehnt für die Denkmalpflege gearbeitet hat. Als im Dezember 1878 der Gemeinderat von Alsfeld vielen anderen - für uns heute unverständlichen - Abrissen in der Stadt (das landgräfliche Schloß, Stadttore, das „Luthertürmchen“, Teile der alten Stadtmauer und etliche ältere Fachwerkhäuser) die Krone aufsetzen wollte und den Abbruch des berühmten Rathauses beschlossen hatte, weil es angeblich baufällig war, schaltete sich der „Oberhessische Verein für Lokalgeschichte“ ein und vermochte es durch seine beharrlichen Eingaben bei der Landesregierung und persönliche Vorsprachen bei der Stadtverwaltung Alsfeld, diesen Abriß zu verhindern.

Ich zitiere (aus der Festschrift „100 Jahre Geschichts- und Museumsverein Alsfeld“): „... als nur der entschiedene Protest des Kreisrates Robert Hoffmann, des Ministeriums, verantwortungsbewußter Bürger, des Oberhessischen Geschichtsvereins, des Provinzialausschusses in Gießen und des Professors v. Ritgen den Abbruch des Rathauses verhindern konnte“.⁸ Es braucht abschließend nicht besonders betont werden, daß sich die Vorträge der Winterhalbjahre in jenen ersten Jahrzehnten des Vereins vorwiegend mit Themen der oberhessischen Geschichte beschäftigten. Die Berichte sprechen von regem Interesse und stetig wachsendem Besuch der Veranstaltungen, deren Einzelaufzählung den Rahmen dieses Vortrags sprengen würde. In der Festschrift zum 100. Geburtstag des Oberhessischen Geschichtsvereins sind diese Vorträge aus der Frühzeit des Vereins ausnahmslos aufgeführt.

8 Herbert Jäkel: 100 Jahre Geschichts- und Museumsverein Alsfeld: 100 Jahre Geschichtsforschung - 100 Jahre Museumsarbeit, in: Mitteilungen des Geschichts- und Museumsvereins Alsfeld 16 (1999), 3/4, S. 155 ff.

Bis in die 90er Jahre des 19. Jh. leistete der Oberhessische Geschichtsverein allein diese Pionierarbeit im oberhessischen Raum und inspirierte mit seinen Tätigkeiten auch die verschiedenen lokalen Geschichtsvereine, die nun im Gebiet des hessen-darmstädtischen Oberhessens entstanden, beginnend mit Friedberg 1896, Alsfeld 1897, Butzbach 1900, Lauterbach 1901 und Büdingen 1906. Sie alle setzten mit gleicher Motivation, wenn auch oft mit unterschiedlichem Ansatz und wechselnden Erfolgen, das fort, was der Oberhessische Geschichtsverein im Jahre 1878 begonnen hatte.

Ich zitiere zum Schluß aus dem Aufsatz von Hermann Otto Vaubel anläßlich des 90. Geburtstags des Vereins: „Wenn heute das alte hessen-darmstädtische Oberhessen, also die Kreise Gießen-Alsfeld-Lauterbach-Büdingen und Friedberg geschichtlich weithin erschlossen ist, wenn seine bedeutenden Geschichtsdenkmäler erhalten und untersucht werden konnten, dann ist das weitaus der Arbeit dieses Vereins ... zu verdanken“.⁹

9 Vaubel, wie Anm. 1, S. 28.

Integration oder Separation durch Geschichte? Die historischen Vereine im Kurfürstentum Hessen des 19. Jahrhunderts

Sylvia Kesper-Biermann

Im Sommer 1834 unternahmen Karl Bernhardi und Johann Heinrich Christian Schubart, beide Bibliothekare an der kurhessischen Landesbibliothek in Kassel, gemeinsam mit dem späteren Archivar Johann Georg Landau einen Ausflug nach Zierenberg.¹ „Inmitten der in aller Schönheit des Sommers prangenden hessischen Berg- und Waldlandschaft, umgeben von den Höhen, von denen die Trümmer einst stolzer Burgen [...] und des hochragenden Thurms des vormaligen Benedictinerklosters Hasungen als Zeugen der Vergangenheit hernieder schauen“,² faßten sie den Entschluß einen Verein ins Leben zu rufen, der sich mit der Geschichte ihres Heimatlandes, des Kurfürstentums Hessen, beschäftigen sollte. Die drei Wanderer verständigten sich zunächst mit dem Vorgesetzten von Bernhardi und Schubart, dem Direktor des Staatsarchivs und der Landesbibliothek, Christoph von Rommel.³ Er unterstützte ihre Pläne und verfaßte mit ihnen zusammen eine Einladung. Am 29. Dezember 1834 fand dann im Altstädter Rathaus von Kassel die Gründungsversammlung des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ statt.

Die Entstehung des Vereins, seine Struktur und Entwicklung im 19. Jahrhundert stehen im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Dabei soll die Vereinsgeschichte nicht isoliert betrachtet, sondern in zweifacher Hinsicht in einen größeren Zusammenhang gestellt werden. Zum einen dienen Vergleiche mit anderen deutschen Geschichtsvereinen dazu, die kurhessische Gründung in das Spektrum der historischen Vereine Deutschlands einzuordnen.⁴ Zum anderen ist die allgemeine

¹ Biographische Informationen bei Albert Duncker: Der Verein für hessische Geschichte und Landeskunde in den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens. 1834-1884. Festschrift zur Feier des fünfzigsten Stiftungstages am 16. August 1884, Kassel 1884, S. 14-24; sowie Wilhelm Niemeyer: Georg Landau (1807-1865)/Archivar und Historiker, in: Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830-1930, hrsg. v. Ingeborg Schnack, Bd. 6, Marburg 1958, S. 177-187; Wolfgang Lautemann: Dietrich Christoph von Rommel (1781-1859)/Historiker und Direktor des Hof- und Staatsarchivs, ebenda, S. 294-309; W. Hopf: Carl Bernhardi (1799-1874)/Bibliothekar und Politiker, ebenda, Bd. 1, Marburg 1939, S. 23-27.

² Duncker, S. 7, nach mündlichen Angaben Schubarts.

³ Biographie ebenda, S. 14-17.

⁴ Zu Geschichtsvereinen in Deutschland allgemein vgl. die neueren Arbeiten von Georg Kunz: Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewußtsein in den deutschen Histo-

(Landes)Geschichte der 1803 zum Kurfürstentum erhobenen Landgrafschaft Hessen-Kassel zu berücksichtigen.⁵ Deren soziale, wirtschaftliche und politische Strukturen beeinflussten Gründung, Ausformung und Tätigkeit des Geschichtsvereins maßgeblich mit. Die leitende Fragestellung, unter der die Kasseler Gründung im Folgenden betrachtet wird, ist die nach dem Verhältnis von historischem Verein und (staatlicher) Integration. Insbesondere ist zu untersuchen, ob und inwieweit der Geschichtsverein zur Stiftung einer kurhessischen Identität beitrug und umgekehrt inwiefern sich Probleme der staatlichen Integration im Verein niederschlugen.⁶

Die Darstellung im einzelnen erfolgt in vier Schritten: Erstens geht es um die Gründung des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ und sein Verhältnis zum kurhessischen Staat. Zweitens werden seine Ziele, Aufgaben und Tätigkeiten untersucht. Der dritte Teil behandelt die Mitglieder und die Organisationsstruktur. In zeitlicher Hinsicht liegt der Schwerpunkt dieser Abschnitte auf dem zweiten Drittel des Jahrhunderts, auf den Jahren der eigenstaatlichen Existenz Kurhessens bis 1866. Die Auswirkungen der preußischen Annexion und ein Ausblick auf die weitere Entwicklung des Vereins im ausgehenden 19. Jahrhundert bilden schließlich viertens den Abschluß. Dort sollen auch die Ergebnisse systematisch zusammengefaßt werden. Die Ausführungen stützen sich vornehmlich auf gedruckte Quellen, insbesondere auf die Publikationen des Vereins.⁷ Da das Vereinsarchiv im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde und die Überlieferung im Staatsarchiv Marburg⁸ größtenteils erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts

rischen Vereinen des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000; Thomas Adam: Rettung der Geschichte - Bewahrung der Natur. Ursprung und Entwicklung der Historischen Vereine und des Umweltschutzes in Deutschland von 1770 bis zur Gegenwart, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 133 (1997), S. 239-277; Geschichtsvereine. Entwicklungslinien und Perspektiven lokaler und regionaler Geschichtsarbeit, Bensberg 1990.

⁵ Dazu jetzt der Überblick von Hellmut Seier: Das Kurfürstentum Hessen 1803-1866, in: Handbuch der hessischen Geschichte, hrsg. v. Walter Heinemeyer, Bd. 4: Hessen im Deutschen Bund und im neuen Deutschen Reich (1806) 1815 bis 1945, Marburg 1998, S. 1-183, mit weiterführender Literatur.

⁶ Allgemein zur Frage von staatlicher Identität und Integration in den deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts Helmut Berding: Staatliche Identität, nationale Integration und politischer Regionalismus, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 121 (1985), S. 371-393, bes. S. 371-378.

⁷ Insbesondere die Periodika: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde (ZHG) 1837 ff.; Hans-Jürgen Kahlfuß (Hrsg.): Periodische Blätter der hessischen Geschichtsvereine 1845-1861, 3Bde., Ndr. Kassel 1994.

⁸ Auskunft über das Vereinsarchiv erteilte freundlicherweise Dr. Hans-Jürgen Kahlfuß, Vorsitzender des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde e.V. Kassel. Im Staatsarchiv (StA) Marburg befinden sich im Bestand 325.16/1 die Akten des Marburger Zweigvereins.

einsetzt, kommt auch der älteren Festschriftenliteratur große Bedeutung zu.⁹

1. Gründung und Verhältnis zum Staat

Die Bestrebungen zur Errichtung eines Vereins, der sich mit der Geschichte des kurhessischen Raumes beschäftigen sollte, reichten weiter als in das Jahr 1834 zurück. Schon in den 1820er Jahren setzte sich Christoph von Rommel mehrfach beim Innenministerium für eine solche Gründung ein und auch der Hanauer Gymnasialdirektor Schuppius regte die „Bildung eines Vereins für Alterthumskunde und Geschichtsforschung in hiesiger Provinz“¹⁰ an. In seinen Eingaben erinnerte Rommel an einen Vorläufer, nämlich die 1777 von Landgraf Friedrich II. ins Leben gerufene „Société de Antiquités“,¹¹ die sich als gelehrte Gesellschaft mit historischen Themen beschäftigt hatte und 1808 aufgelöst worden war. Doch auch der Verweis darauf führte nicht zum gewünschten Erfolg; Regierung und Bürokratie blieben untätig. Erst der eingangs geschilderten Privatinitiative gelang die Errichtung eines historischen Vereins im Kurfürstentum Hessen ohne staatliche Mitwirkung. Er entstand im Rahmen einer „erst[e]n Gründungswelle“ von Geschichtsvereinen in Deutschland, die im allgemeinen auf die 1820er und 1830er Jahre datiert wird.¹² In ihrer Einladungsschrift verwiesen die vier Initiatoren dann auch ausdrücklich darauf, daß in anderen deutschen Staaten schon Vereine ins Leben getreten seien, um die Geschichte einzelner „Gaue“ zu erforschen.¹³ Die Art und Weise, wie der Entschluß zustande kam, vereinigte die „klassischen Gründungsmotive [...] vaterländische Romantik, Mittelalterbegeisterung und die Neuentdeckung der Kunstdenkmäler der engeren Heimat“. Sie lag dementsprechend auch der Entstehung anderer, etwa des Thüringisch-sächsischen Altertumsvereins, zugrunde: Dort hatten drei Naumburger Gymnasiallehrer ein entsprechendes Vorhaben auf einer Wanderung zwischen den Ruinen der Burg Saaleck gefaßt.¹⁴

⁹ Neben Duncker ist Wilhelm Hopf: Hundert Jahre hessischer Geschichtsverein, Marburg 1934, zu nennen.

¹⁰ Schreiben Schuppius' an die Regierung Hanau vom 24.2.1828, StA Marburg, Best. 16, Nr. 2751, Bl. 79 f.; vgl. auch die Schreiben Rommels ebenda, Bl. 7 f. u. 92 f., vom 21.8.1823 u. ohne Datum [August 1828].

¹¹ Dazu Jörg Meidenbauer: Aufklärung und Öffentlichkeit. Studien zu den Anfängen der Vereins- und Meinungsbildung in Hessen-Kassel 1770 bis 1806, Darmstadt/Marburg 1991, S. 113-118; Annett Volmer: Antikerezeption im 18. Jahrhundert. Die Kasseler Altertümerversellschaft, in: Das Altertum 47 (2002), S. 91-107.

¹² Kunz, S. 58.

¹³ Der Text des Schreibens vom 16.8.1834 ist abgedruckt bei Duncker, S. 7 f.

¹⁴ Klaus Pabst: Deutsche Geschichtsvereine vor dem Ersten Weltkrieg, in: Geschichtsvereine, S. 9-32, hier S. 18 (Zitat).

Zur Gründungsversammlung ins Kasseler Rathaus im Dezember 1834 kamen 13 Männer, neben den Initiatoren fast ausschließlich in der Hauptstadt ansässige höhere Beamte.¹⁵ Hochrangigster Teilnehmer der Versammlung war Innen- und Justizminister Ludwig Hassenpflug, der seit seiner Ernennung im Mai 1832 die Regierungsgeschäfte im Kurfürstentum leitete und das politische Geschehen wie das Klima so maßgeblich prägte, daß man seine Amtszeit bis zur Entlassung 1837 als „Ära Hassenpflug“ bezeichnet. Sie gab die politischen Rahmenbedingungen vor, in denen der „Verein für hessische Geschichte und Landeskunde“ entstand.¹⁶

Die Gründung fiel noch in die „Aufbruchstimmung“¹⁷ der ersten Jahre nach der Verfassungsgebung von 1831. Die vorangegangenen 1820er Jahre unter Wilhelm II. galten allgemein als Zeit des Stillstandes und der Repression, auch wenn der Kurfürst auf einzelnen Gebieten Reformen durchgeführt hatte. Mit der Konstitutionalisierung des Kurfürstentums verbanden Öffentlichkeit und Landtag nun gleichermaßen die Erwartung, daß langgehegte Reformpläne endlich umgesetzt wurden. Tatsächlich nahm die Regierung bis zur Mitte der 1830er Jahre in vielen Bereichen Reformvorhaben in Angriff und verabschiedete unter Mitwirkung der Ständeversammlung eine Reihe grundlegender Gesetze, etwa die Gemeindeordnung oder das Israelitengesetz. Daß gerade zu dieser Zeit, in der sich das Vereinsleben auf vielen Ebenen entfaltete, die Gründung eines historischen Vereins erfolgte, überrascht nicht. Der Reformeifer erlahmte aber schon bald und an seine Stelle trat der ständige Konflikt zwischen Staatsregierung und Ständeversammlung, der für den weiteren Verlauf der kurhessischen Geschichte bestimmend bleiben sollte. Eine Ursache dafür lag in den Verfassungsbestimmungen selbst. Die Konstitution von 1831 hatte als Kompromißprodukt vieles im unklaren gelassen, was Fürst, Regierung und Stände in der Folgezeit für sich zu beanspruchen suchten. Die Auseinandersetzungen zwischen dem mehrheitlich liberalen Landtag und der konservativen Regierung erreichten zwar unter Hassenpflug in Form von Ministeranklagen ihren Höhepunkt, blieben aber den gesamten Vormärz über bestehen. Dazu kam, daß der Kurfürst auf die Wahrung seiner eigenen Position nicht nur gegenüber dem Landtag, sondern auch gegenüber Regierung und Bürokratie bedacht war.

¹⁵ Vgl. Duncker, S. 8-11.

¹⁶ Vgl. zum Folgenden Seier, Das Kurfürstentum Hessen, S. 73; vgl. auch Ewald Grothe: Verfassungsgebung und Verfassungskonflikt. Das Kurfürstentum Hessen in der ersten Ära Hassenpflug 1830-1837, Berlin 1996.

¹⁷ Hellmut Seier: Auftakt und erste Krisen des kurhessischen Frühparlamentarismus 1830-1837. Eine Einleitung, in: Akten und Briefe aus den Anfängen der kurhessischen Verfassungszeit 1830-1837, hrsg. u. eingel. v. dems., bearb. v. Ewald Grothe u. Hellmut Seier, Marburg 1992, S. IXX-LXX, hier S. LI.

Die Einladung an Hassenpflug, aber auch an andere hochrangige Persönlichkeiten wie Johann Leonhard Pfaff, Bischof von Fulda, oder des Erbmarschalls von Hessen, August Friedrich Johann Riedesel Freiherr zu Eisenbach, zum Beitritt sollte dem Geschichtsverein vor allem politische Unterstützung sichern und sein öffentliches Ansehen erhöhen. Es handelte sich dabei um ein allgemein übliches Vorgehen, das die meisten Geschichtsvereine des 19. Jahrhunderts anwandten.¹⁸ Sie hatten dabei auch das Ziel vor Augen, finanzielle Unterstützungen aus der Staatskasse oder durch Spenden zu erhalten. Mit einer entsprechenden Bitte wandte sich der Kasseler Verein unmittelbar nach seiner Gründung an das Innenministerium. Hassenpflug als Chef des Departements signalisierte seine generelle Bereitschaft und verhandelte in dieser Frage mit dem Landtag, der im März 1835 eine jährliche Unterstützung von 200 Talern bewilligte.¹⁹

Die regelmäßigen staatlichen Zahlungen sicherten einerseits das Bestehen und die Arbeit des Vereins, andererseits bedeuteten sie aber auch Abhängigkeit vom Wohlwollen der Regierung. Das bekam der Verein in der Reaktionszeit deutlich zu spüren. Nachdem die revolutionären Ereignisse von 1848 den Kurfürsten zunächst zur Einsetzung eines liberalen Ministeriums gezwungen hatten, nahm der Monarch im Februar 1850 einen Kurswechsel vor und berief Ludwig Hassenpflug erneut zum Regierungschef. Unterstützt von einer „kleinen, aber aktiven neuorthodoxen Bewegung lutherischer Prägung“,²⁰ zu deren führenden Köpfen der Theologe und Gymnasiallehrer August Vilmar gehörte, verfolgte der Innen- und Justizminister einen streng reaktionären Kurs, der zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Landtag und schließlich zur Staatskrise führte.²¹ Dem Kurfürsten gelang es nur mithilfe einer Bundesexekution gegen sein eigenes Land, die Opposition zu bezwingen. 1852 oktroyierte er eine Verfassung, die in wichtigen Punkten hinter den Kompromiß von 1831 zurückging und vor allem die Position des Parlaments schwächte - im innerdeutschen Vergleich die „reaktionärste Variante“.²²

Das äußerst angespannte innenpolitische Klima wirkte sich auch auf das während der ersten Amtszeit Hassenpflugs unproblematische Verhältnis zwischen Innenminister und Geschichtsverein aus.²³ 1853 ver-

¹⁸ Vgl. Kunz, S. 64.

¹⁹ Vgl. Duncker, S. 12.

²⁰ Karl Ernst Demandt: Geschichte des Landes Hessen, 2., Neubearb. u. erw. Aufl. Kassel/Basel 1972, S. 557.

²¹ Zur kurhessischen Reaktionszeit: Ulrich von Nathusius: Kurfürst, Regierung und Landtag im Dauerkonflikt. Studien zur Verfassungsgeschichte Kurhessens in der Reaktionszeit (1850-1859), Kassel 1996.

²² Ebenda, S. 327.

²³ Vgl. zum Folgenden Duncker, S. 52-55.

weigerte der Regierungschef dem Verein nämlich den bislang gezahlten staatlichen Zuschuß mit der Begründung, daß er „in seinem Vorstande mit einem der Regierung des Kurstaates feindseligen Werke beschäftigt erscheint“.²⁴ Bei dem angesprochenen Werk handelte es sich um das von Carl Wilhelm Wippermann verfaßte Buch „Kurhessen seit dem Freiheitskriege“,²⁵ das die Amtsführung Hassenpflugs in den 1830er Jahren scharf kritisierte und deshalb nach Ansicht des Ministers „nicht anders als ein Pamphlet betrachtet werden kann, welches dem Kurhause wie der Regierung des Kurstaates nachtheilige Ansichten zu verbreiten bestimmt ist“.²⁶ Der Vereinsvorstand hatte die Mitglieder in seinem Mitteilungsblatt 1850 dazu aufgefordert, Zusätze oder Berichtigungen zu dem Buch mitzuteilen.²⁷ Hassenpflug verlangte deshalb eine öffentliche Distanzierung als Voraussetzung für die Gewährung des Staatszuschusses.

Daß diese Episode den Anlaß zu einer anhaltenden Verstimmung zwischen der kurhessischen Staatsregierung und dem Geschichtsverein bot, zeigt, daß die Ursachen des Konflikts auf einer anderen Ebene lagen: Carl Wilhelm Wippermann war ein ausgewiesener politischer Gegner Hassenpflugs. Er gehörte dem Geschichtsverein nicht nur als einfaches Mitglied an, sondern vertrat die Exklave Schaumburg im Vorstand. Neben ihm waren noch weitere Liberale an herausgehobener Stelle im Verein tätig, zum Beispiel einer der Gründer und ab 1859 dessen Vorsitzender, Karl Bernhardt, oder der Obergerichtsanwalt und langjährige Landtagsabgeordnete Friedrich Nebelthau. Insgesamt scheint in der Vereinsführung eine regierungskritische oder zumindest nicht regierungskonforme Haltung während des Verfassungskampfes vorherrschend gewesen zu sein. Dafür spricht auch, daß sich August Vilmar als politischer Freund und Vertrauter Hassenpflugs in den 1850er Jahren nicht mehr am Vereinsleben beteiligte. Vor der Revolution war er demgegenüber als Verfasser von Zeitschriftenartikeln und als Vorstandsmitglied für Oberhessen aktiv gewesen.²⁸ Dem Versuch Hassenpflugs, den Verein über die finanziellen Mittel zu disziplinieren, widersetzte sich dieser jedoch und kam der Forderung nach öffentlicher Distanzierung von Wippermann nicht nach. Demzufolge mußte er für mehrere Jahre auf eine staatliche Unterstützung verzichten.

Diese Begebenheit macht zwei Punkte deutlich: Sie zeigt zum einen, in welchem Maße Reaktion und Verfassungskampf in Kurhessen das

²⁴ Schreiben vom 31.3.1853, zit. ebenda, S. 53.

²⁵ Carl Wilhelm Wippermann: Kurhessen seit dem Freiheitskriege, Cassel 1850.

²⁶ Schreiben vom 31.3.1853, zit. nach Duncker, S. 52.

²⁷ Vgl. die „Aufforderung“ in: Periodische Blätter der hessischen Geschichtsvereine, Nr. 19 (1850), S. 260.

²⁸ Vgl. Duncker, S. 48.

innenpolitische Klima bis auf die Vereinsebene vergifteten und zu einer Polarisierung der verschiedenen politischen Lager führten. Eine gemeinsame aktive Tätigkeit von Liberalen und Konservativen im Verein schien nicht mehr möglich. Das war im Vormärz anders gewesen: So arbeitete beispielsweise im 1834 gewählten Vorstand in Kassel der Liberale und spätere Paulskirchenabgeordnete Bernhardt mit dem ausgesprochen konservativen Oberappellationsgerichtsrat Wilhelm Bickell²⁹ zusammen. Die unterschiedlichen politischen Positionen der Mitglieder beeinträchtigten die Tätigkeit des kurhessischen Geschichtsvereins nicht; seine Integrationskraft war offensichtlich so groß, daß sie die bestehenden Gegensätze überbrücken konnte.³⁰ Damit gelang es den Gründern zunächst, ein von ihnen formuliertes Ziel, nämlich die Zusammenfassung aller landesgeschichtlichen Bestrebungen und Interessierten, zu erreichen. Im aufgeheizten politischen Klima der 1850er Jahre reichte die integrative Kraft der gemeinsamen historischen Arbeit dann jedoch nicht mehr, um den Zusammenhalt zu gewährleisten. Die Reaktion des Vereins auf den Hassenpflugschen Druck zeigt zum anderen, daß eine pauschale Beurteilung der Geschichtsvereine als durchweg konservativ und rückwärtsgerichtet nicht generell zutreffend ist.³¹ Zwar bleibt festzuhalten, daß die Vereine nicht besonders progressiv oder gar revolutionär waren, doch spielten liberale Personen und Tendenzen in vielen von ihnen eine wichtige Rolle. Das war, wie oben gezeigt, in Kurhessen von Anfang an der Fall, und in der Reaktionszeit verfügten die liberalen Bestrebungen - zumindest im Vorstand - sogar über eine Mehrheit.

Die allgemeine innenpolitische Liberalisierung im Kurfürstentum nach dem Rücktritt Hassenpflugs 1855 trug zur Entspannung des Verhältnisses zwischen der Staatsregierung, insbesondere dem Innenministerium, und dem Geschichtsverein bei. Auch zwischen den Vereinsmitgliedern trat die Politisierung in den Hintergrund. Nach einmaligen Zahlungen von jeweils 100 Talern 1857 und 1859 erhielt der Verein ab 1861 wieder regelmäßig einen Staatszuschuß von 200 Talern jährlich. Zu Beginn der 1860er Jahre gingen Regierung und Landtag aufeinander zu, um gemeinsam eine Reihe von dringenden Reformprojekten in Angriff zu nehmen. Diese Vorhaben blockierte nun jedoch der Kurfürst, der 1862 unfreiwillig und nur auf den äußeren Druck des Deutschen Bundes hin die Verfassung von 1831 wieder in Kraft setzte.

²⁹ Zu seiner Person: Ph. Losch: Wilhelm Bickell (1799-1848)/Kurhessischer Staatsrat und Vorstand des Justizministeriums, in: Lebensbilder, Bd. 1, S. 29-31.

³⁰ So auch Gabriele Dolf-Bonekämper: Die Entdeckung des Mittelalters. Studien zur Geschichte der Denkmalerfassung und des Denkmalschutzes in Hessen-Kassel bzw. Kurhessen im 18. und 19. Jahrhundert, Darmstadt/Marburg 1985, S. 141.

³¹ So auch Kunz, S. 63, in Bezug auf die Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte und den Verein für Thüringische Geschichte und Altertumskunde.

Außenpolitische Faktoren spielten schließlich auch eine entscheidende Rolle dabei, daß das Kurfürstentum im Gefolge des „deutschen Krieges“ von 1866 seine eigenstaatliche Existenz verlor und von Preußen annektiert wurde.

2. Ziele, Aufgaben, Tätigkeit

§ 1 der von der ersten Generalversammlung am 29. Dezember 1834 verabschiedeten Statuten formulierte:³² „Der Zweck des Vereins ist allseitige Erforschung und Darstellung der Geschichte, Topographie und Statistik von Hessen“. Der folgende Paragraph zählte als Arbeitsgebiete im einzelnen auf: „die natürliche Beschaffenheit des Landes und seiner Erzeugnisse; der Ursprung und die Stammverhältnisse der Bewohner, die Sprache nach ihren Mundarten, Sagen, Lieder usw.; die Geschichte des Volkes, der Fürsten, Geschlechter und Ortschaften; die alte Gau- und spätere Gerichtsverfassung; das Kirchenwesen; die Güterverhältnisse; die städtischen Freiheiten, das Zunftwesen und andere Genossenschaften, die Gewerbe und bäuerlichen Verhältnisse und sonstige die Landwirthschaft betreffende Einrichtungen; die Rechtsalterthümer, Gebräuche, Festlichkeiten; die Fortschritte und Leistungen der Wissenschaften und Künste, und Beschreibung von Alterthümern aller Art“. Schließlich wurde noch die Sammlung und Erhaltung von Denkmälern und Urkunden genannt. Wie sich aus dieser Liste ergibt, machte sich der Verein - in den Worten Karl Bernhardis - „die sorgfältige Erforschung der inneren Lebens“ des Vaterlandes zur Aufgabe, um zu erfahren, „zu welchen Zeiten und unter welchen Verhältnissen sich unsere Vorfahren in ihrem täglichen Leben glücklich fühlten, und wann und wie sie in Noth und Bedrängnis gerieten“. ³³ Das Interesse des kurhessischen wie der anderen Geschichtsvereine in Deutschland richtete sich also anders als die auf Politik- und Dynastiegeschichte konzentrierte Fachhistoriographie auf ein breites Spektrum von Themen zur „Erfassung aller geschichtlichen und kulturellen Erscheinungen in ihrer Ganzheit und in ihrem Zusammenwirken“. ³⁴

³² Abgedruckt in: ZHG 1 (1837), S. X-XIV; die folgenden Zitate stammen von dort.

³³ Rede auf der Generalversammlung vom 29.12.1834, abgedruckt ebenda, S. III-VIII, Zitate S. III (Hervorhebung im Original).

³⁴ Niemeyer, S. 185; Erich Maschke: Landesgeschichtsschreibung und Historische Vereine, in: ders.: Städte und Menschen. Beiträge zur Geschichte der Stadt, der Wirtschaft und Gesellschaft 1959-1977, Wiesbaden 1980, S. 515-532, hier S. 530. Vgl. auch, allerdings mit Schwerpunkt auf dem ausgehenden 19. Jahrhundert, Luise Schorn-Schütte: Territorialgeschichte - Provinzialgeschichte - Landesgeschichte - Regionalgeschichte. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Landesgeschichtsschreibung, in: Civitatum Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen. Festschrift Heinz Stoob zum 65. Geburtstag, hrsg. von Helmut Jäger, Franz Petri u. Heinz Quirin, Köln/Wien 1984, S. 390-416, hier S. 394.

Das von den Statuten nur als „Hessen“ bezeichnete Untersuchungsgebiet bezog sich ausschließlich auf das Kurfürstentum in seinen zu diesem Zeitpunkt bestehenden Grenzen.³⁵ Es umfaßte laut § 3 „außer den gesammten jetzigen und ehemaligen kurhessischen Landen, auch die Herrschaften, welche zwar ihren früheren Verhältnissen nach Hessen fremd waren, jedoch gegenwärtig zu Einem Staatsgebiete mit Kurhessen vereinigt sind, so wie auch die Nachbarländer, welche einst mit Hessen oder einem der neuerworbenen Landesteile in enger Verbindung standen“. Es handelte sich also um Nieder- und Oberhessen, das Kerngebiet der ehemaligen Landgrafschaft, sowie um das 1736 an Hessen-Kassel gefallene Fürstentum Hanau und schließlich um das erst auf dem Wiener Kongreß erworbene ehemalige Fürstbistum Fulda. Hinzu kamen noch die Exklaven Schmalkalden und Schaumburg. Was den Untersuchungszeitraum anbelangt, gab es keine zeitliche Beschränkung, „doch betrachtet der Verein die frühere Geschichte des Vaterlandes als seine Hauptaufgabe“ (§ 4).

Nun ist zu fragen, ob und wie der Verein seine bei der Gründung aufgestellten Ziele und Absichten verwirklichte und wie seine Tätigkeit in den über 30 Jahren bis zum Ende der eigenstaatlichen Existenz Kurhessens aussah. Die Aktivitäten der Mitglieder umfaßten eine große Bandbreite innerhalb der als Hauptaufgabe des „rein wissenschaftlichen Vereins“ (§ 3 Statuten) begriffenen historischen Forschung. Der Verein unternahm Ausgrabungen, zum Beispiel 1836/37 an der Wüstung Landsberg im Kreis Wolfhagen; in engem Zusammenhang damit legte er Sammlungen von Funden aus eigenen Grabungen wie aus dem Straßen- und Eisenbahnbau an.³⁶ Darüber hinaus setzte sich der kurhessische Verein dafür ein, Baudenkmäler, beispielsweise Kirchen, Burgruinen oder historische Häuser, zu erhalten. Im Hintergrund stand das für die Gründung vieler Geschichtsvereine maßgebliche Motiv, „aus den Trümmern verfallender Denkmäler und aus dem Moder schwindender Archive alle die Nachrichten über die Thaten und Schicksale ihrer Väter zu retten, welches ein glückliches Ungefähr bis dahin noch erhalten hat“, wie es im Einladungsschreiben von 1834 hieß.³⁷ Angesichts des als rapide empfundenen Wandels der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse wollte man zum

³⁵ Zum „territorialgeschichtliche[n] Selbstverständnis“ auch der anderen hessischen Geschichtsvereine Ulrich Reuling: Der hessische Raum als „Geschichtslandschaft“. Die Entwicklung der historischen Raumvorstellungen im Spiegel der hessischen Atlasunternehmen, in: HessJbLG 34 (1984), S. 163-192, hier S. 166-171.

³⁶ Nähere Einzelheiten bei Hopf, Hundert Jahre, S. XII, XIV f.

³⁷ Zit. nach Duncker, S. 7. Zur „Mentalität der Rettung“ Adam, S. 263-266; Hermann Heimpel: Geschichtsvereine einst und jetzt, in: Hartmut Boockmann u.a.: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland, Göttingen 1972, S. 45-73, hier S. 58.

einen das Alte vor der Zerstörung bewahren, und zum anderen suchte man im Blick auf die Vergangenheit Orientierung, Sicherheit und Kontinuität.³⁸ In diesen Zusammenhang gehört auch das Projekt des Kasseler Vereins, die in Kurhessen vorhandenen Bau- und Kunstdenkmäler zu verzeichnen und zu beschreiben. Der Fuldaer Baumeister Friedrich Lange regte es 1844 zuerst an;³⁹ die Umsetzung erfolgte jedoch erst fast 20 Jahre später unter der maßgeblichen Mitwirkung des Hofbaumeisters Heinrich von Dehn-Rothfelser. In Zusammenarbeit mit dem kurhessischen Architektenverein konnte 1862 die erste Lieferung der „Mittelalterlichen Baudenkmäler in Kurhessen“ erscheinen; bis zum Ende des Kurstaates folgten noch drei weitere. Das Werk erlangte über Kurhessen hinaus Bedeutung, weil es zu den ersten dieser Art in Deutschland gehörte.

Die Ergebnisse ihrer Forschungen stellten die Vereinsmitglieder zum einen in Vorträgen vor, die im Rahmen monatlicher oder vierteljährlicher Zusammenkünfte in Kassel sowie - wenn auch weniger kontinuierlich - in Marburg, Hanau und Fulda stattfanden. Diese blieben jedoch in der Regel ungedruckt und erreichten nur einen kleinen Kreis von Interessierten am jeweiligen Veranstaltungsort. Der weiteren Verbreitung auch über den Kreis der Mitglieder hinaus sollte nach § 20 der Statuten von 1834 die Herausgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift dienen, in der vornehmlich die Mitglieder Beiträge veröffentlichen konnten. 1837 erschien der erste Band der „Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“, der vier zwischen 1835 und 1837 erschienene Hefte zusammenfaßte. Weitere Bände kamen anfangs in drei- bis vierjährigem, seit dem Ende der 1850er Jahre in zwei- bis dreijährigem Abstand heraus. Beiträge, die den Umfang von Aufsätzen übertrafen oder ein anderes Format erforderten, erschienen in unregelmäßigen Abständen als Supplementbände. Bis zum Ende des Kurstaates, erschienen von der Zeitschrift wie den Supplementen jeweils 10 Bände. Die Beiträge zur Zeitschrift geben einen Querschnitt über die inhaltliche Arbeit des Geschichtsvereins.⁴⁰ Die Themen der Aufsätze waren breit gefächert: Neben der politischen Geschichte kamen Rechts-, Wirtschafts-, Kirchen- und Militärhistorie vor. Viele Beiträge bezogen sich auf einzelne Orte, Landesteile oder Bauten. Darüber hinaus enthielt die Zeitschrift biographische Arbeiten und solche zur historischen Sprach- und Ortsnamenforschung sowie zur Volkskunde.

³⁸ Vgl. Kunz, S. 56; Heimpel, S. 57-59; Adam, S. 248 f.

³⁹ Vgl. auch zum Folgenden Hopf, Hundert Jahre, S. XVI f.; Duncker, S. 57 f.

⁴⁰ Vgl. die Übersicht bei Duncker, S. 89 ff. Die Inhaltsverzeichnisse der ZHG seit 1837 sind jetzt auch über die Homepage des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde im Internet unter <http://www.vhghessen.de> abrufbar.

Die Forschungsgebiete des kurhessischen Geschichtsvereins deckten somit praktisch das gesamte in den Statuten von 1834 aufgezählte Spektrum ab und unterschieden sich darin nicht in dem, was andere Vereinigungen dieser Art in Deutschland formulierten und praktizierten.⁴¹ Spezifisch für die Kasseler Gründung war jedoch die vergleichsweise große Bedeutung des schon im Namen zum Ausdruck kommenden, gegenwartsbezogenen Aspekts der Landeskunde, einschließlich Topographie und Statistik.⁴² Auf diesem Gebiet entfaltete man eine rege Vereinstätigkeit. 1844 erschien als dritter Supplementband der Zeitschrift eine „Uebersicht der bisher in Kurhessen beobachteten wildwachsenden und eingebürgerten Pflanzen“ von J. H. Cassebeer und Louis Pfeiffer.⁴³ Darüber hinaus erarbeitete der Verein gemeinsam mit der Oberbaudirektion zwischen 1835 und 1839 eine Karte von Kurhessen für den historischen Gebrauch.⁴⁴ In den 1840er Jahren setzte sich der Vorstand wiederholt bei der Staatsregierung dafür ein, eine statistische Kommission für das Kurfürstentum zu errichten. 1851 trat ein solches Gremium schließlich ins Leben und es bestanden von Anfang an enge Kontakte zum Verein, denn die ersten Veröffentlichungen erschienen als Supplemente der Vereinszeitschrift.⁴⁵ Daß sich die Landeskunde als wichtiges Arbeitsgebiet innerhalb des Geschichtsvereins länger als anderswo behaupten konnte, lag zum einen wohl daran, daß der kurhessische Staat diesen Bereich erst vergleichsweise spät an sich zog und somit dem Verein dieses Feld lange überließ.⁴⁶ Zum anderen spielten die Interessen der führenden Persönlichkeiten in Kassel, nämlich der Vorstandsmitglieder Christoph von Rommel und insbesondere Georg Landau, eine wichtige Rolle.⁴⁷

In zeitlicher Hinsicht dominierten in der Tätigkeit des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ Mittelalter und Frühe Neuzeit. Beiträge und Projekte zur neueren und neuesten Geschichte kamen mit einer Ausnahme nicht vor. Sie betraf die napoleonische Zeit, in der Kurhessen zunächst 1806 von den Franzosen besetzt und im folgenden Jahr dem Königreich Westfalen unter Napoleons Bruder Jérôme einverleibt worden war.⁴⁸ Seine eigenstaatliche Existenz erhielt das Kurfürstentum mit der militärischen Niederlage Frankreichs 1813 zurück.

⁴¹ Vgl. dazu Kunz, S. 59.

⁴² Zu anderen Vereinen Maschke, S. 523.

⁴³ Vgl. Duncker, S. 28.

⁴⁴ Ausführlich dazu Hopf, Hundert Jahre, S. X f.; Duncker, S. 33-35.

⁴⁵ Vgl. Duncker, S. 52, 58.

⁴⁶ Vgl. Heimpel, S. 61.

⁴⁷ Vgl. dazu Niemeyer, S. 186.

⁴⁸ Zum Königreich Westfalen Helmut Berding: Napoleonische Herrschafts- und Gesellschaftspolitik im Königreich Westfalen 1807-1813, Göttingen 1973; Elisabeth Fehrenbach: Verfassungs- und sozialpolitische Reformen und Reformprojekte in Deutschland unter dem Einfluß des napoleonischen Frankreich, in: HZ 228 (1979), S. 288-316.

Zu diesem Thema veröffentlichte Otto Gerland 1865 im 10. Band der Zeitschrift einen „Auszug aus dem letzten Ordrebuche des westphälischen Artillerieregiments von 1813 mit Anmerkungen“.⁴⁹ Schon aus dem Jahresbericht von 1842 geht hervor, daß der Verein Nachrichten über die Zeit des Königreichs Westfalen sammelte und darüber hinaus plante, den Beteiligten an den Aufständen von 1809 gegen die französische „Fremdherrschaft“ ein Denkmal zu setzen.⁵⁰

Daß sich die Arbeitsschwerpunkte der kurhessischen Gründung auf weiter zurückliegende Epochen konzentrierten und die jüngere Vergangenheit sowie die Zeitgeschichte fast völlig ausklammerten, war nicht ungewöhnlich. Denn auch in den Geschichtsvereinen der anderen deutschen Staaten dominierte die Beschäftigung mit dem Mittelalter und dem Altertum, darunter insbesondere die Limesforschung.⁵¹ Die Bewertung dieser Tatsache fällt unterschiedlich aus. Die ältere Forschung sah darin vor allem eine „politische[n] Verharmlosung der Geschichte“.⁵² Die Beschäftigung mit der Vergangenheit sollte von den aktuellen Zuständen ablenken. Das befürchteten schon die liberalen „Kasseler Blätter für Geist und Herz“ 1835 kurz nach der Gründung des kurhessischen Vereins, und zwar insbesondere angesichts der Teilnahme Hassenpflugs an der konstituierenden Sitzung. Sie warnten deshalb davor, daß der Verein „sich in die Vergangenheit so vertieft, dass ihm die Gegenwart ein Uning wird“. „Was uns Noth thut, das ist ein Verein von Vaterlandsfreunden, der [...] die Forschungen benutzte, um die Nutzenanwendung für die Gegenwart daraus zu ziehen“,⁵³ fuhr der Artikel fort. Diese Aufforderung stellen nun jüngere Arbeiten über Geschichtsvereine im 19. Jahrhundert stärker heraus und betonen damit den gegenwartsbezogenen Aspekt der Altertums- und Mittelalterforschung im 19. Jahrhundert: Die Mitglieder hätten die „Kenntnis der Vergangenheit [...] als Grundbedingung tätiger, wenn freilich auch keinesfalls revolutionärer Verbesserung der Gegenwart“ gedeutet, formuliert etwa Adam.⁵⁴

In engem Zusammenhang mit dieser Frage steht die Charakterisierung der staatlichen Einflußnahme auf die Vereinstätigkeit. Grundsätz-

⁴⁹ ZHG 10 (1865), S. 262-289.

⁵⁰ Der Jahresbericht ist gedruckt in ZHG 3 (1843), S. IX-XVI, hier S. XIV. Zu den Erhebungsversuchen von 1809 Seier, Kurfürstentum, S. 29-32.

⁵¹ Vgl. Heimpel, S. 51; zur Limesforschung Arnold Esch: Limesforschung und Geschichtsvereine. Romanismus und Germanismus, Dilettantismus und Facharchäologie in der Bodenforschung des 19. Jahrhunderts, in: Hartmut Boockmann u.a.: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland, Göttingen 1972, S. 163-191.

⁵² So z.B. Heimpel, S. 51.

⁵³ Ausgabe vom 6.1.1835, zit. nach Duncker, S. 12 f.

⁵⁴ So insbesondere Adam, S. 246-248 (Zitat S. 246); Kunz, S. 61.

lich unterstanden die historischen wie alle anderen Vereine der Aufsicht der Behörden und konnten nur innerhalb eines von ihnen gesteckten Rahmens agieren. Dieser war jedoch in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich: In Süddeutschland waren die Geschichtsvereine einer wesentlich stärkeren staatlichen Beeinflussung ausgesetzt als dies im Norden Deutschlands der Fall war. Das galt für Württemberg und insbesondere für Bayern, wo das Innenministerium 1830 die Kreisregierungen dazu aufrief, für ihre Gebiete historische Vereine zu gründen. Hohe Staatsbeamte wie die Regierungspräsidenten spielten in der Folge nicht nur für die Gründung, sondern auch den Fortgang der bayerischen Vereine eine wichtige Rolle; teilweise übernahmen sie selbst den Vorsitz: „Mitgliedschaft und Tätigkeit für den historischen Verein erwartete man vom bayerisch-national eingestellten Staatsbeamten und Diener seines Königs“.⁵⁵ Der Aufruf von 1830 bildete nur einen Teil eines kulturpolitischen Programms von Monarch und Regierung, mithilfe von Geschichte eine „nationalbayerische“ Identität zu stiften. Die Erforschung der bayerischen Vergangenheit und ihre Vermittlung sollten ein Geschichtsbewußtsein schaffen, das vor allem als Mittel zur Integration der zu Beginn des 19. Jahrhunderts erworbenen Gebietsteile diente.⁵⁶

Im Vergleich mit der ausgeprägten staatlichen Instrumentalisierung von Geschichte und Geschichtsvereinen in Bayern war die Einflußnahme der Regierungen auf die Zusammenschlüsse in anderen Staaten vor allem Norddeutschlands nur gering. Das galt prinzipiell ebenfalls für Kurhessen, auch wenn es in der Reaktionszeit durchaus zu Disziplinierungsversuchen kam und die finanziellen Unterstützungen aus der Staatskasse immer als Druckmittel dienen konnten. Vorgaben über die inhaltliche Ausrichtung der Vereinstätigkeit oder eine gezielte Förderung einzelner Forschungsgebiete gab es in Kurhessen nicht. Darüber hinaus betrieben Monarch und Regierung keine aktive Politik, die auf Integration und Identifikation mithilfe der Geschichtsvereine oder Geschichte allgemein abzielte. Das läßt sich auch auf anderen Gebieten, beispielsweise dem Schulunterricht und der Lehrerausbildung, beobachten, die im Programm zur „Hebung des bayerischen Nationalgefühls“ eine zentrale Rolle spielten, während der kurhessische „Staat ohne Staatsidee“ in den Lehranstalten nicht über die Vermittlung als „hessisch“ verstandener Tugenden und Eigenheiten hinausging.⁵⁷

⁵⁵ Manfred Hanisch: Für Fürst und Vaterland. Legitimitätsstiftung in Bayern zwischen Revolution 1848 und deutscher Einheit, München 1991, S. 338; vgl. auch Kunz, S. 66 f.; Pabst, S. 21 f.

⁵⁶ Vgl. dazu (mit Schwerpunkt auf der Zeit nach 1848) Hanisch, zu den Geschichtsvereinen bes. S. 337-350.

⁵⁷ Zu Kurhessen Sylvia Kesper-Biermann: Staat und Schule in Kurhessen 1813-1866, Göttingen 2001, S. 123; zu Bayern Hanisch, S. 326-334.

3. Mitglieder und Organisation

Die Mitgliederentwicklung des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ zwischen 1834 und 1866 verlief in drei Phasen.⁵⁸ Die erste erstreckte sich von der Gründung des Vereins bis zum Beginn der 1840er Jahre. In diesem Zeitraum bewegte sich die Zahl der Mitglieder nach einem deutlichen Anstieg in den ersten drei Jahren des Bestehens relativ konstant um 120 bis 130. Daraufhin setzte eine Periode langsamen, jedoch stetigen Wachstums bis zum Ende der 1850er Jahre ein: 1842 gehörten 145 Personen dem Verein an, um 1850 waren es rund 200 und 1858 dann 250. Dieser Aufwärtstrend setzte sich in der dritten Phase bis 1866 fort und beschleunigte sich deutlich, insbesondere zu Beginn der 1860er Jahre: So nahm der Verein zwischen 1858 und 1864 mehr neue Mitglieder auf als er bis dahin besaß; die Gesamtzahl stieg um mehr als das Doppelte auf 524. Im letzten Jahr des Kurfürstentums gehörten ihm schließlich 576 Männer an. Frauen blieben bis 1882 ausgeschlossen. Im Vergleich mit den anderen Geschichtsvereinen in Deutschland lag der kurhessische wohl im Mittelfeld; als Größenordnung werden 150 bis 300 Personen genannt.⁵⁹ Die bayerischen „Staatsvereine“ können in diesem Zusammenhang nicht als Vergleichsmaßstab dienen, da dort eine Mitgliedschaft für die Beamten aufgrund des offiziellen Charakters mehr oder weniger verpflichtend war. So erklärt es sich, daß beispielsweise im „Historischen Verein für den Oberdonaukreis“ 1833/34 fast 1200 Personen eingeschrieben waren.⁶⁰

Die Mitgliederentwicklung beschäftigte den kurhessischen Vereinsvorstand immer wieder, vor allem zu den Zeiten, in denen die Zahlen stagnierten. Das war zum ersten Mal Ende der 1830er Jahre der Fall. Als Ursache dafür sah man den in den Statuten von 1834 (§ 22) vorgeschriebenen Mitgliedsbeitrag von 2 Talern pro Jahr an. Seine Höhe verhinderte nach Ansicht der Vereinsführung weiteren Kreisen den Zutritt. Um Abhilfe zu schaffen, setzte der Vorstand den Beitrag 1839 auf einen Taler herab und blieb in den folgenden Jahren dabei. Nur wenn es die finanzielle Situation des Vereins erforderte, zog man von den Mitgliedern zeitweise 1,5 Taler ein.⁶¹ Ob sich diese Maßnahme allerdings tatsächlich positiv auf den Mitgliederbestand auswirkte, ist zweifelhaft, da sich zumindest in den unmittelbar darauf folgenden Jahren keine nennenswerten Veränderungen zeigten.

⁵⁸ Zusammengestellt nach den in der ZHG veröffentlichten Zahlen sowie den Angaben bei Duncker, S. 78 f.

⁵⁹ Zahlen bei Kunz, S. 71; Pabst, S. 29.

⁶⁰ Kunz, S. 67.

⁶¹ Vgl. Duncker, S. 48.

Eine andere Ursachenanalyse legte Georg Landau 1852 vor, nachdem die Mitgliederzahlen - wohl auch aufgrund der allgemeinen politischen Situation - seit einigen Jahren unverändert geblieben und im Vorjahr sogar zurückgegangen waren. Da er diese Frage in einem öffentlichen Vortrag thematisierte, nutzte er damit gleichzeitig die Gelegenheit, für den Verein zu werben.⁶² Als einen Grund für den Stillstand in der Mitgliederentwicklung nannte er falsche Vorstellungen über das, was von neuen Vereinsangehörigen erwartet werde. Sie seien lediglich zur Zahlung eines geringen Mitgliedsbeitrages verpflichtet, stellte er fest, mit dem sie aber einen wichtigen Beitrag zur Tätigkeit des Vereins leisteten, indem sie die Herausgabe der Zeitschrift und weiterer Publikationen ermöglichten. „Jede weitere Bethätigung liegt dagegen in der vollen Freiheit der Mitglieder“,⁶³ fuhr er fort. Potenziellen Interessenten wollte Landau so die Furcht vor einer zu großen zeitlichen oder arbeitsmäßigen Belastung nehmen. Weit wichtiger als dieser Punkt war aber der Verweis auf die regionale Zusammensetzung der Mitglieder: Im Berichtsjahr 1852 lebten nur 26 der insgesamt 206 Vereinsangehörigen auf dem Land; die Personen städtischer Herkunft machten demnach über 87 Prozent aus. Das Ergebnis war innerhalb Deutschlands nicht ungewöhnlich, denn die Geschichtsvereine waren zumindest in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überwiegend städtische Erscheinungen.⁶⁴ In Kurhessen dominierte die Residenz Kassel. Sie stellte allein mehr als ein Drittel aller Mitglieder. Gemäß dieser Analyse strebte Landau eine Verbreiterung der Vereinsbasis in räumlicher Hinsicht an. Er wünschte sich eine „lebendige Betheiligung durch das ganze Volk und zu diesem Zwecke eine Verbreitung der Mitglieder durch alle Theile des Landes“.⁶⁵

Zur Beantwortung der Frage, ob sich diese Hoffnung erfüllte und wie sich die räumliche Verteilung der Mitglieder des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ entwickelte, sollen einige Tendenzen aufgezeigt werden. Kassel stellte nicht nur als Gründungs- und Hauptsitz des Vereins einen großen Teil der Mitglieder; dazu kam ihre Funktion als Residenz- und Verwaltungstadt, in der sich darüber hinaus die Landesbibliothek und das hessen-kasselsche Archiv, also der unmittelbare Zugang zu Quellen und Literatur befanden. Daneben stammte ein ansehnlicher Teil der Vereinsangehörigen aus den Provinzialhauptstädten Marburg, Hanau und Fulda sowie der Stadt Rinteln in der Exklave Schaumburg. Diese Orte fungierten als Standorte der Provinzialverwaltung, von Gerichten und höheren Lehranstalten. Daß

⁶² Vgl. auch zum Folgenden ebenda, S. 50 f.

⁶³ Zit. ebenda, S. 51.

⁶⁴ Vgl. Kunz, S. 68; Maschke, S. 521.

⁶⁵ Zit. nach Duncker, S. 51.

gerade sie Schwerpunkte bildeten, hing eng mit der sozialen Herkunft der Mitglieder zusammen. Generell läßt sich feststellen: „Die wirtschaftliche und soziale Struktur eines Raumes bestimmte auch die Zusammensetzung des Vereins [...], wobei der Struktur des Vereinssitzes besondere Bedeutung zukam“.⁶⁶ So überwogen in Vereinen mit Sitz in einer Residenz in den Anfangsjahren überall in Deutschland die Beamten.⁶⁷ Das galt auch für Kurhessen: Der überwiegende Teil der Mitglieder - ein halbes Jahr nach der Vereinsgründung beispielsweise knapp zwei Drittel⁶⁸ - war nämlich im Staatsdienst tätig, viele als Verwaltungsbeamte, Richter oder Hochschul- und Gymnasiallehrer. Ferner gehörten Geistliche beider Konfessionen dem Verein an sowie wenige Freiberufler und sonstige Honoratioren, etwa Bürgermeister. Offiziere und Ärzte scheinen in der kurhessischen Gründung im Gegensatz zu anderen Vereinen in Deutschland keine nennenswerte Rolle gespielt zu haben.⁶⁹ Angesichts der Berufsverteilung läßt sich der „Verein für hessische Geschichte und Landeskunde“ wie die meisten anderen in Deutschland als bürgerlich, genauer bildungsbürgerlich charakterisieren, denn die Mehrzahl der Mitglieder hatte eine akademische Ausbildung absolviert.⁷⁰ Daneben waren einige wenige Adelige vertreten, das gewerbetreibende (Klein)bürgertum dagegen kaum, die ländlichen wie städtischen Unterschichten fehlten ganz. Die hohe soziale Exklusivität des Geschichtsvereins zumindest in seinen Anfangsjahren fällt besonders ins Auge, wenn man bedenkt, daß es sich beim Kurfürstentum Hessen im 19. Jahrhundert im innerdeutschen Vergleich um ein wenig verstädtertes, vornehmlich agrarisch geprägtes und von der Massenarmut, dem Pauperismus, besonders betroffenes Land handelte.⁷¹

Es ist zu vermuten, daß der starke Mitgliederzuwachs zu Beginn der 1860er Jahre auch auf eine Verbreiterung der sozialen wie räumlichen Basis zurückzuführen ist. Wie aus Untersuchungen über andere Geschichtsvereine in Deutschland hervorgeht, erfolgte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine Zunahme der Mitglieder durch die Einbeziehung weiterer Bevölkerungskreise, etwa dem verstärkten Beitritt von Kleinbürgern, Handwerkern und Händlern.⁷² In diesem Zusammenhang

⁶⁶ Maschke, S. 517.

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 518.

⁶⁸ Vgl. Dolff-Bonekämper, S. 141.

⁶⁹ Vgl. dazu Heimpel, S. 49; Pabst, S. 28.

⁷⁰ Vgl. allgemein Maschke, S. 519. Danach betrug der Akademikeranteil im Historischen Verein für Württembergisch Franken 1877 rund drei Viertel (76%).

⁷¹ Dazu Martin Kukowski: Pauperismus in Kurhessen. Ein Beitrag zu Entstehung und Entwicklung der Massenarmut in Deutschland 1815-1855, Darmstadt/Marburg 1995; Susanne Grindel: Armenpolitik und Staatlichkeit. Das öffentliche Armenwesen im Kurfürstentum Hessen (1803-1866), Darmstadt/Marburg 2000.

⁷² Vgl. dazu Maschke, S. 519-521.

spielten wohl auch die verbesserten Verkehrs- und Kommunikationsbedingungen eine Rolle, die das Zusammenwirken auch über größere Entfernungen hinweg möglich machten. Zudem nahm das Vereinswesen in Kurhessen insgesamt nach der Reaktionszeit einen Aufschwung. Die Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Vereinstätigkeit, wie sie im allgemeinen für die 1860er Jahre in Deutschland festgestellt wird,⁷³ dürfte dagegen für den kurhessischen Verein nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein. Dort waren von Anfang an Fachleute - als solche wird man beispielsweise die vier Gründer ansehen müssen - maßgeblich an der Vorstandsarbeit beteiligt. Am Standort der Landesuniversität in Marburg machten die Professoren einen großen Teil der Mitglieder aus; 1840/41 beispielsweise verfügten 15 der 25 Vereinsangehörigen über einen Professorentitel.⁷⁴ Der Ordinarius für Geschichte, Friedrich Rehm, war seit der Gründung dabei.

Die Gesamtzahl der Mitglieder sagt nichts darüber aus, wie viele von ihnen sich an der Arbeit des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ aktiv beteiligten. Wie Landau in seiner Analyse der Mitgliedersituation 1852 ausführte, verpflichtete der Beitritt lediglich zur Zahlung des jährlichen Beitrages. Die Mehrheit der Vereinsangehörigen beließ es tatsächlich dabei und trat nicht weiter in Erscheinung. Das war auch in anderen Vereinen die Regel.⁷⁵ Schlüsselt man die 185 Beiträge in der älteren Folge der Vereinszeitschrift bis 1866 nach Autoren auf, treten insgesamt 48 Personen als Verfasser in Erscheinung. 31 von ihnen, also fast zwei Drittel, haben je nur einen oder zwei Aufsätze beige-steuert. Am anderen Ende der Skala stehen die Gründer Bernhardt und Rommel sowie Falckenheiner und Schlereth mit acht bis zehn Beiträgen. Eine Ausnahme-position nahm Georg Landau ein. Aus seiner Feder stammten allein 56 Aufsätze und Miscellen, das entspricht einem Anteil von gut 30 Prozent.

Landau, die „Seele des Vereins“, spielte auch für viele andere Aktivitäten als Initiator und treibende Kraft eine zentrale Rolle. So rief er als Mittel zur Kommunikation der Mitglieder untereinander und zur Information über Vereinsinterna sogenannte „Periodische Blätter“ ins Leben. Sie erschienen 1845 erstmalig in vier Heften.⁷⁶ Ab dem folgenden Jahr wurden sie gemeinsam mit dem Geschichtsverein des Großherzogtums Hessen-Darmstadt herausgegeben, um die von beiden Vereinen verabredete engere Zusammenarbeit zu unterstützen. Zu Beginn der 1850er Jahre traten mit dem „Verein zur Erforschung der rheinischen Geschichte und Alterthümer“ in Mainz sowie den historischen

⁷³ Vgl. Pabst, S. 23 f.; Kunz, S. 70.

⁷⁴ Vgl. das Mitgliederverzeichnis von 1840/41, StA Marburg, Best. 325.16/1, Nr. 1.

⁷⁵ Vgl. Maschke, S. 521, 523 f., zum Verein für Württembergisch Franken.

⁷⁶ Vgl. Duncker, S. 36 f.; zur weiteren Entwicklung ebenda, S. 39 f., 59.

Vereinen von Nassau und Frankfurt drei weitere den „Periodischen Blättern“ bei, so daß es auf dieser Ebene zu einer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gründungen der hessischen Region kam. Sie dauerte allerdings nur einige Jahre, denn 1857 trat zunächst der Mainzer, dann nach und nach die anderen, zuletzt der Darmstädter Verein 1861, aus dem Verbund aus. Daraufhin gab der Vorstand in Kassel wieder eigene „Mittheilungen“ mit Vereinsnachrichten und Literaturübersichten zur hessischen Geschichte heraus.

Daß die Zusammenarbeit der historischen Vereine des hessischen Raumes schon so schnell wieder aufhörte, lag wohl unter anderem daran, daß sich inzwischen eine nationale Dachorganisation gebildet hatte.⁷⁷ Nachdem einige vorangegangene Versuche zur Bildung eines entsprechenden Zusammenschlusses gescheitert waren, wurde 1852 in Dresden und Mainz der „Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Alterthumsvereine“ gegründet. Auch hieran hatte der Kasseler Georg Landau einigen Anteil; so verfaßte er einen Entwurf für die Statuten und vertrat den kurhessischen Geschichtsverein über viele Jahre auf den Generalversammlungen des Dachverbandes. Dieser gab ebenfalls ein „Correspondenzblatt“ für die Mitglieder heraus, an dem Landau mitarbeitete und das eine spezielle Zusammenarbeit der hessischen Vereine langfristig überflüssig machte.⁷⁸

Die für die regionale Herkunft der Mitglieder festgestellte Konzentration des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ auf die Haupt- und Residenzstadt Kassel schlug sich zumindest in den Anfangsjahren auch in der Organisationsstruktur nieder, welche die Statuten von 1834 festlegten. Danach stand ein jährlich zu wählender sogenannter „Ausschuß“ von zehn Mitgliedern dem Verein vor (§ 8). Fünf von ihnen, der Vorsitzende, sein Stellvertreter, der Sekretär mit Stellvertreter und der Kassenführer, sollten ihren Sitz in Kassel haben und den „Hauptvereinigungspunkt“ bilden sowie die Leitung der laufenden Geschäfte übernehmen. „Die übrigen fünf wohnen in Oberhessen, Fulda, Hanau, Schmalkalden und Schaumburg, und werden von den Mitgliedern gewählt, welche in den betreffenden Bezirken wohnen; sie werden zu allen Sitzungen eingeladen, ohne jedoch die Verpflichtung zu haben, denselben beizuwohnen“, heißt es weiter in § 8. Bei wichtigen Angelegenheiten forderte sie der Kasseler Vorstand zu einer schriftlichen Stellungnahme auf (§ 16). In seiner inneren Organisation orientierte sich der Geschichtsverein damit an der 1821 geschaffenen Verwaltungsgliederung des Kurfürstentums, welche ihrerseits wie-

⁷⁷ Zum Folgenden ebenda, S. 40-47.

⁷⁸ Zur Geschichte des Gesamtvereins und der Rolle Landaus Willy Hoppe: Einhundert Jahre Gesamtverein, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 89 (1952), S. 1-38, hier S. 1-13.

derum die Gebietseinteilung in die vier Provinzen Nieder- und Oberhessen, Hanau und Fulda anhand der alten Landesteile vorgenommen hatte. Die Exklaven Schaumburg und Schmalkalden waren aus praktischen Gründen im Verein von Anfang an selbständige Einheiten; die innere Verwaltung Kurhessens vollzog diesen Schritt erst 1851 mit der Bildung von Regierungskommissionen.⁷⁹

Obwohl der Mittelpunkt des Vereins und die Führung seiner Geschäfte in der Residenz lagen, kann man ihn nicht als rein zentralistisch charakterisieren. Denn die Statuten sahen eine eigenständige Organisation der regionalen Abteilungen unter ihren jeweiligen Vorsitzenden, die den „Vereinigungspunkt für ihren Bezirk“ bilden sollten (§ 11), vor. Es dauerte zwar zunächst einige Zeit, bis überall Vorstandsmitglieder gewählt waren,⁸⁰ dann entfaltete sich jedoch bald eine rege Tätigkeit in den einzelnen Abteilungen. Vorreiter dieser Entwicklung war die Universitätsstadt Marburg, wo zuerst Geschichtsprofessor Friedrich Rehm und bald darauf Gymnasialdirektor August Vilmar den Vorsitz übernahmen. Die Abteilung gab sich schon 1839 eine eigene Geschäftsordnung, die unter anderem vierteljährliche Zusammenkünfte zu Vorträgen und die Erhebung eines eigenen Beitrags vorsah.⁸¹ Kassel folgte diesem Beispiel und hielt ab 1841 monatliche Zusammenkünfte ab. In Hanau setzten zwei Jahre später zunächst unregelmäßige Treffen ein; 1844 bildete sich daraus der „Hanauer Bezirksverein für hessische Geschichte und Landeskunde“ mit eigenen Statuten, Versammlungen und Mitgliedsbeiträgen. Lediglich in Fulda dauerte es bis zum Revolutionsjahr 1848, bis auch dort eigene Aktivitäten, vornehmlich in Form von Vorträgen, stattfanden. In den kleinen und vom Mutterland räumlich getrennten Exklaven etablierten sich nur in Rinteln ab 1853 eigene Versammlungen.⁸² Eine Maßnahme, um die Konzentration auf Kassel zu mildern und das Interesse am Geschichtsverein auch in anderen Ge-

⁷⁹ Zur Verwaltungsreform von 1821 Winfried Speitkamp: *Restauration als Transformation. Untersuchungen zur kurhessischen Verfassungsgeschichte 1813-1830*, Darmstadt/Marburg 1986, S. 495-505; Reinhard Wulfmeyer: *Die Einführung der Bezirksräte und die Umbildung der inneren Landesverwaltung in Kurhessen 1821-1848*, in: *HessJbLG* 21 (1971), S. 169-183; zu 1851 „Verordnung, die Umbildung der inneren Landesverwaltung betreffend“, vom 7.7.1851, in: *Sammlung von Gesetzen, Verordnungen, Ausschreiben und sonstigen allgemeinen Verfügungen für die kurhessischen Staaten*, Bd. 12, 1851, Nr. XIII, S. 27-31.

⁸⁰ Vgl. zu den Namen im einzelnen Duncker, S. 26.

⁸¹ „Geschäfts-Ordnung für die Oberhessische Abtheilung des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ vom 23.12.1839, in: *ZHG* 1 (1839), S. XXIII f., bes. §§ 1 u. 3.

⁸² Vgl. die Jahresberichte von 1841, in: *ZHG* 3 (1843), S. I-VII, hier S. III, 1843 und 1844, in: *ZHG* 4 (1847), S. I-IX, hier S. VII; S. XI-XXII, hier S. XIX. Die Statuten des Hanauer Bezirksvereins sind abgedruckt ebenda, S. XXVI-XXVIII. Zu Fulda und Rinteln Duncker, S. 47 f.

bieten des Kurfürstentums zu wecken, ergriff der Vorstand in den 1860er Jahren. Die Generalversammlungen fanden nun nicht mehr wie bisher regelmäßig in Kassel, sondern an wechselnden Orten statt, zunächst 1863 in Marburg, 1864 in Rotenburg an der Fulda, 1865 in Fritzlar und 1866 wieder in Kassel. Der Vereinsbiograph Albert Duncker führt den zeitgleichen starken Mitgliederzuwachs unter anderem auf die Wanderversammlungen zurück.⁸³

Die Organisationsstruktur des kurhessischen Geschichtsvereins wies eine Reihe von Vorzügen auf. So ermöglichte sie ein intensives und kontinuierliches Vereinsleben - in wissenschaftlicher wie geselliger Hinsicht -, das weit über die jährliche Generalversammlung und Beiträge zur Zeitschrift hinausging. Man trug damit nicht nur praktischen Gründen Rechnung, die es schwierig machten, sich öfter als einmal pro Jahr landesweit zu treffen. Vielmehr boten die regionalen Treffen einen Rahmen dafür, sich mit der Vergangenheit der näheren Umgebung oder Region eingehender zu beschäftigen. Gerade im Falle Hanau und Fuldas konnte so die eigene, „von der hessischen ganz verschiedene [...] Geschichte“⁸⁴ thematisiert werden. Dieser Punkt macht jedoch gleichzeitig deutlich, daß das kurhessische Modell auch Gefahren in sich barg, und zwar insbesondere die der Auseinanderentwicklung der verschiedenen Vereinstteile. Der Blick in die Geschichte lenkte nämlich das Augenmerk eher auf das Trennende als auf das Gemeinsame. Im Geschichtsverein spiegelte sich damit ein grundlegendes Strukturproblem des kurhessischen Staates: Die Integration von Hanau und Fulda in den Gesamtstaat gelang nämlich nicht. Neben Unterschieden in der Tradition und Mentalität belasteten hauptsächlich wirtschaftliche Gegensätze das Verhältnis zwischen Hanau und Kassel.⁸⁵ Hanau hatte eine andere Währung, war industriell wesentlich fortgeschrittener als das agrarisch-kleingewerblich geprägte Althessen, verfügte über eine andere Sozialstruktur und orientierte sich darüber hinaus nicht nach Norden, sondern am Rhein-Main-Raum. Das problematische Verhältnis zeigte sich unter anderem daran, daß es während der Revolution von 1848 Separationsbestrebungen gab. Fulda fühlte sich schon aufgrund der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche als „Fremdkörper“⁸⁶ in dem

⁸³ Vgl. Duncker, S. 63 f.

⁸⁴ Reinhard Suchier: Geschichte des Vereins, in: Festschrift des Hanauer Geschichtsvereins zu seiner fünfzigjährigen Jubelfeier am 27. August 1894, Hanau 1894, S. 1-6, hier S. 1.

⁸⁵ Vgl. auch zum Folgenden Hellmut Seier: Hanau und Kurhessen im Spiegel des Vormärz und seines Geschichtsbewußtseins. Festvortrag zur Jubiläumsfeier des Hanauer Geschichtsvereins am 18. September 1994, in: Neues Magazin für hanauische Geschichte 1995, S. 16-26, bes. S. 17-19.

⁸⁶ Karl Schäfer: Die wirtschaftliche Entwicklung des Hochstifts Fulda unter Kurhessen, in: HessJbLG 2 (1952), S. 134-170, hier S. 166; vgl. zu den Integrationsproblemen auch Uwe Zuber: Staat und Kirche im Wandel. Fulda von 1752 bis 1830, Darm-

überwiegend protestantischen Kurfürstentum. Dazu kam eine schwierige Wirtschaftslage, die viele in der Provinz der hessischen Regierung anlasteten. Schließlich verstärkte die Entscheidung über die Streckenführung der 1852 fertiggestellten Nord-Süd-Eisenbahnlinie den Eindruck, von Kassel vernachlässigt zu werden. Die Linie führte nämlich von Kassel über Marburg und Gießen nach Frankfurt und folgte damit nicht der alten Handelsstraße über Fulda.⁸⁷ Kurfürst und Staatsregierung taten darüber hinaus nichts, um die innerstaatliche Integration zu fördern, und so blieb zwischen Hanau, Fulda und Kassel bis zum Ende des Kurfürstentums ein „fortwährender Spannungszustand“⁸⁸ bestehen.

Diese Problematik beschäftigte auch den „Verein für hessische Geschichte und Landeskunde“ von Anfang an. Schon auf der Gründungsversammlung hielt das Protokoll fest, „daß der Ausschuß Sorge tragen möge, Separationen der einzelnen Landestheile in Beziehung auf diesen Verein und dessen Arbeiten möglichst zu verhindern“.⁸⁹ Anlaß dazu war die schriftliche Mitteilung des Hanauer Straßenbauingenieurs Karl Arnd über seinen Plan, eine eigene Zeitschrift für die Geschichte und Topographie seiner Provinz herauszubringen. Die Verwirklichung dieses Vorhabens gelang allerdings nur mit einem einzigen Band im Jahr 1839. Erst 21 Jahre später setzte mit den „Mitteilungen des Hanauer Bezirksvereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ eine dauerhafte eigenständige Publikationstätigkeit ein, wenn sie zunächst auch unregelmäßig blieb. Diesem Schritt vorausgegangen war eine Änderung der Hanauer Statuten, die seit 1855 die Aufnahme sogenannter „außerordentlicher Mitglieder“ erlaubte. Sie gehörten nur dem Bezirksverein an und standen in keinerlei Verbindung mehr zur Kasseler Zentrale. Damit nahm Hanau eine zwiespältige, aber darin auch charakteristische Haltung ein: Es ging einerseits eigene Wege und nahm eigene Mitglieder auf, blieb jedoch andererseits Teil des kurhessischen Vereins, indem der Vorsitzende ihm weiterhin angehörte und im Vorstand vertreten war.

4. Ausblick und Schlußbemerkung

1866 endete die eigenstaatliche Existenz des Kurfürstentums Hessen. Es wurde zusammen mit dem ehemaligen Herzogtum Nassau und der freien Stadt Frankfurt a. M. als Provinz Hessen-Nassau in den

stadt/Marburg 1993, S. 242-245.

⁸⁷ Zum Eisenbahnbau Ludwig Brake: Die ersten Eisenbahnen in Hessen. Eisenbahnpolitik und Eisenbahnbau in Frankfurt, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau bis 1866, Wiesbaden 1991.

⁸⁸ Seier, Hanau und Kurhessen, S. 25.

⁸⁹ Zit. nach Duncker, S. 11.

preußischen Staat eingegliedert.⁹⁰ Mit dieser neuen Situation mußte sich auch der „Verein für hessische Geschichte und Landeskunde“ auseinandersetzen. Das Staatswesen, das bislang den Rahmen für seine Tätigkeit gebildet hatte, bestand nun nicht mehr. Für das Vereinsleben, seine Organisation und Tätigkeit hatte dieser Einschnitt allerdings zunächst keine Konsequenzen. Vorträge und Versammlungen liefen weiter wie bisher, auch die Zeitschrift erschien - allerdings ab dem Band von 1867 gezählt als „Neue Folge“ - ohne Unterbrechung. Aufgaben und Ziele des Vereins blieben unverändert auf den territorialen Rahmen des Kurfürstentums ausgerichtet.⁹¹ So stellten die Mitglieder auf der Jahresversammlung in Hanau am 2. Oktober 1866 fest, „daß so wenig für den Gesamtverein wie für den diesseitigen Bezirksverein eine Veranlassung vorliege, die bisherigen Bestrebungen zu unterlassen oder wesentlich zu ändern; daß vielmehr gerade die eingetretenen Veränderungen Jeden, welcher ein Herz für die angestammte Heimath habe, auffordern müßten, mit inniger Liebe und Hingebung die Vergangenheit derselben zu beleuchten und lebendig für Gegenwart und Zukunft zu gestalten“.⁹² Der Untergang des Staates führte also gerade zu einer stärkeren Betonung der gemeinsamen Vergangenheit, da sie als einigendes Band der ehemaligen Kurhessen im neuen, wesentlich größeren Staatsverband dienen konnte. Das stellte auch der Vorsitzende der Fuldaer Abteilung, Gegenbaur, 1866 fest: „Gerade dieser Reichthum geschichtlicher Erinnerungen wird uns auch in den neuen politischen Lebenskreisen das theuere Erbtheil unserer Vorfahren bleiben und uns den Charakter unseres Volksstammes bewahren. Wir werden, ohne dabei den Sinn für das Ganze zu verlieren, um so mehr bedacht sein müssen, diese berechtigten Eigenthümlichkeiten zu wahren, als die Schwingungen des Staatslebens, dem wir von nun an angehören, in viel größeren Radien sich vollziehen“.⁹³ Anstelle der Eigenheiten, auch der unterschiedlichen historischen Traditionen der einzelnen Landesteile betonte man angesichts der neuen politischen Situation nun zunächst die Gemeinsamkeiten aller Kurhessen innerhalb des Geschichtsvereins wie außerhalb. Letzteres schlug sich unter anderem darin nieder, daß man sich gegen eine Aufteilung des ehemaligen Kurstaates auf verschiedene preußische Provinzen wehrte.⁹⁴

⁹⁰ Dazu jetzt ausführlich Thomas Klein: Preußische Provinz Hessen-Nassau 1866-1944/45, in: Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 4, S. 213-419, bes. S. 216-228.

⁹¹ Vgl. Reuling, S. 170.

⁹² Bericht über die Jahresversammlung in: Mitteilungen an die Mitglieder des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 24 (1867), S. 7.

⁹³ Bericht über die Jahresversammlung am 27.11.1866, ebenda, S. 9.

⁹⁴ Dazu Klein, S. 219.

Preußen erkannte die Risiken und Chancen dieser Haltung für die Integration der 1866 annektierten Gebiete in den eigenen Staat.⁹⁵ Man begriff sie als einen langfristigen Prozeß, bei dem Berlin Rücksicht auf die historischen Eigenheiten und Eigentümlichkeiten nahm. Das galt insbesondere für die Provinz Hessen-Nassau.⁹⁶ Zwar wurden einerseits im „Diktaturjahr“ 1867 Vereinheitlichungen auf den Gebieten der Finanzen, der Justiz und des Militärs vorgenommen, doch beließ man andererseits traditionelle Unterschiede zwischen Kurhessen und Nassau, beispielsweise im Volksschulwesen, und verzichtete zunächst auf eine Vereinheitlichung der inneren Verwaltung und der (evangelischen) Kirchenorganisation analog zu der in den anderen preußischen Provinzen. Insgesamt handelte es sich um eine „Integration des Augenmaßes und des langen Atems, die sich über dreißig Jahre hinzog [...] und ein im ganzen problemloses Hineinwachsen der Kurhessen und Nassauer in den Preußischen Staat ermöglichte“.⁹⁷

Die allgemeine Entwicklung spiegelte sich auch im Verhältnis des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ zu Preußen wieder. Die Politik Berlins trug maßgeblich dazu bei, daß die Beschäftigung mit der kurhessischen Vergangenheit keine Stoßrichtung gegen den preußischen Staat entwickelte: So erhielt der Geschichtsverein die bislang aus der Staatskasse des Kurfürstentums bezahlte jährliche Unterstützung von 200 Talern weiter. Wichtiger noch als diese Maßnahme war die Einbindung des Vereins in das vom preußischen Oberpräsidenten Eduard von Möller initiierte Projekt zur Inventarisierung der Baudenkmäler des Regierungsbezirks Kassel.⁹⁸ Er ließ schon 1866 auf der Basis von Auskünften der Landratsämter ein solches Verzeichnis anlegen. Seine Überarbeitung und Vervollständigung legte Möller in die Hände des Vereins, der entsprechende Vorarbeiten vorzuweisen hatte. Dieser übergab dem Bearbeiter und Herausgeber der „Mittelalterlichen Baudenkmäler in Kurhessen“, Baurat Heinrich von Dehn-Rothfelser, gemeinsam mit dem Architekten Wilhelm Lotz die Aufgabe. Die Arbeiten wurden 1870 abgeschlossen und das Ergebnis unter dem Titel „Die Baudenkmäler im Regierungsbezirk Kassel“ publiziert. Da es sich um das erste moderne Inventarisationswerk in Deutschland handelte, war es von überregionaler Bedeutung und brachte dem als

⁹⁵ Zu den allgemeinen Grundsätzen der preußischen Integrationspolitik Oswald Hauser: Grundsätze preußischer Integrationspolitik, in: Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, hrsg. v. Peter Baumgart, Köln/Wien 1984, S. 475-486.

⁹⁶ Dazu im einzelnen Klein, S. 225-228.

⁹⁷ Ebenda, S. 257.

⁹⁸ Dazu Duncker, S. 61 f.; Winfried Speitkamp: Die Verwaltung der Geschichte. Denkmalpflege und Staat in Deutschland 1871-1933, Göttingen 1996, S. 202.

Herausgeber fungierenden Verein „reiche Anerkennung“.⁹⁹ Der Erfolg legte die Grundlage für ein positives Verhältnis des Kasseler Vereins zum preußischen Staat. Denn dieser hatte im konkreten Fall nicht nur den Bearbeitern ein Honorar gezahlt und sämtliche Druckkosten übernommen, sondern schon allein durch die Beauftragung des Vereins mit dem Projekt seine Anerkennung von dessen Tätigkeit bezeugt. Eine solche Form von materieller wie ideeller Unterstützung durch die Behörden kannten die Mitglieder aus kurhessischer Zeit nicht.

Auf die innere Entwicklung des Vereins im ausgehenden 19. Jahrhundert wirkten sich die Veränderungen von 1866 jedoch zunächst negativ aus: Die zu Beginn der 1860er Jahre stark gestiegenen Mitgliederzahlen blieben bis 1871 praktisch unverändert, gingen teilweise sogar leicht zurück. Die Ursache dafür lag vornehmlich darin, daß die den Verein maßgeblich tragenden Beamten nun preußenweit versetzt wurden und viele mit dem Weggang aus dem Regierungsbezirk Kassel auch den Verein verließen. Nach der Reichsgründung stiegen die Mitgliederzahlen dann wieder deutlich, und zwar um mehr als das Doppelte in den dreizehn Jahren zwischen 1871 und 1884.¹⁰⁰ Mit einem Bestand von 1250 Personen im letztgenannten Jahr entwickelte sich der „Verein für hessische Geschichte und Landeskunde“ zu einem der größten in Deutschland.¹⁰¹ In seiner Organisation reagierte der Kasseler Geschichtsverein mit einiger Verzögerung auf die politischen Veränderungen. Die an der inzwischen abgeschafften kurhessischen Verwaltungseinteilung orientierte Gliederung in Abteilungen wurde 1876 zugunsten eines Systems von Filialvereinen aufgehoben. Nun konnten die Mitglieder überall einen „Zweigverein mit besonderer Verwaltung“ errichten. Diese mußten allerdings von der Jahreshauptversammlung anerkannt werden. Neben Hanau und Marburg unternahm in den Folgejahren nur Rinteln 1879 diesen Schritt. Für die weitere Geschichte des Vereins erlangte diese Bestimmung dann jedoch große Bedeutung, da sich an fast allen größeren Orten Zweigvereine bildeten.

Das Jahr 1876 brachte noch weitere Neuerungen, die alle im Rahmen einer Revision der Statuten von 1834 erfolgten.¹⁰² Der Verein reagierte damit nicht nur auf aktuelle Entwicklungen, sondern auch auf schon länger bestehende Strukturprobleme, namentlich die Vorrangstellung Kassels gegenüber den anderen Abteilungen. Dementsprechend war die Initiative zur Reform vom Hanauer Bezirksverein mit der Zielrichtung ausgegangen, die Mitsprache der außerhalb

⁹⁹ Hopf, S. XVIII.

¹⁰⁰ Dazu Duncker, S. 50, 65, 78 f.

¹⁰¹ Vgl. Kunz, S. 71.

¹⁰² Dazu Duncker, S. 67-69.

Kassels liegenden Vereinsteile zu erweitern. Man beschloß, den Vorstand von zehn auf 13 Personen zu vergrößern. Sechs von ihnen wohnten weiterhin in der Residenz, jeweils zwei kamen aus den nach Kassel mitgliederstärksten Gebieten Oberhessen und Hanau. Fulda, Schaumburg und Schmalkalden behielten je einen Vertreter. Parallel dazu räumte man Marburg und Hanau nun auch Einfluß auf die Auswahl der Publikationen des Vereins ein, bislang alleiniges Vorrecht des Kasseler Gremiums. In den neu eingerichteten Redaktionsausschuß konnten von jetzt an Kassel, Marburg und Hanau jeweils einen Vertreter entsenden. Zur Umsetzung der Veränderungswünsche aller Zweigvereine war man jedoch nicht bereit. Das galt insbesondere für die Diskussion um die Verlegung des Hauptsitzes des Vereins von Kassel nach Marburg. Kassel hatte infolge der Annexion nicht nur seine Funktion als Residenzstadt verloren, sondern auch seine Archive. Die preußische Verwaltung hatte nämlich die vorher selbständig aufbewahrte Überlieferung aus Kassel, Hanau, Fulda und Bückeberg 1870 zu einem Staatsarchiv im Marburger Schloß vereinigt.¹⁰³ Darüber hinaus war Marburg Universitätsstadt mit großem Engagement der Professoren für den Verein. Die Marburger konnten sich mit ihrem Anliegen aber nicht durchsetzen, wohl auch deshalb, weil zu diesem Zeitpunkt immer noch mehr als ein Drittel der Mitglieder aus der Stadt Kassel stammten.¹⁰⁴

Wie die Diskussionen um die Änderung der Statuten des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ Mitte der 1870er Jahre zeigen, hatte das durch die preußische Annexion geförderte Zusammengehörigkeitsgefühl schon längst wieder einer stärkeren Betonung der Differenzen zwischen den Vereinsgliederungen Platz gemacht. Diese Tendenz sollte sich weiter fortsetzen. Während Hanau zwar als Zweigverein in organisatorischer Verbindung zu Kassel blieb und der Entwicklung des Gesamtvereins, etwa bei der Statutenrevision 1876, Impulse gab, ging Fulda Ende des 19. Jahrhunderts eigene Wege. 1896 fand auf Einladung des Oberbürgermeisters Georg Antoni die Gründung des Fuldaer Geschichtsvereins statt.¹⁰⁵ Er setzte sich die Erforschung der Geschichte von Hochstift und Stadt Fulda zum Ziel, gab eigene Publikationen und ab 1902 mit den „Fuldaer Geschichtsblättern“ eine eigene Zeitschrift heraus. Der Verein war vollkommen eigenständig; es bestanden nur insofern Verbindungen zur Kasseler Gründung, als einige Mitglieder gleichzeitig dem „Verein für hessische Geschichte und Landeskunde“ angehörten. Als Gründe für die Schaffung einer eigenen Organisation nannte man die Tatsache, daß das seit

¹⁰³ Vgl. Fritz Wolff: Das Hessische Staatsarchiv in Marburg. 100 Jahre seiner Geschichte, in: HessJbLG 27 (1977), S. 135-160, bes. S. 135-143.

¹⁰⁴ Vgl. Duncker, S. 66 f.

¹⁰⁵ Vgl. auch zum Folgenden Willy Kiefer: Hundert Jahre Fuldaer Geschichtsverein - Ein Rückblick, in: Fuldaer Geschichtsblätter 72 (1996), S. 15-26.

Jahren vom Vorstand in Aussicht gestellte Fuldaer Urkundenbuch nicht vorankam, zudem sei die Geschichte der Region vernachlässigt worden.¹⁰⁶ Offensichtlich hatte sich die Fuldaer Abteilung, ohnehin personell nur schwach besetzt, von den Beamtenversetzungen in den Jahren nach 1866 nicht mehr erholt. 1868 hatten eigene Versammlungen und Vorträge ganz aufgehört und die Bildung eines Zweigvereines kam ebenfalls nicht zustande. Daß die Neubelebung der Fuldaer Geschichtsforschung nicht mehr unter dem Dach des älteren Vereins erfolgte, entsprach einem in ganz Deutschland üblichen Trend. Im Rahmen einer dritten Gründungswelle Ende des 19. Jahrhunderts entstanden nämlich zwischen 1890 und 1900 allein 30 neue Geschichtsvereine „in bisher unterrepräsentierten ‚Teilräumen‘ älterer Historischer Vereine“.¹⁰⁷ In dieses Spektrum ist schließlich auch der bereits 1873 in Schmalkalden gegründete „Verein für hennebergische Geschichte und Landeskunde“ einzuordnen, der sich mit der Geschichte des Gebiets der ehemaligen Grafschaft Henneberg, zu dem auch die kurhessische Exklave gehörte, beschäftigte.¹⁰⁸

Zusammenfassend ist folgendes festzustellen: Die Gründung des „Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde“ diente der Zusammenfassung und Organisation aller an der Geschichte des Kurfürstentums Hessen Interessierten. Seine Entwicklung im 19. Jahrhundert vollzog sich im allgemeinen Rahmen des historischen Vereinswesens in Deutschland: Zielsetzung, Tätigkeitsbereiche und Mitgliederstruktur wiesen zahlreiche Übereinstimmungen mit denen anderer deutscher Geschichtsvereine auf. Daneben gab es jedoch auch kurhessische Eigenheiten wie die Betonung der Landeskunde im Programm und in der praktischen Arbeit oder das vergleichsweise starke liberale Element zumindest im Vorstand. Während dessen Verhältnis zur konservativen Regierung bis zur Jahrhundertmitte unproblematisch blieb, kam es in der Reaktionszeit zu Konflikten mit dem Staat. Das hing unter anderem mit der spezifischen innenpolitischen Situation des sogenannten „Verfassungskampfes“ in Kurhessen zusammen. Generell läßt sich feststellen, daß den „Verein für hessische Geschichte und Landeskunde“ wie jeden anderen Zusammenschluß dieser Art die politischen, aber auch gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Region bzw. des Staates, in dem er sich befand, prägten. Für Kurhessen wie für seinen Geschichtsverein spielte in diesem Zusammenhang die Frage der Integration eine wichtige Rolle, und zwar

¹⁰⁶ Ebenda, S. 15.

¹⁰⁷ Kunz, S. 71; vgl. auch Heimpel, S. 53 f.; Hans-Peter Lachmann: Geschichtsvereine in Hessen, in: Die Hessen und ihre Geschichte. Wege-Weiser durch die hessische Landes- und Regionalgeschichte, hrsg. v. Bernd Heidenreich u. Eckhart G. Franz, Wiesbaden 1999, S. 36-44, hier S. 37.

¹⁰⁸ Vgl. dazu Duncker, S. 74 f.

in zweifacher Hinsicht. Vor 1866 übernahm der Geschichtsverein erstens weder von sich aus noch staatlich verordnet die Aufgabe, eine gemeinsame kurhessische Identität zu stiften und durch Rückgriff auf die Geschichte einen einheitlichen Staatsgedanken zu fördern, wie das in anderen deutschen Staaten, insbesondere in Bayern, der Fall war.¹⁰⁹ Die Spannungen zwischen den einzelnen Landesteilen sowie die Gewichtsverteilung zwischen ihnen spiegelten sich vielmehr im Verein selbst, etwa bei der Zusammensetzung des Vorstandes, wieder. Der Blick in die Vergangenheit führte eher Trennendes als Gemeinsames zutage. Das änderte sich - wenn auch nur kurzfristig - erst zweitens, als Kurhessen 1866 Teil des preußischen Staates wurde. Preußen betrieb anders als das Kurfürstentum eine langfristig angelegte, aktive Integrationspolitik, die den Geschichtsverein einschloß. Dieser reagierte Mitte der 1870er Jahre mit organisatorischen Reformen auf die Veränderungen und auf das schon länger bestehende Strukturproblem der Kasseler Dominanz gegenüber den anderen Zweigvereinen. Die Maßnahmen reichten jedoch langfristig nicht aus, um die Auseinanderentwicklung der ehemaligen Landesteile zu verhindern, so daß es schließlich zur Gründung eigener Vereine, beispielsweise wie in Fulda, kam.

¹⁰⁹ Vgl. Berding, S. 375-377; Theodor Schieder: Partikularismus und Nationalbewußtsein im Denken des deutschen Vormärz, in: ders.: Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, hrsg. v. Otto Dann u. Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1991, S. 166-196, bes. S. 191-196 zur Landesgeschichtsschreibung in den Partikularstaaten.

Römische Altertümer und vaterländische Geschichte. Der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung im 19. Jahrhundert¹

Klaus Eiler

Der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung kann für sich in Anspruch nehmen, mit seinen inzwischen 190 Jahren einer der ältesten Geschichtsvereine Deutschlands zu sein. Für den Historiker ist die Frage des Alters dieser Institution an sich weniger spektakulär als die Frage nach den Ursachen und Hintergründen ihrer Entstehung, nach ihrer Fortentwicklung und nach ihrer Bedeutung für die regionale Geschichte.² Neuere Forschungen versuchen bereits, über die Fallstudien hinauszugehen und durch vergleichende Untersuchungen die Mitwirkung der Geschichtsvereine an der Ausformung eines regionalen Geschichts- und Heimatbewusstseins in Deutschland während des 19. Jhs. zu ermessen.³ Zwar ist die Geschichte des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung durch mehrere gründliche Untersuchungen gut aufgearbeitet.⁴ Dennoch blieb in den bisherigen vergleichenden Studien über die Entwicklung der Landesgeschichtsforschung die Bedeutung des Vereins für die Identitätsstiftung und für die Erinnerungskultur in einem kleinen Staat wie dem Herzogtum Nassau eher an den Rand des Interesses

¹ Leicht geänderte Fassung eines Vortrags beim Oberhessischen Geschichtsverein in Gießen am 8.1.2003.

² Winfried Speitkamp: Grenzen der Landesgeschichte. Bemerkungen zu neuen Standortbestimmungen, in: Hess. Jb. für Landesgeschichte 51, 2001, S. 233-256, hier: S. 245-251.

³ Georg Kunz: Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewußtsein in den deutschen Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts. Göttingen 2000 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 138).

⁴ Zur Gründung des Vereins und seiner Geschichte siehe die grundlegenden Untersuchungen von Karl Schwartz: Beiträge zur Geschichte des nassauischen Altertumsvereins und biographische Mitteilungen über dessen Gründer und Förderer. Wiesbaden 1871 (Nassauische Annalen 11). Paul Wagner: Beiträge zur Geschichte der Gründung des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Teil I, in: Nassauische Annalen 31, 1900/01, S. 223-233; Teil II, in: ebda. 32, 1901/02, S. 209-220. Ders.: Der nassauische Altertumsverein 1821-1921, in: Nass. Heimatbl. 22, 1919/21, S. 1-17. Heinrich Schlosser: Gründer und Förderer des nassauischen Altertumsvereins, in: ebda. S. 17-20. Wolf-Heino Struck: Gründung und Entwicklung des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, in: Nassauische Annalen 84, 1973, S. 98-144. Ders.: 175 Jahre Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, in: Nassauische Annalen 98, 1987, S. 1-33.

gerückt. Dies mag damit zusammenhängen, dass schon die Entstehungsgeschichte des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung sich nicht bequem in die Systematik der allgemeinen Vereinsgeschichte einfügt und Periodisierungsversuchen widerstrebt.⁵

Wenn man die Geschichte des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung verstehen will, darf man die historisch-politischen Rahmenbedingungen der nassauischen Geschichte nicht außer Acht lassen. Die Gründungsphase des Vereins führt uns in eine außerordentlich bewegte Zeit. Vor etwa 200 Jahren erlebte der west- und mitteleuropäische Kontinent die größten politischen, geistigen und kulturellen Umwälzungen. Das revolutionäre Frankreich schickte sich an, seine Nachbarn zu unterwerfen und ein System von Satellitenstaaten aufzubauen, indem es einige der regierenden europäischen Fürstentümer in ein Bündnissystem zwang, andere gewissermaßen enteignete oder neue Staatsgebilde schuf. Die nassauischen Fürstentümer waren insofern besonders betroffen, als ein großer Teil ihrer Besitzungen vor 1800 links des Rheins lag, in der Nordpfalz, in Rheinhessen, im heutigen Saarland, in Lothringen, im luxemburgisch-belgischen Grenzraum und in den Niederlanden. Diesen Territorialbesitz einschließlich der Stammlande rechts des Rheins teilten sich verschiedene Linien des Hauses, die seit der Hausteilung von 1255 in zwei Hauptzweige zu unterscheiden sind: Vom walramischen Zweig blühten im Jahr 1800 nur noch die Linien Nassau-Usingen mit ihrer Hauptresidenz in Wiesbaden und die Linie Nassau-Weilburg mit ihrer Hauptresidenz in Weilburg, vom ottonischen Zweig nur noch die Linie Nassau-Oranien, die vormals ihre Hauptresidenz als Generalstatthalter in den Niederlanden und eine Nebenresidenz in Diez an der Lahn besaß. Durch mehrere Erbverträge, zuletzt den von 1783, hatten die Fürsten der walramischen und der ottonischen Linien eine gegenseitige Erbfolge vereinbart. Als das revolutionäre Frankreich die Gebiete links des Rheins besetzte und seinem Staatsverband einverleibte, wurden die nassauischen Fürsten für ihre Gebietsverluste durch den Reichsdeputationshauptschluss 1803 mit Gebieten ehemals geistlicher Territorien auf dem rechten Rheinufer reichlich entschädigt.⁶

⁵ Hermann Heimpel: Geschichtsvereine einst und jetzt. In: Hartmut Boockmann u.a. (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland. Göttingen 1972 (Veröff. d. Max-Planck-Inst. für Geschichte 1), S. 45-73.

⁶ Winfried Schüler: Das Herzogtum Nassau 1806-1866, in: Handbuch der hessischen Geschichte, Bd. 4: Hessen im Deutschen Bund und im Deutschen Reich (1806) 1815 bis 1945, 2. Teilbd.: Die hessischen Staaten bis 1945, hrsg. v. der Historischen Kommission für Hessen. Marburg 2000, S. 423-607, hier: S. 428-435, mit weiterführender einschlägiger Literatur. Michael Riesener: Die Politik der Herzöge von Nassau zur Si-

Doch hatte es damit noch längst nicht sein Bewänden. Fürst Wilhelm Friedrich von Nassau-Oranien trotzte dem Hegemonialanspruch Napoleons und setzte auf die preußische Karte. Mit der Niederlage Preußens 1806 ging Nassau-Oranien aller seiner Besitzungen verlustig. Die beiden Regenten der walramischen Linie, Fürst Friedrich August von Nassau-Usingen und Fürst Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg, erkannten dagegen die Zeichen der Zeit und setzten noch rechtzeitig auf die französische Karte, indem sie 1806 dem Rheinbund beitraten. Dadurch stieg der Senior des Hauses Fürst Friedrich August von Nassau-Usingen zum Herzog auf. Gemeinsam mit seinem Weilburger Verwandten wurde er durch weitere Gebietsgewinne entschädigt.

Die unterschiedlichen Verwaltungstraditionen in dem neuen, aus den verschiedensten Territorien zusammengewürfelten nassauischen Staatsgebiet und die durch den Zugewinn großer katholischer und reformierter Bevölkerungsteile völlig veränderte Bevölkerungsstruktur erforderten eine grundlegende Verwaltungs- und Strukturreform des Staates.⁷ Die Spitzenbeamten der nassauischen Bürokratie planten von Anfang an einen modernen Einheitsstaat mit Zentralbehörden nach französischem Vorbild und klaren Kompetenzabgrenzungen, ferner die Vereinheitlichung des Rechts- und Steuerwesens, der Kultusverwaltung und, mit Blick auf die Verbesserung der Wirtschaft und der Landwirtschaft, eine Vereinheitlichung der Lokalverwaltung.⁸ Auch das Militärwesen bedurfte einer grundlegenden Reform,⁹ um den Anforderungen des Bündnisses mit Napoleon gerecht zu werden. Unverkennbar war dieser Kleinstaat von Napoleons Gnaden abhängig und besaß nur geringen politischen Handlungsspielraum.

Dennoch verfolgte die nassauische Regierung unter dem Eindruck der gerade gewonnenen staatlichen Souveränität ehrgeizige Ziele. Sie beanspruchte weitere Territorien zur Abrundung des Staatsgebietes und die Erhebung zum Großherzogtum. Da Nassau im Rheinbund das Präsidium der Fürstenbank innehatte und für die Aufstellung des rheinbündischen Truppenkontingents verantwortlich war, nutzte man diese Vorrangstellung mit der Absicht, den Rheinbund stärker zu institutionalisieren und verfassungsmäßig abzusichern. Für Nassau war daher

cherung von Besitz und Herrschaft (1806-1866), Teil I, in: Nassauische Annalen 102, 1991, S. 145-173, hier: S. 148 ff.

⁷ Eckhardt Treichel: Der Primat der Bürokratie. Bürokratische Elite im Herzogtum Nassau 1806-1866. Frankfurt am Main 1991 (Frankfurter Hist. Abh. 31). Wolfgang Jäger: Staatsbildung und Reformpolitik. Politische Modernisierung im Herzogtum Nassau zwischen Französischer Revolution und Restauration. Wiesbaden 1993 (Veröff. der Hist. Komm. für Nassau 50).

⁸ Norbert Zabel: Räumliche Behördenorganisation im Herzogtum Nassau 1806-1866. Wiesbaden 1981 (Veröff. der Hist. Komm. für Nassau 29).

⁹ Jäger (wie Anm. 7), S. 48 ff.

der Rheinbund ein stabilisierender Faktor für das eigene noch junge Staatswesen. Mit seiner Vorrangstellung im Rheinbund wehrte Nassau nicht nur Expansionsgelüste anderer mächtigerer Fürsten ab, sondern wurde von kleineren Fürsten als Vermittler hofiert. Der Preis für den Erhalt des Wohlwollens des Kaisers der Franzosen war jedoch hoch. Von den 4000 Mann des Truppenkontingents der Fürstenbank stellte Nassau allein 1680 Mann. Nassauische Truppen kämpften auf französischer Seite gegen Preußen bei Jena und im Spanienfeldzug. Auch im Feldzug gegen Österreich 1809 waren nassauische Truppen im Einsatz.¹⁰

Die Integrationsprobleme waren für ein solch junges Staatswesen nicht gering und eine Identitätsstiftung konnte nur erwünscht sein. Die Historiografie spielte dabei in allen Staaten als Instrument der Erinnerungskultur und der Identitätsbildung eine große Rolle. Schon in der frühen Neuzeit stand die Geschichtsschreibung im Dienst der Herrschaftsprogrammatik und der Herrschaftslegitimation. Insofern war sie Teil der Territorial- und Familienpolitik. Die Gelehrten der Aufklärung und gebildete Bürger verlangten jedoch die Abkehr von der reinen Hofhistoriografie und forderten die rationale Durchdringung der geschichtlichen Abläufe sowie die Diskussion und Interpretation der Urkunden.¹¹ Dazu publizierten sie Urkunden und Akten aus den Archiven, die nicht nur den Staatsbeamten, sondern ganz allgemein gelehrten Kreisen und dem gebildeten Bürgertum zugänglich wurden. Bildung blieb aber dennoch auf kleine Zirkel beschränkt. Schon seit der Mitte des 18. Jhs. lassen sich vor allem in den Universitäts- und Residenzstädten der deutschen Fürstentümer Patriotische Gesellschaften, Gelehrte oder Ökonomische Gesellschaften, Akademien und Literarische Zirkel nachweisen.¹² Zu den Gründern gehörten nicht nur Adlige oder der Landesherr selbst, sondern in erster Linie gebildete Bürger.¹³ Doch hatte nur ein beschränkter Kreis Zutritt zu diesen Gesellschaften. Unter dem Eindruck der Französischen Revolution änderte sich dies. Das Selbstbewusstsein des Bürgertums und der Drang, sich außerhalb der häuslichen Sphäre zu betätigen, nahmen zu.¹⁴ Der Verein als neuer Typus sozialer Organisation versprach Unterhaltung, freie Geselligkeit

¹⁰ Peter Wacker: Das nassauische Militärwesen, in: Herzogtum Nassau 1806-1866. Politik, Wirtschaft, Kultur. Ausstellungskatalog. Wiesbaden 1981, S. 75-85, hier: S. 77-79.

¹¹ Thomas Fuchs: Traditionsstiftung und Erinnerungspolitik. Geschichtsschreibung in Hessen in der Frühen Neuzeit. Kassel 2002 (Hess. Forschungen zur geschichtl. Landes- und Volkskunde 40), S. 318 ff.

¹² Thomas Nipperdey: Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: H. Boockmann (wie Anm. 5), S. 1-44.

¹³ Nipperdey (wie Anm. 12), S. 13 f.

¹⁴ Struck, Gründung (wie Anm. 4), S. 123-126.

jenseits der Beschränkungen von Haushalt, Stand und Beruf.¹⁵ Man strebte unabhängig von beruflicher und fachlicher Spezialisierung nach allgemeiner Bildung und Belehrung vor allem in der Kunst und in den Wissenschaften. So spiegeln die ersten Vereine ein buntes Bild bürgerlichen Engagements wider: Harmonie- und Casinogesellschaften, Lesegesellschaften und Gesangsvereine. In den wissenschaftlichen Vereinen taten sich nicht nur Wissenschaftler sondern auch die sogenannten Freunde der Wissenschaften zusammen. Auch weitete sich der Interessentenkreis von den Städten auf das Land aus. Oft förderten die Regierungen Vereine und Gesellschaften, sofern der Staat darin einen Nutzen für das Gemeinwohl und eine öffentlichkeitswirksame Unterstützung des Regierungshandelns erblickte. Besonders deutlich wurde dies bei den Landwirtschaftlichen und bei den Gewerbevereinen.¹⁶

Auch im Herzogtum Nassau gingen die Anregungen zur Gründung einer Gesellschaft für nassauische Geschichte schon früh von einigen Bürgern aus. Im Nassauischen Intelligenzblatt vom 20. Juli 1811¹⁷ veröffentlichte der aus Wiesbaden gebürtige und damals in Altenkirchen bei Weilburg tätige Pfarrer Christian Reinhard Luja (1767-1847)¹⁸ unter dem Titel „*An Liebhaber römischer und deutscher Altertümer*“ einen Aufruf an alle Freunde römischer und deutscher „Antiquitäten“ aus dem Herzogtum Nassau, bei der Erforschung des Limes, der quer durch das Herzogtum verlief, mitzuwirken und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Lujas Worte stießen auf einen breiten Widerhall. In dem seit 1800 bereits pensionierten, durch seine historischen Forschungen bekannten Hofkammerrat Christian Friedrich Habel (1747-1814)¹⁹ in Wiesbaden-Schierstein fand Luja den idealen Mitstreiter. In einem Schreiben an das Staatsministerium vom 21. Februar 1812 formulierte Habel die Ziele eines Zusammenschlusses historisch Interessierter zu einer Gesellschaft. Für ihn war die Geschichte der politisch-menschliche Erfahrungsschatz, denn „*nichts befördert den Ruhm und das wahre Wohl der Länder mehr als die reellen Wissenschaften*“.²⁰ Die Zielsetzung der Gesellschaft konnte nach Habels Ansicht nur darin bestehen, dass man römische und deutsche Altertümer gleichwertig nebeneinander erforschte. Für Habel gab es in ganz Deutschland keinen so klassi-

¹⁵ Nipperdey (wie Anm. 12), S. 5.

¹⁶ Nipperdey (wie Anm. 12), S. 32 f. Christiane Heinemann: Zwischen Geselligkeit und Politik. Das bürgerliche Vereinsleben, in: Herzogtum Nassau (wie Anm. 10), S. 291-303, hier: S. 291-294.

¹⁷ Nassauisches Intelligenzblatt 3, 1811, Nr. 29, S. 327.

¹⁸ Otto Renkhoff: Nassauische Biographie. Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten. 2. vollst. überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden 1992 (Veröff. der Hist. Komm. für Nassau 39), S. 484, Nr. 2686. Schwartz (wie Anm. 4), S. 77 ff.

¹⁹ Renkhoff (wie Anm. 18), S. 263, Nr. 1473. Schwartz (wie Anm. 4), S. 91 ff.

²⁰ Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (künftig: HHStAW) Abt. 210, Nr. 1522.

schen, reichhaltigen und belehrenden Boden für die alte deutsche und römische Geschichte und Geografie wie im Herzogtum Nassau. Habel ging jedoch in seinem Ansatz noch über Luja hinaus, indem er die Forschungen nicht nur auf die Bodendenkmäler lenken, sondern sich mit der „*ganzen Breite historischen Quellengutes*“²¹ befassen wollte. Damit steht Habel wissenschaftsgeschichtlich in der Tradition der Spätaufklärung mit ihrer Forderung nach vollständiger Erhebung und kritisch-rationaler Bewertung der historischen Quellen²² sowie der Rettung und Sammlung der Altertümer.²³

Aus heutiger Sicht mag die Hinwendung zur Erforschung der Altertümer eher von kulturpolitischem Interesse sein. In der napoleonischen Zeit und im Frühstadium des Herzogtums Nassau konnten damit auch realpolitische Zielsetzungen verbunden sein. Betrachtet man sich Habels Bittschrift an den Staatsminister v. Marschall genauer, wird man neben den rein wissenschaftlichen und fachlich-historischen Gründen den politischen Gegenwartsbezug rasch erkennen, mit dem Habel das Ministerium vom Nutzen der Gründung einer Altertums-gesellschaft für das noch junge Herzogtum überzeugen wollte. Gleich zu Beginn schlägt er einen historischen Bogen von der Römerzeit bis in die Gegenwart. Möglicherweise spielte er auf Napoleons Kaiserprogramm an, denn dieser hatte 1811 seinem Sohn den Titel König von Rom zuerkannt.²⁴ Habel erinnerte außerdem daran, dass der Kaiser der Franzosen die Sorge für die Altertümer zu einer öffentlichen Aufgabe gemacht und im benachbarten, damals französischen Mainz Friedrich Lehne zum Professor der Altertümer ernannt hatte. Daraus wird offenbar, dass Habel einerseits den französischen Verbündeten zum Vorbild für Nassau nahm. Andererseits führte Habel eine auf den ersten Blick merkwürdig erscheinende historische Argumentation ins Feld: Durch die Gründung des Herzogtums Nassau sei zum ersten Mal das Stammesgebiet der germanischen Ubier vereinigt worden. Dieser Stamm habe alle anderen germanischen Stämme durch seine Nähe zu den Römern und Kelten an Kultur übertroffen. Die realpolitische Brisanz dieser Feststellung wird aber erst dann ersichtlich, wenn man sich die Lage Nassaus zu dieser Zeit vor Augen führt. Das Herzogtum sah sich Napoleons Großmachtspolitik ausgeliefert²⁵ so wie einst die Ubier Julius Caesars Expeditionen über den Rhein. Aber nicht nur von dort

²¹ Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 2.

²² Struck, Gründung (wie Anm. 4), S. 130.

²³ Kunz (wie Anm. 3), S. 56.

²⁴ Struck, Gründung (wie Anm. 4), S. 121. Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 2.

²⁵ Struck, Gründung (wie Anm. 4), S. 108, weist darauf hin, dass der Mitbegründer des Nassauischen Altertums-gesellschaft v. Gerning einen Widerwillen gegen die französische Hegemonie empfand.

drohte Gefahr. Einige Nachbarn,²⁶ vor allem das Großherzogtum Hessen und das Großherzogtum Berg, ebenfalls Rheinbundstaaten, erhoben Ansprüche auf nassauisches Gebiet. Zur Untermauerung seiner Forderungen griff das Großherzogtum Hessen dabei weit in die Vergangenheit zurück und rechtfertigte sich unter anderem damit, dass die Ubier Bastarde des hessischen Ahnenstammes der Chatten²⁷ gewesen seien²⁸ und damit Nassau eigentlich zu Hessen gehöre.

Aber die Instabilität des Rheinbundes zeigt sich nicht nur in diesen territorialen Rivalitäten der Fürstentümer. Vielmehr hatte der Rheinbund die Fundamente des Gottesgnadentums der Monarchien erschüttert. Da keiner der Rheinbundfürsten seine Herrschaft aus der Französischen Revolution legitimiert sehen wollte,²⁹ stellte der Rückgriff auf die Antike einen Teil der Bemühungen um eine neue Herrschaftslegitimierung dar.³⁰ Habel und seine Mitstreiter in Nassau setzten mit ihrer Argumentationskette einen historisch begründeten Gegenpol gegen den französischen Usurpator und seinen hessischen Verbündeten. Der Widerstand der Germanen gegen die drohende römische Okkupation geriet zur historischen Parallele, um fremde Gelüste auf das rechte Rheinufer abzuwehren und Nassau als neues Staatsgebilde zu festigen. Die Bodenfunde aus der Römerzeit sollten letztlich auch beweisen, dass die germanischen Vorfahren der Nassauer ältere Ansprüche auf dieses Gebiet und eine eigenständige Kultur besaßen. Wenn Habel die Erforschung der Altertümer als eine patriotische Aufgabe sah, so wird daraus auch leichter verständlich, warum er den Staatsminister aufforderte, die „Societät“ unter staatlichen Schutz zu stellen.

Die nassauische Regierung war bei so viel auf sie einströmendem Patriotismus mit den Zielen der Initiatoren recht zufrieden. Wenn die Regierung den Schutz der Societät übernehmen sollte, musste diese ihre Ziele schriftlich vorlegen. Staatsminister v. Marschall forderte daher Habel auf, Statuten zu entwerfen, die Habel am 2. November 1812 unter der Überschrift *Grundgesetze der Alterthumsgesellschaft für das Herzogthum Nassau und der angränzenden Länder* vorlegte.³¹ Nach diesen Statuten sollte die Tätigkeit der Gesellschaft auf zwei

²⁶ Riesener (wie Anm. 6), S. 154 f.

²⁷ Zu den Chatten als Urahnen der Hessen siehe Johann Justus Winckelmann: *Gründliche und wahrhafte Beschreibung der Fürstenthümer Hessen und Hersfeld*. Bd. 1. Bremen 1697, S. 282.

²⁸ HHStAW Abt. 210, Nr. 1522. Schreiben Habels an v. Marschall vom 21. Februar 1812.

²⁹ Abigail Green, *Fatherlands. State-Building and Nationhood in Nineteenth-Century Germany*. Cambridge 2001, S. 63.

³⁰ Dies widerspricht der These von Heimpel (wie Anm. 5), S. 51, wonach die Betätigung von Vereinen auf dem Gebiet der Limesforschung als Zeichen der „politischen Verharmlosung der Geschichte“ zu bewerten sei.

³¹ HHStAW Abt. 210, Nr. 1522. Nachlass C. F. Habel, HHStAW Abt. 1163, Nr. 708.

Säulen ruhen: Der historischen Forschung sowie der Denkmalpflege und Sammlung von historisch bedeutenden Gegenständen. Habel formulierte den Zweck so: *„wechselseitige Mitteilung und Belehrung, Belebung des lange vernachlässigten Studiums der Alterthumskunde sowohl als der älteren, mittleren und neueren Geschichte und Geographie dieser classischen Gegend, Untersuchungen über ihre Völkerschaften, deren Staatsverfassungen, Sitten und Gebräuche, Ergänzungen mancher Lücken in verschiedenen Epochen, Aufhellung dunkler Stellen der griechischen und römischen Schriftsteller, Erklärung der Urkunden und Autoren späterer Zeit, Erhaltung der noch vorhandenen beweglichen sowohl als unbeweglichen und Entdeckung verborgener Denkmale der alten Teutschen am Rhein, Main und der Lahn etc., Bewahrung derselben vor Zerstörung und öffentliche Bekanntmachung der vorzüglichsten Gegenstände, damit auch dadurch der vaterländische Sinn für das Große, Gute und Schöne geweckt und der teutsche Nationalruhm erhöht werde.“* In Artikel 9 ist zusätzlich noch die Gründung einer Sammlung von Altertümern vorgesehen. Auffallend ist, dass die Satzung der Altertumsgesellschaft einen partikularen und einen nationalen Patriotismus verbindet.

Den „vaterländischen Sinn für das Große, Gute und Schöne“ gegenüber den Franzosen zu wecken, erhielt durch die sich überstürzenden Ereignisse der Jahre 1812 und 1813 eine völlig neue Wendung. Napoleons Abenteuer in Russland war gründlich fehlgeschlagen, die Grande Armee im September 1812 auf dem Rückzug an der Beresina vernichtet. Nationale Aufbruchstimmung machte sich in Deutschland breit, so dass Habels Forderung nach Erhöhung des „teutschen Nationalruhms“ neue Nahrung bekam. Bei der Planung seiner Satzung erhielt Habel Schützenhilfe von einem Freund, dem sehr bekannten Frankfurter Gelehrten Johann Isaak v. Gerning (1767-1837), der mit Herder, Goethe und dem Weimarer Musenhof in enger Verbindung stand. Habel begann auch sogleich mit der Mitgliederwerbung, und Minister v. Marschall sagte am 5. April 1813 die Ratifikation der Satzung zu.³² Die Ratifizierung der Rechtsgrundlagen des Vereins durch die beiden Landesherren ließ aus mehreren Gründen noch etwas auf sich warten. Zum

³² Am 29. März 1813 hatte v. Marschall auf seinen Ministerialvortrag an beide Regenten schriftlich vermerkt: *„Nachdem Ihro Herzoglichen und Hochfürstlichen Durchlaucht die Statuten zu einer Verbindung von Gelehrten des Inn- und Auslandes für Alterthumskunde und Geschichtsforschung zunächst in Beziehung auch der herzoglichen und die sie näher begrenzenden Landen vorgelegt worden, ist...diese Vorlage mit der geziemenden Bitte um den höchsten landesherrlichen Schutz und die geeignete Unterstützung für das gemeinnützige Unternehmen begleitet worden. Als haben Ihre Herzogliche und Hochfürstliche Durchlaucht nicht nur den Plan zu einer solchen Gelehrten-Verbindung mit landesherrlichen höchsten Wohlgefallen aufgenommen, sondern auch beschlossen, derselben in ihrer Ausbildung die geeignete Unterstützung angedeihen zu lassen.“* (HHStAW Abt. 210, Nr. 1522).

einen änderte sich die politische Lage noch im Jahr 1813 grundlegend. Trotz der Missstimmung im Lande und der Zunahme von Desertionen begann die Bündnistreue Nassaus erst nach der Niederlage Napoleons in der Völkerschlacht von Leipzig im Oktober 1813 ernsthaft zu wanken. Nur mit Hilfe der süddeutschen Staaten konnte Nassau sich aus dem Rheinbund befreien und seine staatliche Souveränität retten.³³ Zum anderen starb der Hauptinitiator der Vereinsgründung Christian Friedrich Habel am 20. Februar 1814.

Die Welle nationaler Begeisterung, die Deutschland ergriff, war für den Herrschaftsanspruch der deutschen Fürsten nicht unproblematisch. Mit dem Übertritt Nassaus zu den Alliierten kehrte auch beim Militär ein neuer Ton ein. Bislang galt in Nassau der Militärdienst als staatsbürgerliche Pflicht. Ab Dezember 1813 folgte der Aufruf zur allgemeinen Landesbewaffnung mit der Aufforderung „*Anteil zu nehmen an dem großen Kampfe um des Vaterlandes Freiheit von fremder Herrschaft*“.³⁴ Die nassauischen Fürsten appellierten an „*den Mut und die vaterländische Gesinnung der streitbaren Männer und Jünglinge*“, sich freiwillig zu den Waffen zu melden. Für jeden heimatverbundenen Nassauer hießen die neuen Leitmotive „*Ehre, Recht und Vaterland*“. Der nassauischen Regierung war jedoch daran gelegen, Patriotismus und Heimatverbundenheit im partikularstaatlichen Interesse zu verbinden³⁵ und der emotionsgeladenen großdeutschen nationalen Begeisterung die Spitze zu nehmen. Sichtbares Zeichen dafür war das Vorgehen gegen die Deutsche Gesellschaft, die sich 1814 in Idstein gebildet hatte.³⁶ Man war nicht gewillt, „*von den Regierungen unabhängige politische Volksgesellschaften*“ zu dulden, weil sie den „*Staatszwecken*“ eines „*mindermächtigen*“ Staates wie Nassau zuwiderliefen.³⁷

Intensiv befasste sich die Regierung hingegen mit dringend notwendigen Reformen, um das Herzogtum, das 1815 seine endgültige territoriale Gestalt erhalten hatte, zu konsolidieren. 1816 erging ein Organisationspatent, das eine grundlegende Reform der Verwaltung³⁸ einleitete. Es folgten die Reform der Schulorganisation durch Einführung der Simultanschulen³⁹ und weiterbildender Schulen, der Medizinalverwal-

³³ Schüler (wie Anm. 6), S. 459 ff.

³⁴ Verordnungsblatt für das Herzogtum Nassau (künftig: VBl.) 1813, S. 85.

³⁵ Riesener (wie Anm. 6), S. 156 ff. spricht von der Existenzkrise des Herzogtums 1813.

³⁶ HHStAW Abt. 210, Nr. 2907. Schüler, (wie Anm. 6), S. 463. Wolf-Heino Struck: Das Streben nach bürgerlicher Freiheit und nationaler Einheit in der Sicht des Herzogtums Nassau, in: Nassauische Annalen 77, 1966, S. 142-216, hier: S. 152 ff.

³⁷ Reskript der Regierung Wiesbaden vom 16. Februar 1815 (HHStAW Abt. 210, Nr. 2702).

³⁸ Treichel (wie Anm. 7), S. 121 f.

³⁹ Wolf-Heino Struck: Die nassauische Simultanschule, in: Herzogtum Nassau (wie Anm. 10), S. 253-266.

tung durch Einführung eines staatlichen Gesundheitsdienstes⁴⁰ sowie der Kirchenorganisation durch Gründung der Union der ev. Kirchen.⁴¹ Dem Herzogtum fehlte es jedoch an einer Universität. Das Gymnasium Weilburg war die einzige Schule, die als Vorbereitungsanstalt für die Universität diente. Als Landesuniversität wurde ersatzweise die Universität Göttingen bestimmt. Trotz aller Reformen und aller Versuche Volk und Regierung einander näher zu bringen, gab es im Herzogtum starke oppositionelle Strömungen.

Grund dafür war die geringe Beteiligung der Bürger an der stark zentralistischen Staatsverwaltung. Die Einführung einer landständischen Verfassung schon im Jahr 1814⁴² brachte das kleine Herzogtum zwar in die vorderste Reihe der Reformstaaten des Deutschen Bundes, doch mussten die Landstände rasch erkennen, dass ihre Macht sehr beschränkt war und ihre Aufgabe sich im wesentlichen nur auf die Haushaltsverhandlungen konzentrierte. Strittig war vor allem die Frage der Behandlung des Domanal- und Staatsvermögens. Bürger und Bauern forderten die Befreiung von Frohnden, Zehnten und Abgaben.⁴³ Auch die ablehnende Haltung in der nationalen Frage rief Unmut hervor. Als die Landstände in Flugschriften aufgefordert wurden, sich beim Bundestag dafür zu verwenden, eine konstituierende Versammlung für den deutschen Nationalstaat einzuberufen, reagierte die Regierung zunehmend nervös. Mit dem Jahr 1819 kam der endgültige Umschwung. Das Attentat auf den nassauischen Reformminister v. Ibell und die Karlsbader Beschlüsse beendeten die Reformära in Nassau

⁴⁰ Wolf-Arno Kropat: Nassaus staatlicher Gesundheitsdienst, in: Herzogtum Nassau (wie Anm. 10), S. 247-251.

⁴¹ Alfred Adam: Die nassauische Union von 1817, in: Jb. der Kirchengeschichtlichen Vereinigung in Hessen und Nassau, 1, 1949, S. 35-408. Ders.: Die Nassauische Union und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, in: Nassauische Annalen 79, 1968, S. 176-181.

⁴² Helmut Berding/Hans-Peter Ullmann: Veränderungen in Deutschland an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: Dies. (Hrsg.): Deutschland zwischen Revolution und Restauration. Königstein/Ts. 1981, S. 11-40. Elisabeth Fehrenbach: Verfassungs- und sozialpolitische Reformen und Reformprojekte in Deutschland unter dem Einfluss des napoleonischen Frankreich, in: ebda., S. 65-90. Wolf-Arno Kropat: Das Herzogtum Nassau zwischen Rheinbund und Revolution 1806-1866, in: Uwe Schultz (Hrsg.): Die Geschichte Hessens. Stuttgart 1983, S. 171-181. Ders.: Herzogtum Nassau zwischen Reform und Reaktion. 1806-1866, in: Das Werden Hessens, hrsg. v. Walter Heinemeyer. Marburg 1986, S. 517-544. Winfried Schüller: Die nassauische Verfassung vom 1./2. September 1814. Entstehung, leitende Ideen, historische Bedeutung, in: 175 Jahre Nassauische Verfassung. Eine Ausstellung des Hessischen Landtags und des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden. Wiesbaden 1989, (Hessische Schriften zu Föderalismus und Landesparlamentarismus 2), S. 9-26.

⁴³ Michael Riesener: Die Politik der Herzöge von Nassau zur Sicherung von Besitz und Herrschaft (1806-1866), Teil II, in: Nassauische Annalen 103, 1992, S. 181-215, hier: S. 191 f.

endgültig. Die Regierung schwenkte auf die Linie Metternichs und des Deutschen Bundes ein und verschärfte die Pressezensur.

Es ist daher kein Zufall, dass Staatsminister v. Marschall gerade im Jahr 1818 vor den Landständen seine Auffassung über die Bedeutung der Geschichte für das nassauische Staatsbewusstsein zum Ausdruck brachte und dabei auch Gedanken einflocht, die Habel in seinen Statuten bzw. im früheren Schriftverkehr von 1811/12 um die Vereinsgründung geäußert hatte: *„Seit mehreren Jahrhunderten waren die Länder zwischen dem Main, der Lahn, der Sieg und dem Rhein, die unser Herzogtum bilden, unter die verschiedensten Staaten und Herrschaften nach der Fügung früherer zufälligen geschichtlichen Begebenheiten geteilt.“* Nicht nur habe diese Gebietsteile durch *„Lage und gemeinschaftlichen Verkehr miteinander vereinigt zu sein die Natur bestimmt.“* Ihre bisherige politische Isolierung untereinander stehe auch *„im Widerspruch mit dem, was frühere Stammesverhältnisse forderten“*.⁴⁴ Die geschichtlichen Wurzeln des Herzogtums waren somit für den leitenden Staatsminister naturgegeben und Bestandteil der Staatsräson, wobei er jede Anspielung auf die nationalen Denkmäler der Deutschen vermied. Zum anderen ging es ihm auch um die Wissenschaftspflege als konstitutives Element eines Staates, der über keine Landesuniversität verfügte.

Es war daher auch kein Zufall, dass just in dieser Zeit, als der nassauische Staatsminister die Landstände mit den nationalen Interessen des Herzogtums Nassau vertraut machte und die Rolle des Monarchen und seiner Regierung gestärkt wurden, Pfarrer Luja, der 1818 nach Dotzheim versetzt worden war, einen erneuten Vorstoß bei der Landesregierung unternahm, weil er die Ausgrabungstätigkeit im Herzogtum Nassau gesichert wissen wollte. Seine Bestrebungen zielten eindeutig auf die Gründung eines eigenen Vereins ab. Dem trat der Sohn Habels, Friedrich Gustav Habel (1792-1867), entgegen.⁴⁵ Er hatte schon seinem Vater bei der Vereinsgründung als Sekretär assistiert. Unterstützt wurde er von dem Frankfurter Gelehrten v. Gerning. Die unterschiedlichen Auffassungen von den künftigen Vereinszielen veranlasste dieses Mal die Regierung, aus den Statuten von 1812 und einem Entwurf mehrerer Staatsbeamter sowie aus Änderungsvorschlägen von Pfarrer Luja als Kompromiss eine neue Satzung zu erstellen. Herzog Wilhelm genehmigte sie am 30. August 1820. Der Regent selbst beauftragte den Baurat Zengerle, Pfarrer Luja und Habel mit der Neugründung des Vereins. Nachdem sich 50 Mitglieder eingeschrieben

⁴⁴ Struck, Streben (wie Anm. 36), S. 159.

⁴⁵ Struck, Gründung (wie Anm. 4), S. 116. Habel bezeichnete die von Luja angeregte Gesellschaft wegen ihrer einseitigen Festlegung auf die Ausgrabungstätigkeit als „Lujanische Rüsselgesellschaft“.

hatten, konstituierte sich der Verein am 5. Dezember 1821 neu und wählte einen Vorstand.

Trägt die Vereinssatzung von 1821 schon von ihrem formalen Zustandekommen her stark etatistische Züge, so lässt sie auch inhaltlich die Anpassung an das Metternichsche polizeiliche Ordnungssystem erkennen. Von den älteren Statuten unterschied sie sich vor allem in folgenden Punkten: Es durften nur Inländer aktive und ordentliche Mitglieder werden. Ausländer durfte man nur in beschränkter Zahl als „Correspondenten“ aufnehmen. Diese Ehre wurde u.a. 1828 Goethe zuteil. Das von der Gesellschaft aus den bisherigen Sammlungen von Altertümern aufgebaute Museum unterstellte man zunächst der Aufsicht des Vorstandes, bevor man es als öffentliche Stiftung führte. Zum anderen zählten die angrenzenden Länder nicht mehr zum Tätigkeitsfeld des Vereins. Die Zeitgeschichte war nicht ausdrücklich erwähnt. Vielmehr bildete die alte und mittlere Geschichte weiterhin die gemeinsame Basis der nassauischen Geschichtsschreibung, auch wenn jüngere Forschungen darin eine Erscheinung der deutschen nationalstaatlichen Bestrebungen erblicken.⁴⁶ Der Vereinszweck lautete nunmehr: *„die Aufsuchung, Sammlung und Beschreibung der römischen und deutschen Altertümer im Herzogtum Nassau und die Beförderung der darauf Bezug habenden geographischen, statistischen und geschichtlichen Aufklärungen wie nicht weniger die Sorge für die Erhaltung der vorhandenen Denkmale, auch die des Mittelalters mit eingeschlossen“*.⁴⁷

Der Verein stand fortan unter dem besonderen Schutz der Regierung und hatte ein Ausschließlichkeitsprivileg für das Herzogtum Nassau. Er allein war berechtigt, auf Domanialland, Gemeinde- und Stiftungsland archäologische Ausgrabungen durchzuführen. Sein Geschäftslokal erhielt der Verein in den Räumen der öffentlichen Bibliothek. Sie war im Prinzenpalais in der Wiesbadener Wilhelmstraße untergebracht, das Christian Zais kurz zuvor erbaut hatte. Die Satzung⁴⁸ bestimmte, dass der aus dem Direktor, vier Vorstehern, dem Sekretär und dem Kassierer bestehende Vorstand durch Stimmenmehrheit für zwei Jahre zu wählen war. Dadurch erhielt der Verein ein demokratisches Element. Der Verein musste von seinen Eigenmitteln leben und einen großen Teil seiner Projekte über Drittmittel und freiwillige Zuwendungen finanzieren. Er bekam nur geringe Zuschüsse aus dem Haushalt der Landesbibliothek. Die quasi-staatlichen Aufgaben des Vereins auf dem Gebiet der Denkmalpflege führten jedoch dazu, dass die Zuschüsse im Laufe der folgenden 20 Jahre erheblich erhöht wurden. Bei der Bezu-

⁴⁶ Kunz, (wie Anm. 3), S. 61.

⁴⁷ Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 4.

⁴⁸ HHStAW Abt. 1098 X 7.

schussung ist zu bedenken, dass nicht der Herzog oder seine Regierung, sondern die Landstände die Mittel bewilligten. Ähnlich wie bei dem 1820 gegründeten Landwirtschaftlichen Verein zeigte sich der etatistische Charakter des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung auch darin, dass der Verein wegen seiner gemeinnützigen Zwecke seine Finanzen der Rechnungskammer zur Prüfung vorlegen musste.

Die „*obrigkeitliche Zeitbindung des Vereins*“⁴⁹ kam auch in der Mitgliederstruktur zum Ausdruck. Außer dem Staatsminister v. Marschall gehörten dem Altertumsverein überwiegend Beamte der staatlichen Verwaltung und der Kirche sowie Personen mit akademischer Bildung an wie Dekane und Pfarrer, Mediziner, Apotheker, Forstleute, Regierungs- und Lokalbeamte, Männer des höheren Schulwesens sowie einige Offiziere. Ab den 30er Jahren findet man auch Kaufleute und Selbstständige, die dem liberalen Spektrum des Herzogtums zuzuordnen sind, unter den Mitgliedern. Bis 1848 waren es Staatsbeamte, die als Direktoren dem Verein vorstanden.⁵⁰ Man könnte vermuten, dass einige Personen die Mitgliedschaft sogar um der Karriere willen gesucht haben.⁵¹ Alles in allem war es aber ein bürgerlicher Verein. Unter den ersten 145 Mitgliedern gehörten nur acht dem Adel an.

Das Programm des Vereins war recht anspruchsvoll und forderte die Mitglieder zur aktiven Betätigung im Sinne der Vereinsatzung auf. Demnach sollten sie archäologische Grabungen und Nachgrabungen durchführen und bewerten, ob sich die entdeckten Altertümer für eine Aufnahme in die Sammlungen des Museums eigneten. Sie sollten römische und alte deutsche Münzen suchen und mitteilen, ob sie verkäuflich seien, alte Ruinen beschreiben und mit Grundrissen abbilden, Inschriften an alten Gebäuden, Ruinen, Grabsteinen bis zum Ende des 16. Jhs. beschreiben und abzeichnen, ebenso mit Inschriften versehene Portale, Glocken, Säulen, Gemälde, Rüstungen, Waffen, Schnitzwerk, Bild- und Steinhauerarbeiten, Glasmalereien, Taufsteine usw. und schließlich Kirchen-, Gemeinde- und Pfarr-Registaturen und Archive nach alten Urkunden, Siegeln, Weistümern und sonstigen Schriftdenkmälern durchsuchen. Ja, sogar Namen von Bergen, Flüssen und Wäldern sowie Lokalsagen sollten mitgeteilt werden. Die in der Nähe des Limes wohnenden Mitglieder erhielten den Auftrag, den Spuren von Kastellen, Bädern und Lagern nachzugehen.

Damit erstreckt sich das Aufgabengebiet über die deutsche Vorgeschichte und die Römerzeit hinaus auf einen weit gefassten Begriff von

⁴⁹ Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 5.

⁵⁰ Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 29 f.

⁵¹ Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 5.

Altertümern, der die Volkskunde nicht ausschloss und ein von der Romantik gefordertes Kulturbewusstsein widerspiegelt, ohne in das später wachsende nationale Pathos zu verfallen. Die besonderen Verdienste des Vereins bestanden in seiner sammelnden und bewahrenden, antiquarischen und denkmalpflegerischen Tätigkeit.⁵² Dies entsprach durchaus nicht den damals vorherrschenden Interessen an wirtschaftlich verwertbaren naturwissenschaftlich-technischen Erkenntnissen und Neuerungen, die wenig Rücksicht auf Traditionen und auf die Überreste der Vergangenheit nahmen. Manche Burg des Mittelrhein-, des Westerwald- und des Taunusgebietes, viele Kirchen, Denkmäler und historische Bauten verdanken dem Verein ihren Erhalt, und so mancher Schatz gelangte so in die Sammlungen des Museums, der Landesbibliothek oder des Staatsarchivs.

Der eifrigen Sammeltätigkeit des Vereins stand die Publikations-tätigkeit und, modern gesprochen, die Öffentlichkeitsarbeit in nichts nach. 1827 erschien der erste Band der Nassauischen Annalen, den Friedrich Gustav Habel herausgab. Dank seiner zahlreichen Beziehungen zur gelehrten Welt konnte er die Zeitschrift als Reihe weiterführen. Von diesem Publikationsorgan profitierte auch das benachbarte Großherzogtum Hessen, da zu jener Zeit weder in Darmstadt noch in Mainz oder Gießen ein Geschichts- oder Altertumsverein existierte. Schon damals fiel die große Bandbreite der Beiträge und die vorzügliche Aufmachung durch beigegebene Tafeln auf. Neben archäologischen und numismatischen Beiträgen sind es die historischen, die unsere Aufmerksamkeit verdienen.

Schon in den ersten Bänden publizierte einer der erfolgreichsten nassauischen Landeshistoriker, der Pfarrer Christian Daniel Vogel (1789-1852).⁵³ Er stammte aus dem Westerwald und hatte schon als junger Mann das nassau-oranische Archiv in Dillenburg für seine Forschungen benutzt. Mit besonderer Erlaubnis des Herzogs durfte er auch Akten aus dem nassauischen Zentralarchiv in Idstein ausleihen. Vogel war aber nicht nur ein bedeutender Landeshistoriker. Er fiel in der frühen Vereinsgeschichte dadurch auf, dass er bereits im Januar 1823 dem Vereinsdirektor Ebhardt vorschlug, eine Vereinszeitschrift zu begründen, die „*dem ganzen staatsbürgerlichen und kirchlichen Sein des vaterländischen Publikums nahe kommen und in die Bahn der Zeit ge-*

⁵² Dazu und zum Folgenden Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 6.

⁵³ Gottfried Zedler: Christian Daniel Vogel. Ein Beitrag zur Geschichte seines Lebens und Wirkens, in: Nassauische Annalen 38, 1908, S. 286-324. Otto Renkhoff: Christian Daniel Vogel, in: Nassauische Lebensbilder 6, 1961, S.198-214. Otto Renkhoff: Biographie (wie Anm. 18), S. 831, Nr. 4535. Erhard Grund: Christian Daniel Vogel 20.1.1789 - 29.7.1852. Denkschrift zum 150. Todestag. Kirberg 2002.

führt werden soll“.⁵⁴ Er trat an Ebhardt mit der Bitte heran, den Band mit einem Aufsatz über die Geschichte des Herzogtums ab 1803 zu eröffnen. Vogel brachte damit die Zeitgeschichte ins Spiel, die in den Statuten von 1821 nur indirekt angesprochen war. Damit offenbarte er jedoch keineswegs eine nationalgeschichtliche Gesinnung. Die vaterländische Geschichte wollte er vielmehr ganz im Sinne der neuen Ver-einssatzung auf das Herzogtum Nassau beschränkt wissen.

Die von Vogel propagierte Konzentration auf die Landesgeschichte wurde nach der Julirevolution 1830 zur offiziellen Linie des Vereins. Der Vereinsdirektor, Domänensekretär Ludwig von Rößler, beklagte auf der Jahresversammlung des Vereins 1837, dass die neueste Zeit der Entwicklung des Vereins nicht günstig gewesen sei und mancher aufgrund der politischen Ereignisse den Altertümern und der Geschichte die nötige Aufmerksamkeit entzogen habe.⁵⁵ 1842 hielt der Mainzer Pädagoge, Maler und Gelehrte Nikolaus Müller im 3. Band der Nassauischen Annalen⁵⁶ aus der Sicht des Rheinländers folgende grundsätzliche Überlegungen entgegen: *„Die Bildung von Historischen wie von Kunst-, Naturforschenden und Landwirtschaftlichen Vereinen ist ein vorzüglicher Gewinn, eine rühmliche Auszeichnung unsrer letzten zwei Decennien. ... Gelehrtenvereine sind, als ein Ganzes betrachtet, das edelste Organon des Staates; sie sind der Gradmesser seiner geistigen Kultur, sie sind die Garantie seiner geistigen Mündigkeit. ... Von den vielen wohlthätigen Vereinen unserer Zeit besitzt Deutschlands Paradies, das Herzogtum Nassau, einige sehr wesentliche, einen Geschichts- und Altertumsforschenden, einen Naturhistorischen und einen Landwirtschaftlichen.“* Was die Bildung speziell des Gelehrtenvereins für Altertumskunde und Geschichtsforschung anging, fügte er hinzu, dieser sei das *„wirksamste Förderungsmittel zur Gründung eines landsmännischen Gemeingeistes, einer nationalen Volkstümlichkeit und einer pragmatischen vaterländischen Geschichte“*.

Was Müller, ein ehemaliger Mainzer Klubist, Mitbegründer des Mainzer Altertums- und des Kunstvereins,⁵⁷ hier vorbrachte, entsprach nicht nur dem aller Orten zu beobachtenden Drang der Bürger nach mehr Mitwirkung im Staat. Indem Müller vielmehr den historischen Vereinen die Funktion eines Bindegliedes zwischen Landesgeschichte und die territorialstaatlichen Grenzen überschreitender nationaler Ge-

⁵⁴ HHStAW Abt. 1098 VII 16.

⁵⁵ Über die oppositionellen Bewegungen im Vorfeld und infolge der Julirevolution siehe Riesener (wie Anm. 43), S. 202 ff.

⁵⁶ Nikolaus Müller: Über Gelehrtenvereine, insbesondere über die Wichtigkeit der historischen und alterthumsforschenden Gesellschaften, in: Nassauische Annalen 3, Heft 2, 1842, S. 126-130.

⁵⁷ Mainz. Geschichte der Stadt, hrsg. im Auftrag der Stadt Mainz von Franz Dumont, Ferdinand Scherf, Friedrich Schütz. Mainz 1998, S. 391.

schichte⁵⁸ zuwies, reihte er sich in die nationale Bewegung des Vormärz ein und widersprach den konservativeren partikularen Vorstellungen des Vereinsdirektors Rößler. Man muss dem damaligen Sekretär Habel vorhalten, dass er als ein begeisterter Altertumswissenschaftler, der dem Verein in Fachkreisen zu hohem Ansehen verholfen hat, diese Bindegliedfunktion zur nationalen Bewegung des Vormärz vernachlässigte und damit zu einer stagnierenden Entwicklung des Vereins nach außen beitrug.

Dass im Vormärz im Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung heftig diskutiert wurde und Spannungen aufgetreten waren, die aufgrund der verschärften Pressezensur in Nassau nach außen nicht in vollem Umfang zu Tage traten, lässt sich leicht belegen. Auf der Generalversammlung 1845 forderte der Leiter des Idsteiner Zentralarchivs Friedrich Traugott Friedemann (1793-1853)⁵⁹ ein Umdenken. Friedemann war kein Nassauer, sondern stammte aus Sachsen und war von Beruf Pädagoge. Er wurde 1828 als Direktor an das Gymnasium Weilburg berufen, war 1832-1838 Abgeordneter der nassauischen Deputiertenkammer und seit 1840 Leiter des nassauischen Zentralarchivs in Idstein. Als Pädagoge glaubte er die Öffentlichkeit durch eine intensive publizistische Tätigkeit erzieherisch aufzuklären und mit zahlreichen Schriften und Vorträgen beglücken zu müssen. Nach seinen Vorstellungen sollten die nassauischen Archive mit dem Altertumsverein zusammen stärker an der Erforschung der Geschichte mitwirken, da die Archive, wie er es ausdrückte „*die natürlichen Rüstkammern für Altertumskunde und Geschichtsforschung*“ sind. Die Beamten bezeichnete er als „*die nächsten Bundes- und Arbeitsgenossen der historischen Vereine*“.⁶⁰ Friedemann warf Habel den Fehdehandschuh hin, als er in eigenen Publikationen ab 1847 die Umwandlung des Altertumsvereins in einen historischen Verein und die stärkere Kooperation mit den hessischen Geschichtsvereinen⁶¹ forderte. Doch Habel behauptete sich hartnäckig gegen Friedemann.

⁵⁸ Über das Zusammengehörigkeitsgefühl der Historischen Vereine siehe Wolf-Heino Struck: Zur ideenpolitischen Vorbereitung des Bundeslandes Hessen seit dem 19. Jahrhundert, in: Hess. Jb. für Landesgeschichte 20, 1970, S. 282-324, hier: S. 287.

⁵⁹ Otto Renkhoff: Friedrich Traugott Friedemann, in: Nassauische Lebensbilder 3, 1948, S. 200-218. Ders.: Biographie (wie Anm. 18), S. 208, Nr. 1167. Cornelia Rösner: Nassauische Parlamentarier. Ein biographisches Handbuch, Teil 1: Der Landtag des Herzogtums Nassau 1818-1866. Wiesbaden 1997 (Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen 16. Veröff. der Hist. Komm. für Nassau 59), 50 f.

⁶⁰ Wolf-Arno Kropat: Vom nassauischen Zentralarchiv zum preußischen Staatsarchiv. Zum 100jährigen Bestehen des Wiesbadener Staatsarchivs 1881-1981, in: Nassauische Annalen 93, 1982, S. 1-17, hier: S. 6. Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 10.

⁶¹ Struck, Vorbereitung (wie Anm. 58), S. 287.

1851 löste Dr. Karl Rossel Habel als Sekretär ab. Rossel war wie Friedemann Pädagoge. Als 1848er wurde er wegen seines politisch-liberalen Denkens und seiner antiklerikalen Haltung zunächst aus dem Staatsdienst entlassen. Seit 1856 war er Leiter der Nassauischen Landesbibliothek und von 1866-69 des Zentralarchivs Idstein.⁶² Er war den modernen Zeiten aufgeschlossen und Historiker und Archäologe gleichermaßen. Unter seinem Sekretariat beschloss der Verein 1851 neue Statuten. Dies ist vor dem Hintergrund des neuen Vereins-, Versammlungs- und Presserechts zu sehen. Ein Edikt vom 13. Dezember 1851⁶³ ordnete an, dass vor der Bildung eines Vereins oder der Einberufung einer Versammlung zunächst die Genehmigung der Ortspolizeibehörde oder des Kreisamts einzuholen sei. Zuwiderhandlungen wurden mit Gefängnisstrafen bedroht. Die kleinlichen Ausführungserlasse verboten die Aufnahme von Frauen, Schülern und Lehrlingen und die Aufnahme von Verbindungen zu anderen Vereinen. Auch bereits bestehende Vereine mussten ihre Statuten nach dem neuen Vereinsrecht überprüfen lassen. Die Zielsetzungen mussten also sehr vorsichtig und im Sinne der Staatsraison formuliert werden.

In den ersten Paragraphen der Statuten des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung von 1851 wehte der Geist von 1848 weiter. Die reformierte Organisation des Vereins trug Friedemanns Handschrift. Zunächst sollten sich die Mitglieder nicht nur zu den Vorstandssitzungen und zur jährlichen Generalversammlung, sondern einmal monatlich zum Gedankenaustausch, zu Besprechungen und Vorträgen treffen. Die genaue Regelung der Wahlen und der Versammlungen bewahrten das demokratische Element des Vereins.

Vereinszweck war nunmehr „*die Erforschung der vaterländischen Geschichte und Altertümer sowie die Aufsuchung, Sammlung, Erhaltung und Beschreibung der darauf bezüglichen Denkmäler*“. In der Vereinsgeschichte bedeutete dieser Satz den bisher tiefsten Einschnitt, denn er zeugt von einem völligen Umdenken und einer Abkehr von den bisherigen allein auf die Altertümer und die Bodendenkmalpflege beschränkten Aufgaben. Stattdessen nimmt seit 1851 die Geschichte den ersten Rang ein. Auffallend ist, dass die Erforschung der Geschichte nicht mehr primär der nassauischen, sondern der vaterländischen gilt. Man darf mit Fug und Recht annehmen, dass der Begriff „nassauisch“ bewusst durch den schillernden Begriff „vaterländisch“⁶⁴ ersetzt wurde,

⁶² Renkhoff, Biographie (wie Anm. 18), S. 659, Nr. 3609. Michael Wettengel: Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt. Wiesbaden 1989 (Veröff. der Hist. Komm. für Nassau 49) S. 508.

⁶³ VBl. 1851, S. 363 f.

⁶⁴ Struck, Gründung (wie Anm. 4), S. 139.

der sich sowohl auf Nassau als auch auf die deutsche Nation beziehen konnte.

Der Verein wurde in Sektionen unterteilt: Zunächst für römische Altertümer, für Siegelkunde und für Denkmäler des Mittelalters. Diese Spezialisierung auf bestimmte Fachgebiete zeugt von einem sehr frühen Beginn der Verwissenschaftlichung des Vereins. Außerdem sollte der Kontakt zu den Mitgliedern im Lande verbessert und die Öffentlichkeitswirksamkeit des Vereins erhöht werden. Dazu wurde in jedem Kreis bzw. Amt ein Mitglied benannt, an das sich die Bewohner in Angelegenheiten des Vereins zunächst wenden konnten. In mehreren Städten des Herzogtums bildeten sich daraufhin Lesezirkel, die die wichtigste Literatur und historischen Zeitschriften besorgten und zugänglich machten.

Die historische Sektion nahm erst verhältnismäßig spät ihre Tätigkeit auf. Sie erarbeitete ein umfangreiches und anspruchsvolles Programm. Ein Meilenstein für die landesgeschichtliche Forschung in Nassau stellte die Erlaubnis des Staatsministeriums im Jahr 1862 dar, die staatlichen Archivalien benutzen zu dürfen. Zudem versandte die Sektion nach preußischem Vorbild 1863 über die kirchliche Oberbehörde Fragebogen an die Geistlichen über Kirchen und Altertümer. Das Ergebnis verwertete Friedrich Lotz in seinem 1870 erschienenen Inventar der Baudenkmäler des Regierungsbezirks Wiesbaden. Überhaupt nahm die Publikationstätigkeit des Vereins in den 50er Jahren ganz erheblich zu.

Die zögerlichen Anfänge der Sektion für Landesgeschichte haben wohl einen tieferen Grund. Ohne ins Detail zu gehen, sah man die Ursache dafür in der politischen Reaktion der 50er Jahre. Diese Hypothese ist zweifellos richtig, doch wüsste man gerne Genaueres. War die Zeit für landesgeschichtliche Arbeiten noch nicht reif oder lag es am Tod des energischen Initiators Friedemann im Jahr 1853 und die damit verbundene beschränkte Zugänglichkeit zu den archivischen Quellen? Augenfällig ist, dass der Vorsitz des Vereins ab dieser Zeit nicht mehr in Händen hoher Staatsbeamter lag. Das Direktorat übten vielmehr Männer *„von öffentlichem Ansehen, die im kulturellen Leben standen oder auf historischem Gebiet mitreden konnten“*,⁶⁵ aus. Zudem lag die korrespondierende Tätigkeit des Vereins durchaus nicht auf der offiziellen politischen Linie der herzoglichen Regierung. Der Verein scheute sich nicht, dem preußischen Bundesgesandten in Frankfurt Otto von Bismarck ein Ehrendiplom auszustellen,⁶⁶ obgleich die nassauische Regierung zur gleichen Zeit eine betont österreichfreundliche Politik

⁶⁵ Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 12.

⁶⁶ HHStAW Abt. 1098 VII 193.

betrieb.⁶⁷ Auch in den Verlautbarungen der Vorstandsmitglieder des Vereins kehrte ein neuer Ton ein. So sprach auf der Jahresversammlung 1859, die der Verein bewusst zur Unterstützung des Dombauvereins nicht in Wiesbaden, sondern in Limburg abhielt, der damalige Direktor Obermedizinalrat Dr. Karl Friedrich Reuter⁶⁸ in seiner Eröffnungsrede davon, „*wie am Rhein die christlich solidarische Staatengruppe Europas geschaffen wurde.*“ Für ihn stellte sich die Geschichte als Gewissen der Völker dar. In ihr gründe sich das Bewusstsein der nationalen Größe, Ehre und Einheit des Volkes.

Reuter war Begründer der altkatholischen Gemeinde in Wiesbaden. Sein Bekenntnis zur liberalen und nationalen Bewegung setzt sich fort, als die Mitgliederversammlung im Oktober 1861 den Hofgerichtsprokurator und Führer der linksliberalen Opposition im Landtag Dr. Karl Braun⁶⁹ zum Vereinsdirektor wählte. Dass Braun gerade das Direktorium innehatte, als Preußen das Herzogtum Nassau 1866 annektierte, war für den Verein ein glücklicher Umstand, denn Braun war bekanntermaßen ein Preußenfreund und Gegner der deutschen Kleinstaaterie. Wenige Tage nach der Besitzergreifung sandte der Verein dem preußischen Zivilkommissar von Diest die neuesten Publikationen zur Begrüßung, wofür v. Diest wärmstens dankte und dazu bemerkte: „*Auch in der neuen Geschichtsepoche, welche für Nassau hereingebrochen, wird das schöne Ziel des Vereins, Wahrheit an des Tages Licht zu fördern, nicht allein nicht schwinden, sondern nur um so heller strahlen, um so unbefangener verfolgt werden können, je größer die Monarchie ist, welcher Nassau jetzt angehört.*“ Braun schrieb als Notiz für den Sekretär an den Rand: „*Sollte man nicht das verehrliche Schreiben publizieren? Unsere Vereinessache steht gut.*“

Auch das weitere Vorgehen Brauns zeugt von politischer Professionalität. Er sorgte in Berlin mit einem Schreiben für die Absicherung des Vereinsbudgets, indem er auf die Verdienste des Vereins für das Museum Wiesbaden hinwies, das „*in einer Stadt, die alljährlich den Mittelpunkt des Reisepublikums bilde, wohl nicht vermißt werden*

⁶⁷ Michael Riesener: Die Politik der Herzöge von Nassau zur Sicherung von Besitz und Herrschaft (1806-1866) Teil III, in: Nassauische Annalen 104, 1993, S. 155-188, hier: S. 176 ff.

⁶⁸ Friedrich Otto: Dr. Karl Reuter, 1803-1889, in: Nassauische Annalen 22, 1890, S. 139-144. Renkhoff: Biographie (wie Anm. 18), S. 642, Nr. 3517.

⁶⁹ Meinhard Sponheimer: Karl Braun 1822 bis 1893, in: Nassauische Lebensbilder 1, hrsg. v. Rudolf Vaupel. Wiesbaden 1940, (Veröff. d. Hist. Komm. für Nassau 10, 1), S. 153-165. Wolf-Arno Kropat: Die nassauischen Liberalen und Bismarcks Politik in den Jahren 1866-67, in: Hess. Jb. für Landesgesch. 16, 1966, S. 215-296. Winfried Seelig: Von Nassau zum Deutschen Reich. Die ideologische und politische Entwicklung von Karl Braun 1822-1871. Wiesbaden 1980 (Veröff. der Hist. Komm. für Nassau 28). Renkhoff, Biographie (wie Anm. 18), S. 78, Nr. 445. Rösner (wie Anm. 59), S. 21-23.

dürfe“. Am 21. November 1866 konnte Braun auf der Generalversammlung den Vereinsmitgliedern die beruhigende Nachricht geben, „*daß nach den von allen und zwar maßgebenden Seiten gegebenen Zusicherungen eine Gefährdung über den Fortbestand des Vereins und des Museums nicht vorhanden sei.*“

Das Engagement für die neue Herrschaft erschöpft sich aber nicht allein in der Korrespondenz. 1865 hatte man den Althistoriker Theodor Mommsen, einen 1848er und Liberalen als Ehrenmitglied aufgenommen, 1867 folgte der preußische Konservator von Quast, 1871 der als liberal geltende Kronprinz Friedrich, der spätere Kaiser Friedrich III., der 1888 einen Nachruf in den Nassauischen Annalen erhielt. 1872 wählte man den Appellationsgerichtspräsidenten und ehemaligen nassauischen Märzminister August Hergenhahn zum Vorsitzenden. Auch er galt als Liberaler und Preußenfreund. Bisherige Untersuchungen über die Geschichte des Nassauischen Altertumsvereins haben dies indessen nicht als Politisierung des Vereins gewertet, sondern auf die Vorreiterrolle des liberalen Bürgertums im ehemaligen Herzogtum Nassau und auf das Umdenken innerhalb des Vereins und die Anpassung an die neuen Verhältnisse hingewiesen.⁷⁰

Mit diesem Umdenken einher ging eine neue wissenschaftliche Orientierung. Zum einen löste sich seit den 50er Jahren das Museum aus der engen Verflechtung mit dem Verein, indem die Personalkosten vom Staat übernommen wurden und das Museum bis zum Ende des 19. Jhs. zu einer selbstständigen staatlichen Einrichtung wurde. Dennoch blieb der Konservator qua Amt Mitglied des Vereinsvorstandes. Zum anderen ging 1902 die Denkmalpflege an den Kommunalverband des Regierungsbezirks Wiesbaden über, so dass der Verein auch diese Aufgabe an eine öffentliche Institution abtrat. Noch lange Jahrzehnte erschienen die Berichte des Landeskonservators als Beilage zu den Nassauischen Annalen, so wie auch der Museumskonservator seine Berichte in den Annalen veröffentlichte. Die Hauptaufgabe des Vereins blieb folglich die Landes- und Ortsgeschichte. Beim Verein war man sich von vorne herein bewusst, dass hierbei dem Staatsarchiv eine herausragende Bedeutung zukam. Es wirkte sich sehr segensreich für die nassauische Landesgeschichte aus, dass die preußische Regierung das Staatsarchiv mit wissenschaftlich ausgebildeten Fachhistorikern besetzte.

1876 plante die Generaldirektion der Preußischen Staatsarchive die Zusammenlegung der rheinischen Staatsarchive Düsseldorf, Koblenz und Wiesbaden in der Universitätsstadt Bonn.⁷¹ Der Generaldirektor

⁷⁰ Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 14.

⁷¹ Zum Folgenden siehe Kropat (wie Anm. 60), S. 12.

der Preußischen Staatsarchive von Sybel begründete dies mit einer Kostenersparnis, führte aber auch historisch-politische Argumente ins Feld: Nassau sei kein selbstständiges geschlossenes Territorium, sondern stets mit dem rheinischen Raum von Mainz bis Holland verbunden gewesen. Das Interesse der Nassauer an der Auswertung der Idsteiner Archivbestände sei gering und der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung widme sich in erster Linie den römischen Altertümern. In Bonn bestünden durch die Verbindung mit der Universität bessere wissenschaftliche Voraussetzungen für die Auswertung der Idsteiner Archivalien.

Gegen diese Argumentation kam nicht etwa von Seiten des Staatsarchivs, sondern seitens des Vereins Widerspruch. Es war der aus Oestrich im Rheingau gebürtige Wiesbadener Landtagsabgeordnete Dr. Wilhelm Petri,⁷² der den Vorstand des Vereins dazu drängte, beim Regierungspräsidenten vorstellig zu werden. Nach dem damaligen Verständnis einer obrigkeitlichen Dienststelle galt ein solches von Bürgern vorgetragenes Ansinnen als anmaßend. Daher antwortete der Regierungspräsident umgehend,⁷³ ohne sich in Berlin rückversichert zu haben, dass ihm von einer Verlegung des Staatsarchivs nichts bekannt sei.⁷⁴ Darauf wandte sich der Verein unmittelbar nach Berlin. Dort scheint man genauso reagiert zu haben, denn eine Antwort ist nicht überliefert. Da der Landtag aber aufgrund seines Budgetrechts über die Mittel für den Neubau des Archivs in Bonn zu entscheiden hatte, ergriff Petri dort die Initiative. In einer geschickt vorbereiteten Rede gelang es ihm tatsächlich, die Abgeordneten von der Unsinnigkeit der Zusammenlegung zu überzeugen. Er drehte den Spieß in seiner Argumentation um und behauptete, die Pflege der historischen Wissenschaften läge im Interesse der Volkserziehung. Die Konzentration der Archive widerspräche dem Prinzip der Dezentralisation der preußischen Provinzen.

Sein Hauptargument zielte aber auf die Verbindung zwischen Archiv und Verein. Die Idsteiner Archivalien müssten allen nassauischen Bürgern, voran dem Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, und nicht nur den Bonner Gelehrten zur Verfügung stehen. Würde man die Idsteiner Archivalien nach Bonn verbringen, so wäre dies *„gleichbedeutend mit Verbrennen. Die archivalische Forschung ist so recht eine Sache der heimatlichen Liebe und der heimatlichen Erkenntnis, mit dem Verbringen derselben von dem Ort, auf welchem sie erwachsen sind, erlischt allmählich auch das Verständnis für Schrift und Inhalt.“* Es würde zu weit führen, die ganze Rede wie-

⁷² Renkhoff, Biographie (wie Anm. 18), S. 606, Nr. 3318.

⁷³ HHStAW Abt. 405 Nr. 13528 fol. 15.

⁷⁴ HHStAW Abt. 1098 VII Nr. 50.

derzugeben, aber er drohte letztlich mit dem Widerstand der gesamten nassauischen Bevölkerung mit den Worten: „*Eine Bevölkerung denkt mit ihrem Herzen, und eine Bevölkerung, welche für ihre Vergangenheit keine Liebe und keine Neigung hat, kann auch nie für die Gegenwart Liebe und Neigung fassen.*“ Die Nassauer hätten zwar die Annexion in dem Bewusstsein hingenommen, „*daß wir, wenn der Deutsche Gedanke fortentwickelt werden sollte, das Opfer unserer Selbständigkeit bringen müßten. Warum aber will man uns nun die Erinnerung an unsere Vergangenheit nehmen?*“⁷⁵

Unterstützung erhielt Petri von dem Abgeordneten Dr. Johannes Miquel, dem späteren Frankfurter Oberbürgermeister und preußischen Finanzminister. Er stammte aus dem zusammen mit dem Herzogtum Nassau 1866 annektierten Königreich Hannover und hob in seiner Rede ebenfalls die Bedeutung der Geschichtsvereine für die Erforschung der Orts- und Landesgeschichte hervor⁷⁶: „*Unsere Geschichte ist eine so mannigfaltige, wir haben eine so große Zahl in der Vergangenheit mehr oder weniger selbständiger Territorien, daß es unmöglich ist für die bloße Fachgelehrsamkeit, für die Universitäten, die sich mehr mit dem großen Ganzen der Geschichte zu beschäftigen haben, alle Spezialien... zu läutern und zusammenzutragen. Im Gegenteil ist dies gerade die Aufgabe der historischen Vereine, die Aufgabe der Laien, die sich für die Geschichte ihrer Heimat interessieren. Daß gerade die Herren Professoren sich eine besondere Aufgabe aus dem Studium der lokalen Geschichte in Deutschland gemacht hätten, das ist mir nicht bekannt.*“ Als auch Miquel von den verletzten Gefühlen der annektierten Provinzen und ihrer Bevölkerung sprach, trat die preußische Regierung den Rückzug an. In Wiesbaden entstand 1881 ein Archivneubau, in den das Staatsarchiv Idstein umzog.

Die ganze Diskussion, die hier angeführt wurde, zeigt einen Wandel in der Bewertung von regionaler Geschichte nach der Reichseinheit, der auch das Tätigkeitsfeld der Geschichtsvereine beeinflusste. Insbesondere in den annektierten Gebieten wurde die Landes- und Ortsgeschichte Teil der Erinnerungskultur und der Heimatpflege. Der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung erlebte gerade in den 70er Jahren, d.h. nach der Reichsgründung, eine Renaissance, obgleich seine Tätigkeitsfelder auf das Gebiet der musealen Sammlungen, der Archäologie und Denkmalpflege eingeschränkt wurde. Es war der Konservator des Vereinsmuseums Oberst a.D. August v. Cohausen,⁷⁷ der den in der Satzung gebrauchten Vaterlandsbegriff über das ehemalige Herzogtum Nassau hinaus anwenden wollte,

⁷⁵ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten, 21. Sitzung vom 15. Februar 1877. Berlin 1877, S. 590.

⁷⁶ Ebda. S. 595 ff.

um seine archäologischen Forschungen auf das gesamte Rheinland ausweiten zu können. Die Regierung gab ihm in der Sache Recht, bremste aber seine Aktivitäten dennoch merklich.⁷⁸

Die Wirksamkeit des Vereins auf die Öffentlichkeit nahm deutlich zu. Über die Wintervorträge und die Referate auf den monatlichen Versammlungen berichtete die Presse ausführlich. Erstmals 1872 und regelmäßig seit 1881 bot der Verein Exkursionen an, die zunächst in den Regierungsbezirk und in die unmittelbare Nachbarschaft führten. 1891 nahmen zum ersten Mal auch Damen teil. Auch besuchten Mitglieder des Vorstandes Generalversammlungen der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine und berichteten anschließend im Verein darüber.⁷⁹ Die stärkere Einbeziehung der Geschichte in das öffentliche Leben schlägt sich letztlich auch in den Zusammenschlüssen mehrerer örtlicher Geschichtsvereine nieder. Zunächst geschah dies noch unabhängig vom Zentralverein in Wiesbaden, nach der Jahrhundertwende entstanden daraus Zweigvereine im Gebiet des gesamten ehemaligen Herzogtums Nassau. Statt der „vaterländischen“ war plötzlich wieder die „nassauische“ Geschichte gefragt. Diese Ausrichtung erhielt gewissermaßen Rückenwind, als der letzte Herzog von Nassau 1890 die Erbfolge im Großherzogtum Luxemburg antrat. Die weitere Konzentration auf die Heimat- und Lokalforschung gab indessen auch Anlass, dass sich 1897 vom Verein die Historische Kommission für Nassau abgespaltete,⁸⁰ die sich für eine stärkere wissenschaftliche Ausrichtung der regionalen Geschichtsforschung einsetzte und den Arbeitsschwerpunkt auf die ehemals vom Verein propagierte Quellenedition verlegen wollte.

Abschließend bleibt festzustellen, dass der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung während des 19. Jhs. mehrere Wandlungen durchlaufen hat. Die Gründungsphase ist bestimmt von der neuen Legitimationssuche des Herzogtums Nassau sowie vom Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. Die Geschichte der Antike und des Mittelalters als gemeinsame Wurzeln führten Staat und Bürger auf ihrer Suche nach Identität und nach einem neuen Staatsbewusstsein zusammen. Der Staat konnte von der Vereinsarbeit profitieren, ohne durch Gründung staatlicher Institutionen selbst auf dem Gebiet der Archäologie und Geschichtsschrei-

⁷⁷ August v. Cohausen (1812-1894) war kein gebürtiger Nassauer, sondern preußischer Offizier. Über ihn siehe Ferdinand Kutsch: Karl August von Cohausen 1812 bis 1894, in: Nassauische Lebensbilder 1 (wie Anm. 69), S. 145-152. Renkhoff, Biographie (wie Anm. 18), S. 108, Nr. 606.

⁷⁸ HHStAW Abt. 405 Nr. 13528.

⁷⁹ Struck, 175 Jahre (wie Anm. 4), S. 16.

⁸⁰ Wolf-Heino Struck: Neunzig Jahre Historische Kommission für Nassau, in: Nassauische Annalen 98, 1987, S. 251-272.

bung tätig werden zu müssen. Der Verein erfreute sich dafür des staatlichen Schutzes und einer wachsenden finanziellen Förderung. Dies setzte jedoch voraus, dass Statuten die Vereinsorganisation und -arbeit umrissen. So entwickelte sich außerhalb jeglicher Korporationen und Standesgrenzen⁸¹ im Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung eine soziale Organisationsform, die den Bestrebungen der Bürger nach größerer Mitverantwortung im Staat⁸² entgegenkam. Es ist jedoch nicht zu verkennen, dass in der Gründungsphase vor allem die höheren Staatsbeamten im Verein ein zusätzliches Betätigungsfeld fanden. Dass eine solche Vereinsgründung in Nassau besonders früh und erfolgreich gelang, war dem Modernisierungseffekt zuzuschreiben, den dieser Staat in der napoleonischen Zeit bis 1817 erlebte.

Eine festere Bindung an den Staat erfuhr der Verein durch die Satzung von 1823, die dem Geist der Karlsbader Beschlüsse folgte und dem Sicherheitsbedürfnis des Staates Rechnung trug. Der Verein übte auf dem Gebiet der Archäologie, der musealen Sammlungstätigkeit⁸³ und der Denkmalpflege Aufgaben aus, für die er gewisse hoheitliche Befugnisse erhielt. Er entlastete somit den Staat durch Selbsthilfe.⁸⁴ Durch seine Publikationstätigkeit wendete sich der Verein an eine wissenschaftlich interessierte, aber sonst nicht näher bestimmte Öffentlichkeit. Seine Aktivität blieb auf das nassauische Vaterland beschränkt. In den regelmäßig stattfindenden Versammlungen, Wahlen, Abstimmungen und mehrheitlich gefassten Beschlüssen bewahrte der Verein demokratische Elemente, aus denen sich im Vormärz eine Streitkultur entwickelte. Diese wird in der Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Tradition, die den Aufgabenbereich auf das Gebiet der Archäologie und Denkmalpflege beschränken wollten und den Neuerern, die eine Stärkung der Geschichtsforschung wünschten und sich für die Öffnung der Archive im Dienste der historischen Wissenschaften einsetzten, offenbar. Diese Vorgänge im Verein für Nassauische Altertumskunde haben zweifellos persönliche Gründe, doch spiegelt sich darin auch eine damals allgemein zu beobachtende Diskussion um die Erhaltungswürdigkeit und den Wert der alten Urkunden und Akten als Schriftdenkmäler und Zeugnisse der Vergangenheit wider.⁸⁵ Der größte Umbruch im Verein vollzieht sich nach der Revolution in den 50er und 60er Jahren. Archäologie und Denkmal-

⁸¹ Wolfgang Hardtwig: Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848, in: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. München 1984 (HZ Beih. N.F. 9), S. 10-50, hier: S. 13.

⁸² Nipperdey (wie Anm. 12), S. 17.

⁸³ Kunz (wie Anm. 3), S. 55.

⁸⁴ Nipperdey, (wie Anm. 12), S. 41.

⁸⁵ Heimpel (wie Anm. 5), S. 60.

pflege behielten zwar ihre Wertigkeit in der Vereinsarbeit, doch nahm die Landesgeschichte eine eigenständigere Rolle ein. Die sich schon im Vormärz abzeichnende Neigung zur Verwissenschaftlichung und der Einfluss politisch liberaler und fortschrittlicher Mitglieder fand in der neuen Satzung von 1851 ihren Niederschlag. Die dort verankerte Pflege der vaterländischen Geschichte ließ sich durch ein restriktives Vereins- und Versammlungsrecht ebenso wenig aushebeln wie die nationalstaatlichen und preußenfreundlichen Tendenzen der oppositionellen nassauischen Liberalen.

Ganz im Gegenteil hat der nationalliberale Karl Braun den Verein sicher durch die Fährnisse der Annexion gesteuert. In den Vorgängen seit 1866 bzw. 1871 bestätigt sich die These von der Identitätssuche in Zeiten des Wandels. Die nationale Einheit unter Preußens Führung war politische Realität geworden. Die Region, das ehemalige und nunmehr von Preußen annektierte Nassau, bestand ideell fort, ohne dass der Verein separatistische Neigungen pflegte. Nachdem Nassau Teil des deutschen Reiches und der preußischen Monarchie geworden war, nahm sich der Verein der regionalen Erinnerungskultur an und behauptete sich selbstbewusst gegen alle Versuche zur Vereinnahmung der regionalen Geschichte durch den Zentralstaat. Die preußische Regierung hat ihren Beitrag zur Stärkung dieses regionalen Selbstbewusstseins geleistet, indem sie sich entschloss, das Staatsarchiv, die Landesbibliothek und das Museum zu erhalten und in Wiesbaden zu konzentrieren.

Erst das in der wilhelminischen Zeit zunehmende nationale Pathos hat schließlich den Verein gespalten in eine wissenschaftliche, von den Fachhistorikern und Archivaren geprägte Ausrichtung, wahrgenommen durch die Historische Kommission für Nassau, und eine heimatgeschichtliche, vor allem von den Bildungsbürgern gepflegte Gruppe im Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die personellen Verflechtungen zwischen Verein, Kommission, Museum, Landesbibliothek und Staatsarchiv nach wie vor eng blieben. Zunehmend gewannen gegen Ende des 19. Jhs. die Fachleute aus Museum, Archiv und Bibliothek Einfluss auf die Geschicke des Vereins. Gleichzeitig nahm die Zahl der Vereinsmitglieder aus dem Bereich des Bürgertums zu. Dazu trug jedoch auch die vermehrte Öffentlichkeitsarbeit des Vereins in den 1890er Jahren bei. Schwankte die Mitgliederzahl in den Jahren 1860 bis 1899 noch zwischen 370 und 450, so erhöhte sie sich bis 1909 auf über 700.

Die lang anhaltende ungebrochene Tradition dieses Vereins und seine nachhaltige Arbeit beweisen, dass der Verein bisher stets flexibel auf sich verändernde Bedingungen reagiert hat. Seine Ausstrahlung auf

das Umland Wiesbadens und in den Bereich des ehemaligen Herzogtums Nassau, seine enge Verflechtung mit dem Museum Wiesbaden, der Landesbibliothek und dem Hauptstaatsarchiv, sein öffentliches Engagement zugunsten des Erhalts von Baudenkmalern und Zeugnissen unserer Vergangenheit, die Offenheit des Vereins für Laien und Fachleute gleichermaßen, die Öffentlichkeitsarbeit und das schon seit bald 200 Jahren bestehende enge Netzwerk mit den Kulturinstitutionen des Nassauer Landes auch über die modernen Landesgrenzen hinaus begründen wohl das Geheimnis seines Erfolgs.

„Unter allen Landen deutscher Erde preis ich Waldeck, mein lieb Heimatland“ Das historische Vereinswesen im Fürstentum Waldeck-Pyrmont

Karl Murk

„Unter allen Landen deutscher Erde preis ich Waldeck, mein lieb Heimatland, bis zum letzten Atemzug der Ehre, treu ihm weihen will ich Herz und Hand“. Mit diesen Zeilen beginnt das im Jahre 1890 von dem Pfarrer August Koch gedichtete Waldecker Lied, in dem in pathetischen Wendungen die landschaftliche Schönheit und Eigenart des kleinen Landes und die Treue seiner Bewohner zu ihrer Heimat gefeiert werden. Das jedem Waldecker wohlvertraute Lied mit seiner getragenen Melodie wurde zur Hymne des Waldecker Landes und wird noch heute bei jedem Volks- und Heimatfest, aber auch bei offizielleren Anlässen von den eingefleischten Patrioten gesungen. Ein nicht unwichtiger Träger dieses nach wie vor lebendigen Eigenständigkeitsbewußtseins ist der Waldeckische Geschichtsverein, zu dessen Gründungsmitgliedern der Dichter des Liedes zählte. Von 1913 bis 1932 hatte August Koch den Vereinsvorsitz inne.

Hier soll nach dem spezifischen Beitrag des historischen Vereinswesens zur Förderung des stark ausgeprägten „Wir-Gefühls“ und regionalen Sonderbewußtseins im Fürstentum Waldeck-Pyrmont in der zweiten Hälfte des 19. und im frühen 20. Jahrhundert gefragt werden. Dabei erscheint es zunächst einmal erforderlich, einleitend den staatlichen Bezugsrahmen und politisch-sozialen Erfahrungsraum, in den die Gründergruppe verwoben war und von dem sie ihre Impulse empfing, auszuloten. Nach einem kurzen Überblick über die Situation des Fürstentums Waldeck-Pyrmont im Vorfeld der Reichsgründung und im Kaiserreich ist nach dem Tun und Denken, den Absichten, Zielperspektiven, Erfahrungs- und Erwartungshorizonten der Vereinsgründer zu fragen. Wer waren die Gründerväter und was trieb sie an? Welches Geschichtsverständnis prägte den Verein und welche Geschichtsbilder wurden von ihm vermittelt? Was wissen wir über die Adressaten und die Rezeption? Welche Mitglieder zog der Verein an? Und schließlich: Wo ist der Verein im gesellschaftlichen und politischen Spektrum des Fürstentums zu verorten? Welche staats- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen prägten - offen oder unausgesprochen - Verein, Vorstand und Mitgliedschaft?

Kommen wir zunächst zu den Quellen. Die in der Geschäftsstelle in Arolsen verwahrte Vereinsüberlieferung ist nur lückenhaft nach dem Zufallsprinzip auf uns gekommen, Nachlässe der Vereinsgründer und der den Verein maßgeblich prägenden Persönlichkeiten sind leider nicht überliefert. Das im Staatsarchiv Marburg ruhende amtliche Schriftgut gibt nur dann Auskunft über den Verein, wenn dieser bei den zuständigen Behörden um Statutenbestätigung, um Protektoratsübernahme durch den Landesherrn oder um finanzielle Unterstützung nachsuchte. Mit Abstand die ergiebigsten und aussagekräftigsten Quellen sind die Vereinspublikationen, vor allem die zunächst in unregelmäßiger Folge und nur kurzzeitig zwischen 1864 und 1874 erscheinenden „Beiträge für die Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont“, seit der Wiederbelebung des Vereins die seit 1901 regelmäßig erscheinenden „Geschichtsblätter für Waldeck und Pyrmont“ und darin vor allem die Jahresberichte der Schriftführer, ferner Pressemitteilungen und Satzungen sowie Sonderpublikationen.

1.

1862, im Gründungsjahr des „Historischen Vereins für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont“, erschien im „Conversationslexicon der Gegenwart“ ein Artikel über die politische und soziale Entwicklung Waldecks, dessen Verfasser betonte, „daß das Fürstenthum Waldeck noch vor 20 Jahren sowol in geographischer wie in statistischer und historischer Beziehung als eine terra incognita“ bezeichnet worden sei, von der „nicht nur dem gebildeten Publikum, sondern selbst dem Gelehrten vom Fach wenig mehr bekannt war als von manchen Inseln der Südsee“.¹ In der Annahme, daß sich der diesbezügliche Kenntnisstand jenseits der Grenzen des Waldecker Landes trotz der nunmehr über 100 Jahre währenden historiographischen Bemühungen des Waldeckischen Geschichtsvereins und der in den letzten beiden Jahrzehnten vor allem von dem Marburger Archivoberrat Gerhard Menk vorangetriebenen einschlägigen Forschungen über einen relativ kleinen Spezialistenkreis hinaus kaum wesentlich verbreitert haben dürfte, soll daher zunächst einmal die territorialpolitische Entwicklung des Kleinstaates in groben Zügen nachgezeichnet werden.

Zwischen dem 12. und 14. Jahrhundert bauten die von der Mittelweser stammenden Grafen v. Schwalenberg, die sich seit 1180 nach der im Edertal gelegenen Burg v. Waldeck nannten, im Nordwesten des heutigen Bundeslandes Hessen einen nahezu geschlossenen Herrschaftsbereich auf. Die Territorialbildung zwischen dem Diemeltal und

¹ O. Speyer, Das Fürstenthum Waldeck-Pyrmont und die sociale und politische Entwicklung seit 1848, in: Unsere Zeit. Jahrbuch zum Conversations-Lexicon der Gegenwart, Bd. 6, Leipzig 1862, S. 657-699, hier S. 657.

dem Ederbergland erfolgte in Konkurrenz zu den mächtigeren Nachbarterritorien, den Erzstiften Köln und Mainz, dem Hochstift Paderborn und der Landgrafschaft Hessen, deren Macht- und Einflußsphären sich in diesem Raum überlappten und wechselseitig neutralisierten.² Daß der Ausbau und die langfristige Konsolidierung des Territoriums gelang, war zunächst und vor allem das Verdienst der Grafen v. Waldeck, die 1349 die kaiserliche Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit erlangten, im Primogeniturstatut von 1685 die Landeseinheit sicherten und 1712 in den erblichen Reichsfürstenstand erhoben wurden. Über acht Jahrhunderte hat das Geschlecht, dessen Nachfahren noch heute das Schloß in der ehemaligen Residenzstadt Arolsen bewohnen, die Geschicke des Landes maßgeblich bestimmt. Das Kernterritorium hatte schon 1344 seine endgültige Gestalt gewonnen. Von den im Laufe des 17. Jahrhunderts durch Erbschaft angefallenen Exklaven in Niedersachsen, Thüringen (Tonna) und den Niederlanden (Cuylenburg) konnte Waldeck lediglich die ca. 50 km nördlich des Stammlandes, zwischen Hannover, Braunschweig und Lippe gelegene Grafschaft Pyrmont auf Dauer halten. Der im wesentlichen aus dem Bad Pyrmont und zehn umliegenden Dörfern bestehende Außenposten wurde erst 1922 von Waldeck getrennt und der preußischen Provinz Hannover zugeschlagen.

Die politische Existenz des Kleinstaates mit seinen um 1800 kaum mehr als 50.000 Einwohnern war zwar stets gefährdet - auf lange Sicht entpuppten sich die Landgrafen von Hessen bzw. Hessen-Kassel, denen 1431/38 die Lehnsherrschaft über die in verschiedene Linien aufgespaltene Grafschaft aufgetragen worden war, als gefährlichste Gegner der waldeckischen Eigenständigkeit -, unter dem Schirm der Reichsverfassung vermochten die Grafen bzw. Fürsten letztlich jedoch alle Mediatisierungsversuche erfolgreich abzuwehren. Sogar die territorialpolitischen Umbrüche der Jahre 1806 und 1815 überstand das Fürstentum als souveränes Mitglied zunächst des napoleonischen Rheinbunds, dann des Deutschen Bundes unbeschadet. Neben dem unverkennbaren Gespür der Landesherren und ihrer Ratgeber für die sich mitunter rasch wandelnden Konjunkturen der großen Politik dürfte das abgelegene Fürstentum sein staatliches Überleben vor allem der eigenen Unbedeutendheit zu verdanken gehabt haben. Die geringe Größe und die ungünstige verkehrstechnische Lage des waldreichen Berglandes, die Armut seines Bodens und seiner überwiegend von den spärlichen Erträgen der Landwirtschaft lebenden Bewohner sorgten

² Vgl. U. Bockshammer, *Ältere Territorialgeschichte der Grafschaft Waldeck* (Schriften des Hess. Landesamts für geschichtliche Landeskunde, 24), Marburg 1958.

dafür, daß sich die territorialpolitischen Begehrlichkeiten der Anrainernstaaten in Grenzen hielten.³

Der in den 1860er Jahren zunehmend eskalierende preußisch-österreichische Dualismus bedrohte mit dem Deutschen Bund das politische Ordnungsgefüge in Zentraleuropa, unter dessen Schutz und Schirm die staatliche Existenz des Fürstentums Waldeck seit dem Wiener Kongreß gesichert worden war. Als Kurhessen, Frankfurt und das Herzogtum Nassau infolge des deutsch-deutschen Bruderkrieges von 1866 von der politischen Landkarte getilgt wurden, konnte Waldeck seine Eigenständigkeit erneut, wenn auch mit beträchtlichen Einschränkungen bewahren. Durch den Abschluß des sog. Akzessionsvertrages am 18. Juli 1867 übernahm Preußen, das schon seit längerer Zeit in zunehmendem Maße den eindeutigen und auch einzigen Bezugs- und Orientierungspunkt der waldeckischen Politik gebildet hatte, mit Ausnahme der Kirchenangelegenheiten die gesamte innere Verwaltung des Fürstentums Waldeck-Pyrmont. Alle politischen Entscheidungen von Belang wurden hinfort in Berlin getroffen, ihre Umsetzung vor Ort oblag einem in Arolsen installierten Landesdirektor. Der Akzessionsvertrag überdauerte auch den Umbruch von 1918. Nach seiner Kündigung durch Preußen (1925) wurde der Freistaat Waldeck 1929 der Provinz Hessen-Nassau eingegliedert.⁴

2.

Wenn Gerhard Menk, der derzeit beste Kenner der waldeckischen Geschichte, in der „Verspätung“ ein besonders charakteristisches Kennzeichen der politischen und sozioökonomischen Strukturen des Kleinstaates entdeckt zu haben glaubt,⁵ so gilt dies im Hinblick auf das historische Vereinswesen nicht minder. Der auf Initiative des pensionierten Korbacher Gymnasialdirektors Louis Curtze 1862 gegründete „Historische Verein für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont“ war ein Nachzügler. In den Nachbarstaaten waren Geschichtsvereine z.T. bereits seit Jahrzehnten aktiv. Mit Recht fragte daher im Juli 1862 der

³ Vgl. die grundlegenden Überblicksdarstellungen: C. Cramer, Territoriale Entwicklung, in: B. Martin/R. Wetekam (Hg.), Waldeckische Landeskunde, Arolsen 1971, S. 171-261; G. Menk, Grundzüge der Geschichte Waldecks in der Neuzeit. Perspektiven und Perseveranz kleinstaatlicher Politik, in: Hess. Jb LG 37, 1987, S. 241-297; Ders., Waldecks Beitrag für das heutige Hessen (Hessische Landeszentrale für politische Bildung. Hessen: Einheit aus der Vielfalt, 4), Wiesbaden 2001.

⁴ Zum Akzessionsvertrag vgl. Menk, Waldecks Beitrag (wie Anm. 3), S. 104 ff.; dazu wie auch zur Kündigung des Vertrags und zum Ende der waldeckischen Eigenständigkeit: G. Menk, Das Ende des Freistaates Waldecks. Möglichkeiten und Grenzen kleinstaatlicher Existenz in Kaiserreich und Weimarer Republik (Waldeckische Historische Hefte, 1), Arolsen 1998.

⁵ Vgl. Menk, Grundzüge (wie Anm. 3), S. 241 ff.

anonyme Verfasser des Gründungsaufrufs im „Waldeckischen Anzeiger“ - vermutlich handelte es sich um Curtze: „Waldeck hat eine beinahe 1000jährige Geschichte, hat Regenten aufzuweisen, die unsere höchste Achtung verdienen, zeigt ein Volksleben, das in verschiedenen Seiten hin Interesse bietet: warum sollte dies Land sich anderen historischen Vereinen nicht würdig anschließen können“?⁶ Man deklarierte die Gründung als ein „patriotisches Werk“, „das ohne alle Nebenabsichten nur aus Interesse für die vaterländische Geschichte, in deren Bearbeitung wir noch sehr hinter anderen Staaten zurückstehen, unternommen wird“.⁷

Die Initiative ging von heimatkundigen bürgerlichen Gelehrten, vor allem von Lehrern und Pfarrern, aus. Die Gründerväter übernahmen die Vorstandsposten und bildeten den aktiven Kern des Vereins. Initiator und bestimmende Figur war Louis Curtze. Curtze hat nicht nur im kulturellen Leben der Stadt Korbach und des Landes durch eine Fülle von Aktivitäten, durch Festreden und Publikationen, durch Vereinsgründungen und Stiftungen wie auch durch die Organisation der Korbacher Gutenberg-, Goethe- und Schillerfeiern von sich reden gemacht, sondern war seinerzeit auch der mit Abstand beste Kenner der waldeckischen Geschichte, was in zahlreichen Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenaufsätzen seinen Niederschlag gefunden hat.⁸ Nach dem Studium der Theologie und der klassischen Philologie in Göttingen lehrte der Pfarrerssohn Curtze seit 1828 an der traditionsreichen Alten Landesschule in Korbach, dem einzigen humanistischen Gymnasium des Waldecker Landes. Seit den 1830er Jahren bis kurz vor seinen Tod im Jahre 1870 betrieb Curtze intensive Quellenstudien im waldeckischen Archiv. Die dort gewonnenen Erkenntnisse fanden u.a. Eingang in seine 1843 erschienene, mit einem Koautor verfaßte „Geschichte

⁶ Waldeckischer Anzeiger Nr. 98 vom 20. Aug. 1862, zit. nach: G. Jedicke, Waldeckischer Geschichtsverein im Wandel. Zur Gründung des Historischen Vereins für Waldeck und Pyrmont vor 125 Jahren, in: Gbll. Waldeck 75, 1987, S. 17-42, hier S. 36.

⁷ Ebd.; zur Gründung des Geschichtsvereins vgl. ferner W. Heinemeyer, Die Gründung des Waldeckischen Geschichtsvereins im Rahmen der historischen Vereine in Waldeck, in: Gbll. Waldeck 75, 1987, S. 7-15; Jedicke, Geschichtsverein im Wandel (wie Anm. 6); G. Menk, Louis Curtze und die Anfänge der modernen Historiographie und des historischen Vereinswesens in Waldeck (1862-1874), in: W. Speitkamp (Hg.), Staat, Gesellschaft, Wissenschaft. Beiträge zur modernen hessischen Geschichte (Veröffentl. der Historischen Kommission für Hessen, 55), Marburg, 1994, S. 281-312.

⁸ Zu Curtze vgl. A. Hahn, Dr. Louis Curtze, Gymnasialdirektor a.D., in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 3, Arolsen 1872, S. 319-348; B. Martin/H. Nebelsieck, Louis und Karl Curtze (1807-1870, 1807-1855), Volkskundler, Geschichtsforscher, Theologen und Schulmänner, in: I. Schnack (Hg.), Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830-1930, Bd. 3, Marburg 1942, S. 39-49; Menk, Curtze (wie Anm. 7).

und Beschreibung der St. Kilianskirche“ in Korbach,⁹ in die historisch-topographische „Geschichte und Beschreibung des Fürstenthums Waldeck und Pyrmont für Stadt- und Dorfschulen“ (1846),¹⁰ vor allem jedoch in sein 1850 erschienenen, 664 Seiten starkes Hauptwerk „Geschichte und Beschreibung des Fürstenthums Waldeck. Ein Handbuch für Vaterlandsfreunde“.¹¹ Der geistige Einfluß der Brüder Grimm, mit denen Curtze korrespondierte und zu deren Weistumsforschungen er Quellentexte aus dem Waldeckischen beisteuerte, ist im Motto des Buches deutlich spürbar. „Wer seine Heimat liebt, muß sie auch verstehen wollen; wer sie verstehen will, überall in ihre Geschichte eindringen“.¹² Noch deutlicher kommt diese Traditionslinie in den 1860 erschienenen „Volksüberlieferungen aus dem Fürstenthum Waldeck“ zum Ausdruck, einer Sammlung von Märchen, Sagen, Volksreimen, Rätseln und Sprichwörtern, die Curtze über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten während der Schulferien, von Dorf zu Dorf wandernd, zusammengetragen hatte.¹³ Doch nicht nur Grimmsches Gedankengut beeinflusste Curtzes Wirken, auch die wissenschaftliche Historiographie eines Leopold v. Ranke hat den jungen Philologen nach eigenem Bekunden zutiefst beeindruckt.¹⁴

Neben Curtze traten die anderen Gründungsmitglieder deutlich in den Hintergrund. Das gilt sowohl für den Korbacher Konrektor Carl Beck, einen ehemaligen Kollegen Curtzes, der den Posten des Schriftführers übernahm, als auch für den Vereinsvorsitzenden, den Superintendenten und Hofpfarrer Karl Steinmetz aus Arolsen, einen Kirchenmann mit enger Anbindung an den Hof, für Finanzrat August Dreves ebenso wie für den Regierungsassistenten Carl Waldeck. Curtze hat nicht nur die Vereinsgründung angeregt, sondern auch die Statuten maßgeblich verfaßt, zumal er mit den diesbezüglichen Gepflogenheiten der benachbarten Vereine bestens vertraut war. Seit 1843 war Curtze korrespondierendes Mitglied des 1834 gegründeten „Verein(s) für hessische Geschichte und Landeskunde“, im Jahr darauf wurde er zum

⁹ L. Curtze/F. von Rheins, Geschichte und Beschreibung der St. Kilianskirche zu Korbach, 1843.

¹⁰ L. Curtze, Geschichte und Beschreibung des Fürstenthums Waldeck und Pyrmont für Stadt- und Dorfschulen, Arolsen 1846.

¹¹ L. Curtze, Geschichte und Beschreibung des Fürstenthums Waldeck. Ein Handbuch für Vaterlandsfreunde, Arolsen 1850.

¹² Curtze, Geschichte (wie Anm. 11), S. II; vgl. ferner G. Kapfhammer, Der Einfluß der Brüder Grimm auf die waldeckischen Volkskundler und Geschichtsforscher Louis und Karl Curtze, in: Gbl. Waldeck 74, 1986, S. 109-130.

¹³ Vgl. L. Curtze, Volksüberlieferungen aus dem Fürstenthum Waldeck. Märchen, Sagen, Volksreime, Rätsel, Sprichwörter, Aberglauben, Sitten und Gebräuche, nebst einem Idiotikon, hg. u. eingeleitet von G. Menk (Waldeckische Forschungen, 2), Arolsen 2002.

¹⁴ Vgl. Menk, Curtze (wie Anm. 7), S. 287.

ordentlichen Mitglied des bereits 1824 gegründeten „Verein(s) für Geschichte und Altertumskunde Westfalens“ berufen.¹⁵ Die in den Statuten niedergelegten Vereinszwecke lehnten sich denn auch eng an die entsprechenden Vorbilder in der Nachbarschaft an.

Im Verein fungierte Curtze vor allem als Redakteur und nahezu alleiniger Herausgeber der Vereinszeitschrift, der „Beiträge für die Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pymont“. Er bestimmte den inhaltlichen Zuschnitt und legte die Qualitätsmaßstäbe fest, er korrespondierte mit den Autoren, ermunterte, erteilte Ratschläge und verfaßte selbst zahlreiche Beiträge. Die Publikation der Zeitschrift bereitete jedoch gewisse Schwierigkeiten, was allein schon an den Zeitabläufen ihres Erscheinens ablesbar ist. Sie erschien in unregelmäßiger Folge zwischen 1864 und 1874 in Einzelheften, die nach Ablauf einer gewissen Zeit zu insgesamt vier Gesamtbänden zusammengefaßt wurden. Eigentlich sollte ab 1863 ein aus zwei Heften bestehender Gesamtband pro Jahr erscheinen, doch erstreckte sich bereits die Fertigstellung des 694 Seiten starken ersten Gesamtbandes vom Erscheinen des ersten Heftes (1864) bis zur Fertigstellung des Inhaltsverzeichnisses über einen Zeitraum von zwei Jahren. Band 2 konnte erst 1869 vorgelegt werden.

Die Schuld am schleppenden Erscheinen der Vereinszeitschrift trugen vor allem der Mangel an hinlänglich qualifizierten Autoren und die finanziellen Schwierigkeiten. So gingen z.B. die Mitgliederbeiträge nur schleppend ein; 1872 mußte der Verein die Rechnungsablage wegen unklarer Einnahmen- und Ausgabenverhältnisse verschieben. Sonderpublikationen, wie die 1867 erschienene, von Louis Curtze bearbeitete und herausgegebene Edition eines aus dem 17. Jahrhundert stammenden Manuskripts des Geheimen Rats Johann Georg v. Rauchar über Fürst Georg Friedrich von Waldeck, sprengten den Rahmen des finanziell Machbaren. Allein der Satz dieses Werkes war so teuer, daß er aus den ordentlichen Mitgliederbeiträgen nicht bestritten werden konnte. Am Ende sprangen die dem Fürstenhaus entstammenden Ehrenmitglieder mit einem mehrjährigen Sonderbeitrag in die Bresche.¹⁶

Konnten die Finanzlöcher durch großzügige Spenden des Hauses Waldeck und gelegentliche Finanzspritzen seitens der Behörden zumindest notdürftig gestopft werden, so hinterließ der Tod Louis Curtzes am 1. April 1870 eine unersetzliche Lücke. Fortan ging es zumindest nach Ansicht eines Vorstandsmitglieds nur noch darum, aus „Pietät“ gegenüber dem Verstorbenen „Angefangenes zu einem Abschluß zu

¹⁵ Vgl. Heinemeyer, Gründung (wie Anm. 7), S. 9.

¹⁶ Zur Publikationstätigkeit des Vereins vgl. Menk, Curtze (wie Anm. 7), S. 291 ff.

bringen“,¹⁷ was letztlich gleichbedeutend war mit einer Abwicklung des Unternehmens in geregelter Form.

1871 starb mit Karl Steinmetz der Vereinsvorsitzende, neben Curtze einer der wichtigsten Beiträge zur Vereinszeitschrift. Die bereits im Druck befindlichen Manuskripte wurden zwar noch publiziert, die Akquisition ansprechender und qualitativ hinreichender Beiträge fiel jedoch immer schwerer, was sich bereits im deutlich reduzierten Umfang des 1872 vorgelegten dritten Bandes der „Beiträge“ bemerkbar machte. 1874 erschien das letzte, nur noch aus einem einzigen Beitrag bestehende Heft der Reihe, eine Veröffentlichung aus dem Nachlaß des verstorbenen Vorsitzenden Steinmetz, von der ihr Herausgeber einleitend bemerkte, daß sie nicht dem Standard entspreche, den „man heutzutage bei gelehrten Geschichtswerken erwarten zu dürfen verwöhnt ist“.¹⁸

Spätestens 1876 dürfte der Verein seine Tätigkeit weitgehend eingestellt haben. Eine formelle Auflösung ist nie erfolgt. Erst 1893 wurde bei einigen älteren Mitgliedern und nachgewachsenen Geschichtsinteressierten der Wunsch nach einer Wiederbelebung des Vereins laut. Zu diesem Zweck versammelte sich im September 1893 ein achtköpfiger illustrierter Kreis (ein Geheimer Rat, ein Konsistorialrat, ein Kanzleirat, ein Kammerrat, ein Oberlandesgerichtsrat aus Münster, der ehemalige Schloßbibliothekar, ein Pfarrer und ein Oberlehrer) in einer Arolser Gaststätte. Das Unternehmen begann zunächst vielversprechend: Man wählte eine Kommission, die ein Rundschreiben mit der Gründungsankündigung und der Aufforderung zum Beitritt in den größeren Städten des Fürstentums verbreitete. 1894 wurde im Rahmen einer ersten Jahresversammlung ein Vorstand gewählt. Den Vorsitz übernahm der Geheime Hof- und Kammerrat Harry v. Möhlmann, ein promovierter Philologe, ehemaliger Gymnasiallehrer und Prinzenerzieher, der durch eigene Studien mit der Geschichte des Landes vertraut war. Der Vorstand faßte auch umgehend den Beschluß, eine neue Vereinszeitschrift einzurichten.¹⁹ Danach aber fielen die Honoratioren des Vereins erneut in einen mehrjährigen Dornröschenschlaf, aus dem sie erst im Jahre 1900 erwachten, möglicherweise als Reaktion auf einen im August 1899 gefaßten Beschluß des „Verein(s) für hessische Ge-

¹⁷ A. Hahn, Vorwort, in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 3,2, Arolsen 1871, S. III.

¹⁸ Vorrede zu K. Steinmetz, Geschichte Waldecks bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, Mengershausen 1874, S. IV.

¹⁹ Zur Wiedergeburt des Vereins vgl. die ausführliche Schilderung im „Jahresbericht erstattet vom Vereinsschriftführer Oberlehrer R. Flade“, in: Gbl. 2, 1902, S. 144-153.

schichte und Landeskunde“ zur Gründung einer waldeckischen Filiale.²⁰

Aufbruchstimmung verbreiteten vor allem die beiden damals neu-gewählten Vorstandsmitglieder, zum einen der aus Fürstenberg stammende, inzwischen in Greifswald lehrende Professor für christliche Archäologie Victor Schultze, zum anderen, wenn auch mit gewissen Abstrichen, der Kammerherr v. Hadeln. Beide waren 1900 zunächst als Beisitzer in den Vorstand eingetreten, übernahmen aber schon im darauffolgenden Jahr die Redaktion der Vereinszeitschrift. Schultze hat der Publikationstätigkeit des Vereins in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts seinen Stempel maßgeblich aufgeprägt und die Waldeckforschung von Greifswald aus angekurbelt. Schon nach kurzer Zeit betreute er die jährlich erscheinenden Bände mehr oder weniger allein, seit 1913 fungierte er auch formell als alleiniger Herausgeber der Zeitschrift, zu der er regelmäßig auch Beiträge beisteuerte. Schultze war es auch, der im Jahre 1901 den Entwurf einer neuen Satzung des „Geschichtsverein(s) für die Fürstentümer Waldeck und Pyrmont“, wie sich der Verein fortan nannte, vorlegte, der mit wenigen Zusätzen und Ergänzungen angenommen wurde.²¹

Was trieb einen Greifswalder Professor, dessen eigentliches Forschungsfeld die christliche Archäologie war, dazu, sich in diesem Maße zu engagieren? Sein Motiv läßt Schultze im Vorwort der von ihm 1909 herausgegebenen „Waldeckischen Landeskunde“ anklingen: „Die Waldecker sind ein Heimatvolk. Mag da die Fremde sie in ihre Weiten bis über das Meer aufgenommen haben, mag der väterliche Boden im Kranz der hohen Berge sie tragen - Heimatliebe und Heimattreue halten die Volksgenossen mit starken Banden umschlossen wie Kinder desselben Vaterhauses“.²²

3.

Was zur Erforschung der Geschichte anspornte, blieb natürlich nicht unberührt vom zeittypischen Geschichtsverständnis. Wieviel davon jeweils im einzelnen in die Arbeit miteinflöß, ist nicht immer lupenrein

²⁰ Vgl. G. Menk, Victor Schultze und der waldeckische Geschichtsverein, Vortrag im Rahmen des Kolloquiums „Leben und Wirken des waldeckischen Kirchenhistorikers Victor Schultze“ zum 150jährigen Geburtstag, veranstaltet vom Staatsarchiv Marburg und dem Verein für hessische Geschichte und Landeskunde am 26. Okt. 2002 im Staatsarchiv Marburg.

²¹ Vgl. Flade, Jahresbericht (wie Anm. 19), S. 150; zu Schultze vgl. ferner D. von Haller, Zum Gedächtnis an D. Dr. Victor Schultze, in: Gbll. Waldeck 38, 1938, S. 1-14; Gedenkschrift zum hundertjährigen Geburtstag von Prof. D. Dr. Victor Schultze. Gewidmet vom Waldeckischen Geschichtsverein, Korbach 1951.

²² V. Schultze (Hg.), Waldeckische Landeskunde, Mengersinghausen 1909, S. V.

erkennbar. Aus den Gründungsaufrufen, Satzungen und programmatischen Verlautbarungen spricht vielfach noch die romantisch angehauchte Zuversicht, durch Vertiefung ins Vergangene auf die Wurzeln des Gegenwärtigen zu stoßen bzw. der arglose Glaube an den lebensweltlichen Nutzen der Vergangenheitserkenntnis. Wie auch andernorts ging es zunächst einmal um Überlieferungssicherung, d.h. um das Aufsuchen und Sammeln der Geschichtsquellen von regionaler und örtlicher Relevanz, sowie um die Herausgabe einer Vereinszeitschrift. War noch in der Gründungsankündigung des „Historischen Vereins“ von 1862 davon die Rede gewesen, daß dort „meist mehr unterhaltende, als streng wissenschaftlich gehaltene Beiträge“ veröffentlicht werden sollten, die „allen Kreisen zu genügen“ hätten,²³ so setzte sich schon in den kurz darauf festgeschriebenen Statuten offenbar auf Anregung Curtzes eine mehr wissenschaftlich ausgerichtete Konzeption durch. Den historiographischen Interessen Curtzes entsprechend, sollten die Beiträge nicht nur die herrschaftliche Ebene, sondern auch die Kulturgeschichte berücksichtigen. Als Themenfelder waren vorgesehen: vollständige oder auszugsweise Quellenpublikationen, historische Abhandlungen aus den Bereichen Landes-, Regenten-, Kirchen-, Schul- und Adelsgeschichte, darüber hinaus bekundete man Interesse an Lebensbeschreibungen bedeutender Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kunst.²⁴ Diesem Anspruch wurde bereits der erste, 694 Seiten starke Band der „Historischen Beiträge“ vollauf gerecht, in dem nahezu alle Vorstandsmitglieder mit einschlägigen Beiträgen vertreten waren. Ausstattung und Inhalt auch der Folgebände ließen zumindest in dieser Hinsicht zunächst keine Wünsche offen.

Der wiederbelebte Geschichtsverein schloß im Jahre 1901 nahtlos an diese Konzeption an. Victor Schultze betonte in seiner programmatischen Vorbemerkung zum ersten Band: „Denn gerade in der Gegenwart findet die landesgeschichtliche Forschung in dem Maaße wachsende Würdigung, als die allgemeine Geschichtsschreibung, bis dahin vorwiegend politischen Inhaltes, für neue unumgängliche Fragen sich aufgeschlossen hat, die auf die Erfassung der geschichtlichen Eigenart des ganzen Volksthum abzielen. Das wirthschaftliche und überhaupt kulturgeschichtliche Leben wird in steigendem Maaße gewerthet. Hier mitzuhelfen, ist Beruf und Pflicht der landesgeschichtlichen Forschung; nur mit Hülfe derselben kann die allgemeine Geschichtsforschung ihre großen Aufgaben vollziehen. In dieser Zweckbestimmung gewinnt

²³ Waldeckischer Anzeiger Nr. 98 vom 20. Aug. 1862, zit. nach: Jedicke, Geschichtsverein im Wandel (wie Anm. 6), S. 36.

²⁴ Vgl. Statuten für einen historischen Verein des Fürstenthums Waldeck und Pyrmont, Brilon 1862, StA MR 122 Nr. 2621; vgl. ferner Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 1, Arolsen 1866, S. 220 ff.

auch das Kleinste Werth“.²⁵ Hier ließ sich Schultze unverkennbar von Karl Lamprecht inspirieren, dessen Konzeption der Geschichtsschreibung damals stark rezipiert wurde. Lamprecht hatte in seiner „Deutsche(n) Geschichte“ und in einer Flut von Artikeln zum Sturm auf die individualisierend-deskriptive und ausschließlich politische Historiographie geblasen und demgegenüber die Bedeutung der Kultur-, Rechts- und Geistesgeschichte stark herausgestrichen.²⁶

Bewegten sich Curtze und Schultze in ihren konzeptionellen Vorstellungen auch auf der Höhe der Zeit, so waren ihre quellengesättigten Publikationen von großer Geschichtsschreibung doch weit entfernt. Vor allem mangelte es ihnen an methodischer Schulung, mitunter auch an literarischem Geschick. So wurde z.B. das bereits 1850 erschienene Curtzesche Hauptwerk, die „Geschichte und Beschreibung des Fürstenthums Waldeck“, von den Rezensenten zwar im allgemeinen sehr wohlwollend als ein „schätzbares“ bzw. „treffliches Werk“ gelobt,²⁷ wobei insbesondere die kulturgeschichtlichen Abschnitte hervorgehoben wurden, auf der anderen Seite war jedoch auch der Vorwurf der Stoffhuberei nicht unbegründet.²⁸ Mangelnde Methodik konnte man auch Curtzes Edition des vorhin erwähnten Manuskripts über Fürst Georg Friedrich von Waldeck vorwerfen. Auch hier wirkten sich die fehlende hilfswissenschaftliche Ausbildung und die mangelnde methodische Kapazität des Autodidakten Curtze nicht unbedingt zum Vorteil des Unternehmens aus.²⁹

Mangelnde theoretische Durchdringung des Stoffes ging vor allem bei der Behandlung territorialgeschichtlicher und dynastischer Themen oft einher mit der Tendenz zur Verharmlosung oder Glorifizierung der Vergangenheit bzw. zur Legitimation der bestehenden politischen Verhältnisse. So bemühte sich z.B. Victor Schulze in seiner 1903 erschienenen „Waldeckischen Reformationsgeschichte“, einem noch heute grundlegenden Werk zu diesem Zeitabschnitt, unverkennbar darum, die Rolle des Fürsten in der waldeckischen Landeskirche, d.h. im letzten Bereich, der 1867 in seiner uneingeschränkten Verfügungsgewalt verblieben war, historisch zu legitimieren, indem er die Grafen des 16. Jahrhunderts zu Idealgestalten evangelischer Fürsten stilisierte. Das Werk gipfelte in dem bewegten Schlußappell aus der Wildunger Reim-

²⁵ Vorwort, in: Gbll. Waldeck 1, 1901, S. V f.

²⁶ Vgl. K. Lamprecht, Deutsche Geschichte, Berlin ²1894, S. VI f.; Ders., Alte und neue Richtungen in der Geschichtswissenschaft, Berlin 1896; vgl. ferner F. Siefert, Der Streit um Karl Lamprechts Geschichtsphilosophie, Augsburg 1925.

²⁷ Die positiven Urteile von Carl Bernhardi und Georg Landau zit. nach: Hahn, Curtze (wie Anm. 8), S. 343 f.

²⁸ Zur Kritik an Curtzes historiographischer Methodik vgl. Menk, Curtze (wie Anm. 7), S. 287.

²⁹ Eingehende Kritik bei Menk, Curtze (wie Anm. 7), S. 297 f.

chronik des Veit Weinberg von 1575: „Laßt uns bitten den Herrn, daß nicht verlösch der waldeckische Stern“!³⁰

Bei aller methodischen und stilistischen Unzulänglichkeit ist jedoch gerechterweise darauf hinzuweisen, das es den Hobbyhistorikern weniger darum ging, wissenschaftlichen oder literarischen Ruhm zu erwerben, ihr Interesse zielte vielmehr auf Heimatbindung und vaterländische Identitätsstiftung. Heimatbewußtsein und vaterländische Identitätsbildung waren übrigens keineswegs ausschließlich auf das Waldecker Land gerichtet, sondern konnten durchaus auch gesamtdeutsch, nationalstaatlich nuanciert sein. So heißt es beispielsweise in der programmatischen Vorbemerkung Curtzes zum ersten Band der „Beiträge für die Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont“: „Particulargeschichte hat für uns nur dann Reiz und Bedeutung, wenn sie überall durch den Zusammenhang mit der allgemeinen das rechte Verständnis erhält, wenn sich das Gemälde ihrer Entwicklung durchweg auf deren Hintergrunde erhebt. Wer in dieser Weise einmal mit Eifer und Fleiß die einzelnen Zustände seines eigenen Vaterlandes in der Entwicklung der Zeiten tiefer verfolgt hat, der wird von diesem Mittelpunkte aus seinen Blick schärfer und freier auch auf weitere Kreise ausdehnen können, er wird reifer werden für das Verständnis der Geschichte des gesammten deutschen Vaterlandes“.³¹ Die Beschäftigung mit Regionalgeschichte besaß nach Curtzes Auffassung aber nicht nur eine gewissermaßen propädeutische Funktion im Hinblick auf die allgemeine Geschichte, sondern war auch bestens geeignet, „das Gefühl der Gemeinsamkeit und Gleichheit aller deutschen Stämme in staatlichen und kirchlichen, besonders aber in gesellschaftlichen und sittlichen Zuständen zu lebendigerem Bewußtsein“³² zu bringen.

Für nicht minder wichtig erachteten sowohl Curtze wie auch Schultze die erzieherische Funktion der Heimatgeschichte, ihre Bedeutung für den schulischen Unterricht. In diesem Kontext fand auch die fortwährende Beschäftigung mit bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kunst ihre Rechtfertigung. Als Muster und Vorbilder für die junge Generation, so Schultze, wirkten die großen Männer der Vorzeit „erzieherisch und vertiefend auf Charakter und Gemüth“.³³ Bei allen Aktivitäten des Vereins war das emotionale Moment letztlich von ausschlaggebender Bedeutung. Beseelt vom Streben

³⁰ V. Schultze, Waldeckische Reformationsgeschichte, Leipzig 1903, S. 446; zur Einordnung des Werkes vgl. zuletzt H. Schneider, „Nationale“ Legendenbildung? Schultzes „Waldeckische Reformationsgeschichte“, unveröffentlichter Vortrag gehalten im Rahmen des Marburger Schultze-Kolloquiums (wie Anm. 20).

³¹ Vorwort, in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd 1, Arolsen 1866, S. V.

³² Ebd.

³³ Vorwort (wie Anm. 25), S. VI.

nach enzyklopädischer Ganzheit, von Enthusiasmus und bürgerlichem Pflichtgefühl, aber auch aus aufrichtiger Sorge um die Bewahrung der Quellen und Überreste der Vorzeit vor dem Hintergrund des sozialen Wandels und wirtschaftlich-technologischen Fortschritts, der auch das retardierte Waldecker Land in zunehmendem Maße erfaßte, wurde mit bürgerlicher Gründlichkeit publiziert, referiert, gesammelt und gegraben.

Wie andernorts sammelte man nahezu alles, was einen Bezug zur Geschichte des Territoriums hatte: Akten und Urkunden, namentlich aus städtischen Archiven und Registraturen, Autographen und Handschriften von berühmten Waldeckern, Bücher waldeckischer Gelehrter und Schriftsteller, Gesangbücher und Katechismen, aber auch Zeitungen, Broschüren und Flugblätter, Münzen und Siegel, Gipsabdrücke von Werken waldeckischer Künstler wie Rauch und Drake, Gemälde von Kaulbach und Tischbein, Regentenporträts und Landschaftsbilder, Kupferstiche und Lithographien, Wappen- und Fahnenzeichnungen sowie Landkarten, aber auch Grabungsfunde vom prähistorischen Faustkeil bis zur Kanonenkugel aus dem Siebenjährigen Krieg. Ein Naturalienkabinett mit Versteinerungen, ausgestopften Vögeln, mit Schmetterlingen und Käfern war ebenfalls vorhanden.³⁴ Neben dem Fürstenhaus trugen vor allem Privatpersonen durch Schenkungen zum Aufbau der Sammlungen bei. Den Grundstock für die ansehnliche vereinseigene Bibliothek, die allen Mitgliedern kostenfrei zur Verfügung stand, legte Louis Curtze, der dem Verein testamentarisch den größten Teil seines eigenen Bücherschatzes im Umfang von ca. 1.400 Bänden vermachte. 1872 wurden die Sammlungen und die Bibliothek des Vereins von Korbach nach Arolsen transferiert, wo ihnen Fürst Georg Victor einen Raum im Residenzschloß einräumte.³⁵ Dort scheinen Sammlungen und Bibliothek jedoch schon bald nach dem Ende des „Historischen Vereins“ nicht nur stark vernachlässigt, sondern regelrecht geplündert worden zu sein. Bereits 1888 wurden etliche Manuskripte „in finsternen Jammerecken“ aufgefunden; bei einer nach der Wiederbelebung des Vereins in den Jahren 1901/02 durchgeführten Revision stellte sich heraus, daß überaus wertvolle Manuskripte abhanden gekommen waren und die Curtzesche Büchersammlung auf etwa 600 Bände geschrumpft war.³⁶ Die verbliebenen Sammlungsreste waren in das vom Fürsten Friedrich im Schloß eingerichtete waldeckische

³⁴ Vgl. Mitteilungen über den historischen Verein der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 1, Arolsen 1866, S. 421 f., sowie die Berichte über das Anwachsen der Sammlungen in den in den Folgebänden publizierten Vereinsmitteilungen.

³⁵ Vgl. Flade, Jahresbericht (wie Anm. 19), S. 151f.

³⁶ Ebd.; vgl. ferner Menk, Curtze (wie Anm. 7), S. 310.

Museum überführt worden und wurden dem Verein gemeinsam mit der Bibliothek nach seiner Neugründung wieder zur Verfügung gestellt.

Zum Dienst an der Geschichte zählte - dem Zeitgeist entsprechend - auch die Denkmalpflege, die archäologische Fundstellenermittlung und das Studium geöffneter Hünengräber und frühgeschichtlicher Wallanlagen. Auch in Waldeck gingen die ersten diesbezüglichen Maßnahmen vom Geschichtsverein aus. Liebhaber und Freizeit-Archäologen scheuten weder Wind noch Wetter, wanderten zu Ruinen, Schanzen und Wüstungen und betrieben dort Spatenforschung. Auf jeder Jahreshauptversammlung und in nahezu jedem Band der Vereinszeitschrift wurden mehr oder weniger ausführliche Fundberichte erstattet bzw. veröffentlicht.³⁷ Der Fürst unterstützte diese Bestrebungen von vornherein tatkräftig durch die Finanzierung mehrerer Grabungskampagnen. Die Staatsbehörden reagierten zögerlicher. Im April 1901 wies der Landesdirektor die Kreisämter an, die Erhaltung und Pflege der Denkmäler „soweit als irgend thunlich anzustreben und zu fördern“.³⁸ Unter Mithilfe der örtlichen Behörden sowie der Pfarrer und Lehrer sollten zunächst einmal Verzeichnisse der vor Zerstörung, Veränderung und Verschleuderung zu schützenden Bauwerke, Monumente und Bodenaltertümer angelegt werden. Vom Geschichtsverein wurde diese Maßnahme als notwendige Vorstufe zu einem Inventar der Bau- und Kunstdenkmäler des Fürstentums Waldeck-Pyrmont zwar ausdrücklich begrüßt,³⁹ angesichts etlicher Sünden und Versäumnisse der Vergangenheit erschien sie jedoch völlig unzureichend. 1906 rief der christliche Archäologe Victor Schultze die Vereinsmitglieder angesichts der Untätigkeit von Staat, Kirche und Gemeinden zur Selbsthilfe auf unter der Devise: „colligite fragmenta, ne pereant - Sammelt die Brocken, daß nichts umkomme“!⁴⁰ 1907 regte Schultze die Einrichtung ehrenamtlicher Pflugschaften zur Überwachung der Denkmäler, zur photographischen Dokumentation historisch oder künstlerisch wertvoller Gegenstände sowie zur Sammlung volkskundlicher Überlieferungen, Sitten und Gebräuche an. 26 Vereinsmitglieder, überwiegend Lehrer, aus allen Teilen des Landes erklärten sich spontan zur Übernahme von Pflugschaften bereit.⁴¹

³⁷ Vgl. u.a. Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 2, Arolsen 1869, S. 109 ff., sowie die in den Geschichtsblätter(n) für Waldeck und Pyrmont 5/6, 1906, S. 336 f.; 8, 1908, S. 248 ff.; 9, 1909, S. 226 ff.; 10, 1910, S. 176 ff.; 12, 1912, S. 126 ff. veröffentlichten Jahresberichte.

³⁸ Inventarisierung der waldeckischen Geschichtsdenkmäler, in: Gbll. Waldeck 2, 1902, S. 129 f., hier S. 129.

³⁹ Ebd., S. 130.

⁴⁰ P. von Haller, Jahresbericht, in: Gbll. Waldeck 8, 1908, S. 248-252, hier S. 249; vgl. auch V. Schultze, Denkmalpflege und Denkmalschutz in Waldeck, Greifswald 1907.

⁴¹ Haller, Jahresbericht (wie Anm. 40), S. 250 ff.

Je wissenschaftlicher, methodischer und spezialisierter die Wissenschaft auch in diesen Bereichen wurde, desto schärfer wurde die Kritik an der Liebhaberei und am Dilettantismus der Hobby-Archäologen und -Denkmalpfleger. Ein Theodor Mommsen und ein Rudolf Virchow hatten sicher nicht Unrecht, wenn sie den „pensionierten Landprediger(n) und Kreisphysiker(n)“ die Ausgrabungen aus der Hand nehmen wollten,⁴² doch ist auch hier zu berücksichtigen, daß viele Überreste ohne das Engagement der geschichtsinteressierten Laien vor Ort unwiederbringlich zerstört worden wären, zumal Universitätsprofessoren und Akademiemitglieder es oftmals für unter ihrer Würde erachteten, sich der historiographischen oder archäologischen Basisarbeit zuzuwenden.

4.

Die erfolgreiche Mitgliederwerbung erschien von vornherein als der entscheidende Gradmesser für eine gedeihliche und erfolgreiche Vereinsarbeit. Hier fanden sowohl der „Historische Verein“ wie auch der „Geschichtsverein“ ihre ersten Betätigungsfelder. Am Anfang standen Gründungsaufrufe in den Landeszeitungen, in denen der Vereinsbeitritt als ein „patriotisches Werk“ angepriesen wurde. Wie wichtig Werbekampagnen waren, wurde den Anwesenden auf jeder Jahreshauptversammlung eingeschärft. Die Beitrittsappelle stießen zumindest in den Städten des Fürstentums - vor allem in der Residenz Arolsen und in Korbach, aber auch in Wildungen, Rhoden, Mengerlinghausen und Pymont - auf positive Resonanz. 1862 gingen 103 Beitrittserklärungen aus Arolsen und Korbach,⁴³ im Winter 1893/94 155 Beitrittserklärungen aus verschiedenen waldeckischen Städten ein.⁴⁴

Angesprochen fühlten sich in erster Linie Lehrer und Pfarrer, die unter den Vereinsmitgliedern mit Abstand am stärksten vertreten waren, höhere Beamte wie Regierungs-, Kammer- und Forsträte, Offiziere und Pensionäre, Freiberufler wie Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Architekten und Ingenieure, aber auch Kaufleute, Fabrikanten und Domänenpächter sowie Handwerksmeister.⁴⁵ Trotz prinzipieller

⁴² Zit. nach: H. Heimpel, Über Organisationsformen historischer Forschung in Deutschland, in: HZ 189, 1959, S. 139-222, hier S. 212; vgl. ferner Ders., Geschichtsvereine einst und jetzt, in: H. Boockmann u.a., Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung im 19. Jahrhundert (Veröffentl. des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 1), Göttingen 1972, S. 45-73, hier S. 63.

⁴³ Vgl. Jedicke, Geschichtsverein im Wandel (wie Anm. 6), S. 20.

⁴⁴ Vgl. Flade, Jahresbericht (wie Anm. 19), S. 145.

⁴⁵ Mitgliederverzeichnisse mit Berufsangaben u.a. in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pymont, Bd. 1, Arolsen 1866, S. 223-226; Gbll. Waldeck 2, 1902, S. 156-165; Gbll. Waldeck 5/6, 1906, S. 338-350; Gbll. Waldeck 8, 1908, S.

Beitrittsfreiheit waren und blieben sowohl der „Historische Verein“ wie auch der „Geschichtsverein“ im wesentlichen Refugien des akademisch gebildeten Bürgertums, der Beamtenschaft und der städtischen Honoratiorengesellschaft, mithin der wohlhabenden, sozial geachteten Schichten. Beide Vereine unterschieden sich im Hinblick auf ihre Mitgliederstruktur allein dadurch, daß der „Geschichtsverein“ schon nach kurzer Zeit über eine wesentlich größere Mitgliederzahl verfügte und daß unter seinen Mitgliedern auch Frauen - vor allem Witwen höherer Beamter, unverheiratete Hofdamen und Lehrerinnen oder „Fräuleins“⁴⁶ - zu finden waren. Die Angehörigen des Adels, des Militärs und des Wirtschaftsbürgertums stellten in diesem bildungsbürgerlich geprägten Umfeld insofern keine Fremdkörper dar, als sie sich zumindest in Habitus und Freizeitverhalten kaum wesentlich von den anderen Mitgliedern unterschieden. Gemeinsame Bildungsinteressen und Patriotismus schweißten die Vereinsmitglieder zu einer Gruppe mit einem gemeinsamen Ziel zusammen.

Akademische Bildung und Bildungsinteresse erwiesen sich hier wie andernorts aber auch als entscheidende Zugangskriterien, die wenn nicht formell, so doch faktisch die Integration breiterer Bevölkerungsschichten verhinderten. In diesem Sachverhalt spiegelt sich der im 19. Jahrhundert allgemein zu beobachtende Trend zur Ablösung der alten ständischen Differenzierung durch eine neue Bildungsdifferenzierung.⁴⁷ Bauern, kleine Handwerker wie auch die städtischen Unterschichten, die in den waldeckischen Sängerver-, Turner- und Kriegervereinen z.T. stark vertreten waren, waren keineswegs unerwünscht, tauchen unter den Mitgliedern der historischen Vereine jedoch gar nicht oder nur vereinzelt auf.⁴⁸ Letztere entstammten im wesentlichen denselben, in einem Kleinstaat wie Waldeck eng miteinander verwobenen Herkunfts-, Erziehungs-, Geselligkeits- und Heiratsmilieus.

Der Kreis der aktiven Vereinsmitglieder war zu allen Zeiten klein und beschränkte sich im wesentlichen auf die Vorstandsmitglieder. Schriftführer Carl Beck beklagte 1866 den Mangel „an vollständig genügender Arbeitskraft“ und wies darauf hin, daß die „Zahl von

253-264; Gbl. Waldeck 11, 1911, S. 202-216; Gbl. Waldeck 12, 1912, S. 130-147.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Vgl. dazu mit Bezug auf das Vereinswesen: Th. Nipperdey, Verein als Sozialstruktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: Boockmann u.a., Geschichtswissenschaft (wie Anm. 42), S. 1-44, hier insbesondere S. 13 ff., 26 f.; W. Hardtwig, Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848, in: O. Dann (Hg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland (HZ-Beiheft 9), München 1984, S. 11-50, hier insbesondere S. 40 f.

⁴⁸ Vgl. M. Bohle, Sozialstruktur, sozialer Wandel und politische Willensbildung im Fürstentum Waldeck 1871-1914 (Waldeckische Forschungen, 6), Arolsen 1991, S. 145 ff.

Männern [...], die für historische Forschungen Interesse und genug patriotischen Sinn haben, um mit Opfern an Zeit und sonst durchaus uneigennützig dem Unternehmen ihre Kräfte zu widmen“, außerordentlich gering sei.⁴⁹ Victor Schultze dürfte mit seiner Einschätzung aus dem Jahre 1901 nicht falsch gelegen haben, wenn er unterstellte, daß im Grunde nur bei den Lehrern und Pfarrern ein ausgeprägtes Interesse vorausgesetzt werden könne, während ein großer Teil der Mitglieder des eingeschlafenen „Historischen Vereins“ vermutlich „nur des Anstandes wegen“ beigetreten sei.⁵⁰ Schon die Eintreibung der Mitgliederbeiträge bereitete - wie oben bereits dargelegt - große Probleme, der Versand der „Historischen Beiträge“ wurde von Herausgeber Curtze allein besorgt. Auch der eher wissenschaftsorientierte Stil, den Curtze der Zeitschrift aufgeprägt hatte, scheint unter den Mitgliedern keine ungeteilte Zustimmung gefunden zu haben. Nach Curtzes Tod gab es zumindest ansatzweise Bestrebungen, die Zeitschrift in ein eher populäreres Fahrwasser zu steuern. Unverhohlen wurde Kritik auch an den bisherigen Publikationen des Gründervaters geübt. Nun hieß es, ihre Lektüre sei „ermüdend“ und in weitere Kreise des Volkes seien sie nicht gedungen. Zahlreiche Vereinsmitglieder hatten den Wunsch geäußert, daß die Veröffentlichungen stärker auf das waldeckische Lesepublikum zugeschnitten werden sollten, daß „mehr populäre Geschichtsdarstellungen als gelehrte Einzeluntersuchungen“ publiziert werden sollten.⁵¹ Der Versuch, mit publizistischen Mitteln breitere Bevölkerungskreise an den „Historischen Verein“ heranzuführen, zeitigte allerdings keine praktischen Folgen mehr, da der Verein Mitte der 1870er Jahre seine Aktivitäten einstellte.

1894 rang man erneut um die Konzeption der Zeitschrift. Klarheit über den künftigen Kurs war offenbar zunächst nicht zu erlangen. Hieß es doch in einem Vorstandsbeschluß, man wolle „auf möglichst populäre Darstellung“ achten, „um auch das Interesse der nicht wissenschaftlich Gebildeten und der Landbevölkerung zu fesseln“.⁵² Doch folgte schon im nächsten Satz die einschränkende Bemerkung, „daß die Vereinschrift auch den Ansprüchen der historischen Wissenschaft genügen muß“.⁵³ In den ab 1901 erscheinenden „Geschichtblättern für Waldeck und Pyrmont“ setzte sich dann erneut die stärker wissenschaftlich geprägte Auffassung Victor Schultzes durch. Für Schultze war das Wohl und Wehe des Vereins eng mit den Geschichtsbältern verknüpft. „Je pünktlicher und je interessanter die Hefte, um so größer

⁴⁹ Vgl. Eingabe des Schriftführers C. Beck (Nieder-Ense, 9. April 1866), StA MR 122, Nr. 2621.

⁵⁰ Zit. nach: Jedicke, Geschichtsverein im Wandel (wie Anm. 6), S. 25 f.

⁵¹ Vorrede (wie Anm. 18), S. IV.

⁵² Flade, Jahresbericht (wie Anm. 19), S. 147.

⁵³ Ebd.

der Erfolg des Vereins. [...] Solange aber der historische Verein nicht mit aller Kraft die waldeckische Geschichte zum Gemeingut des waldeckischen Volkes macht, wird er wie in den letzten Jahren nur ein schattenhaftes Dasein führen“.⁵⁴ Daß Wissenschaftsorientierung, die bei Schultze „in allen Fällen“ voranzustehen hatte, und populäre Darstellungsweise nicht zwangsläufig im Widerspruch zueinander stehen mußten, davon zeugte die 1909 erschienene „Waldeckische Landeskunde“, das ehrgeizigste Publikationsvorhaben des Geschichtsvereins. 15 Autoren trugen zu dieser beachtlichen historiographischen Gemeinschaftsleistung bei. Mit 3.000 im In- und Ausland verkauften Exemplaren erzielte der Verein einen der größten Verkaufserfolge seiner Geschichte.⁵⁵

Victor Schulze schärfte seinen Vorstandskollegen immer wieder ein: „Für den Geschichtsverein muß noch viel mehr Propaganda gemacht werden“.⁵⁶ Dies wurde beherzigt und schlug sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in stetig steigenden Mitgliederzahlen nieder. Wurden im Anhang des zweiten, 1902 erschienenen Bandes der Geschichtsblätter 319 Mitglieder aufgelistet,⁵⁷ so zählte man 1904 bereits 410 Mitglieder.⁵⁸ Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs stieg die Mitgliederzahl auf fast 600 (zum Vergleich: Der „Historische Verein“ besaß nie mehr als 240 Mitglieder).⁵⁹ Die rasanten Zuwachsraten dürften neben den ansprechenden Publikationen auf die Ermöglichung korporativer Mitgliedschaften zurückzuführen sein, was zur Folge hatte, daß bereits 1903 14 waldeckische Vereine vor allem aus dem Ruhrgebiet dem Geschichtsverein beitraten. Im Jahr darauf folgten die waldeckischen Vereine in Hagen, Elberfeld und Frankfurt.⁶⁰ Der „Historische Verein“ hatte seinerzeit jenseits der Landesgrenzen kaum Fuß fassen können. Er besaß insgesamt lediglich sechs ordentliche Mitglieder in Iserlohn, Leipzig, Marburg, Paderborn und Stolberg.⁶¹ Daß sein Nachfolger auch auf diesem Felde wesentlich erfolgreicher agierte, dürfte neben den obengenannten Faktoren auch auf die inzwischen eingetretene nachhaltige Verbesserung der Verkehrs- und Kommunikations-

⁵⁴ Zit. nach: Jedicke, Geschichtsverein im Wandel (wie Anm. 6), S. 26.

⁵⁵ Vgl. V. Schultze, Fünfundzwanzig Jahre waldeckischer Geschichtsforschung, in: Gbll. Waldeck 23, 1926, S. 1-11, hier S. 10 f.

⁵⁶ V. Schultze an Frhr. v. Hadeln (14. Dez. 1901), zit. nach: Jedicke, Geschichtsverein im Wandel (wie Anm. 7), S. 27.

⁵⁷ Vgl. Mitgliederverzeichnis in: Gbll. Waldeck 2, 1902, S. 156-165.

⁵⁸ Vgl. R. Flade, Jahresbericht, in: Gbll. Waldeck 4, 1904, S. 159-165, hier S. 164.

⁵⁹ Vgl. Mitgliederverzeichnisse in: Gbll. Waldeck 12, 1912, S. 130-147, und in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 1, Arolsen 1866, S. 223-226, sowie Bd. 3, Arolsen 1871, S. 303-306.

⁶⁰ Vgl. R. Flade, Jahresbericht, in: Gbll. Waldeck 3, 1903, S. 119-121, hier S. 119, sowie Ders., Jahresbericht (wie Anm. 58).

⁶¹ Vgl. Mitgliederverzeichnisse in: Beiträge, Bde. 1, 3 (wie Anm. 59).

verhältnisse, insbesondere auf die Anbindung Waldecks an den Schienenverkehr, zurückzuführen sein. Auch die auf Anregung Schultzes 1907 eingerichteten u.a. auch der Mitgliederwerbung dienenden Pflugesellschaften haben die Wirksamkeit des Vereins in weitere Bevölkerungskreise getragen und die vereinsinterne Kommunikation durch die Verteilung der Publikationen und Mitteilungen nicht unwesentlich verbessert.⁶²

Außerhalb Waldecks fanden die Gründung bzw. Wiederbelebung und die ersten publizistischen Aktivitäten des „Historischen Vereins“ und seines Nachfolgers große Zustimmung.⁶³ Beide knüpften denn auch rasch Verbindungen zu anderen Geschichtsvereinen der Region, die in der Zuerkennung von Ehrenmitgliedschaften, vor allem aber in einem regen Schriftentausch ihren Niederschlag fanden. Carl Bernhardt und Georg Landau, die beiden tragenden Säulen des „Verein(s) für Hessische Geschichte und Landeskunde“ in Kassel, wie auch der Direktor des historischen Vereins zu Paderborn Giefers wurden nahezu umgehend zu Ehrenmitgliedern des „Historischen Vereins für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont“ ernannt.⁶⁴ Der „Historische Verein“ stand 1869 im regelmäßigen Tauschverkehr mit neun, der Geschichtsverein 1902, mithin schon ein Jahr nach Erscheinen des ersten Bandes der Geschichtsblätter, mit zwölf, und 1908 mit 25 über das gesamte Reichsgebiet und mehrere europäische Staaten verteilten historischen Vereinen, Kommissionen, Akademien und Instituten (z.B. Königliche Akademie der schönen Wissenschaften, der Geschichte und Altertumskunde Stockholm; Kaiserlich-Königliche Gesellschaft für Geographie Wien),⁶⁵ wobei nicht nur alte, zwischenzeitlich abgerissene Verbindungen wieder aufgenommen, sondern auch zahlreiche neue Bande bis nach Übersee geknüpft wurden.⁶⁶ 1904 schloß man sich dem Nordwestdeutschen Verband für Altertumforschung an, dem fast alle Geschichtsvereine des niederdeutschen Sprachraums angehörten.⁶⁷ Auch zum Marburger Staatsarchiv, das seit den späten 1890er Jahren das Waldecker Archiv beherbergte und dessen Direktor Könnecke im 1901 erschienenen ersten Band der Geschichtsblätter über den Fort-

⁶² S.o. Anm. 41.

⁶³ Vgl. Jedicke, Geschichtsverein im Wandel (wie Anm. 6), S. 22, und die Jahresberichte in: Gbll. Waldeck 2, 1902 ff.

⁶⁴ Vgl. Verzeichnis der Ehrenmitglieder in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 1, Arolsen 1866, S. 223.

⁶⁵ Vgl. Mitteilungen über den Verein, in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 1, Arolsen 1866, S. 421-426, hier S. 423; Bd. 2, Arolsen 1869, S. 163 f., hier S. 163; Gbll. Waldeck 2, 1902, S. 155; Gbll. Waldeck 8, 1908, S. 250.

⁶⁶ In den Mitgliederverzeichnissen ab 1911 wird die Harvard University in Cambridge/Mass. als ordentliches Mitglied geführt.

⁶⁷ Vgl. R. Flade, Jahresbericht, in: Gbll. Waldeck 5/6, 1906, S. 334-337, hier S. 334 f.

gang der Verzeichnungsarbeiten berichtete,⁶⁸ wie auch zu der 1897 gegründeten Historischen Kommission für Hessen stand der Verein in engem Kontakt und regem Gedankenaustausch.⁶⁹

5.

Auch wenn die Gründung des „Historischen Vereins“ im Jahre 1862 und seine Wiederbelebung unter neuem Namen im Jahre 1893 auf private Initiativen zurückgingen bzw. im Rahmen privater Zusammenkünfte erfolgten, so ist die besondere Staats- bzw. Hofnähe beider Vereine doch unverkennbar. Beim „Geschichtsverein“ dürfte dies in noch stärkerem Maße als beim „Historischen Verein“ der Fall gewesen sein. Während die Wurzeln des „Historischen Vereins“ bis in die Zeit des bürgerlichen Aufbruchs im Vormärz zurückreichen und die Gründungsinitiative von Angehörigen des Bildungsbürgertums der alten Handelsstadt Korbach ausging, lag der organisatorische und intellektuelle Schwerpunkt des 1893 vornehmlich von höheren Staatsbeamten aus der Taufe gehobenen „Geschichtsvereins“ in der Residenzstadt Arolsen.⁷⁰

Sowohl der „Historische Verein“ wie auch der „Geschichtsverein“ wurden von Fürst, Regierung und Landesdirektorium nicht nur geduldet, sondern auch maßgeblich unterstützt. Am 5. November 1862 bestätigte Fürst Georg Victor die Vereinsstatuten, Mitte Dezember d.J. übernahm er das ihm angetragene Protektorat.⁷¹ Der neugegründete Verein erlangte dadurch den Status einer aus höherem staatspolitischem Interesse für förderungswürdig erachteten Institution. Auch sein Sohn und Nachfolger Friedrich, der letzte regierende Fürst zu Waldeck, war im September 1901 gern bereit, als Protektor des unter neuem Namen wiederbelebten Vereins aufzutreten.⁷² Die beiden Fürsten mußten nicht lange gebeten werden. Vor allem der kunstsinnige, liberal gesonnene Georg Victor, der in Bonn bei Ernst Moritz Arndt, Clemens Perthes und Friedrich Christoph Dahlmann gehört hatte, war historisch stark interessiert und hat diese Vorliebe offenbar an seine Kinder weitergegeben. So ließ z.B. seine Tochter Emma, seit 1879 Königin der

⁶⁸ Die waldeckischen Archive. Mitgeteilt aus dem Kgl. Staatsarchiv in Marburg, in: Gbll. Waldeck 1, 1901, S. 134-138.

⁶⁹ Vgl. G. Menk, Das waldeckische Archiv und die Gründung des „Geschichtsvereins für Waldeck und Pyrmont“, in: Gbll. Waldeck 89, 2001, S. 26-171, hier insbesondere S. 83 ff., 95 ff.

⁷⁰ Vgl. G. Menk, Das waldeckische Fürstenhaus, Königin Emma der Niederlande und der Waldeckische Geschichtsverein, in: Gbll. Waldeck 82, 1994, S. 228-263, hier insbesondere S. 232 ff.

⁷¹ Vgl. Mittheilungen über den historischen Verein..., in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 1, Arolsen 1866, S. 222.

⁷² Vgl. Flade, Jahresbericht (wie Anm. 19), S. 149.

Niederlande, 1911 gegenüber dem Vorsitzenden des Geschichtsvereins verlauten: „Ik will als Patroon toetreden“.⁷³ Das Angebot war als besondere Geste der Königin-Mutter gegenüber ihrer Heimat gedacht und wurde vom Vereinsvorstand prompt mit Begeisterung angenommen. Die neue Patronin ließ statt der satzungsmäßig vorgeschriebenen 300 Mark nahezu den doppelten Betrag auf das Vereinskonto überweisen. Ähnlich freigebig - wenn auch in einem finanziell bescheideneren Rahmen - zeigten sich die Mitglieder der in Bergheim residierenden gräflichen Nebenlinie des Hauses Waldeck.

Als Dank für Druckkostenzuschüsse und andere Spenden wie auch als Ansporn für die weitere Anteilnahme waren alle größeren Vereinspublikationen dem regierenden Fürsten und seiner Gemahlin gewidmet. Zum 25jährigen Regierungsjubiläum präsentierte der Geschichtsverein am 12. Mai 1918 dem Fürsten Friedrich in dankbarer Anerkennung dessen, was dieser „in nie ermüdender, sei es offener, sei es verborgener Fürsorge seinem Lande gewesen ist“, eine mit zahlreichen Abbildungen versehene Festschrift, deren Erstellung angesichts der Kriegsnöte einen beträchtlichen finanziellen Kraftakt erfordert hatte.⁷⁴ Auch die Themenwahl der Beiträge zur Vereinszeitschrift offenbarte, daß die klassische Orientierung an den traditionellen Herrschaftsträgern, an Hof und Dynastie, an Adelswelt und Kirche, einen langen Atem besaß, was der kleinfürstlichen Obrigkeit durchaus willkommen war.

Die obrigkeitliche Akzeptanz manifestierte sich nicht nur im Projektorat der Fürsten und in der Ehrenmitgliedschaft prominenter Mitglieder des Fürstenhauses und der gräflichen Nebenlinie in Bergheim, sondern auch in den Finanzbeihilfen der Staatsbehörden, der Regierung und des Landesdirektoriums.⁷⁵ Von einer Steuerung und Lenkung des Vereins durch Hof und Bürokratie kann zwar keine Rede sein, doch verbürgte allein schon die Tatsache, daß es sich bei der weit überwiegenden Mehrzahl der Vereinsmitglieder, zumal der tonangebenden, um staatliche und kirchliche Amtsträger handelte, die bei Hofe ein und ausgingen, einen wenn auch eher indirekten obrigkeitlichen Einfluß auf die Vereinsgeschäfte. So hatte beispielsweise der erste Vorsitzende des „Historischen Vereins“, Konsistorialrat Karl Steinmetz, den späteren Fürsten Georg Victor u.a. auch im historischen Fach unterrichtet. Der 1894 zum Vorsitzenden des Geschichtsvereins gewählte Hof- und

⁷³ Vermerk Emmas auf einem Schreiben v. Möhlmanns an de Ranitz, den Privatsekretär der Königin, vom 27. Aug. 1911, zit. nach: Menk, Fürstenhaus (wie Anm. 70), S. 253.

⁷⁴ Waldeckische Geschichtsbilder. Festschrift zum 25jährigen Regierungsjubiläum Seiner Durchlaucht des Fürsten Friedrich zu Waldeck und Pyrmont ehrfurchtsvoll überreicht vom Geschichtsverein für Waldeck und Pyrmont, Greifswald 1918; Schilderung der Feier: [Anon.], Der 12. Mai 1918, in: Gbl. Waldeck 18, 1920, S. 1-3, hier S. 1.

⁷⁵ Belege in: StA MR 122 Nr. 2621.

Kammerrat v. Möhlmann war ebenfalls als Prinzenzieher am Arolser Hof tätig gewesen, hatte u.a. den späteren Fürsten Friedrich während seiner Studienaufenthalte in Leipzig und im Ausland begleitet und war wegen seiner Verdienste 1891 in den erblichen Adelsstand erhoben worden. Er fehlte bei keiner Familienfeier des Hauses Waldeck. Seine Vertrauensstellung bei Hofe und sein Adelsprädikat dürften bei der Wahl zum Vorsitzenden eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Auch Victor Schultze stand der fürstlichen Familie als Berater in kirchlichen Fragen durchaus nahe.⁷⁶

Den Gründervätern des „Historischen Vereins“ war zu Beginn der 1860er Jahre durchaus bewußt, daß den Duodezstaaten und damit auch ihrer waldeckischen Heimat weithin die Existenzberechtigung abgesprochen wurde. Die Vereinsgründung diente daher auch dem Zweck, die inneren Kräfte des Fürstentums zu stärken und Zeugnis abzulegen vom ungebrochenen, in der waldeckischen Gesellschaft, zumal der gebildeten, weit verbreiteten Überlebenswillen.⁷⁷ Nach Abschluß des Akzessionsvertrages mit Preußen arrangierte sich der Verein jedoch rasch mit den neuen politischen Gegebenheiten, was u.a. darin zum Ausdruck kam, daß der von Preußen installierte Landesdirektor beinahe umgehend unter die Ehrenmitglieder aufgenommen wurde.⁷⁸ Im übrigen sonnte man sich im Glanze des höfischen Lebens, das im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert aufgrund der dynastischen Verbindungen des Hauses Waldeck mit dem niederländischen und dem englischen Königshaus⁷⁹ noch einmal besonders hell erstrahlte, und rühmte sich des ausgeprägten künstlerischen und literarischen Flairs, das in Verbindung mit solch berühmten Söhnen des Waldecker Landes wie Rauch, Drake, Tischbein, Kaulbach und Bunsen bereits im späten 19. Jahrhundert mythische Qualitäten gewann und dem Fürstentum den Ruf eines „Genieländchens“ eintrug.⁸⁰

⁷⁶ Zur Einbindung der Vorstandsmitglieder in die Arolser Hofgesellschaft vgl. Menk, Fürstenhaus (wie Anm. 70), S. 232 ff.

⁷⁷ Vgl. u.a. G. Menk, Das waldeckische Bildungsbürgertum und die Alte Landesschule zwischen Revolution und Akzessionsvertrag, in: Gbll. Waldeck 85, 1997, S. 84-95.

⁷⁸ Vgl. Verzeichnis der Ehrenmitglieder des waldeckischen historischen Vereins, in: Beiträge zur Geschichte der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Bd. 3, Arolsen 1871, S. 303.

⁷⁹ 1879 heiratete Prinzessin Emma König Wilhelm III. der Niederlande, 1882 Prinzessin Helene Herzog Leopold v. Albany, den jüngsten Sohn Queen Victorias.

⁸⁰ Zum Mythos des „Genieländchens“ vgl. G. Menk, Christian Daniel Rauch - ein Künstlerleben aus dem „Genieländchen“ Waldeck, in: Hess. Landeszentrale für politische Bildung (Hg.), Fürstenhof und Gelehrtenrepublik. Hessische Lebensläufe des 18. Jahrhunderts, Wiesbaden o.J., S. 84-102; Ders., Die Beziehungen Wolrad Schumachers zu Christian Karl Josias Bunsen und der Mythos Waldeck, in: W. Heinemeyer (Hg.), Hundert Jahre Historische Kommission für Hessen 1897-1997. Festgabe dargebracht von Autorinnen und Autoren der Historischen Kommission (Veröffentl. der Historischen Kommission für Hessen, 61), Bd. 2, Marburg 1997, S. 889-913.

Staatsloyal und patriotisch waren alle Mitglieder gesinnt, und zwar sowohl auf die engere Heimat Waldeck wie auch auf das größere deutsche Vaterland bezogen. Erhaltung und Pflege der Liebe zu Fürst und Vaterland wie auch zu Kaiser und Reich standen oben an ihrer Werteskala.⁸¹ Hält man sich die parteipolitische Einstellung der waldeckischen Beamtenschaft vor Augen, so dürfte im Geschichtsverein ein eher nationalliberal-reformkonservatives Klima geherrscht haben. Große Teile der höheren Lehrerschaft, der Pfarrer und Superintenden, mithin der tragenden Schichten des waldeckischen Geschichtsvereins, sympathisierten mit den Nationalliberalen, etliche auch mit konservativen Parteien.⁸² Für die seit den 1890er Jahren auch im Waldeckischen auf dem Vormarsch befindliche Sozialdemokratie hegte man hingegen keine Sympathien, was im übrigen durchaus auf Gegenseitigkeit beruhte. Noch in den 1920er Jahren begegneten prominente Sozialdemokraten des nunmehrigen Freistaates Waldeck dem Geschichtsverein und seinen „alte(n), in monarchistischen Anschauungen ergraute(n) Männer(n)“ mit gewissen Vorbehalten. Als Vorbedingung für eine weitere finanzielle Förderung der Vereinsaktivitäten forderte der SPD-Fraktionsführer im Landtag, „daß der Geschichtsverein auch tatsächlich objektiv Geschichte schreibe oder sich doch wenigstens in dieser Richtung bemühe. Viele Geschichtsschreiber hielten fest an monarchistischen Grundsätzen und gäben sich her, die Geschichte zu fälschen“. Lobeshymnen auf die „früheren Herren von Gottes Gnaden“ erschienen unzeitgemäß und sollten künftig unterbleiben.⁸³

Daß es sich hierbei keineswegs um ein parteipolitisch eingefärbtes Vorurteil handelte, offenbart ein Blick in die Publikationen des Vereins. Auch nach dem Umbruch des Spätjahres 1918 betonte man die ungebrochene Bindung an das alte Herrscherhaus. So heißt es etwa im 1920 veröffentlichten Rückblick auf die Feierlichkeiten zum 25jährigen Regierungsjubiläum des Fürsten Friedrich im Mai 1918: „[...] der Landesherr inmitten seiner Truppen, Fürst und Kamerad zugleich, die Landesherrin Trösterin und Helferin in dem langen, blutigen Kriege, schwer und schwerer empfundener Sorgen und Nöte. Das waldeckische Volk konnte nun stärker und tiefer als je erleben, was es an seinem gottgesetzten Fürstenhause hatte. So versteht man, daß es an jenem

⁸¹ Vgl. dazu allgemein zuletzt: G.B. Clemens, Regionaler Nationalismus in den Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts?, in: Westfälische Forschungen 52, 2002, S. 133-158, hier S. 152 f.

⁸² Vgl. Bohle, Sozialstruktur (wie Anm. 48), S. 160.

⁸³ Leserbrief H. Bräutigams in: Waldeckische Landeszeitung Nr. 95 v. 24. April 1926, Redebeitrag des Abgeordneten Bräutigam in der 4. Öffentl Sitzung der Landesvertretung vom 9. Aug. 1926, zit. nach: K. Murk, Die Anfänge der Sozialdemokratie in Waldeck (1890-1929), in: Gbll. Waldeck 86, 1998, S. 161-200, hier S. 194 f.

Maientage sein Dankesempfinden so voll und reich ausströmte“.⁸⁴ Zur Silbernen Hochzeit des Fürstenpaares am 9. August 1920 veröffentlichte der Geschichtsverein als Ehrengabe einen Band mit Liedern und Gedichten des Waldecker Landes unter dem Titel ein „Blütenstrauß aus vier Jahrhunderten“.⁸⁵ Die Zuneigung beruhte auf Gegenseitigkeit. Auch Fürst und Fürstin haben in der Folge durch Spenden und ihre Teilnahme an Jahreshauptversammlungen dafür gesorgt, daß die Bande zwischen der Dynastie und dem Verein eng geknüpft blieben.

Angesichts der Nöte und Wirren der Nachkriegszeit blickte man in Arolsen wie auch andernorts mit Wehmut zurück auf die vergangene Herrlichkeit. Victor Schultze etwa zeigte sich persönlich von den Folgen des Weltkrieges für Land, Volk und Herrscherhaus aufs Tiefste berührt oder - wie der Verfasser seines Nachrufes sich auszudrücken beliebte: „Ihm war zumute wie einem Sohne, der sich in das Verhalten seiner Mutter nicht mehr finden kann“.⁸⁶ Andere dürften ähnlich gedacht und gefühlt haben. Der Novemberrevolution und dem, was darauf folgte, begegneten die dem Geschichtsverein nahestehenden Personenkreise überwiegend skeptisch bis ablehnend, zumindest aber mit wenig Enthusiasmus. 1918 war für sie ein Jahr des Verlusts: Zum verlorenen Kriege gesellte sich nach der Abdankung des Fürsten der Verlust derjenigen Instanz, die in weiten Teilen der Bevölkerung als das Bollwerk und die Inkarnation der waldeckischen Selbständigkeit angesehen wurde.

Im Hinblick auf den eingangs formulierten Fragenkatalog lassen sich die Ergebnisse abschließend in vier Punkten zusammenfassen.

1) Als die historischen Vereine im Fürstentum Waldeck-Pyrmont gegründet wurden (1862 bzw. 1893/1900), zählten Geschichtsvereine in Deutschland zu den Selbstverständlichkeiten. Die Gründung bzw. Wiederbelebung der waldeckischen Geschichtsvereine erfolgte nicht zuletzt in der Absicht, den auch in anderen Bereichen zu beobachtenden „Entwicklungsrückstand“ des Landes aufzuholen. Gründung und gedeihliche Entwicklung waren in entscheidendem Maße abhängig von personalen Faktoren, davon, daß sich geeignete Persönlichkeiten fanden, die bereit und befähigt waren, das Unternehmen anzustoßen und zu leiten. Die Vereinsführung lag wie auch andernorts nicht bei professionellen Historikern, sondern bei akademisch gebildeten Laien, zu denen im vorliegenden Fall auch der Greifswalder Ordinarius Victor

⁸⁴ [Anon.], 12. Mai 1918 (wie Anm. 74), S. 2.

⁸⁵ V. Schultze (Hg.), Das Waldeckische Lied. Ein Blütenstrauß aus vier Jahrhunderten, Mengerschinghausen 1920.

⁸⁶ Haller, Victor Schultze (wie Anm. 21), S. 12.

Schultze als Theologe gezählt werden kann. Da in Waldeck nur ein relativ kleiner Personenkreis für die praktische Vereinsarbeit und die Publikationstätigkeit geeignet war, konnte schon der Verlust einer einzigen Person - dies zeigt das Schicksal des 1862 gegründeten „Historischen Vereins“ nach dem Tod Louis Curtzes - verhängnisvolle Folgen zeitigen.

2) In der Arbeit des Geschichtsvereins bildeten historische Bildungsabsicht sowie Kultivierung des Heimatbewußtseins und des Patriotismus eine untrennbare Einheit. Diese Zwecke sollten erreicht werden durch das Aufsuchen und Sammeln schriftlicher und gegenständlicher Geschichtsquellen sowie durch die jährliche Herausgabe einer Zeitschrift, deren Beiträge ein thematisch breit gefächertes, auch kulturgeschichtliche Aspekte berücksichtigendes Spektrum abdeckten. Die maßgeblichen Redakteure rezipierten zeittypische historiographische und volkskundliche Konzeptionen und verstanden Regionalgeschichte als wichtigen Baustein zur Nationalgeschichte. Ihre Vorstellungen pendelten zwischen den Polen Wissenschaftsorientierung und Breitenwirkung durch allgemeinverständliche populäre Darstellungen, wobei der Pendelausschlag in die eine oder andere Richtung maßgeblich vom jeweils zuständigen Redakteur abhing. Unter Louis Curtze und Victor Schultze besaß die Vereinszeitschrift eine eher wissenschaftsorientierte Ausrichtung, doch gab es auch Gegentendenzen. Trotz aller methodischen Mängel, trotz unverkennbarer Tendenzen zur Verharmlosung, Idealisierung und Mythenbildung, die den Publikationen anhafteten, bedeutete Laientum keineswegs zwangsläufig Stümperhaftigkeit. Immerhin handelte es sich bei den Herausgebern und Autoren der Vereinszeitschrift um studierte Leute, in der Regel um Philologen, Theologen, Juristen und Mediziner. Philologen und Theologen waren im Umgang mit alten Texten geübt, bei den Juristen spielte die Rechtsgeschichte im Rahmen ihrer Ausbildung eine weit größere Rolle, als dies heute der Fall ist, und Ärzte verfügten über hinlängliche anatomische Kenntnisse, um Skelett- und Schädelknochen in prähistorischen Grabanlagen beurteilen und präparieren zu können.

3) Sowohl der „Historische Verein“ wie auch der „Geschichtsverein“ waren Oberschichten-Vereine, deren Aktivitäten z.T. auch in den Mittelschichten, vor allem im Kreis der Dorfschullehrer, Resonanz fanden. Eindeutig überwog das überwiegend beamtete, z.T. auch freiberuflich tätige städtische Bildungsbürgertum. Lehrer und Pfarrer bildeten das soziale Fundament der Vereine und waren in Schule und Kirche zugleich die maßgeblichen Multiplikatoren des von den Vereinen geprägten Geschichtsbildes. Eine größere Breitenwirkung vor allem unter der ländlichen Bevölkerung konnten die Vereine jedoch nicht entfalten. Faktisch erwies sich die Bildungsbarriere als das ent-

scheidende Beitrittschwellen. Auch die Geschlechtszugehörigkeit spielte zunächst eine nicht unwichtige Rolle. Handelte es sich beim „Historische(n) Verein“ noch um eine geschlossene Herrengesellschaft, so zählte der „Geschichtsverein“ auch Frauen, vor allem Beamtenwitwen und ledige Lehrerinnen, zu seinen Mitgliedern. In der täglichen Vereinsarbeit und im Rahmen der Jahreshauptversammlungen trafen letztlich jene gesellschaftlichen Zirkel aufeinander, die sich aus Verwandtschaftskreisen, aus Schule, Universität und Amtsstube kannten und auch bei anderen Gelegenheiten miteinander verkehrten.

4) Die „Aufregung des historischen Sinnes“ besaß zu allen Zeiten auch eine politische Dimension. Mag die Vereinstätigkeit eher im vorpolitischen Raum angesiedelt gewesen sein, so waren Hof, Staat und Geschichtsverein durch fürstliches Patronat und fürstliche Spendenbereitschaft, durch die Ehrenmitgliedschaft von Mitgliedern des fürstlichen Hauses und der gräflichen Nebenlinie wie auch durch die bei der Mehrzahl der Mitglieder zu beobachtende Verbindung von Staatsamt und Vereinszugehörigkeit doch eng miteinander verknüpft. Von den in die Vereinsgründung und -arbeit zahlreich involvierten, parteipolitisch meist nationalliberal oder reformkonservativ orientierten Beamten waren kritische Töne nicht zu erwarten. Im Gegenteil. In Schriften, Reden und Feiern tat man das Möglichste, den Monarchen, das regierende Haus und seine ruhmreiche Geschichte zu glorifizieren. Heimatsinn und Anhänglichkeit an Thron und angestammte Dynastie beherrschten das Denken der Vereinsmitglieder; der politische Umbruch von 1918 wurde von vielen mit Trauer und lähmendem Entsetzen registriert. Der Geschichtsverein verstand seine Tätigkeit immer auch als Dienst am Vaterland, als Beitrag zur Förderung und Festigung des Nationalbewußtseins, wobei einzelstaatliche und gesamtstaatliche Loyalität keineswegs in einem Widerspruch zueinander standen.

Was von der neueren Forschung als „föderativer Nationalismus“ beschrieben wird,⁸⁷ hat auch im eingangs zitierten Waldecker Lied seinen Niederschlag gefunden. So bezog sich die Wendung „Schwarz-rot-gold sind deine Landesfarben“ zunächst einmal auf Waldeck, konnte aber auch mit den Farben der deutschen Nationalbewegung in Verbindung gebracht werden. Auch der eindringliche Schlußappell „Fest, o Waldeck, steh zum deutschen Reiche, wie dein hohes Felsenschloß so fest! Grün’ und blüh’ gleich deiner schönsten Eiche, stürmt es auch von Osten oder West“ bringt die doppelte Loyalitätsbindung an die engere Heimat und das größere Vaterland sinnfällig zum Ausdruck.

⁸⁷ Vgl. D. Langewiesche, Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 55ff., 82ff.

Frankfurter Bürger auf der Suche nach ihrer Geschichte

Ralf Roth

In den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts trat in Frankfurt am Main eine Gruppe von Bürgern zusammen, welche „die Geschichte ihres Vaterlandes aus den Quellen herzuleiten“ und diese bekannt zu machen, als Zweck ihrer Bemühungen ansahen. Sie bewegte zweierlei. Zum einen war es das Wissen um zahlreiche noch unbeschriebene und nicht ausgewertete historische Quellen, die Licht in das Dunkel der Vorzeit werfen könnten. Zum anderen war es die Gefahr der endgültigen Vernichtung, in der diese Überlieferung beständig stehen würde. Einer der Teilnehmer, Johann Carl von Fichard genannt Baur von Eyseneck (1773-1829), Frankfurter Bürger, Patrizier und Schöffe im Senat der Stadt, schrieb wenig später in einem Aufruf: „In Zeiten des Krieges, wo die Stimme der Wissenschaft schweigt und nur das Schwerdt herrscht, sind Archive zahlreichen Gefahren ausgesetzt, dem Feinde und der Flamme preisgegeben, oder durch Gelangen in die Hände unwissender, gegen ihren Werth gleichgültiger Uebernehmer vielleicht noch mehr gefährdet; - eine Wahrheit, welche jede Kriegsepoche Teutschlands durch so manche Beispiele erwiesen hat. Die Jahre des Friedens müssen nun desto kräftiger benutzt werden, um durch die Bekanntmachung dieser Materialien der Nachwelt die Geschichte der früheren Tage zu erhalten.“¹

Die Beteiligten leiteten damit die Diskussion um eine intensivere Beschäftigung mit der Vergangenheit der Stadt Frankfurt ein, die allerdings erst in den späten dreißiger Jahren zu einer festen Organisation, der „Gesellschaft für Frankfurts Geschichte und Kunst“ führte.² Das wirft die Frage auf, was die Gruppe von Frankfurter Bürger dazu geführt hat, sich nicht nur der Vergangenheit zuzuwenden, sondern dies mit einem dezidiert lokal- beziehungsweise regionalgeschichtlichen Ansatz zu tun? Was waren ihre Ziele? Wer beteiligte sich daran und was waren die Folgen der Initiative?

¹ Johann Carl von Fichard genannt Baur von Eyseneck, Vorrede, in: Wetteravia. Zeitschrift für teutsche Geschichte und Rechtsalterthümer 1, 1828, III-VIII, hier V.

² Vgl. A. Riese, Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Vereins für Geschichte und Altertumskunde in Frankfurt am Main 1857-1907, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 3. F. 9, 1907, 1-24, hier 3.

1. Patrizier und Romantiker und die Gesellschaft für ältere Geschichtskunde

Als erstes fällt auf, wie sehr die Initiative, personell wie konzeptionell, mit einem anderen größeren Geschichtsprojekt verbunden war. Es handelt sich dabei um die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde, die wenige Jahre zuvor in Frankfurt gegründet worden war. Freiherr von Stein, der Zeit und Muße fand, nachdem er sich nach dem Wiener Kongreß verbittert von der Politik zurückgezogen hatte, hatte sie auf einer Reise mit Goethe, bei der sie die Kunstschatze und Kulturdenkmäler am Rhein besuchten, initiiert. Mit der Herausgabe deutscher Geschichtsquellen wollte er einen Beitrag zur geistigen und moralischen Identität der Deutschen leisten. In Köln traf er zu diesem Zweck mit Adam Heinrich Müller (1770-1829), dem Frankfurter Senator Niklas Vogt (1756-1836) und den Kölner Kunstsammlern Sulpice und Melchior Boisserée zusammen und entwickelte den Plan für eine „Gesellschaft für Altertumskunde und Kunst“. Für diesen Plan konnten Vertreter der alten Reichsritterschaft wie Johann Adam von Aretin, der badische Gesandte von Berkheim, Leopold von Plessen oder Karl August von Wangenheim gewonnen werden und gemeinsam versammelte man am 20. Januar 1819 in Steins Wohnung in Frankfurt zahlreiche damals bekannte Geschichtsforscher und literarische Vertreter der Romantik wie Friedrich Christoph Dahlmann, Joseph Görres, Jakob und Wilhelm Grimm oder August Wilhelm von Schlegel und Friedrich Christoph Schlosser.³ Alle zusammen gründeten die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde mit dem Zweck, ein kulturelles Nationalwerk zu schaffen.

Die ursprüngliche Absicht, Altertümer und Kunstschatze zu sammeln, hatte sich im Verlauf des Diskussions- und Gründungsprozesses auf die Erfassung der Urkunden des deutschen Mittelalters und das Projekt der *Monumenta Germaniae Historiae* verdichtet. Ins Zentrum der Vergangenheit rückte das Reich und hier waren sich die Reichsritter und Reichsstädte durchaus einig.

³ Vgl. Erwin Kleinstück, Johann Fredrich Böhmer. Frankfurt am Main 1959, 191. Am 18. November 1816 wurde Stein Ehrenbürger der Stadt Frankfurt. Sie verdankte ihm zu wesentlichen Teilen die Fortdauer ihrer Souveränität als Stadtrepublik. In Frankfurt hatte Stein auch seine Denkschrift zur Verfassung des Deutschen Bundes geschrieben. Zur Rolle Steins für die Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde vgl. Rainer Koch, Der Freiherr von Stein und Frankfurt am Main. Vortrag gehalten am 9. März 1993 für die Polytechnische Gesellschaft. Frankfurt am Main 1993, 19 f. Zur Rolle der romantischen Geschichtskultur vgl. Thomas Nipperdey, Auf der Suche nach der Identität: Romantischer Nationalismus, in: ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays. München 1990, 132-150, hier 132 ff.



Abb. 1: Johann Carl von Fichard, genannt Baur von Eysack (1773-1829), IfSG Frankfurt.

An dieser Gründungsversammlung hatten neben dem bereits erwähnten Senator Niklas Vogt fünf weitere Frankfurter teilgenommen, die in der Gesellschaft später als außerordentliche korrespondierende Mitglieder wirkten. Dabei handelte es sich um den Kanonikus der St. Bartholomäus Kirche, Johann Georg Batton (1740-1827), den am Anfang zitierten Johann Karl von Fichard, den Altphilologen und Keilschriftforscher Georg Friedrich Grotefend (1775-1853), den Arzt und Freimaurer Dr. Georg Franz Burkhard Kloss, Meister vom Stuhl der Loge Einigkeit (1787-1854) und den Direktor des Frankfurter Gymnasiums Friedrich Christian Matthiae (1763-1822).⁴ Aus diesem Kreis begeisterte sich insbesondere der Patrizier Fichard für das Konzept der Erschließung von mittelalterlichen Urkunden und nutzte seinen politischen Einfluß in Frankfurt dazu aus, nicht nur die notwendigen institutionellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, sondern sie auch in Frankfurt zu konzentrieren.

Die Gelegenheit bot sich ihm mit dem Vermächtnis des Verlegers Johann Karl Brönnner, der zeit seines Lebens nicht nur die Senckenberg Stiftung tatkräftig unterstützt hatte, sondern auch im Jahre 1812 der Stadt 25.000 Gulden in Aussicht gestellt hatte, die als Anfangskapital für den Bau der Stadtbibliothek verwendet werden sollten. Die Stadtbibliothek wurde nach anfänglichem Zögern tatsächlich zwischen 1820 und 1824 errichtet. Es war ein auffälliger klassizistischer Bau, der nun als neue Bildungseinrichtung zur Verfügung stand.⁵ Mit der Bibliothek

⁴ Vgl. Kleinstück, ebd. 191. Zur Rolle von Georg Franz Burkhard Kloss und der Loge Zur Einigkeit vgl. Ralf Roth, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760 bis 1914. München 1996, 317 ff.

⁵ Brönnner bestimmte in seinem Testamente neben ansehnlichen Vermächtnissen für verschiedene milde Anstalten, die Summe von 100.000 Gulden dem Senckenbergischen Hospital zu dem Zwecke, „daß von deren Zinsen wenigstens sechs ehrbare, bedürftige, nicht unter 60 Jahre alte, unbeweibte, in Frankfurt verbürgerte Männer, die auch Wittwer sein können, in das Stift als Pfründner aufgenommen und bis an ihr Lebensende erhalten und versorgt werden sollen.“ Vermächtnis des Johann Karl Brönnner zit. nach Eduard Heyden, Galerie berühmter und merkwürdiger Frankfurter. Eine biographische Sammlung. Frankfurt am Main 1861, 438-442, hier 440. Zu Brönnners mäzenatischem Wirken vgl. Andreas Hansert, Bürgerkultur und Kulturpolitik in Frankfurt am Main. Eine historisch-soziologische Rekonstruktion. Frankfurt am Main 1992, 86 f.; Bruno Müller, Stiftungen für Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 1958, 41 ff. u. 70, u. Roth, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main, 168 ff. Zu Brönnners Wirken vgl. Ralf Roth, Von Brönnners Druckerey zur Brönnner-Umschau-Gruppe, in: Hans-Ulrich Pfeifer (Hrsg.), Im Fluss der Zeit. Festschrift zum 275. Jubiläum der Mediengruppe Breidenstein. Frankfurt am Main 2002, 42-88. Zum Bau der Stadtbibliothek vgl. Evelyn Hils, Johann Friedrich Christian Hess. Stadtbaumeister des Klassizismus in Frankfurt am Main von 1816-1845. Frankfurt am Main 1987, 65 ff.; Carl Wolff und Rudolf Jung, Die Baudenkmalerei in Frankfurt am Main. 3 Bde. Frankfurt am Main 1896-1898, Bd. 2, 350, u. Werner Wenzel, Die Stadtbibliothek von 1668-1884, in: Dieter Lehmann (Hrsg.), Bibliotheca Publica Francofurtensis. Fünfhundert Jahre

wurden auch neue Stellen geschaffen und eine davon war die des Stadtarchivars, um die sich der zurückhaltende Gelehrte Johann Friedrich Böhmer (1795-1863) bewarb. Fichard hatte Böhmer bereits im Jahr zuvor in den engeren Kreis der Frankfurter Gesellschaftsmitglieder eingeführt und ihn mit der eigentlich ihm zugewiesenen Aufgabe der Urkundenbearbeitung beauftragt.

Böhmer gehörte wie die Frankfurter Senatoren Fichard, Vogt und auch Johann Christian Gerhard Thomas (1785-1838) sowie der Dichter Clemens Brentano und die Maler Johann David Passavant und Philipp Veit zum engeren Kreis der Romantiker in Frankfurt. Gleichzeitig prädestinierte ihn seine Introvertiertheit und Arbeitsamkeit zum Bearbeiter historischer Quellen. Er mied öffentliche Auftritte, empfand das gesellschaftliche Leben der Stadt als „kalt“ und „rauh“, ja, „verschlagen“ und „roh“ und wick, wie sein Biograph Erwin Kleinstück bemerkte, „ganz im romantischen Sinne in die Stille des von der Mutter im überlieferten Gleise besorgten Haushalts und der eignen Studierstube“ in seinem Haus im Großen Hirschgraben aus.⁶

Diese Studierstube kann man mit einer gewissen Berechtigung als den Beginn der modernen Geschichtsschreibung in Frankfurt ansehen. Böhmer hat in einen Brief eine detaillierte Beschreibung hinterlassen: „Würdest Du jetzt in meine Stube treten, so fändest Du einen mäßigen Raum mit drei Fenstern an der langen Seite, vor denen mein Arbeitstisch steht, an dem ich dieses schreibe. Links von der Tür steht ein großer Schrank mit Akten und Geschäftsbriefen, rechts von derselben ein Ofen, in dem jetzt“, im Mai 1823, „wirklich ein wenig Feuer ist. Auf dem Stuhl daneben, auf der Seite dem Fenster gegenüber, schläft unsere große Hauskatze, die keine Mäuse fängt. Neben ihr steht ein Tisch, worauf ich alle Sachen lege, die besorgt oder weggetragen werden sollen. Dann kommt ein kleiner Mauerschrank, neben diesem ein schöner Sekretär, worin meine Briefe und Exzerpte, auch viele Kunstsachen liegen. Bei diesem sind wir schon an die vierte Wand gekommen, wo noch mein Kanapee steht, und die Tür in die Schlafkammer geht (...). Doch da fällt mir die Handschrift in die Augen, welche auf meinem Kanapee liegt. Es sind die noch ungedruckten Märchen meines Freundes, des Dichters Klemens Brentano.“⁷ Mehr noch als sein Zimmer kennzeichneten ihn die Gemälde, mit denen er sich umgab, als einen Romantiker. Da war ein großer Kupferstich von Karl Barth mit

Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 1984, Textband, 57-117, hier 86 ff.

⁶ „Hier war er mit seinen Kunstsachen, Büchern und Niederschriften bei sich daheim.“ Kleinstück, Johann Fredrich Böhmer, 185.

⁷ Johann Friedrich Böhmer in einem Brief an Clemens Brentano aus dem Jahre 1824. Zit. n. Kleinstück, Johann Fredrich Böhmer, 185 f.

einem Motiv der Nibelungen und eine Landschaft von Johann David Passavant, in deren Vordergrund St. Hubertus vor dem Hirsch kniet, zwischen dessen Geweih er das Bild des Gekreuzigten erblickte. Weiterhin fanden sich - nicht gerade von einem optimistischen Blick auf Zukunft zeugend - Albrecht Dürers „Ritter, Tod und Teufel“ und „Melancholie“ sowie das Basrelief „Christus, der von seiner Mutter scheidet“ von Peter Vischer, welches er „in Nürnberg“ erstanden hatte.⁸ Der Patrizier Fichard und der Freiherr von Stein unterstützten Böhmers Bewerbung, die knapp gelang. Damit war eine Stelle besetzt, die auch für die Zwecke der Gesellschaft für ältere Geschichtskunde genutzt werden konnte.⁹ Tatsächlich gelang es auf diese Weise mit Böhmers Hilfe bereits 1826 den ersten Band der *Monumenta Germaniae Historiae* zu publizieren.

Doch Fichards Ambitionen reichten weiter. Es sollten nicht nur allgemeine Urkunden des Reichs erschlossen werden, sondern gerade auch diejenigen, die die Frankfurter Geschlechter, ihre Rechte und ihre Gesellschaften betrafen. Aus diesem Grund konzentrierte er sich auch nicht nur auf Frankfurt, sondern schloß die weitere Region der Wetterau mit ein. Das war genau der Raum, aus dem das Frankfurter Patriziat stammte und in dem es über die Mauern der Stadt hinaus jahrhundertlang als Geschlechterverband gewirkt hatte, wie das Hartmut Bock in seiner jüngsten Studie zur Chronik der Eisenberger noch einmal eindrucksvoll gezeigt hat.¹⁰ Dies entsprach genau dem Anliegen, das den Anfangs erwähnten Kreis zusammengeführt hatte und mit ihm beginnt de facto die moderne Frankfurter Geschichtsforschung. Ihr erster Ertrag bestand 1829 in der „Ankündigung eines besonderen Urkundenbuchs der Stadt Frankfurt am Main“ und obwohl „Böhmer in erster Linie der Reichsgeschichte durch seine Regesten der deutschen Könige und Kaiser gedient hat“, so hat er doch mit dem *Codex diplomaticus Moenofrancofurtensis* im Jahre 1836 „eine wesentliche Grundlage für alle weitere heimische Forschung geschaffen“.¹¹ Das „Urkundenbuch der Reichsstadt Frankfurt“ diente danach als Muster für zahlreiche ähnliche Werke in anderen deutschen Städten und kann als größter Wurf des Fichardschen Gelehrtenkreises angesehen werden. In diesem recht eng geschnittenen Programm liegt dann auch die Erklä-

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. ebd. 202.

¹⁰ Vgl. ebd. 203 u. 206, u. Hartmut Bock, *Die Chronik Eisenberger. Edition und Kommentar. Bebilderte Geschichte einer Beamtenfamilie der deutschen Renaissance - Aufstieg in den Wetterauer Niederadel und das Frankfurter Patriziat.* Frankfurt am Main 2001.

¹¹ Hermann Meinert, *Der Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde (Landeskunde) 1857-1957*, in: *Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst* 45 1957, 19-40, hier 19 f.

rung, warum gerade der Patrizier Fichard sich so stark für die Geschichte eingesetzt hatte. Es ging ihm, ganz ähnlich wie den Reichsrittern mit dem Projekt der *Monumenta Germaniae Historiae*, um die Bewahrung der Tradition - und zwar in der ganz spezifischen Tradition des Reiches und seiner privilegierten Gruppen. Hier galt es, die in den Umbrüchen nach 1800 erlittenen Niederlagen zu lindern.

Ganz ähnlich wie die Reichsritter bei der Neuordnung der deutschen Staatenwelt so hatten auch das Frankfurter Patriziat bei der Neuordnung der städtischen Gesellschaft nach den Befreiungskriegen Niederlagen einstecken müssen. Trotz des vehementen Kampfes der patrizischen Fraktion um Johann Karl von Fichard hatten die geburtsständischen Privilegien des alten Herrschaftsstandes in der Constitutions-Ergänzungs-Akte von 1816 keine Berücksichtigung mehr gefunden. Die einst mächtigste Fraktion der Frankfurter Elite schmolz aufgrund dessen in den folgenden Jahren zu einer unbedeutenden Größe zusammen.¹²

Ähnlich wie die von den Reichsrittern dominierte Gründungsver-sammlung der Gesellschaft für ältere Geschichtskunde das weitläufigere Modell der von Stein geplanten Geschichtsgesellschaft auf den engen Bereich der Urkundenforschung reduzierte, setzte auch Fichard und sein Kreis in Frankfurt erst einmal eine sehr eng an den Interessen des Patriziats ausgerichtete Geschichtsbetrachtung. Der Blick richtete sich zurück auf das Mittelalter und die Anfänge der Frühen Neuzeit und konzentrierte sich auf Verfassungsquellen und Privilegien. Diese eng fokussierte Aufgabenstellung hatte jedoch nicht lange Bestand. Denn über den Kreis konservativer Senatoren und ihres Romantiker Zirkels hinaus geriet im Zuge der Vereinsbewegung das Frankfurter Bürgertum im gesamten in Bewegung und meldete nach dem Erscheinen des Urkundenbuches sehr viel weitergehende Interessen an der städtischen Geschichte an.

¹² Vgl. Roth, *Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main*, 217 ff. Zur Verfassungsänderung und ihren Hintergründen vgl. Rainer Koch, *Grundlagen bürgerlicher Herrschaft. Studien zur bürgerlichen Gesellschaft in Frankfurt am Main 1612-1866*. Wiesbaden 1983, 40 ff.; ders., *Ständische Repräsentation oder liberale Repräsentativverfassung. Die C.E.A. der freien Stadt Frankfurt als historischer Kompromiß*, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 2, 1978, 187-214; Helmut Böhme, *Frankfurt und Hamburg. Des Deutschen Reiches Silber- und Goldloch und die allereinglichste Stadt des Kontinents*. Frankfurt am Main 1968, 109 ff., u. ders. *Stadtregiment, Repräsentativverfassung und Wirtschaftskonjunktur in Frankfurt am Main und Hamburg im 19. Jahrhundert*, in: *Esslinger Studien* 15, 1969, 75-146.

2. Die Frankfurter Bürger und die Gesellschaft für Frankfurts Geschichte und Kunst von 1837

In Frankfurt hatten sich die ersten Vereine um 1800 gegründet. Anfangs handelte es sich um allgemein gesellige Vereine oder Gesellschaften, die dezidiert Bildungszwecke verfolgten, wie die Casinogesellschaft von 1802 oder die Museumsgesellschaft von 1808. Zwischen 1810 und 1830 entstanden über ein Dutzend weiterer Vereine, die im Kontext der christlichen Erweckungsbewegung standen oder gewerblichen Zwecken dienten, wie etwa die nach dem Vorbild der Hamburger Patriotischen Gesellschaft gegründete Polytechnische Gesellschaft. Dazu kamen naturwissenschaftliche Vereine wie die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft und eine ganze Serie von Gesang- und Musikvereinen. Untersucht man die Gründer und ersten Mitglieder dieser Vereine, so fällt der entsprechend dem Charakter der Stadt mit rund 60 Prozent sehr hohe Anteil von Kaufleuten und Bankiers auf. Mit fast sieben Prozent stellten die Frauen einen vergleichsweise hohen Anteil, der jedenfalls höher lag als der der Adligen, Patrizier und der Handwerker, die mit jeweils rund vier bis fünf Prozent vertreten waren.¹³ Bestimmte Bevölkerungsgruppen konzentrierten sich durchaus auf einzelne Vereine. So sticht hervor, daß die Patrizier und Adelige vor allem in der Casinogesellschaft organisiert waren, ansonsten aber kaum in Erscheinung traten.¹⁴ Dieses „kaum“ betraf auch den neuen Geschichtsverein, der sich 1837 als „Gesellschaft für Frankfurts Geschichte und Kunst“ gegründet hatte. Auffallend gegenüber dem Kreis um Fichard war außerdem zweierlei: zum einen griffen die Initiatoren auf das umfassendere Konzept der ursprünglich von Stein ins Auge gefaßten Gesellschaft für Altertumskunde und Kunst zurück und zum anderen fällt die viel breitere soziale Basis des Vereins auf, der nun die gesamte Spannweite der Frankfurter Bürgergesellschaft umfaßte.

Im Gegensatz zu dem nur wenige Personen umfassenden Kreis um Fichard, der aus Patriziern, konservativen Senatoren und an der Romantik orientierten Literaten und Künstlern bestand, versammelte bereits die Gründungsversammlung der Gesellschaft 160 Frankfurter Bürger aus fast allen Lebensbereichen. Darunter befanden sich neun Schöffen, elf Senatoren und drei Ratsherren, zahlreiche Vertreter ange-

¹³ Zur Rolle der Frauen in den Vereinen vgl. Gisela Mettele, Bürgerliche Frauen und das Vereinswesen im Vormärz, in: Jahrbuch für Liberalismusforschung 5, 1993, 23-46, hier 25.

¹⁴ Vgl. Roth, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main, 256 ff. Allgemein zum Frankfurter Vereinswesen vgl. ders., Das Vereinswesen in Frankfurt am Main als Beispiel einer nichtstaatlichen Bildungsstruktur, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 64, 1998, 143-211.

sehener Kaufmanns- und Bankiersfamilien wie die Andreae, Bernus, Bethmann, Brentano, Bolongaro, du Fay, Forsboom, Gontard, Mülhens oder Passavant, Bildungsbürger wie Gymnasialprofessoren, zahlreiche Juristen, Ärzte, Pfarrer und Architekten wie etwa der Afrikaforscher Eduard Rüppell, der Professor und spätere Geschichtsschreiber Georg Ludwig Kriegk, die gelehrten Juristen und Liebhaber der Historie Ludwig Heinrich Euler, Benedikt Jakob Römer-Büchner und Maximilian Reinganum sowie Maler und etliche Gesandten des Bundestages wie von Leonhardi und von Mieg sowie die Legationsräte von Goldner und von Sydow. Unter diesen 160 Mitgliedern befanden sich jedoch insgesamt nur vier Patrizier - also 2,5 Prozent. Dieser Minderheit standen rund 45 Prozent Bildungsbürger, vor allem Rechtsanwälte und Ärzte und 40 Prozent Kaufleute, Verleger und Bankiers gegenüber.¹⁵ Hier formierte sich also das Frankfurter Bürgertum und zwar nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch politisch, denn das Spektrum reichte von konservativen Bürgern über zahlreiche liberale Vertreter bis hin zu Mitgliedern, die wie der Jurist Maximilian Reinganum der demokratischen Bewegung nahestanden.

Ein Aufruf in den von Demokraten herausgegebenen Frankfurter Jahrbüchern umriß klar den Zweck der Gesellschaft, „auf möglichste Verbreitung der Kenntniß und des Interesses für die ältere Geschichte und Kunst der Stadt und der Umgegend von Frankfurt am Main gemeinsam hinzuwirken“.¹⁶ Im deutlichen Unterschied zu Fichards Gelehrtenkreis erstreckte sich das Arbeitsprogramm später auf Abhandlungen über die Topographie Frankfurts, die Annalen seiner Geschichte, die Literaturgeschichte, die Kunstgeschichte und das Kriegswesen, sowie auf die Darstellung der wichtigen Denkmäler. Wobei durchaus auch die Absicht hervorgehoben wurde, sich für die Erhaltung dieser Zeugnisse einzusetzen. Als Publikationsorgan wurde ein „Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst“ ins Auge gefaßt, das bis heute besteht. Weiterhin sollte sukzessive eine Bibliothek aufgebaut werden.¹⁷

Die breite soziale wie politische Basis schlug sich nicht sofort in die Umsetzung des neuen Arbeitsprogramms nieder, weil der Verein sich ein Statut gegeben hatte, das eine strenge Scheidung von arbeitenden

¹⁵ Vgl. Mitglieder der Gesellschaft für Frankfurts Geschichte und Kunst, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 1, 1839, VI-VIII. Zum geschichtlichen Hintergrund vgl. Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Vereins für Geschichte und Altertumskunde, 3, u. zur sozialen Zusammensetzung der Mitglieder Roth, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main, 336 f.

¹⁶ Frankfurter Jahrbücher 1837. Eine Zeitschrift für die Erörterung hiesiger öffentlicher Angelegenheiten 10, 1837, 5. Vgl. auch ebd. 249.

¹⁷ Zu den Zielen vgl. Vorwort, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 1, 1839, III-VI.

und zahlenden Mitgliedern enthielt. Deshalb wurden die Publikationen von einem kleinen Kreis bestimmt und den dominierte nach wie vor der Schöffe Johann Christian Gerhard Thomas und seine romantischen Anhänger.¹⁸ Erst mit dem vierten Heft des Archivs für Geschichte und Kunst, das im Jahre 1847 erschien, setzte sich ein neuer Kreis von Autoren durch, der dann für drei Jahrzehnte die Geschicke des Vereins bestimmte. Es handelte sich dabei um die Juristen Ludwig Heinrich Euler, Benedikt Jakob Römer-Büchner, Wilhelm Stricker und den Juwelier Georg Eduard Steitz. Alle vier waren liberal orientierte Bürger, die in der Revolution 1848 und bei der Forderung nach einer Reform der städtischen Verfassung eine maßgebliche Rolle spielen sollten.¹⁹

Obwohl die in diesen Jahren erschienenen umfangreichen Archivhefte sich durch eine große Themenvielfalt und hohe Qualität der Beiträge auszeichneten, nahte das Ende zur Jahrhundertmitte heran. Hieß es Anfang der fünfziger Jahre noch: „Bei der Menge und Reichhaltigkeit des zu bearbeitenden Stoffs ist eine fortgesetzte Tätigkeit des Vereins gewiß zu wünschen und je mehr es gelingt, eine eigentlich gesellschaftliche Tätigkeit zu erzielen, also für die Bestrebungen und Arbeiten der einzelnen Vereinsglieder eine Mitwirkung und Beihilfe der übrigen zu gewinnen, desto mehr wird der Verein leisten können und desto größeren Wert werden seine Beiträge für die Erkenntnis der vaterstädtischen Verhältnisse oder eine künftige Geschichte unseres Gemeinwesens haben“.²⁰ Doch die regen publizistischen Aktivitäten im Archiv konnten den Niedergang der Gesellschaft nicht aufhalten. Zu stark war die Trennung zwischen den zahlreichen passiven Mitgliedern und den wenigen Aktivisten. Zu stark waren auch die brennenden Probleme der Zeit, die in der Revolution und den Jahren danach das Interesse an der Geschichte überlagerten. Der Gesellschaft liefen schließlich in den fünfziger Jahre die Mitglieder davon. So hieß es im Vorwort zum achten Heft des Archivs aus dem Jahre 1858 rückblickend auf die fünfziger Jahre: „Die sich stets vermindernde Anzahl der arbeitenden sowohl als der beitragenden Mitglieder machte das fernere

¹⁸ Man unterschied zwischen „Mitgliedern, welche sich zur wirklichen Theilnahme an den Arbeiten derselben verpflichteten, und solchen, welche dieselben nur durch ihre jährlichen Beiträge unterstützen wollen“. Als Jahresbeitrag wurden fünf Gulden festgelegt. In drei Sektionen: der administrativen, der historischen und der artistischen, sollten die Aufgaben der Gesellschaft erfüllt werden. Frankfurter Jahrbücher 1837. Eine Zeitschrift für die Erörterung hiesiger öffentlicher Angelegenheiten 10, 1837, 5.

¹⁹ Vgl. Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 4, 1847, XV. Euler erforschte die Güter- und Erbrechte der Ehegatten in Frankfurt bis 1509 und erarbeitete eine Quellensammlung über Frankfurt als Oberhof zu der Jakob Grimm das Vorwort schrieb. Vgl. Meinert, Der Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde, 21.

²⁰ Vorrede, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 6, 1854, IV.

Bestehen der Gesellschaft unthunlich“.²¹ Erst nachdem die der Revolution folgenden Depressionsjahre überwunden waren, entwickelte sich auch wieder ein Interesse an der Historie und das brachte den Durchbruch zu einem kulturgeschichtlichen Ansatz.

3. Neu- und Umgründungen im Zeichen des städtischen Aufbruchs

Die Stagnation und der Mitgliederrückgang in den fünfziger Jahren hatten keinen Zweifel daran gelassen: Es mußte etwas getan werden und es war der Bankier Johann Adam Osterrieth (1792-1868), der die Initiative zu einer grundlegenden Reform ergriff.²² Osterrieth gehörte zum Kreis der Gründer der Frankfurter Bank, war auch an der Gründung der Bank für Industrie und Handel in Darmstadt beteiligt und saß im Vorstand der Frankfurter Sparkasse. Er war außerdem Mitglied der Handelskammer und ist zum damaligen Kreis der Elite zu rechnen. Nicht von ungefähr gehörte er der Casinogesellschaft an, engagierte sich konfessionell in der evangelisch-lutherischen Gemeinde und politisch bei den gemäßigten Liberalen. 1849 trat er dem Patriotischen Verein bei und wurde Mitte der fünfziger Jahre als Ersatzmann in das Wahlkolleg der 75er gewählt, das über die Zusammensetzung der Gesetzgebenden Versammlung entschied. Wenig später legte er ein neues Konzept für den Geschichtsverein vor, das in wesentlichen Punkten von der bisherigen Organisationsstruktur abrückte. Zum einen sollte endlich den Wünschen der Mitglieder mehr Rechnung getragen werden. Zum anderen zielte Osterrieth auf das lebhafteste Interesse der Frankfurter Bürger an der Kunst, das sich nicht nur in der erfolgreichen Tätigkeit des Frankfurter Kunstvereins niederschlug, sondern auch in dem großen Interesse, das der Gründung des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg entgegengebracht wurde.²³ Osterrieth plädierte deshalb für die Ausweitung der Sammeltätigkeit und den Aufbau einer historischen Objektsammlung. Mit dieser Absicht, den Kreis der Themen auszuweiten und historische wie kunstgewerbliche Artefakte über die schriftlichen Quellen hinaus stärker zu berücksichtigen, kamen die Frankfurter Bürger ein zweites Mal auf den breiten kultur- und kunstgeschichtlich determinierten Ansatz der ursprünglich von Goethe und Stein favorisierten Pläne für eine Geschichtsgesellschaft zurück.

²¹ Vorwort, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 8, 1858, III.

²² Angaben zu Johann Adam Hermann Osterrieth nach Datenbank „Frankfurt“ des Forschungsprojekts „Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert“, Case-ID 4429. Vgl. auch Meinert, Der Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde, 22 f.

²³ Zum Kunstverein vgl. Roth, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main, 325 ff.

Für seine Vorschläge interessierte sich eine Gruppe von Bürgern, die am 18. Oktober 1856 in Osterrieths Haus am Roßmarkt Nr. 18 zusammentrafen, um die Gründung eines Vereins zur Erhaltung von „Monumenten deutscher Culturgeschichte“ zu erörtern.²⁴ Der Fiskal Dr. Anton Burkard hatte für diesen Anlaß eine Denkschrift mit der Überschrift „Gedanken über eine Ergänzung der hiesigen Anstalten und Vereine für Geschichte und Kunst“ verfaßt. Ergänzung meinte in diesem Zusammenhang explizit den Übergang von der auf Archivalien gestützten Politik- und Verfassungsgeschichte zu einer von schriftlichen Zeugnissen, Bildern und Objekten fundierten allgemeinen Kulturgeschichte. Die Initiatoren „warben für den Zutritt Gleichstrebender und hatten Erfolg. Ein halbes Jahr später, am 14. März 1857 wurde von der als Comité bezeichneten erweiterten Versammlung ein Zehner-Ausschuß bestellt, der die förmliche Vereinsgründung vorbereitete. Am 13. Juli erfolgte die grundsätzliche Beschlußfassung zur Gründung, die zugleich auch die Einrichtung grösserer und kleinerer Versammlungen zum Behufe des Austauschs und der Veröffentlichung historisch antiquarischer Mittheilungen und Arbeiten zur Anregung und Belebung des Sinnes für die Geschichte und Alterthumskunde in erster Linie als Zweck und Ziel des Vereines hingestellt (...) wurde.“²⁵ Das Comité leitete daraufhin eine „Werbeaktionen größeren Ausmaßes“ ein und gründeten am 30. Oktober 1857 zusammen mit 170 Interessenten den „Verein für Geschichte und Altertumskunde in Frankfurt am Main“.²⁶

An den Statuten wird der Unterschied zum vorherigen Verein deutlich. Die Ziele lauteten: 1) Förderung der historischen Wissenschaften im Allgemeinen durch Sammlung anschaulicher Erzeugnisse der Vergangenheit. 2) Förderung der Kenntnis der Geschichte der Vaterstadt im weitesten Sinne des Wortes durch Sammlung des historischen Materials, sowohl aus dem Gebiete der Literatur, als der bildenden Künste und Handwerke. 3) Veranstaltung von zeitweiligen Ausstellungen. 4) Weckung und Belebung des Sinnes für Geschichte und Altertum durch Mittheilungen, Abhandlungen und Vorträge. Der neue Verein traf den Nerv der Zeit und in wenigen Jahren stieg die Mitgliederzahl bis auf 425 Personen im Jahre 1865 an.²⁷ Die Beschäftigung mit der Ge-

²⁴ Von der alten Gesellschaft für Frankfurts Geschichte und Kunst waren außer Euler weitere Mitglieder der alten Gesellschaft zugegen - darunter der Bildhauer Eduard von der Launitz, der in Zürich lebende Professor der Anatomie Hermann von Meyer, die Maler Carl Theodor Reiffenstein und Gerhard Malß und der Syndikus Dr. Eduard Harnier. Vgl. Meinert, Der Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde, 23.

²⁵ Chronik des Vereins, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main I, 1860, 1-5, hier 3.

²⁶ Vgl. den zusammenfassenden Bericht zur Tätigkeit des Comité's in: Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Vereins für Geschichte und Altertumskunde, 4 ff.

²⁷ Statuten. Zweck und Wirkungskreis des Vereins, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main I, 1858, 6-15,

schichte wurde beträchtlich ausgeweitet. Es gab nun eine literarische und archäologische Sektion. Die publizistischen Anstrengungen vervielfachten sich. Neben dem Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst gab es nun Mitteilungsblätter, Neujahrsblätter und dazu kamen zahlreiche Vorträge und Exkursionen, um „den Austausch von wissenschaftlichen und antiquarischen Erfahrungen möglichst ununterbrochen zu erhalten“. „Dieser Beschluß“, hieß es im darauffolgenden Jahr, „war von dem schönsten Erfolge gekrönt, indem während der Sommermonate (...) gemeinsame Spaziergänge und Zusammenkünfte auf der Mainlust, dem Forsthause, in Bockenheim, Rödelheim, Ginnheim, sowie zwei Ausflüge einerseits nach Falkenstein und Cronberg, andererseits nach der Saalburg bei Homburg jedesmal eine kleinere oder grössere Anzahl von Vereinsmitglieder zu belehrendem Ideenaustausche und gemüthlich-heiterem Verkehr vereinigten.“²⁸

Die große Zahl finanzstarker Mitglieder erlaubte erstmals die Anmietung eines festen Vereinslokals im Steinernen Hause am Markt. Dabei rächte es sich allerdings, die Räume nur nach ihrer historischen Bedeutung und der Annahme, es könne „kaum ein passenderer Raum gefunden werden (..), als der ehemalige Prunksaal dieses gotischen Hauses“. Dabei ließ der Vorstand „bei der Ermietung des Saals über manche andere Unzuträglichkeiten wegsehen“. Daran scheiterte schließlich der Versuch, die Sammlung der Altertümer dort auszustellen.²⁹ Kurze Zeit darauf, im besten Wirken und Weben begriffen, rutschte der Verein in die Umbrüche, die mit dem Ende der Freien Stadt und der Gründung des Deutschen Kaiserreichs verbunden waren. Wenn auch der Betrieb relativ rasch wieder aufgenommen werden konnte, zeigten sich doch, „trotz mancher Bemühungen hat sich die Theilnahme an demselben und seine Mitgliederzahl nicht vermehrt, insonderheit ist der Verlust an arbeitenden Mitgliedern nicht ersetzt worden und die Aufgabe, das wissenschaftliche Leben in dem Vereine rege zu erhalten, liegt einem kleineren Kreise von Männern ob, als man bei der nicht geringen Zahl hierzu geeigneter Persönlichkeiten in hiesiger Stadt erwarten sollte.“³⁰ Kurz darauf setzten Mitgliederrückgänge ein und machten deutlich, daß der Wandel der städtischen Gesellschaft

hier 6. Zu den Mitgliederzahlen vgl. Vorwort, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main III, 1868, 1.

²⁸ Thätigkeit des Ausschusses, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main I, 1858, 114-120, hier 114. Den Charakter dieser Ausflüge bezeichnete Euler treffend als „Wandelversammlungen“ Ebd. Zur weiteren Entwicklung der Ausflüge vgl. etwa Chronik, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main IV, 1869, 6.

²⁹ Euler, Das steinerne Haus und die Familie von Melem, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main I, 1860, 219.

nicht spurlos an dem Verein vorübergehen würde. Dieser Mitgliederschwund traf den Verein schwer, denn es drohte das Großprojekt zu scheitern, das seit dem Aufruf Osterrieths mit großer Energie verfolgt worden war: Die Gründung eines historischen Museums.³¹

4. Erinnerung an die Freie Stadt in Preußischer Zeit: Der Historische Museumsverein

Der Verein für Geschichte und Altertumskunde hatte sich explizit mit dem Ziel eines breiten Zugangs zur Geschichte und der Sammlung historischen Materials, das man auch in „zeitweiligen Ausstellungen“ zeigen wollte, gegründet. Das Vorbild erblickten die Gründer in Kunst- und Naturwissenschaftlichen Museen, die sich in Frankfurt mit dem Städel und noch früher mit dem Senckenberg Museum etabliert hatten. Beide Einrichtungen standen im Kontext der Bildungsbewegung und sollten für die interessierte Öffentlichkeit Anschauungsmaterial aus Kunst- und Naturwissenschaft ausstellen.³² Den Grundstock beider Museen bildeten dabei Privatsammlungen, die systematisiert und nach wissenschaftlichen Kriterien aufbereitet worden waren. Etwas ähnliches hatten die Gründer des Vereins mit den Relikten der Vergangenheit im Auge und sprengten mit diesem Vorhaben den engen auf Urkunden und Akten fixierten Ansatz der frühen Geschichtsinitiativen in Frankfurt.

Die Forderung nach einem Historischen Museum wurde öffentlich zum ersten Mal Ende März 1861 von dem Demokraten und Juristen

³⁰ Chronik des Vereins, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main IV, 1869, 3-8, hier 3. Vgl. auch Chronik des Vereins, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main III, 1867, 187-190.

³¹ Später hieß es dann rückblickend: „Es wird also allen Mitgliedern ans Herz zu legen sein, nicht nur für ihre Person dem Vereine treu zu bleiben, sondern auch demselben neue Mitglieder zu gewinnen. Bei dem geringen Beiträge, den der Verein fordert und der schon durch den Werth der jährlichen Publikationen ersetzt wird, dürfte von jedem Freund der Geschichte und namentlich der vaterstädtischen Geschichte die Theilnahme an dem Vereine erwartet werden.“ Bericht des Vereins-Direktors am 9. Januar 1877, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main V, 1876, 333-339, hier 336. Trotzdem verlor der Verein in den folgenden Jahren mehr Mitglieder durch den Austritt als durch den Tod; bei dem niedrigen Beitrag aber waren diese Austrittserklärungen oft um so auffälliger, als durch die unentgeltlich den Mitgliedern zukommenden Vereinsschriften ein den Beitrag ausgleichender, oft übersteigender Ersatz gewährt wurde.“ Vgl. Anlage V, in: ebd. 342 f. u. 498 f.

³² Zur Entwicklung dieser Bildungsbewegung vgl. Ralf Roth, „Der Toten Nachruhm“. Aspekte des Mäzenatentums in Frankfurt am Main (1750-1914), in: Bürgerkultur und Mäzenatentum im 19. Jahrhundert. Hrsg. v. Jürgen Kocka u. Manuel Frey. Berlin 1998, 99-127.

Friedrich Scharff erhoben, der ausgerechnet die Hauptwache als Ort für das Museum ins Visier nahm.³³ Die Hauptwache war in den Jahrzehnten zuvor das Gefängnis der Stadt gewesen. Hier verbüßten einige der am Wachensturm von 1832 beteiligten Demokraten langjährige Haftstrafen.³⁴ Sie sollte deshalb als Symbol der Reaktionszeit eliminiert und zu einem Ort demokratischer Geschichtskultur umfunktioniert werden. Sein Vorstoß war ambitioniert: „Es handelt sich nicht um die Ausstellung einiger ausgegrabener Scherben und verrosteter Schwerter, sondern um die Bildungsgeschichte im weitesten Umfang (...). Die Bildungsgeschichte eines Volkes ist in unseren Tagen ein notwendiger Bestandteil der politischen Geschichte geworden. Hand in Hand mit dieser Auffassung geht die Aufmerksamkeit auf alle Denkmäler der Vergangenheit. (...) Unsere Geschichte ist die Geschichte des Bürgertums (...). Von dem erhabenen Dom bis zum unscheinbaren Gerät, wenn sie einem Volk und einem Zeitalter angehören, schlinge sich ein geistiges Band, welches uns sage, daß sie zusammengehören, und daß sie uns einen Blick auf das Leben, Fühlen und Denken der Menschen gewähren, welche sie hervorgebracht haben.“³⁵

Das Projekt scheiterte am Widerstand des Magistrats und so kam die Sammlung des Vereins erst einmal im Osterriethschen Hause, dann in den erwähnten Saal des Steinernen Hauses und schließlich in dem von Osterrieth 1862 gekauften Haus zur Goldenen Wage unter.³⁶ Doch alles

³³ „Scharff gehört zu den arbeitenden Mitgliedern des 1857 neugegründeten Vereins für Geschichte und Altertumskunde und ist Autor einer Reihe rechtshistorischer Studien zur Frankfurter Geschichte. Sein Artikel im „Konversationsblatt“ hat auf den ersten Blick nichts mit Historischen Museen zu tun und ist vor allem eine kurzgefaßte Geschichte der Hauptwache.“ Jürgen Steen, Das Historische Museum Frankfurt am Main - Plan, Gründung und die ersten fünf und zwanzig Jahre, in: Trophäe oder Leichenstein? Kulturgeschichtliche Aspekte des Geschichtsbewußtseins in Frankfurt im 19. Jahrhundert. Eine Ausstellung des Historischen Museums Frankfurt. Frankfurt am Main 1978, 23-48, hier 23.

³⁴ Vgl. Barbara Christine Schwedhelm, Demagogenjagd. Frankfurt um 1830. Diss. Frankfurt am Main 1982, 22 ff. u. 41 ff. Zum Hintergrund vgl. Roth, Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main, 372-380.

³⁵ Steen, Das Historische Museum Frankfurt am Main, 24.

³⁶ Vgl. Meinert, Der Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde, 26. Der größte Teil der Sammlung stammte aus Schenkungen und Leihgaben. Ankäufe waren selten. Vgl. Dr. Hammeran, Bericht über die Vereins-Sammlung, deren Revision und Neu-Katalogisierung, in: Mittheilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Alterthumskunde in Frankfurt am Main V, 1877, 421-424, hier 421 u. 423. Dr. Hammeran, der sich der Mühe einer Revision und neuen Katalogisierung unterzog, kritisierte, daß „der Hauptmotor solcher Sammlungen, die Vermehrungsfähigkeit, sich hier allzu schwach gezeigt hat, um große Hoffnungen zu hegen. Die Sammlung kostet außerdem ihr Lokal und, was das Schlimmste ist, sie wird fast nicht besucht. Der letztere Umstand ist vielleicht der Unbekanntheit und der allzu geringen Zeit ihrer Zugänglichkeit zuzuschreiben. jedenfalls aber gewährt sie dem Publikum wenig Nutzen.“ Meinert, ebd.

blieb eine Notlösung, die Scharff dazu zwang, seine Bemühungen fortzusetzen. Am 12. Oktober 1869 stellte sein Freund, der demokratische Stadtverordnete Eduard Fay den Antrag auf Einrichtung eines städtischen Museums zwecks Unterbringung der freireichsstädtischen Reliquien.³⁷ Und diesmal versandete die Initiative nicht. Der Antrag Fays kam zur rechten Zeit, denn der Magistrat verwies in seiner Antwort auf den dringend notwendig werdenden Neubau eines städtischen Archivgebäudes und stellte in Aussicht, hier auch ein Museum einzurichten.³⁸

Die Resonanz bis in die höchsten Spitzen der städtischen Politik erklärt sich aus der allgemeinen Situation, in der sich Frankfurt befand. Der Verlust der jahrhundertealten Souveränität, die die Stadtrepublik als Reichsstadt und dann als Freie Stadt genossen hatte, hinterließ tiefe Wunden. Ungebrochen war der Patriotismus der Frankfurter Elite, die aus ihrer dezidiert preußenfeindlichen liberal-demokratischen Einstellung kein Hehl machte. Zur gleichen Zeit bemühte sich etwa der Antragsteller Eduard Fay mit großem Erfolg um ein Denkmal auf dem Hauptfriedhof, das den Septembergefallenen der Revolution von 1848 gewidmet sein sollte.³⁹ In diesem Kontext stand auch das Museumskonzept seines Freundes Friedrich Scharff. Es galt die Identität der Stadt als einer freien und unabhängigen Bürgergemeinde oder wie es ihr gemeinsamer Freund der jüdische Bankier, Verleger und Herausgeber der Frankfurter Zeitung Leopold Sonnemann genannt hatte, der Oase des Liberalismus in der Wüste der preußischen Reaktion, zu wahren.⁴⁰ Die Stadt zog mit und die Vereinsleitung begrüßte mit großer Freude, daß jetzt in den Räumen des Archivs ein städtisches Museum als wichtigster Vereinigungspunkt für die Altertumsgegenstände, die Kunst- und Kulturdenkmäler Frankfurts zur Verfügung stehe.

³⁷ Vgl. Steen, *Das Historische Museum Frankfurt am Main*, 27.

³⁸ Vgl. ebd. 28.

³⁹ Vgl. Roth, *Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main*, 503 f.

⁴⁰ Zur Rolle des linken Liberalismus in Frankfurt vgl. ebd. 490 ff. In Frankfurt gingen aus Initiativen der Bürger zahlreiche kulturelle Institutionen hervor. Vgl. Ralf Roth, *Von Wilhelm Meister zu Hans Castorp. Der Bildungsgedanke und das bürgerliche Assoziationswesen im 18. und 19. Jahrhundert*, in: *Bürgerkultur im 19. Jahrhundert. Bildung, Kunst und Lebenswelt*. Hrsg. v. Dieter Hein u. Andreas Schulz. München 1996, 121-139.



Abb. 2: Innenansicht des Historischen Museums, das bei seiner Gründung 1877 im Stadtarchiv am Weckmarkt untergebracht war, IfSG Frankfurt

Das hatte allerdings Konsequenzen. Denn nun bildete sich ein besonderer Verein, um die vereinigten Sammlungen nicht nur zu fördern und zu vermehren, sondern auch durch wissenschaftliche Erforschung nutzbar zu machen. Eine große Zahl der Vereinsmitglieder trat deshalb dem neuen „Verein für das Historische Museum“ bei und beide Vereine nahmen sich vor, in „gegenseitiger Anerkennung und Unterstützung nebeneinander“ zu bestehen und zu gedeihen.⁴¹ So kam es faktisch zur Trennung der Aufgaben und zu einer Spezialisierung zum Nutzen beider. Das Historische Museum und der Museumsverein konzentrierten sich fortan auf die Sammlung von historischen Objekten, ihre wissenschaftliche Erschließung und publikumswirksame Präsentation. Der Verein für Geschichte und Altertumskunde übernahm dagegen die Aufgabe der Förderung der geschichtlichen Wissenschaften.

⁴¹ Vgl. Riese, Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Vereins für Geschichte und Altertumskunde, 9.

Abb. 3: Das neue Gebäude des Stadtarchivs am Weckmarkt im Jahre 1877, IfSG Frankfurt.

Zu diesem Zweck wurde am 24. Januar 1878 die Satzung geändert.⁴² Hatte der Museumsverein mit dem Historischen Museum eine wichtige städtische Einrichtung zum Bezugspunkt, so verknüpfte sich auch der Verein für Geschichte und Altertumskunde im Zuge des Ausdifferenzierungsprozesses mit einem Amt der Stadt - dem Stadtarchiv. Dort hatte sich parallel zur Museumsgründung ebenfalls ein wichtiger Wandel vollzogen. Dieser umfaßte „die Trennung des historischen Teils des städtischen Archivs von der Registratur, die Anstellung eines besonderen Archivars“ und die Zusammenführung der Bestände in einem eigenen Gebäude.⁴³

Die Verbindung des Vereins mit einer institutionalisierten Stelle schlug sich in einem auffälligen Wandel der Publikationspraxis nieder und wieder einmal kam es - jedenfalls im Vergleich mit der Ausweitung in den sechziger Jahren - zu einer Einengung des historischen Blicks. Wenn auch diesmal weniger die Urkunden des Mittelalters eine Rolle spielten, so konzentrierte sich die Arbeit doch auf die schriftlichen Zeugnisse der städtischen Verwaltungspraxis und damit auf Fragen des Rechts, der städtischen Politik und der Administration. Mit dieser Aufgabenfokussierung rückten Beamte der Stadt ins Zentrum der historischen Aufarbeitung und Bewertung. Der Band des Archivs aus dem Jahre 1877 zeigte noch die gewohnte Zusammenstellung aus mehreren Abhandlungen mittleren Umfangs, die fast immer von einem der älteren Mitarbeiter des Vereins verfaßt worden waren. Die folgenden Bände dagegen, die zwischen 1881 und 1884 erschienen, brachten nur noch eine oder zwei große wissenschaftliche Arbeiten, die auf ausgedehnten Forschungen im Stadtarchiv beruhten. Verfasser war Stadtarchivar und Vorstandsmitglied Dr. Hermann Grotefend, der als Nachfolger von Georg Ludwig Kriegk am 26. Januar 1876 mit der Aufsicht über die Bestände der Frankfurter Vergangenheit durch Magistrat und Stadtverordnete betraut worden war und zwei Jahre später das neue Archivgebäude am Weckmarkt bezog.⁴⁴

⁴² Er änderte die Satzungen mit dem ausdrücklichen Bestreben, einer größeren Anzahl von Mitgliedern Gelegenheit zu tätiger Mitwirkung zu geben. Vgl. Chronik des Vereins, in: Mitteilungen an die Mitglieder des Vereins für Geschichte und Altertumskunde in Frankfurt am Main V, 1879, 479-488, hier 487, u. Satzungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde in Frankfurt am Main. Beschlossen auf der Generalversammlung vom 24. Jan. 1878, in: ebd. Anlage, 1-9.

⁴³ Meinert, Der Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde, 28.

⁴⁴ Er gab in den achtziger Jahren die „Quellen zur Frankfurter Geschichte“ und die „Inventare des Frankfurter Stadtarchivs“ heraus. Zur Veränderung der Schwerpunktsetzung in der Zeitschrift des Vereins vgl. die gemischten Beiträge im Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst. NF 6, 1877, u. Archiv für Frankfurts Geschichte und

Die Trennung der Aufgaben und ihre Verteilung auf zwei Vereine führte nicht zu einer Verringerung der Mitgliederzahl des Vereins für Geschichte und Altertumskunde. Im Gegenteil, sie entwickelte sich positiv und erreichte mit 423 Mitgliedern im Jahre 1882 fast den Stand von 1865. Auch die Sozialstruktur nahm den Trend der früheren Jahrzehnte auf. Der Anteil des Wirtschaftsbürgertums, insbesondere der Kaufleute und Bankiers nahm deutlich zu und betrug Mitte der neunziger Jahre über 60 Prozent. Es waren dann auch diese Mitglieder, die sich mit der in der Viererkonstellation Museumsverein und Historisches Museum versus Verein für Geschichte und Altertumskunde und Stadtarchiv institutionalisierten Aufgabentrennung zwischen bunter auf Objekte gestützter Kunst- und Kulturgeschichte sowie trockener auf Akten basierender Verwaltungs- und Politikgeschichte nicht abfinden wollten. Sie ergriffen die Initiative, legten selbst Hand an die Geschichte und gruben sie aus.

5. Die wilhelminischen Frankfurter und ihre imperiale Regionalgeschichte

Den Vorsitz des Vereins für Geschichte und Altertumskunde übernahm in den späten achtziger Jahren zunächst Alexander Riese und später Rudolf Jung. Riese war von Hause aus ein Altphilologe, der sich um das Vereinsleben in mehr als sechs Jahrzehnten (1860-1921) mit zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen große Verdienste erworben hatte. Jung dagegen war der Nachfolger Grotefends, der Leiter des Staatsarchivs Schwerin wurde. Unter ihrer Regie war die Vereinsarbeit von Konsolidierung geprägt. Sie beschafften neue Räumlichkeiten und erarbeiteten ein umfassendes Popularisierungsprogramm, zu dem die bekannten Ausflüge, die Bibliothekspflege und vor allem das Vortragsprogramm gehörten, das bald in voller Blüte stand.

Für Aufregung sorgte in den neunziger Jahren jedoch ein vollkommen neues Betätigungsfeld, das zudem quer zur Mitte der siebziger Jahre beschlossenen Abgrenzung zum Museumsverein und dem Historischen Museum lag. Es handelte sich um mit großer öffentlicher Anteilnahme verfolgte Ausgrabungen in der Stadt und in den benachbarten Ortschaften. Mitglieder des Vereins hatten im Februar 1890 mit der Unterstützung des städtischen Tiefbauamts „bei Arbeiten am Kanalbau

Kunst. NF 7, 1881, das mit dem umfangreichen Beitrag von Heinrich Pallmann ausschließlich dem Verleger Siegmund Feyerabend gewidmet wurde. Ähnliche Schwerpunkte finden sich in Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst. NF 9, 1882 zur Geschichte der Schauspielkunst in Frankfurt von E. Mentzel und in NF 10, 1883 mit der umfangreichen Ausarbeitung von B. Faulhaber zur Geschichte der Post in Frankfurt am Main. Zu den unterschiedlichen Charakteren von Kriegk und Grotefend vgl. Meinert, Der Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde, 28.

auf dem Krautmarkt und dem Weckmarkt zum ersten Male zweifellose Reste einer römischen Niederlassung auf der Dominsel“ zutage befördert. Der Konservator des städtischen Museums Otto Cornill berichtete zuerst über diese Funde und löste bei den Mitgliedern ein wahres „Entdeckungs- und Überwachungsfieber“ aus.⁴⁵ Dieses lebhaftere Interesse war nicht zufällig und die Frankfurter waren damit auch nicht allein. Es lag im Trend der Zeit. In allen großen Städten der Region, insbesondere natürlich in Mainz, aber auch in Wiesbaden, wo man bei Hotelbauten auf Reste einer großen Thermenanlage gestoßen war, die sogar den Besuch Kaiser Wilhelm II. nach sich zogen, riefen Ausgrabungen von römischen Siedlungsresten das größte öffentliche Interesse hervor.⁴⁶ Die Hinwendung zur imperialen Geschichte Roms und die geschichtliche Neubewertung der links- wie der rechtsrheinischen Provinz vollzog sich parallel zum Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht. Sie waren Bestandteil der kulturellen Reflexionen des Wilhelminischen Bürgertums. In keiner Zeit erfuhren die Geschichtswerke Theodor Mommsens zur Römischen Geschichte einen so großen Verbreitungsgrad und populäre Rezeption wie in diesen beiden Jahrzehnten vor und nach 1900.

Davon abgeleitet wuchs auch das Interesse an den römischen Funden in der Region und deshalb sorgten die Ausgrabungen inmitten von Frankfurt für große Aufregung. Es begann ein regelrechter Wettlauf um weitere Funde und in Konkurrenz zu Wiesbaden wuchs der mit reichsstädtischem Patriotismus gestärkte Drang, auch die archäologischen Reste in der Umgebung zu bergen. Dafür riskierten die Frankfurter Bürger sogar einen ernsthaften Konflikt mit der Landesregierung. So hatte die Regierung in Wiesbaden Ausgrabungen in den Ortschaften der früheren nassauischen Gebietsteile, darunter Heddernheim, Nied und Höchst verboten, weil sie diese dem Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung vorbehalten wollte. Dies beschränkte den Verein auf die Ausgrabungen im Stadttinnern, die er in Gemeinschaft mit dem Architekten- und Ingenieur-Verein, dem Verein für das Historische Museum, dem Freien Deutschen Hochstift und der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft durchführte. Das Römerfieber zwang somit wieder zusammen, was in den siebziger Jahren getrennt worden war.

Eine Kommission trat ins Leben, in welcher das Tiefbauamt und die städtische Kommission für Kunst- und Altertumsgegenstände sowie die Vorstände der genannten Vereine durch je ein sachkundiges Mitglied

⁴⁵ Vgl. Riese, Rückblick auf die Entstehung und Entwicklung des Vereins für Geschichte und Altertumskunde, 19 ff.

⁴⁶ Vgl. Walter Czysz, Vom Römerbad zur Weltkurstadt. Geschichte der Wiesbadener Quellen und Bäder. Wiesbaden 2000, 317.

vertreten waren. Mit großem Elan setzte sich diese Kommission für Ausgrabungen im Hedderheimer Gebiet ein und konnte bis 1897 auch einige Erfolge vorweisen. Die Ergebnisse der Ausgrabungen dokumentierte der Verein schließlich in einer eigens zu diesem Zweck begründeten Schriftenreihe, die „Mitteilungen über römische Funde in Hedderheim“, die in sechs Heften zwischen 1894 und 1912 erschien. Im Jahre 1900 schlossen sich schließlich die Vereine von Wiesbaden, Worms, Mainz, Darmstadt, Metz und Frankfurt zum „Verband west- und süddeutscher Vereine für römisch-germanische Altertumsforschung“ zusammen und riefen zwei Jahre später die Römisch-germanische Kommission des Kaiserlichen Deutschen Archäologischen Instituts ins Leben, die ihren Sitz in der Stadt Frankfurt nahm.⁴⁷

Aufgerüstet mit dieser imperialen Geschichte sind die Frankfurter Bürger dann wenig später in den Ersten Weltkrieg gezogen und damit wurde erneut wahr, was Friedrich Karl von Fichard 100 Jahre zuvor beschworen hatte: „In Zeiten des Krieges, wo die Stimme der Wissenschaft schweigt und nur das Schwert herrscht, sind Archive zahlreichen Gefahren ausgesetzt, dem Feinde und der Flamme preisgegeben, oder durch Gelangen in die Hände unwissender, gegen ihren Wert gleichgültiger Übernehmer vielleicht noch mehr gefährdet.“

Fazit

In einem Jahrhundert wurde Bemerkenswertes geschaffen. Aus kleinen Anfängen, den Interessen einiger Patrizier und der Studierstube Böhmers, entstand eine Bewegung, die über die Zwischentappen des Vereins für Geschichte und Kunst sowie des Vereins für Geschichte und Altertumskunde gleich mehrere Vereine hervorbrachte, die sich nicht nur wie der Verein für das Historische Museum oder der Verband west- und süddeutscher Vereine für römisch-germanische Altertumsforschung speziellen Zwecken widmeten, sondern auch die Einrichtung großer wissenschaftlicher Institute und Museen durchsetzte und in zahllosen Publikationen das Wissen über die Frankfurter Geschichte akkumulierte und zu seiner Verbreitung beitrug.

Das Verständnis von Geschichte changierte dabei in Breite und Konsistenz von Archivalien im engen Sinne bis hin zur Einbeziehung sämtlicher Relikte aus der Vergangenheit. Immer wieder näherten sich die Vereine einem breiten kulturgeschichtlichen Ansatz an. Die Geschichtsvereine schufen dabei wechselnde Identitäten. Allein in der Zeit zwischen den Befreiungskriegen und dem Ersten Weltkrieg lassen sich vier große Perioden unterscheiden, die jeweils Mosaiksteine für

⁴⁷ Vgl. Meinert, Der Frankfurter Verein für Geschichte und Altertumskunde, 31/32.

eine patrizisch-romantische, eine gemäßigt liberale, demokratische und schließlich eine imperiale Kultur lieferten. Dies demonstriert, die Geschichtsvereine standen - bei allem Bemühen, den großen Strom der Zeit rational zu interpretieren - nicht außerhalb ihrer jeweiligen Zeit.

Geschichtsvereine - Landesgeschichte - Erinnerungskultur¹

Winfried Speitkamp

Als im Jahr 1957 die britische Kolonie der Goldküste in Westafrika die Unabhängigkeit erlangte, suchte die neue Staatsführung nach einem passenden Namen für das junge Staatswesen. Man entschied sich für den Namen Ghana, der auf ein Königreich verwies, das seine Blütezeit lange vor der europäischen Herrschaft im 8. bis 11. Jahrhundert erlebt hatte und im 13. Jahrhundert untergegangen war. Der Name Ghana stand für eine ruhmreiche vorkoloniale Tradition Afrikas, er sollte die Vorstellung der Europäer, Afrika sei ein geschichtsloser Kontinent, widerlegen und die ahistorisch, zufällig und willkürlich anmutenden kolonialen Grenzziehungen, die man nicht mehr abändern konnte, im nachhinein als konsequent darstellen. Der Name demonstrierte insofern den Anspruch, daß der neue Staat, geformt nach dem Muster westlicher Nationalstaaten, eine lange vorwestliche Tradition habe. Dabei spielte keine Rolle, daß das historische Reich Ghana hunderte Kilometer entfernt nordöstlich vom nachkolonialen Staat Ghana gelegen hatte und mit dem neuen Staatswesen kulturell und politisch keine Berührungspunkte aufwies.²

Das alles scheint mit der deutschen Geschichte nichts zu tun zu haben. Tatsächlich hätte ich auch mit einem Beispiel aus der jüngsten deutschen Vergangenheit beginnen können: Als im Februar des Jahres 2002 erneut über den Zusammenschluß der Bundesländer Berlin und Brandenburg debattiert wurde, schlug der damalige brandenburgische Sozialminister Alwin Ziel vor, dem neuen Bundesland den Namen Preußen zu geben - ungeachtet der Tatsache, daß das historische

-
- 1 Durchgesehene und um Belege ergänzte Fassung des Vortrags, der am 26.2.2003 in der Vortragsreihe zum 125jährigen Bestehen des Oberhessischen Geschichtsvereins in Gießen gehalten wurde. Der Tonfall des Vortrags wurde beibehalten. Eine in Text und Anmerkungen etwas ausführlichere, dabei stärker Beispiele aus Thüringen einbeziehende Version erscheint unter dem Titel „Erinnerungsorte und Landesgeschichte“ in: 150 Jahre Verein für Thüringische Geschichte (und Altertumskunde) 1852-2002, Jena 2003 (Beihefte der Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte, 34).
 - 2 Eine maßgebliche Rolle bei der Namenswahl spielte Kwame Nkrumah, der nach der Unabhängigkeit Präsident Ghanas wurde; vgl. zu ihm Christoph Marx, „History comes full circle“. Nkrumah, Kenyatta, Mandela über Nation und Ethnizität in Afrika, in: Historische Zeitschrift 265, 1997, S. 373-393, hier S. 378-382. Nkrumahs Argumente für den Namen Ghana sind dokumentiert in: Peter Alter (Hg.), Nationalismus. Dokumente zur Geschichte und Gegenwart eines Phänomens, München 1994, S. 273 f.

Preußen weit entfernt im Osten gelegen hatte und mit dem geplanten neuen Bundesland kulturell und politisch keine unmittelbaren Berührungspunkte aufwies.³

In beiden Fällen - Ghana wie Preußen - wurden offenkundig historische Begriffe revitalisiert, um Erinnerungen wachzurufen, um also ein quasi schlafendes Potential an Vorstellungen und Werten der Vergessenheit zu entreißen und für die Gegenwart nutzbar zu machen. Die Berufung auf eine Tradition sollte Ursprünge verdeutlichen, Gemeinschaft stiften und Zukunft verheißen. Die Namen Ghana wie Preußen dienten dabei nicht als reale Anknüpfungspunkte, sondern als „Erinnerungsorte“. Mit diesem Begriff werden nicht nur konkrete, materielle Orte bezeichnet, die im kollektiven Gedächtnis einer Gemeinschaft, etwa einer Nation, verhaftet sind, sondern auch immaterielle Bezugspunkte des kollektiven Gedächtnisses, beispielsweise Namen, Ereignisse oder Begriffe, an die sich Erinnerungen und Ideen knüpfen und die die „Erinnerungskultur“ einer Gesellschaft formen.

Die Debatte um den Namen Preußen, die als bloß intellektuelles Gedankenspiel gescholten worden ist,⁴ schlimmstenfalls, so von dem Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler, als „politische Nekrophilie“,⁵ hat doch einen wichtigen Kern. Denn für die deutschen Territorien und Länder war die historische Verankerung ihrer regionalen Identität von besonderer Bedeutung. Dabei spielten Geschichtsvereine und Landesgeschichte eine herausragende Rolle: Auf der einen Seite zählten sie die Erforschung von regionalen Integrationsprozessen und Raumbildungen zu ihren Aufgaben, auf der anderen Seite beteiligten sie sich selbst an der Bildung von Räumen und regionalen Identitäten; sie waren Teil regionaler Erinnerungskulturen. Insofern befanden sich Landesgeschichte und Geschichtsvereine an der Schnittstelle von Legitimation und Kritik, von Erinnerungspolitik und Wissenschaft. Von den Krisen und Brüchen der deutschen Geschichte waren sie unmittelbar betroffen. Um so bemerkenswerter ist ihre hohe Kontinuität.

Damit ist die Fragestellung umrissen: Im Folgenden interessiert die Überlebenskraft von Geschichtsvereinen und Landesgeschichte über alle Zäsuren hinweg, und es gilt zu fragen, ob die neuere Forschung zu Erinnerungskulturen und Erinnerungsorten darüber Aufschluß geben

3 Zur Kontroverse um den Preußen-Vorschlag: Wolf-Jobst Siedler, Gegen Preußen, und Florian Illies, Für Preußen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.2.2002, S. 45; Ernst Hinrichs, Preußen ist ein Unding, ebd., 18.2.2002, S. 49.

4 Harald Martenstein, Willkommen in Emilistan, in: Der Spiegel, Nr. 9, 25.2.2002, S. 206 f.

5 Hans-Ulrich Wehler, Preußen vergiftet uns, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.2002, S. 41.

kann. Der Beitrag geht in drei Schritten vor: Erstens werden Begriffe und Ansätze der neueren Erinnerungsforschung vorgestellt. Zweitens rücken die Entwicklung von Landesgeschichte und Geschichtsvereinen sowie der Wandel ihrer Raumvorstellungen in den Blick. Drittens soll der Zusammenhang von Landesgeschichte und Erinnerungskultur erörtert werden.

1. Erinnerungskultur und Erinnerungsorte: Begriffe, Forschungsansätze, praktische Umsetzung

Bis in die 1980er Jahre hinein interessierte sich die historische Forschung nicht sonderlich für die Art und Weise, wie Gesellschaften mit der eigenen Vergangenheit umgehen, wie sie gedenken und erinnern. Vielmehr dominierten Fragen nach politischer Herrschaft, wirtschaftlicher Modernisierung und sozialer Ungleichheit. Der Umgang mit Geschichte galt lediglich als Element von Herrschaftsstrategien. Traditionen waren demnach bloß Konstrukte, die dem Zweck dienten, Nationen Identität und Legitimität zu verschaffen. In diesem Sinn sprach man von „erfundenen Traditionen“ und „imaginierten Gemeinschaften“.⁶ Seit den späten 80er Jahren veränderten sich die Perspektiven und Wertungen. Der gesellschaftliche Umgang mit Geschichte auf allen Ebenen, von der privaten Erinnerung bis zum politisch-öffentlichen Gedenken, wurde nun selbst zum Gegenstand der Wissenschaft.

Hinter diesem neuen Interesse an Erinnerungskulturen standen verschiedene Antriebskräfte. Zunächst verlangte der globale Systembruch nach „Vergangenheitsbewältigung“ und „Aufarbeitung“. Das erforderte ein neues Nachdenken über den Umgang mit belasteter Geschichte, über Gedenkriten und Verarbeitungsformen.⁷ Sodann gewann die These vom „Ende der Geschichte“ an Einfluß. Mit dem Ende der Blockkonfrontation und dem Sieg des demokratisch-liberalen Modells sei gewissermaßen der Sinn der modernen Geschichte erfüllt.⁸ Nun müsse man innehalten, den Bestand der Überlieferung mustern, das Tradierte neu bewerten, um zu beurteilen, was erhaltens- und ver-

6 Siehe vor allem Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983; Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, erw. Neuauflage, Frankfurt a.M. 1996.

7 Vgl. aus der Fülle der Literatur: Helmut König u.a. (Hg.), *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts*, Opladen 1998; Petra Bock/Edgar Wolfrum (Hg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, Göttingen 1999; Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002; Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001.

8 Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992.

mittelnwert blieb. Schließlich riefen die wiederaufflammenden ethnischen und nationalen Konflikte namentlich in Südosteuropa Zweifel hervor, ob Nationen bloße Erfindungen, herrschaftsstrategisch angelegte Konstrukte seien. Manchen erschienen Nationen nunmehr wieder als jahrhundertealte Schicksalsgemeinschaften, und in der Wissenschaft wurde eine Revision der Vorstellung von „imaginierten Gemeinschaften“ angedeutet und nach der realen Basis vermeintlich erfundener Traditionen gefragt.⁹

Das neue Interesse an der Erinnerungskultur führte zur Wiederentdeckung des Konzeptes eines kollektiven Gedächtnisses, wie es der französische Soziologe Maurice Halbwachs in der Zwischenkriegszeit entwickelt hatte. Jedes individuelle Erinnern ist demnach von gesellschaftlichen Erfahrungen vorgeprägt. Erinnerung vollzieht sich nur in der Kommunikation und wird von den gesellschaftlichen Bedingungen beeinflusst, in denen sie stattfindet. Auch individuelle Erinnerung ist nach Halbwachs Ausdruck eines sozialen Gedächtnisses.¹⁰ Dieser Ansatz ist in den 1990er Jahren in Deutschland namentlich durch den Heidelberger Ägyptologen Jan Assmann weiterentwickelt worden. Assmann hat zwei „Formen kollektiver Erinnerung“ unterschieden, das kommunikative und das kulturelle Gedächtnis: Das kommunikative Gedächtnis umfasse „Erinnerungen, die sich auf die rezente Vergangenheit beziehen“, „die der Mensch mit seinen Zeitgenossen teilt“ und die „auf eigene[n] Erfahrungen und deren Rahmenbedingungen“ basieren. Das kulturelle Gedächtnis dagegen beziehe sich auf „Ursprünge“, es richte sich „auf Fixpunkte in der Vergangenheit ...; Vergangenheit gerinnt hier ... zu symbolischen Figuren, an die sich die Erinnerung heftet“, beispielsweise zu Mythen. Die Teilnahme am kulturellen Gedächtnis beruhe auf Unterrichtung und Einweisung durch bestimmte Träger und „Wissensbevollmächtigte“.¹¹

Die Geschichtswissenschaft wurde dabei in der Regel nicht als Teil des kollektiven Gedächtnisses angesehen, sondern als dessen Herausforderung und Bedrohung. Denn als kritische, distanziert-„kalte“ Wissenschaft schien sie defizitär gegenüber dem lebendigen, empathischen Gedächtnis. Aus dieser Vorstellung ging eines der bemerkenswertesten und wirkungsvollsten Werke zur modernen Erinnerungs-

9 Aleida Assmann/Heidrun Friese (Hg.), *Identitäten. Erinnerung, Geschichte, Identität* 3, Frankfurt a.M. 1998.

10 Maurice Halbwachs, *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1991.

11 Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, 3. Aufl., München 2000, S. 48 ff., hier S. 51-54; zusammenfassend auch schon Ders., *Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität*, in: Ders./Tonio Hölscher (Hg.), *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1988, S. 9-19.

kultur hervor, die französischen „Lieux de mémoire“, die der Pariser Historiker Pierre Nora zwischen 1984 und 1992 zusammengestellt hat.¹² Nora ging davon aus, daß sich die Geschichtswissenschaft noch bis in das frühe 20. Jahrhundert hinein als Sachwalterin der Nation verstanden habe. Seitdem aber habe sie sich in einem großen „Entsakralisierungsschub“ von Nation und Gedächtnis gelöst, sich zur Sozialwissenschaft entwickelt und damit ihren „pädagogischen Auftrag zur Weitergabe der Werte“ verloren.¹³ Diesen Übergang sollen die „Lieux de mémoire“ dokumentieren und zugleich abfedern. Noras Werk behandelt rund 130 Erinnerungsorte, darunter neben realen Orten der Erinnerung wie Denkmälern, Gedenkstätten, Museen und Archiven auch ideelle Bezugspunkte des Gedächtnisses wie Ereignisse, Feiertage oder Begriffe, allesamt Speicher von Erinnerungen, Ausdruck kollektiver Bräuche und Gewohnheiten, Brennpunkte französischer Identität. Dabei geht es nicht nur um Symbole und Orte republikanischer und nationaler Übereinstimmung und Integration, sondern ebenso - unter der Überschrift „Les France“ - um Aspekte, die das Bild einer homogenen, geeinten, in sich ruhenden Nation in Frage stellen. Neben politischen und religiösen Konflikten, Trennlinien und Gegensätzen in der französischen Kultur kommen mehrdeutige Erinnerungsorte wie „Charlemagne“ und „Jeanne d'Arc“ sowie Spannungen zwischen Regionen und Zentrum zur Sprache.

Die geschichtspolitische und geschichtsdidaktische Intention des Noraschen Werkes ist offenkundig. Es ist nicht nur Dokumentation und Analyse, sondern will vor allem Arbeit am nationalen Gedächtnis sein. Mit diesem Anspruch und der eindrucksvollen Umsetzung hat Nora über die Grenzen Frankreichs hinaus große Aufmerksamkeit, einigen Widerspruch und eine beträchtliche Zahl an Nachahmungsversuchen gefunden.¹⁴ Auch für Deutschland wurde im Jahr 2001 ein entsprechendes Werk veröffentlicht. Herausgegeben von dem französischen Historiker Etienne François und dem deutschen Historiker Hagen Schulze, behandelt es insgesamt 121 deutsche Erinnerungsorte, darunter Personen, Institutionen, Vorgänge, Orte im engen Sinn und Symbole.¹⁵ Auch dem deutschen Werk liegt also der weite Begriff von Erinnerungsorten zugrunde. Da historisch sehr wandelbar war, was unter

12 Pierre Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Teil 1: La République; Teil 2: La Nation; Teil 3: Les France, 3 Bde., Paris 1984-1992.

13 Ders., *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*, Frankfurt a.M. 1998, S. 18.

14 Vgl. z.B. Mario Isnenghi, *I luoghi della memoria*, 3 Bde., Rom 1996-1997.

15 Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde., München 2001. Vgl. Winfried Speitkamp, *Alles, was man erinnern muß. Anmerkungen zu den „Deutschen Erinnerungsorten“*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 52, 2002, S. 225-242.

Deutschland verstanden wurde, und da deutsche Geschichte immer in vielfältigen Wechselbeziehungen zur europäischen Geschichte stand, soll es gerade um die europäische Dimension der deutschen Geschichte sowie um umstrittene, „geteilte Erinnerungsorte“ gehen, die für Deutschland und für seine Nachbarn Bedeutung hatten wie Tannenberg oder Versailles.¹⁶

Insgesamt sollen die „Deutschen Erinnerungsorte“ nach dem Konzept der Herausgeber die „Komplexität“ und „Kontingenz“ der deutschen Geschichte offenlegen. Daher werden die Belastungen der deutschen Geschichte in der Auswahl breit berücksichtigt. Negativbegriffe wie „Erbfeind“, „Schuld“ und „Zerrissenheit“¹⁷ erscheinen ebenso als Konstanten deutscher Vergangenheit wie positive Werte, etwa die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ des Bonner Grundgesetzes, die „über die Jahrhunderte hinweg an das Gedächtnis der fernen griechischen Polis und ihrer Demokratie“ angeknüpft habe.¹⁸ Die deutsche Gegenwart wird dargestellt als Erfüllung einer jahrtausendelangen, keineswegs kontingenten, sondern sehr konsequenten Geschichte, die im „Höllenzug des ersten deutschen Nationalstaats“, nämlich im Nationalsozialismus, zum Untergang geführt habe,¹⁹ nun aber, nach der Wiedervereinigung, die geläuterte Wiedergeburt ermögliche: „Die Chance besteht, daß mit dem Fall der Mauer der Mythos der 'deutschen Zerrissenheit' sein Ende findet“.²⁰ Deutschland sei jetzt „wieder zu einem 'normalen' Nationalstaat geworden“ und „Ernst Moritz Arndts Frage 'Was ist des Deutschen Vaterland?' ... zum ersten Mal in der deutschen Geschichte unmißverständlich und dauerhaft beantwortet“: „Die fast zweihundertjährige Geschichte eines widersprüchlichen, unfertigen, von den Dämonen eines neurotischen Nationalismus getriebenen Volkes ist an ihr Ende gekommen ... Es gibt keine deutsche Frage mehr“. Was bleibe, sei die Suche nach Identität und gemeinsamer Erinnerung: Denn der „Frage nach der Identität der Deutschen und nach der Verschränkung zwischen ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft als Nation kommt seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine neue Bedeutung zu, ja, sie wird unausweichlich“. Daher gelte es nun, aus einer Geschichte der Zerrissenheit und Belastungen durch „gegenseitige Anerkennung und Zusammenführung von unzähligen privaten und familiären Gedächtniskonstellationen“ eine gemeinsame nationale Geschichte zu machen.²¹

16 François/Schulze, Erinnerungsorte, Bd. 1, S. 19.

17 Ebd., S. 389 f., 469 f.

18 Ebd., Bd. 2, S. 136.

19 Ebd., Bd. 1, S. 390.

20 Ebd., S. 470.

21 Ebd., S. 10 f.

Aus der Darstellung der deutschen Erinnerungsorte entsteht so das, was man mit moderner Begrifflichkeit als eine nationale Meistererzählung bezeichnen könnte. Deutsche Erinnerungsorte werden zu nationalen Mythen im eigentlichen Sinn des Wortes, das heißt zu Erzählungen über die Ursprünge des Gemeinwesens, über seine Prägung und kollektive Identität, über die Konsequenz und den Sinn seiner Geschichte. Die Aufgabe von Mythen aber ist es, die Komplexität und Kontingenz der Vergangenheit zu reduzieren, um die Gegenwart verständlicher und damit erträglicher zu machen. Das ist freilich im Konzept der Erinnerungsorte ungewollt von Anfang an angelegt: Auch wer die Geschichte der Nation nicht als Geschichte von Ruhmestaten und Siegen, sondern von Belastungen und Krisen schreibt, bemüht sich um ein konsensstiftendes Geschichtsbild, um nationale Identität.

Das wirft die Frage auf, welche Konsequenzen sich daraus für die Landesgeschichte ergeben. In der Debatte über deutsche Erinnerungsorte taucht sie nicht auf. Die deutschen Länder und regionale Identitäten werden in dem angesprochenen Werk abgesehen von einem Artikel über den „Weißwurstäquator“ nicht berücksichtigt.²² Nur am Rande findet sich ein Verweis auf die „besonderen deutschen Traditionen der kleinen, überschaubaren politischen Einheiten“ und die „Wiederbelebung lokaler und regionaler Kulturen im Namen von Heimat“.²³ Die Bedeutung regionaler und lokaler Geschichtspflege für die Formung der deutschen Erinnerungslandschaft kommt aber nicht vor. Dabei betont die jüngere Forschung gerade die regionalen Initiativkräfte und Varianten der Nationsbildung in Deutschland, die enge Wechselbeziehung von lokaler und regionaler Identität einerseits, nationaler Identität andererseits. Am Beginn des Weges zum deutschen Nationalstaat stand nicht die Einheit der nationalen Geschichtskultur, sondern die Vielheit regionaler Erinnerungskulturen, diese wiederum wurden von der Landesgeschichte und ihren zunächst wichtigsten Trägern, den Geschichtsvereinen, mit geformt. Deren Vorstellungen von historischen Räumen gingen ein in das Bild einer deutschen Nation, die nicht ohne Grund fast durchweg föderal gedacht wurde.²⁴ Das lenkt den Blick auf die Landesgeschichte und ihr Raumverständnis.

22 Ebd., S. 471-483.

23 Ebd., Bd. 3, S. 362.

24 Vgl. Dieter Langewiesche, Föderativer Nationalismus als Erbe der deutschen Reichsnation: Über Föderalismus und Zentralismus in der deutschen Nationalgeschichte, in: Ders./Georg Schmidt (Hg.), Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, München 2000, S. 215-242; Wolfgang Hardtwig, Nationalismus - Regionalismus - Lokalismus. Aspekte der Erinnerungskultur im Spiegel von Publizistik und Denkmal, in: Etienne François (Hg.), Lieux de mémoire, Erinnerungsorte. D'un modèle français à un projet allemand, Berlin 1996, S. 91-104.

2. Zur Entwicklung von Landesgeschichte und Geschichtsvereinen seit dem frühen 19. Jahrhundert

Am Anfang stand die dynastisch-territorialstaatliche Perspektive. Sie begrenzte die Raumvorstellungen der älteren, frühneuzeitlichen Landesgeschichtsschreibung, die nicht zuletzt dem Zweck diente, unvordenkliche Herkunft und damit Legitimation der Herrschergeschlechter nachzuweisen.²⁵ Die moderne Landesgeschichte, die ihren ideellen und sozialen Hintergrund im Aufklärungsdenken und im entstehenden Bildungsbürgertum des späteren 18. Jahrhunderts hatte und ihren Aufschwung mit den Geschichtsvereinen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm,²⁶ löste sich zwar von der bloß dynastischen Perspektive; ihre Raumvorstellung blieb aber zumeist politisch-staatlichen Grenzen verhaftet. Die Vereine verstanden sich primär als Bildungsvereine, die das reichhaltige Erbe ihres „Vaterlandes“, das heißt ihres jeweiligen Territoriums, ermitteln und zugänglich machen wollten. So hieß es bei der Gründung des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde in Kassel 1834: „Unser Verein soll den doppelten Zweck haben, über den Zustand und die Geschichte unseres Vaterlandes genauere und umfassendere Forschungen anzustellen ... und durch Mittheilungen aus der Geschichte und Landeskunde den Geschmack für vaterländische Studien zu wecken und gründliche Kenntnisse über diese Gegenstände zu verbreiten“.²⁷ Entsprechend erklärten sich die Gründer des Historischen Vereins für das Großherzogtum Hessen aus dem Jahr 1833 „von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das Großherzogthum Hessen in geschichtlicher Beziehung eine reiche Erbschaft der Vorzeit besitzt, die seinem Boden den Werth eines classischen gibt, und von dem Wunsche beseelt, diese Schätze des Wissens gemeinnützig zu machen“.²⁸

Seit den 1840er Jahren wurde die territorialstaatliche Perspektive zunehmend unterlaufen. Beispielhaft ist dies zu sehen an der Gründung

25 Siehe beispielsweise Thomas Fuchs, Transformation der Geschichtsschreibung im Hessen des 16. Jahrhunderts, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 48, 1998, S. 63-82; Ders., Ständischer Aufstieg und dynastische Propaganda. Das Haus Hessen und sein Erbrecht auf Brabant, ebd. 52, 2002, S. 19-53.

26 Vgl. Hermann Heimpel, Geschichtsvereine einst und jetzt, in: Hartmut Boockmann u.a., Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland, Göttingen 1972, S. 45-73; Georg Kunz, Verortete Geschichte. Regionales Geschichtsbewußtsein in den deutschen Historischen Vereinen des 19. Jahrhunderts, Göttingen 2000.

27 Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 1, 1837, S. III.

28 Archiv für hessische Geschichte und Alterthumskunde 1, 1835, S. I.

des Hanauer Geschichtsvereins im Jahr 1844.²⁹ Organisatorisch eine Filiale des Kasseler Vereins von 1834, vertrat er doch andere Raumvorstellungen: Er orientierte sich weniger an der kurhessischen Metropole und der hessischen Geschichte überhaupt, sondern einerseits an der grafenschaftlich-hanauischen Geschichte, andererseits an der Geschichte und Kultur der deutschen Nation. Das Hanauer Bürgertum war ökonomisch auf die aufstrebende Rhein-Main-Region ausgerichtet, die grenzüberschreitend immer enger zusammenwuchs. Der Staat, hier das Kurfürstentum Hessen, der Hanau nicht immer fürsorglich behandelt hatte, zum Beispiel in der Frage der Zollgrenzen, trat dahinter zurück. Die weitere Expansion des Vereinswesens bestätigte die Tendenz. Sie spiegelt sich auch in der Geschichte des Gießener Vereins.³⁰ War die Gründung der „Historischen Gesellschaft für Gießen“ im Jahr 1861 noch von dem darmstädtischen Historischen Verein für Hessen gefördert worden, so zeigte sich in der Entstehung des Oberhessischen Vereins für Localgeschichte 1878 eine andere Tendenz. In der Zwischenzeit war nicht nur das Deutsche Reich gegründet worden, sondern hatte sich auch Preußen durch die Annexion Kurhessens, Nassaus und Frankfurts in das hessen-darmstädtische Gebiet hineingeschoben. Nunmehr hieß es in Gießen, „die räumliche Trennung durch das dazwischen liegende preußische Gebiet“ mache es dem Historischen Verein für Hessen in Darmstadt unmöglich, der Provinz Oberhessen „dieselbe Sorgfalt“ zuzuwenden wie den Provinzen Starkenburg und Rheinhessen. Außerdem biete Oberhessen vielfältiges prähistorisches, römisches, germanisches und mittelalterliches Forschungsmaterial, und schließlich verfüge Gießen als Universitätsstadt über genügend gut qualifizierte Fachhistoriker.³¹ Diese Argumente enthielten zum einen den Anspruch der Gießener, nicht bloß für die Stadt, sondern für die Region zu forschen und zu sprechen, zum anderen eine Distanzierung vom Darmstädter Verein, dem unterschwellig die wissenschaftliche Kompetenz für Oberhessen abgesprochen wurde. Der neue Verein in Gießen wurde von der Stadt und Universitätswissenschaftlern unterstützt, nicht zuletzt von dem Neuhistoriker Wilhelm Oncken, der sich

29 Vgl. Hellmut Seier, Hanau und Kurhessen im Spiegel des Vormärz und seines Geschichtsbewußtseins. Zur 150-Jahr-Feier des Hanauer Geschichtsvereins, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 45, 1995, S. 129-162, hier S. 140 ff.

30 Vgl. Carl Walbrach, Ein halbes Jahrhundert Oberhessischer Geschichtsverein 1878-1928, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins NF 28, 1928, S. 211-252; Hermann Otto Vaubel, Neunzig Jahre Oberhessischer Geschichtsverein 1878-1968, ebd. NF 53/54, 1969, S. 25-35; Erwin Knauß, 100 Jahre Oberhessischer Geschichtsverein 15. Juni 1878 - 15. Juni 1978, ebd. NF 63, 1978, S. 1-15.

31 Erster Jahresbericht des Oberhessischen Vereins für Localgeschichte, Gießen 1879, S. 3.

besonders für die Popularisierung der Geschichte engagierte.³² Die Gründung unterstrich insofern lokalen Stolz und regionale Identität. In der Beschreibung der Aufgaben und vor allem in der praktischen Tätigkeit trat der Staat Hessen-Darmstadt ganz zurück. Vorträge und Aufsätze in den Vereinsmitteilungen befaßten sich mit der Geschichte der Stadt Gießen und der Region Oberhessen sowie mit der römischen und germanischen Frühzeit, nicht dagegen mit der Dynastie-, Verfassungs- oder Verwaltungsgeschichte des Großherzogtums Hessen. Verhandlungen über eine Verbindung von Gießener und Darmstädter Verein scheiterten denn auch. Engere Beziehungen entwickelten sich dagegen durch gegenseitige Besuche, Vorträge und gemeinsame Ausflüge zum ehemals kurhessischen, jetzt preußischen Marburger historischen Verein, einem Zweigverein der Kasseler Gründung von 1834.³³ Die regionale Integration unterließ also die Landesgrenzen.

Das Bemühen vieler Geschichtsvereine in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ihre Aufgabe und ihren räumlichen Bezug weniger in Hinsicht auf die territorialstaatliche Zentrale und deren Herrschaftsreich zu definieren, sondern im Blick auf ihre regionale Basis und Identität sowie ihren Standort im nationalen Gefüge, führte zu einer Relativierung territorialer Staatlichkeit und begründete den Bedeutungsverlust der deutschen Staaten im Zuge der Reichsgründung von 1871 auch historisch. Diese Tendenz verstärkte sich unter dem Einfluß der Heimatbewegung, die seit den 1880er Jahren aufkam.³⁴ Die Heimatvereine widmeten sich der Pflege von Geschichte, Kultur und Natur des engeren Lebensraumes, sie schlossen auch die Alltagskultur in ihre Arbeit ein. Dabei monierten sie die sozialen und kulturellen Kosten der industriellen Modernisierung, sie wollten gestaltend in der Gegenwart tätig werden. Dadurch gewannen sie schnell Zulauf; weit über die herkömmliche gutbürgerliche Klientel der Geschichtsvereine hinaus integrierten sie auch kleinbürgerliche Mitglieder und kleinstädtische Milieus. Attraktiv war nicht zuletzt, daß sich die Heimatvereine den zeitgenössischen Theorien über Volkstum und Rassen öffneten und damit verständliche Erklärungsmuster für schwer durchschaubare soziale Prozesse boten. Die Distanz zu den Territorialstaaten allerdings

32 Vaubel, Geschichtsverein, S. 25, 27.

33 Dritter Jahresbericht des Oberhessischen Vereins für Localgeschichte, Gießen 1883, S. 120 ff.; Walbrach, Geschichtsverein, S. 217, 219.

34 Vgl. Edeltraud Klüeting (Hg.), Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991; Karl Ditt, Die deutsche Heimatbewegung 1871-1945, in: Heimat. Analysen, Themen, Perspektiven, Bonn 1990, S. 135-154; Celia Applegate, A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Berkeley 1990; Winfried Speitkamp, Die Verwaltung der Geschichte. Denkmalpflege und Staat in Deutschland 1871-1933, Göttingen 1996, S. 36 ff., 119 ff.

vergrößerte sich, denn die Raumvorstellung orientierte sich wenig an politisch-administrativen Grenzen, sondern an vermeintlichen Kultur-, Stammes- und Volksgrenzen; sie verband insofern den Heimatbezug mit einer nationalen Perspektive. Auch in Hessen entstand eine größere Zahl von Heimatinitiativen, darunter die Zeitschriften „Hessenland“ 1887 und „Hessische Heimat“ 1902.³⁵ In derartigen Initiativen bemühte man sich vermehrt um gesamthessische, Darmstadt und Kassel verbindende Aktivitäten.

Die Geschichtsvereine blieben davon nicht unbeeinflusst. Sie veränderten ihre inhaltliche Orientierung, stellten besonders den Bezug zur Altertumskunde zurück, rückten die Landesgeschichte - nun eher verstanden als Heimatgeschichte - in den Vordergrund und befaßten sich verstärkt mit zeit-, sozial- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen. Schon in den Anfängen der Geschichtsvereine finden sich zwar wiederholt Hinweise auf weit über das Politische hinausgehende Interessen. Der Verein für hessische Geschichte und Landeskunde in Kassel etwa wollte ausdrücklich „alle Zweige des menschlichen Treibens und Wirkens“ erfassen, auch die „im Stillen wirkenden Kräfte, welche auf das Wohl und Wehe der Völker einen viel mächtigeren Einfluß üben, als die meisten Kriege, Schlachten und Friedensschlüsse“. Es gelte zu erforschen, „zu welchen Zeiten und unter welchen Verhältnissen sich unsere Vorfahren in ihrem täglichen Leben glücklich fühlten, und wann sie in Noth und Bedrängnis geriethen“.³⁶ Aber derartige Zielsetzungen wurden in der Praxis zunächst nicht immer umgesetzt. Doch widmeten sich gerade die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts neu entstehenden lokalen Vereine auch der Sozial- und Kulturgeschichte ihrer Stadt und ihrer Region. So behandelte der Gießener Verein Themen der Rechts-, Kultur- und Bildungsgeschichte ebenso wie der Wirtschafts-, Sozial- und Alltagsgeschichte.³⁷

Mit der Heimatbewegung erweiterte sich die Perspektive grundlegend. Nun galt es neben dem individuellen Handeln und Leiden in der Vergangenheit die überindividuellen Kräfte der Geschichte zu ermitteln. Faktoren wie Natur und Landschaft, Volkstum und Stammesprägung wurden jetzt auch für die Geschichtsvereine zu historischen Kategorien. Der Oberhessische Geschichtsverein nahm dementsprechend seit 1896 die Volkskunde in sein Arbeitsgebiet auf. Bei alledem wirkte der Einfluß des Kulturhistorikers Karl Lamprecht, der die anonymen Strukturen und kollektiven, auch psychosozialen Kräfte in der Ge-

35 Fritz Wolff, Der Hessische Heimatbund in seiner Geschichte, in: Hessische Heimat NF 34, 1984, S. 119-140, hier S. 120, 123.

36 Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 1, 1837, S. III f.

37 Vgl. die Aufstellung bei Walbrach, Geschichtsverein, S. 235 ff.

schichte mit quasi naturwissenschaftlicher Sicherheit erforschen wollte.³⁸ Mit den methodischen Neuerungen waren veränderte Raumvorstellungen verbunden: Die Kulturgeschichtsschreibung zielte auf Lebensräume mittlerer Größe, deren Zusammenhalt durch geographische Verhältnisse, Herkunft, Siedlung, wirtschaftliche Betätigung und kulturelle Beziehung bedingt und in einer gemeinsamen Identität ausgedrückt war.

Die Tradition der Geschichtsvereine, die neuen Forderungen der Heimatbewegung und akademische Kontroversen um die Kulturgeschichte flossen ein in die theoretische und methodologische Konstituierung der Landesgeschichte als Disziplin, wie sie sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vollzog.³⁹ Dieser Prozeß begann bereits vor 1914, ihren eigentlichen Aufstieg nahm die neue Landesgeschichte aber erst in der Folge des Ersten Weltkriegs, der als nationale Katastrophe des deutschen Volkes interpretiert wurde. Die Besinnung auf die Lebenskraft der engeren Heimat wurde nun als Beitrag zum Wiederaufbau der Nation angesehen. Die so verstandene Landesgeschichte, vor dem Weltkrieg im sogenannten Lamprechtstreit noch von der akademischen Historikerkunft abgewiesen, erhielt jetzt universitäre Verankerung in neuen Lehrstühlen und Instituten.⁴⁰

Fortan diskutierte sie neue Ansätze und Raumvorstellungen. Der Leipziger Historiker Rudolf Kötzschke etwa erörterte 1924 das Verhältnis von „Nationalgeschichte und Landesgeschichte“,⁴¹ der Historiker Hermann Aubin skizzierte 1925, dem Jahr, in dem er eine Professur in Gießen übernahm, „Aufgaben und Wege der geschichtlichen Lan-

38 Vgl. Roger Chickering, Karl Lamprecht. A German Academic Life (1856-1915), New Jersey 1993; Luise Schorn-Schütte, Karl Lamprecht. Kulturgeschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik, Göttingen 1984; Dies., Territorialgeschichte - Provinzialgeschichte - Landesgeschichte - Regionalgeschichte. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Landesgeschichtsschreibung, in: Helmut Jäger u.a. (Hg.), Civitatum Communitas. Studien zum europäischen Städtewesen. Festschrift Heinz Stooß zum 65. Geburtstag, T. 1, Köln 1984, S. 390-416.

39 Vgl. Willi Oberkrome, Probleme deutscher Landesgeschichtsschreibung im 20. Jahrhundert. Regionale Historiographie im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft, in: Westfälische Forschungen 46, 1996, S. 1-32; Werner Buchholz, Vergleichende Landesgeschichte und Konzepte der Regionalgeschichte von Karl Lamprecht bis zur Wiedervereinigung, in: Ders. (Hg.), Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahme - Analyse - Perspektiven, Paderborn 1998, S. 11-60.

40 Cathrin Friedrich, Regionale Varianten der Institutionalisierung von Landesgeschichte im Vergleich, in: Matthias Middell u.a. (Hg.), Historische Institute im internationalen Vergleich, Leipzig 2001, S. 221-246.

41 Rudolf Kötzschke, Nationalgeschichte und Landesgeschichte [1923/24], in: Pankraz Fried (Hg.), Probleme und Methoden der Landesgeschichte, Darmstadt 1978, S. 13-37.

deskunde“.⁴² Damit waren die beiden neuen Paradigmen festgeschrieben: einerseits die Landesgeschichte als Beitrag zur Geschichte des deutschen Volkes und andererseits die geschichtliche Landeskunde als interdisziplinäre, etwa auch Geographie und Sprachwissenschaft einschließende Kultur- und Strukturanalyse geschichtlich gewachsener Landschaften und ihres „Volkstums“. Landesgeschichte im Sinne Kötzschkes verstand das Land als „Wohn- und Nährboden der Bevölkerung“, „auf dem sie ihr Dasein führt und die geschichtlichen Vorgänge und Wandlungen erlebt“; „alle Kulturtätigkeit“ sei „darin eingeschlossen“. Es gelte daher, Landschaften „in ihrem organischen Zusammenhang zu begreifen“, Besiedlung, Wirtschaft und Kultur zu erforschen und zugleich das Heimatgefühl über die Landesgeschichte zu stärken. Die Geschichte sei „nach Lebensräumen engeren und weiteren Ausmaßes“ gegliedert, von der Ortsgeschichte über die Landesgeschichte und die Reichs- und Nationalgeschichte zur Weltgeschichte.⁴³

Die geschichtliche Landeskunde löste sich nun vollends von den politischen Territorien, die mit der Revolution von 1918 und der Abdankung der Fürsten ohnehin an historischer Dignität verloren hatten, und kontrastierte sie mit sozialgeographischen und kulturhistorischen Räumen, beispielsweise in Debatten über eine Reichsreform.⁴⁴ Sie suchte die „kulturelle Eigenheit einer Landschaft exakt zu erfassen“ und „Kulturprovinzen“ herauszuarbeiten, denn, so Hermann Aubin, „an die Stelle der künstlichen Anlehnung an moderne Verwaltungsgrenzen wird jene an die gewachsenen Einheiten des Volkslebens treten“. Man müsse also, „hinweg über alle Territorial- und modernen Verwaltungsgrenzen, das Bild der historischen Landschaften als organischen Unterbau einer Geschichte des deutschen Volkes gewinnen“, um so „die deutsche Eigenart, wie sie geschichtlich geworden ist, in den Tiefen zu erfassen“. So münde die geschichtliche Landeskunde „wieder in die allgemeine Geschichte ein“.⁴⁵

Die geschichtliche Landeskunde wirkte sich auf die Arbeit der Geschichtsvereine aus. Noch waren die universitären Landeshistoriker auch in den Vereinen aktiv, Aubin beispielsweise im Vorstand des

42 Hermann Aubin, Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde [1925], ebd., S. 38-52.

43 Kötzschke, Nationalgeschichte, S. 15, 32-34.

44 Ulrich Reuling, Zwischen politischem Engagement und wissenschaftlicher Herausforderung. Der Beitrag der Landesgeschichte zur Reichsreformdebatte der Weimarer Republik im regionalen Vergleich, in: Westfälische Forschungen 46, 1996, S. 275-315; Ders., Reichsreform und Landesgeschichte. Thüringen und Hessen in der Länderneugliederungsdiskussion der Weimarer Republik, in: Michael Gockel (Hg.), Aspekte thüringisch-hessischer Geschichte, Marburg 1992, S. 257-308.

45 Aubin, Aufgaben, S. 49-51.

Oberhessischen Vereins.⁴⁶ Die historischen Vereine Hessen-Darmstadt, Hessen-Kassels, Nassaus und Frankfurts überwandten die alten Territorialgrenzen jetzt nicht nur durch eine neue Arbeitsgemeinschaft, vielmehr gründeten sie 1922 auch die Monatszeitschrift „Volk und Scholle“, die sich kultur- und heimatgeschichtlichen Themen widmete.⁴⁷ Auch die hergebrachten Organe der Geschichtsvereine öffneten sich kulturgeschichtlichen und volkskundlichen Fragestellungen und Methoden, etwa, wie in Gießen, in sprachhistorischen Untersuchungen.⁴⁸ Allerdings nahm die methodisch konservative, unpolitisch auftretende Lokalforschung nach wie vor - und über 1933 hinaus - breiten Raum ein.

Von der geschichtlichen Landeskunde war die Verbindung nicht weit zur sogenannten Volksgeschichte, wie sie von Aubin selbst oder von dem Innsbrucker Historiker Adolf Helbok vertreten wurde. Die Volksgeschichte wollte auf den Erfahrungen und Methoden der Heimat- und Landesgeschichte aufbauen und eine Neuordnung des Verhältnisses von Volk und Staat herbeiführen: „Durch Volksgeschichte zur Neuform unserer Staatsgeschichte“ war dementsprechend ein Aufsatz Helboks aus dem Jahr 1932 überschrieben.⁴⁹ Die Übergänge zum nationalsozialistischen Geschichtsbild erwiesen sich als fließend, denn zum einen fanden sich schon in der Heimat- und Landesgeschichte Grundelemente völkisch-rassistischen Denkens, zum anderen verstanden sie sich nicht als Alternative zur Nationalgeschichte, sondern als deren Basis. Grundsätzliche Konflikte zwischen Landesgeschichte und Nationalsozialismus waren deshalb kaum zu erwarten.⁵⁰

Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg war zunächst von verschiedenartigen Tendenzen charakterisiert. Dazu zählte einmal das Bemühen namentlich der Geschichtsvereine und ihrer Publikationsorgane, so auch im Fall der Vereine in Darmstadt, Kassel und Gießen, scheinbar apolitisch an Tradition und Wert der Landesgeschichte fest-

46 Vaubel, Geschichtsverein, S. 30.

47 Vgl. Walbrach, Geschichtsverein, S. 225.

48 Fritz Stroh, Hessische Forschung. Von Sinn und Leistung des Südhessischen Wörterbuchs, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins NF 31, 1933, S. 8-35.

49 Adolf Helbok, Durch Volksgeschichte zur Neuform unserer Staatsgeschichte, in: H[einrich] Konen/J[ohann] P[eter] Steffes (Hg.), Volkstum und Kulturpolitik. Eine Sammlung von Aufsätzen. Gewidmet Georg Schreiber zum fünfzigsten Geburtstag, Köln 1932, S. 327-357. Zur Volksgeschichte vgl. Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945, Göttingen 1993.

50 Vgl. auch die besonders dezidierte Wertung von Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volkstumsgeschichte oder Die „unhörbare Stimme des Blutes“, in: Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, 4. Aufl., Frankfurt a.M. 2000, S. 89-113.

zuhalten und dabei auch die etatistische Ausrichtung, die Orientierung an administrativen Einheiten und Grenzen, wiederaufzugreifen.⁵¹ Sodann gab es Versuche, die volksgeschichtlichen und landeskundlichen Ansätze in aktualisierter Form weiterzuführen, beispielsweise, um landesgeschichtliche Arbeit zur Legitimierung der Ansprüche auf die verlorenen Ostgebiete anzubieten.⁵² Schließlich zeigte sich zumindest rhetorisch auch eine Öffnung hin auf eine europäische oder sogar universale Dimension.⁵³ Dennoch geriet die Landesgeschichte in Westdeutschland seit den 1960er Jahren mehr und mehr in die Kritik. Eine jüngere Generation von Regionalhistorikern monierte die inhaltliche, methodische und politische Enge der älteren Landesgeschichte und forderte demgegenüber, verstärkt wirtschaftlich bestimmte Regionen in der Zeit beschleunigten ökonomisch-politischen Wandels seit dem 18. Jahrhundert unter sozialgeschichtlichen Fragestellungen in den Blick zu nehmen. Mittlerweile sind freilich die Grenzen zwischen Regionalgeschichte und Landesgeschichte in der Forschungspraxis durchlässiger geworden, zumal auch die historischen Verbindungslinien zwischen Landes- und Regionalgeschichte aufgezeigt worden sind, darunter die gemeinsamen Wurzeln in der Kultur-, Volks- und Strukturgeschichte seit Lamprecht.⁵⁴

In jüngerer Zeit deutet sich ein erneuter Wandel der Landesgeschichte hin zu einer europäischen Perspektive an. Je weiter die europäische Einigung voranschreitet und der Nationalstaat in seinen Kompetenzen eingeschränkt scheint, desto intensiver beschäftigt sich die Landesgeschichte mit ihrer eigenen Europäisierung, findet sie doch in dem Regionen-Konzept der Europäischen Union Anknüpfungspunkte zum Konzept von Kultur- und Geschichtslandschaften. Das Raumverständnis ändert sich dabei erneut, historische Räume, Regionen oder Länder werden gewissermaßen entgrenzt und als Ergebnis vielfältiger

51 Hessisches Beispiel: Friedrich Knöpp, Landesgeschichte heute, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde 24, 1951, S. 1-17.

52 Vgl. Oberkrome, Probleme, S. 22.

53 Beispiel: Geschichtliche Landeskunde und Universalgeschichte. Festgabe für Hermann Aubin zum 23. Dezember 1950, Hamburg [1951].

54 Zum Verhältnis von Landes- und Regionalgeschichte: Ernst Hinrichs, Zum gegenwärtigen Standort der Landesgeschichte, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 57, 1985, S. 1-18; Ders., Landes- und Regionalgeschichte, in: Hans-Jürgen Goertz (Hg.), Geschichte. Ein Grundkurs, Reinbek 1998, S. 539-556; Buchholz, Landesgeschichte, S. 47 ff.; Carl-Heinz Hauptmeyer (Hg.), Landesgeschichte heute, Göttingen 1987; Reinhard Stauber, Regionalgeschichte vs. Landesgeschichte? Entwicklung und Bewertung von Konzepten der Erforschung von „Geschichte in kleinen Räumen“, in: Geschichte und Region - Storia e regione 3, 1994, S. 227-260; Winfried Speitkamp, Grenzen der Landesgeschichte. Bemerkungen zu neuen Standortbestimmungen, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 51, 2001, S. 233-256.

transregionaler Kommunikations- und Austauschprozesse verstanden. Staat und Nation als Bezugsebenen entschwinden dabei aus dem Blick. Eine europageschichtlich geöffnete Landesgeschichte, so hat Wolfgang Schmale 1998 ausgeführt, bedürfe „zu ihrer Selbstdefinition nicht mehr zwangsläufig der nationalen Ebene“.⁵⁵ Allerdings hat Schmale dabei unzweideutig die Distanzierung der universitären Landesgeschichte von den aus seiner Sicht rückständigen und dilettierenden Geschichtsvereinen gefordert.

3. Landesgeschichte und Erinnerungskultur

Über zweihundert Jahre hinweg hat sich also die Raumvorstellung der Landesgeschichte ständig gewandelt. Der Raum ist sowohl nach innen, in seinem Zusammenhalt und seiner Prägung, seiner Eigenheit und Identität, wie nach außen, in seiner Abgrenzung und seinen Beziehungen, immer wieder neu definiert worden. Um so mehr muß überraschen, welche beträchtliche Kontinuität und Überlebenskraft die Landesgeschichte als Disziplin und die Geschichtsvereine als ihre Träger aufwiesen. Denn abgesehen von den politischen Zäsuren und Systemwechseln hat sich auch die territorialräumliche Gliederung Deutschlands, der Ausgangspunkt landesgeschichtlicher Arbeit, in den letzten beiden Jahrhunderten gravierend gewandelt. Aus hunderten politischen Einheiten des Alten Reichs wurden im Deutschen Bund von 1815 38, 1871 im Kaiserreich 26, in der Weimarer Republik 18 und in der Bundesrepublik gegenwärtig noch 16 Länder; eine weitere Reduktion ist kürzlich vorgeschlagen worden. Die Grenzen wurden dabei weitgehend verändert. Zugleich kamen im Zuge von wirtschaftlichen und politischen Umgestaltungen neue Verdichtungsräume hinzu, die neue Identitäten ausprägten, so die Rhein-Main-Region, das Ruhrgebiet oder die Saarregion.

Kontinuität über alle Brüche hinweg ist keineswegs selbstverständlich, sie bedarf der Erklärung. Kontinuität und Stabilität, so wurde häufig argumentiert, lägen im Raum begründet: Landesgeschichte arbeite „in Grenzen unbegrenzt“.⁵⁶ Tatsächlich aber hielt Landesgeschichte zwar an den Namen und den damit verbundenen Vorstellungen und Erinnerungen fest, ließ den Raumbezug aber, wie dargestellt, offen und variabel. Denn angesichts weitreichender Territorialverschiebungen konnten Räume landesgeschichtliche Konturen nur erhal-

55 Wolfgang Schmale, *Historische Komparatistik und Kulturtransfer. Europageschichtliche Perspektiven für die Landesgeschichte. Eine Einführung unter besonderer Berücksichtigung der Sächsischen Landesgeschichte*, Bochum 1998, S. 42.

56 Ludwig Petry, *In Grenzen unbegrenzt. Möglichkeiten und Wege der geschichtlichen Landeskunde* [1961], in: *Fried, Probleme*, S. 280-304.

ten, wenn sie als Erinnerungslandschaften verstanden wurden. Daher sahen es die Geschichtsvereine als eine ihrer ersten Aufgaben an, Anfänge, Tradition und Rang ihres Sprengels zu rekonstruieren. Sie widmeten sich gerade in den ersten Publikationen besonders der germanischen oder römischen Frühzeit. Im Fall des Oberhessischen Vereins ging es dabei - wie gesehen - um die Legitimation der Gründung überhaupt. Damit verschaffte man der Region eine weit vor das Mutterland Hessen zurückreichende Tradition. Zugleich unterstrich man im Oberhessischen Geschichtsverein schon zur Zeit des Kaiserreichs Eigengewicht und Eigengeschichte der Region, indem man gewissermaßen die nationale Geschichte in ihrem lokalen Niederschlag und umgekehrt die Bedeutung lokaler Ereignisse im nationalen Gefüge behandelte. So ging es in Vorträgen und Publikationen nicht nur um regionale Dynastien, die den Anspruch auf historische Eigenständigkeit und auf Gleichrangigkeit mit der Darmstädter Dynastie dokumentieren mochten, sondern vor allem um Schlüsselereignisse der deutschen Geschichte: Darum behandelte man etwa den Dreißigjährigen Krieg, den Siebenjährigen Krieg, die Revolutions- und Befreiungskriege sowie die Aufstände von 1830 jeweils in ihren oberhessischen Erscheinungsformen.⁵⁷ Oberhessen erschien insofern nicht mehr als hessische Randregion, sondern als Kernraum der nationalen Historie.

Vor allem die Ermittlung von Erinnerungsorten diente den Geschichtsvereinen dazu, Ursprünge und Kontinuität der gemeinsamen Vergangenheit zu belegen. Die Geschichtsvereine rekonstruierten Erinnerungsorte zunächst im übertragenen Sinn: Sagen und Rechtsaltertümer wurden durch sie zu Themen der Landesgeschichte, diese holte dabei erst ans Licht, was sodann als Erinnerungsort fixiert wurde. Über Jahrzehnte hinweg entstand ein Kanon an Erinnerungsorten, daraus wurden Bilder von Ländern und Landschaften gezeichnet, die fortwirkten, beispielsweise Hessen als offenes Land inmitten vielfältiger kultureller und wirtschaftlicher Austauschbeziehungen, als Mitte Deutschlands und als Kernland von Reformation und Nation.⁵⁸ Solche landesgeschichtlichen Topoi können auch für Thüringen, Sachsen, Preußen, Bayern oder das Rheinland festgestellt werden. De facto handelt es sich wiederum um Mythen im eigentlichen Sinn, das heißt um Erzählungen über eine gemeinsame Herkunft, die die Wechsel- und Zufälle der Geschichte in einen verständlichen Zusammenhang bringen und dadurch Orientierung vermitteln wollten.

57 Siehe die Aufstellung bei Walbrach, Geschichtsverein, S. 239.

58 Vgl. Winfried Speitkamp, Versuche hessischer Identitätskonstruktion im nationalen Kontext, in: Rüdiger Haufe/Christiane Wolf (Hg.), Mythen der Mitte. Zur Konstruktion nationaler Wertezentren im 19. und 20. Jahrhundert, Weimar 2003 (im Druck).

Geschichtsvereine und landesgeschichtliche Zeitschriften widmeten sich auch materiellen Erinnerungsorten. Museumsgründungen standen nicht selten am Anfang. Hier wurden, wie in Gießen, lokalgeschichtliche Relikte aus älterer und neuerer Zeit gesammelt und somit die lokalen und regionalen Traditionen über alle politischen Zäsuren hinweg ausgestellt. Die Erforschung von Boden- und Baudenkmalern konnte demselben Zweck dienen. Vor allem Baudenkmalere waren als sichtbare Überreste allen sinnhaft zugänglich, boten Identifikationsmöglichkeit für alle Schichten und alle Teile eines Landes. Auch der Oberhessische Geschichtsverein schenkte den Baudenkmalern seine besondere Aufmerksamkeit. Im Mittelpunkt der Arbeit der Geschichtsvereine in den Residenzen standen Objekte, die über die jeweiligen Raumgrenzen hinweg ausstrahlten, die nicht nur nach innen, sondern auch nach außen die Identität der Region ausdrückten. Der Geschichtsverein in Kurhessen stellte mit dem Schloß zu Marburg an der Lahn ein ebenso raumbestimmendes und landschaftsprägendes wie historisch aufgeladenes Bauwerk heraus. Als Symbol für Hessen sowie für die Reformation bot es ein prägnantes Bild der landesgeschichtlichen Topoi.⁵⁹ Lokale Vereine setzten ihre örtlichen und regionalen Orientierungspunkte dagegen. In der Arbeit des Oberhessischen Vereins, in der sich auch die Interessen des Wartburg-Restaurators Hugo von Ritgen niederschlugen, übernahm schon seit Anfang der 1880er Jahre vor allem die Burgruine Gleiberg, nach dem Befund des Vereins „der am meisten besuchte Vergnügungsort in der Umgegend von Gießen“, der Ausflügler auch aus Wetzlar, Lollar, Grünberg oder Laubach anziehe,⁶⁰ die regionale Identifikationsfunktion, dann zeitweise das Gießener Alte Schloß, für dessen Erhalt sich der Verein in den 1890er Jahren einsetzte.⁶¹ Die Erinnerungsorte des historischen Bewußtseins blieben oft über alle Einschnitte erhalten, sie waren hinreichend fixiert, um Anknüpfung und Orientierung zu sichern, zugleich aber nicht einseitig historisch belastet, also hinreichend offen, um Systemwechsel und Neuinterpretationen zu ermöglichen, um Brüche der Geschichte in der Kontinuität der Erinnerungskultur aufzufangen.

59 Die Symbolfunktion des Marburger Schlosses (und komplementär der Wartburg) tritt noch hervor in: Achim Güssgen/Reimer Stobbe (Hg.), Hessen und Thüringen. Die Geschichte zweier Landschaften von der Frühzeit bis zur Reformation, Melsungen [1992]; Hessen und Thüringen - Von den Anfängen bis zur Reformation. Eine Ausstellung des Landes Hessen, Marburg 1992; Hessen und Thüringen. Von den Anfängen bis zur Reformation. Eine Foto-Ausstellung der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen zur Landesausstellung 1992 in Marburg und auf der Wartburg, o.O. 1992.

60 Dritter Jahresbericht des Oberhessischen Vereins für Localgeschichte, Gießen 1883, S. 116.

61 Walbrach, Geschichtsverein, S. 247.

Das erhellt auch ein Blick auf die Nationaldenkmäler des 19. Jahrhunderts, die sich in den Rahmen regionaler Erinnerungskulturen dauerhaft eingliederten und so auch den Untergang des Kaiserreichs überstanden.⁶² Sie untergruben die regionale Identität nicht, sondern stärkten sie; nationales und regionales Interesse blieben eng verbunden: Die nationalmonarchischen Denkmäler wie die Kaiser-Wilhelm-Denkmäler⁶³ bestimmten zunächst den regionalen Raum, zumal sie nicht einfach unitarisch ausgelegt waren, sondern nicht selten den föderalstammesmäßigen Unterbau des Reiches würdigten. Selbst die Monumente der nationalen Sammlung im wilhelminischen Kaiserreich, Ausdruck eines radikalisierten Nationalismus an der Jahrhundertwende, an erster Stelle die Bismarck-Türme,⁶⁴ waren zunächst einmal lokale Denkmäler: Sie prägten den Raum der Stadt, über der sie angelegt waren, beispielhaft auch an Gießen zu sehen, wo sich der 1904 errichtete Bismarck-Turm in eine von Anhöhen und Burgruinen geprägte Erinnerungslandschaft einfügte. Aber zugleich sollten sie im Ideal so angelegt sein, daß sie Blickkontakt zum jeweils nächsten boten, in ihrer Gesamtheit also die nationale Gemeinschaft symbolisch verwirklichten. Lokales Denkmal und nationale Integration sollten sich ergänzen. So waren die Nationaldenkmäler vielfältig mit Selbstverständnis und Gedächtnis der Region verknüpft, die sich nunmehr als tragender Pfeiler der Nation präsentieren konnte. Das entsprach dem Raumverständnis der Heimatbewegung, wie es nun auch für die Landesgeschichte bestimmend wurde.

62 Vgl. aus der Fülle der Literatur: Thomas Nipperdey; Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Ders., *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte*, Göttingen 1976, S. 133-173; Lutz Tittel, *Monumentaldenkmäler von 1871 bis 1918 in Deutschland. Ein Beitrag zum Thema Denkmal und Landschaft*, in: Ekkehard Mai/Stephan Waetzoldt (Hg.), *Kunstverwaltung, Bau- und Denkmal-Politik im Kaiserreich*, Berlin 1981, S. 215-275; Wolfgang Hardtwig, *Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewußtsein im Deutschen Kaiserreich 1871-1914*, in: Ders., *Nationalismus und Bürgerkultur in Deutschland 1500-1914. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen 1994, S. 191-218; Reinhard Alings, *Monument und Nation. Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal - zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871-1918*, Berlin 1996.

63 Gunther Mai (Hg.), *Das Kyffhäuser-Denkmal 1896-1996. Ein nationales Monument im europäischen Kontext*, Köln 1997; Sven Frotscher u.a., *Der Kyffhäuser*, o.O. [1996]; Klaus Weschenfelder (Hg.), „Ein Bild von Erz und Stein...“ *Kaiser Wilhelm am Deutschen Eck und die Nationaldenkmäler. Katalog zur Ausstellung im Mittelrhein-Museum Koblenz, 12. Juni - 31. August 1997*, Koblenz 1997; Babette Lissner (Hg.), *Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal 1896-1996. Öffentlichkeit und Politik zwischen Tradition und Moderne*, Bielefeld 1998.

64 Volker Plagemann, *Bismarck-Denkmäler*, in: Hans-Ernst Mittag/Volker Plagemann (Hg.), *Denkmäler im 19. Jahrhundert. Deutung und Kritik*, München 1972, S. 217-252; Hans-Walter Hedinger, *Bismarck-Denkmäler und Bismarck-Verehrung*, in: Mai/Waetzoldt, *Kunstverwaltung*, S. 277-314.

Zur Akzeptanz von National- wie Landesdenkmälern als regionalen Erinnerungsorten trug bei, daß sie vieldeutig interpretierbar und trotz scheinbar eindeutiger Botschaft systemübergreifend nutzbar waren. Auch in Zeiten der Mythenskepsis sank ihre Attraktivität nicht: In touristischen Formen, als Blickfang auf Reiseführern, als Ausflugsziel, als Postkartenmotiv, blieben die Denkmäler präsent und populär; das garantiert bis heute Dauerhaftigkeit und regionale Verwurzelung anachronistisch anmutender Objekte als Erinnerungsorte. Selbst Umwidmungen des Denkmalzwecks, Umnutzungen etwa für populäre Veranstaltungen oder ironische Verfremdungen, wie beispielsweise am Leipziger Völkerschlachtdenkmal praktiziert,⁶⁵ minderten die Faszination des Mythos nicht, sondern förderten sie. Die Profanierung der Nationalheiligtümer sicherte ihre Akzeptanz und ihren Fortbestand auch in Zeiten, in denen kritische Distanz zu Nation und nationalem Kult vorherrschte.

Das in der Landesgeschichte präsentierte Geschichtsbild stellte also kein bloßes Konstrukt von Gebildeten und lokalen Eliten dar; die Wirkung der landesgeschichtlichen Erinnerungsorte ging tiefer. Kulturelles Gedächtnis im Sinne Jan Assmanns, vermittelt durch Instanzen wie die Geschichtsvereine, und kommunikatives Gedächtnis, vermittelt durch persönliche Erinnerungen, Familiengeschichten oder Reiseerfahrungen, berührten sich hier. Insofern sind Landesgeschichte und Geschichtsvereine immer Teil der regionalen wie nationalen Erinnerungskultur gewesen, und zwar im Grenzbereich zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Landesgeschichte war also nicht bloß eine Gegenbewegung gegen die großen Wellen der Veränderung und Modernisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Vielmehr war sie gerade Ausdruck und Element des Wandels, dem sie über Erinnerungsorte Ursprung und Kontinuität verleihen wollte.

Mehr denn je gilt dies auch heute. Denn in den letzten gut zehn Jahren ist das Interesse an Landesgeschichte wieder gestiegen. Eine ganze Reihe neuer Bestandsaufnahmen der Landesgeschichte, von Sachsen über Hessen bis Bayern,⁶⁶ bestätigt den Trend: Die Landesge-

65 Vgl. Katrin Keller/Hans-Dieter Schmid, Vom Kult zur Kulisse. Das Völkerschlachtdenkmal als Gegenstand der Geschichtskultur, Leipzig 1995.

66 Beispiele: Wilhelm Volkert/Walter Ziegler (Hg.), Im Dienst der bayerischen Geschichte. 70 Jahre Kommission für bayerische Landesgeschichte, 50 Jahre Institut für bayerische Geschichte, München 1998; Reiner Groß u.a. (Red.), Geschichtsforschung in Sachsen. Von der Sächsischen Kommission für Geschichte zur Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1896-1996, Stuttgart 1996; Wieland Held/Uwe Schirmer (Hg.), Rudolf Kötzschke und das Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der Universität Leipzig. Heimstatt sächsischer Landeskunde, Beucha 1999; Buchholz, Landesgeschichte; Ulrich Reu-

schichte wird darin als Trägerin des Landesbewußtseins und der Landesidentität präsentiert, dabei wird zugleich unbefangen die Bindung an die gegenwärtigen Bundesländer unterstrichen und etwa, wie in einem bayerischen Überblick, wieder auf die „staatspolitische Bedeutung“ der Landesgeschichte verwiesen.⁶⁷ Nicht selten wird die Geschichte von Bundesländern ganz selbstverständlich zurückverlängert, somit die Kontingenz der Nachkriegsschöpfungen geleugnet und ihnen im nachhinein Tradition und historische Konsequenz zugesprochen. Für Hessen hat man nicht nur Einigungsbestrebungen des 19. Jahrhunderts herausgearbeitet, sondern sie auch mit dem gegenwärtigen Bundesland in Verbindung zu bringen versucht.⁶⁸ Umgekehrt werden aber auch die Bundesländer daran gemessen, ob sie ihrem Namen und dem darin eingeschlossenen Erinnerungsort genügen.⁶⁹ Freilich führen aus der Vergangenheit keine zwingenden Traditionslinien in die gegenwärtigen Länder, vielmehr können nur umgekehrt Linien aus der Gegenwart zurück in die Vergangenheit gezogen werden. Anders gewendet: Jeder wählt die Tradition selbst, in die er sich stellen will. Die Kontinuität liegt also weniger in der Sache, im Land, als im Umgang mit der Sache, in der Landesgeschichte, die nunmehr beteiligt ist am Entwurf historischer Identitäten der neugeschaffenen Bundesländer.

Auch die Selbstdarstellung der Bundesländer im vergangenen Jahrzehnt spiegelt dies. Haben die westdeutschen Bundesländer anfangs eine zurückhaltende Geschichtspolitik betrieben, so hat sich das in den 1970er und 1980er Jahren erheblich gewandelt, und spätestens in den 1990er Jahren ist aus etwas bemüht erscheinender Traditionstiftung beispielsweise durch Ausstellungen die selbstbewußte Betonung geschichtlicher Identität geworden.⁷⁰ Dazu mag die Wiedervereinigung

ling/Winfried Speitkamp (Hg.), Fünfzig Jahre Landesgeschichtsforschung in Hessen, Marburg 2000.

- 67 Andreas Kraus, Die staatspolitische Bedeutung der bayerischen Geschichte, in: Volkert/Ziegler, Dienst, S. 1-17.
- 68 Eckhart G. Franz, Der Weg nach Großhessen. Staatsbildung und Landesbewußtsein im Hessischen 1803-1946, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 132, 1996, S. 71-90; Ders., Einheit aus der Vielfalt - Die geschichtlichen Wurzeln, in: Bernd Heidenreich/Klaus Schacht (Hg.), Hessen. Eine politische Landeskunde, Stuttgart 1993, S. 58-76; Wolf-Heino Struck, Zur ideenpolitischen Vorbereitung des Bundeslandes Hessen seit dem 19. Jahrhundert, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 20, 1970, S. 282-324.
- 69 Vgl. als Beispiel: Hans Eberhardt, Thüringens staatliche Einheit in Vergangenheit und Gegenwart, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 41, 1991, S. 1-10.
- 70 Arno Mohr, Politische Identität um jeden Preis? Zur Funktion der Landesgeschichtsschreibung in den Bundesländern, in: Neue Politische Literatur 35, 1990, S. 222-274; Ders., Landeszentralen für politische Bildung und Landesidentität, in: Westfälische Forschungen 46, 1996, S. 382-405; Detlef Briesen, Landesgeschichte in Nordrhein-Westfalen - Zwischen Deföderalisierung und Identitätsmarketing? ebd., S. 406-428;

beigetragen haben. Durch sie erhielten die sogenannten „alten“ Bundesländer auf einen Schlag historische Dignität und Vorbildfunktion. Auch die 50jährigen Jubiläen der Länder verstärkten das offizielle Bemühen um die Landesgeschichte. Forschungs- und Publikationsprojekte, von Jubiläumsschriften bis hin zu Veröffentlichungen der Landeszentralen für politische Bildung, riefen Erinnerungsorte und Topoi der Landesgeschichte wach und vermittelten den Eindruck einer geschichtlichen Verwurzelung der Bundesländer. Dabei muß man gar nicht extreme Beispiele anführen wie ein Buch der Hessischen Landeszentrale aus dem Jahr 1999, das den Untertitel „Die Revolution von 1848/49 im Bundesland Hessen“ trägt und somit das Bundesland quasi *avant la lettre* entstehen läßt.⁷¹ Auch ein 2001 herausgegebenes Buch mit dem scheinbar ganz neutralen Titel „Nordhessen im Mittelalter“ unterstreicht das.⁷² Denn „Nordhessen“ ist ein moderner Begriff für einen Teil des heutigen Bundeslandes. Behandelt wird in dem Sammelwerk aber das, was im Mittelalter einfach „Hessen“ war. Mit der Bezeichnung „Nordhessen“ wird implizit die Kontinuität eines Gebietes unterstellt, in dessen südlichem Teil, eben dem heutigen sogenannten Südhessen, man allerdings im Mittelalter noch gar nicht wußte, daß man dereinst hessisch sein würde. Ein weiteres landeshistorisches Beispiel ist der jüngere, 1981 mit der Gründung eines Regierungspräsidiums in Gießen eingeleitete Versuch, die Region Mittelhessen zu erfinden.⁷³ Derart sollte ein Gebiet aufgewertet werden, das ehemals am Rande und teilweise außerhalb der hessischen Territorien lag, das historisch gerade durch seine Position abseits der politischen, ökonomischen und kulturellen Zentren geprägt war und das überdies durch den mit der sozialen Not des früheren 19. Jahrhunderts verknüpften Begriff Oberhessen belastet war. Eine politische und soziale Randregion also sollte zu einer Kernregion mutieren. Kurz: Die Gegenwart besetzt die Vergangenheit neu, die Erinnerungskultur kommt vor der Geschichte. Wie wirkungsvoll eine Rückverlängerung gegenwärtiger Vorstellungen in die Geschichte sein kann, zeigt schlaglichtartig, daß Frankfurt am Main heute jedermann als hessische Stadt gilt und in landeshistorischen Darstellungen gern als Nachweis der jahrhundertelangen engen Verbindung von hessischer und Reichsgeschichte angeführt wird. Doch als Frankfurt noch für die Reichsge-

Hans-Ulrich Thamer, Vom Heimatmuseum zur Geschichtsschau. Museen und Landesausstellungen als Ort der Erinnerung und Identitätsstiftung, ebd., S. 429-448.

71 Klaus Böhme/Bernd Heidenreich (Hg.), „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Die Revolution von 1848/49 im Bundesland Hessen, Wiesbaden 1999.

72 Ingrid Baumgärtner/Winfried Schich (Hg.), Nordhessen im Mittelalter. Probleme von Identität und überregionaler Integration, Marburg 2001.

73 Daniel Deckers, Wo liegt eigentlich Mittelhessen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.1.2003, S. 3.

schichte stand, wäre niemand auf die Idee gekommen, die Stadt als hessisch zu bezeichnen, und das gilt zumindest bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts.⁷⁴

Das Dilemma ist freilich unausweichlich. Auch wenn landesgeschichtliche Darstellungen bloß nüchtern und positivistisch die Befunde der Vorgeschichte auf dem Territorium eines Bundeslandes zusammentragen, verstärken sie den Eindruck von selbstverständlicher Gemeinsamkeit und Beständigkeit.⁷⁵ Und selbst die beharrliche Infragestellung gemeinsamer Geschichte begründet und festigt sie erst. Gerade im permanenten Diskurs über die Brüchigkeit, Zufälligkeit oder gar Künstlichkeit einer Raumbildung entsteht kollektive Identität, und sei es nur als gemeinsames Bewußtsein eben dieser historischen Kontingenz.⁷⁶ Die Geschichte Hessens zeigt auch das. Auf einer Festveranstaltung zum 50jährigen Bestehen des Bundeslandes im Jahr 1995 hob der Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Rolf Praml, das „gefestigte Hessenbewußtsein im Lande selbst und in ganz Deutschland“ hervor. Praml behauptete dabei keineswegs die ungebrochene Kontinuität und Einheit der hessischen Geschichte, er konstruierte keine Geschichtsteologie, die in das Bundesland hineinmünden müssen. Vielmehr führte er die gefestigte hessische Identität gerade auf die besondere Geschichte der Vielfalt zurück: „Wer in diesem neuen, alten Hessen an die vielfältigen und oft verschlungenen Pfade der hessischen Geschichte erinnert, gefährdet die neu gewonnene Identität dieses jungen Bundeslandes in der Mitte Deutschlands also keineswegs. Er trägt vielmehr dazu bei, daß die Bürger Hessens besser verstehen, wo die historischen Ursprünge ihrer Heimat liegen und wie vielfältig die Einflüsse und Kulturen sind, die da 1945 zu einem Land zusammengefügt worden sind.“⁷⁷ Hessen als historischer Begegnungsraum und Land der Vielfalt in der Mitte Deutschlands - das ist ein höchst wirkungsvoller Mythos, ein Erinnerungsort hessischer Geschichte. Auch die Betonung lokaler und regionaler Eigenständigkeit zum Beispiel durch Geschichtsvereine kann ihn nicht in Frage stellen. Indem sie die Vielfalt hessischer Geschichte unterstreicht, ist sie ja

74 Vgl. Ulrich Reuling, Althessen - Neuhessen - Großhessen. Der Hessen-Begriff im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaften im 19. und 20. Jahrhundert, in: Fünfzig Jahre Land Hessen, S. 13-41, hier S. 19.

75 Siehe als Beispiel Christian Reinicke u.a. (Hg.), Nordrhein-Westfalen. Ein Land in seiner Geschichte. Aspekte und Konturen 1946-1996, Münster 1996.

76 Aussagekräftiges Beispiel: Peter Heil, Warum es keine Rheinland-Pfälzer gibt. Über die Beständigkeit und Wirkung älterer Regionalidentitäten in einem neuen Land, in: Michael Matheus (Hg.), Regionen und Föderalismus. 50 Jahre Rheinland-Pfalz, Stuttgart 1997, S. 49-64.

77 Rolf Praml, Grußwort, in: Fünfzig Jahre Land Hessen. Vortragsveranstaltung am 9. November 1995 in Kaufungen, Bad Karlshafen 1995, S. 9 f., hier S. 10.

unweigerlich gezwungen, den neuen Identitätsbegriff zu bestätigen. Anders ausgedrückt: Der Sogkraft von Erinnerungsorten kann sich auch der Empiriker und Skeptiker nicht entziehen; die kritische Darstellung eines Mythos ist selbst schon wieder Arbeit am Mythos, sie schadet ihm nicht, sondern nutzt ihm, indem sie ihn zeitgemäß fortentwickelt. Das gilt, wie gesehen, für die deutschen Erinnerungsorte, und das gilt ebenso für regionale Erinnerungsorte der Landesgeschichte.

Landesgeschichte und Geschichtsvereine sind also Bestandteil der regionalen wie der nationalen Erinnerungskultur, sie nutzen dabei „Erinnerungsorte“, um Geschichtsbilder und Raumvorstellungen zu vermitteln. Vor diesem Hintergrund ist es gar nicht so abwegig, neue Länderschöpfungen mit historischen Namen wie „Preußen“ zu versehen, auch wenn dies an das Bemühen postkolonialer afrikanischer Staaten erinnert, sich im nachhinein eine unvordenkliche ruhmreiche Tradition zuzulegen. Allerdings ginge es bei der Namensgebung nicht um geschichtswissenschaftliche Befunde, sondern um gesellschaftliche Befindlichkeiten und politische Zielvorstellungen. Im übrigen wäre damit noch keineswegs entschieden, *welches* Preußenbild man daran knüpft, *wie* der Erinnerungsort ausgefüllt wird. Man sollte jedenfalls keine falschen Erwartungen hegen und vor allem die Kraft von Mythen nicht überschätzen. Auch Ghana ist kein blühendes Reich geworden. Schlimmer noch: Niemand mehr verbindet den Namen Ghana mit einem blühenden Reich. Auch den Erinnerungsort Preußen würde die Realität schnell einholen. Es wäre freilich reizvoll zu beobachten, in welchem Maße man mit Namensgebungen heute noch neue Erinnerungsorte setzen und Geschichtsbilder prägen kann. Darüber sollte man noch einmal im Jahr 2028 sprechen, wenn in Gießen - vielleicht - das 150jährige Jubiläum des *Mittel*hessischen Geschichtsvereins begangen wird.

Festveranstaltung aus Anlass des 125-jährigen Bestehens des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen e.V. am 15. Juni 2003 in der Aula der Justus-Liebig-Universität Gießen

Begrüßung durch den Vorsitzenden des Oberhessischen Geschichtsvereins, Michael Breitbach

Sehr verehrte Festversammlung,

wenige Jahre nach der 48-er Revolution hat ein damals berühmter Gelehrter einen Einspruch formuliert, der die Möglichkeiten und Grenzen von Geschichtsvereinen bedenkt. Was dieser hessische Gelehrte zum Thüringischen Geschichtsverein zu sagen wusste, passt so akkurat auf die oberhessische Konstellation, dass diese Ausführungen hier am Anfang stehen sollen:

„Was zuerst den thüringischen Geschichts-Verein angeht, so kann ich Ihre ansicht nicht teilen. Sie stimmen die saiten zu hoch. Solche Vereine, bin ich überzeugt, wirken nur wohltätig, wenn sie eine mittlere bescheidene stellung einnehmen, und provinzielles mit treuem fleiße, aber ohne weitem anspruch sammeln. Ihren thüringer Verein zugrund gerichtet hat, dass man ihn von Naumburg weg und nun gar nach Halle verlegte. Universitätsstädte taugen nicht dafür und nehmen einen höhern schwung. Stößt einem professor etwas altertümliches auf, so hat er mittel und weg es anderwärts vorzubringen und nach seiner Weise schon zu verarbeiten, er wartet damit nicht auf ein Vereinsheft, das ihm nicht vornehm genug ist. Kurz, der gegensatz der höheren universität stört die stille, ländliche tätigkeit, ohne welche der Verein nicht gedeiht. Die besseren finden sich in residenzen oder höheren landstädten und blühen nur, wenn tätige männer an ihrer spitze stehen. Nach Rostock gehörte dieser mecklenburgische verein nicht, so wenig als die beiden hessischen nach Marburg oder Gießen.“¹

Wer dies am 10. April 1851 schrieb, war kein Geringerer als einer der Brüder Grimm, nämlich Jacob - sein Ratschlag galt damals Gründern des thüringisch-sächsischen Vereins. Geschichtsfreunde in Gießen

1 Zitiert nach Wilhelm Schoof, Die Stellung der Brüder Grimm zu den historischen Vereinen, Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Band 72, 1961, S 17.

ließen sich diesen Rat freilich nicht angelegen sein. Und das, so möchte man heute sagen, war auch gut so.

Freilich - der erste im Jahre 1861 gestartete Versuch zur Gründung einer historischen Gesellschaft für Gießen scheiterte bereits 1870: Wegen des zu geringen Interesses der Mitglieder und des zu schwachen Besuchs der Versammlungen der historischen Gesellschaft, wie Chronisten überliefert haben.² Dass Jacob Grimm mit seiner Skepsis, Universitätsstädte taugten nicht für die Gründung von Geschichtsvereinen, nun doch nicht recht behalten sollte, dafür stand und steht bis heute die Geschichte des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen e.V. Dessen 125-jähriges Bestehen feiern wir heute und hierzu darf ich Sie, verehrte Festversammlung, in der Aula unserer Universität sehr herzlich begrüßen.

Am 13. Juni 1878 war im „Giessener Anzeiger“ - dessen heutiger Chef unter uns weilt, Sie lieber Herr Dr. Maaß, darf ich sehr herzlich willkommen heißen - folgendes Inserat veröffentlicht worden:

„Diejenigen Herrn, welche sich für die Gründung eines oberhessischen Vereins für Localgeschichte interessieren, werden hierdurch eingeladen, sich Samstag, den 15. Juni abends 08 Uhr zu einer Besprechung im Café Ebel einzufinden.“

Unterzeichnet hatten den Aufruf Dr. W. Oncken, Dr. C. Gareis, Dr. Boekmann, Bramm und Irlé. Oncken war Professor der Ludwigs-Universität und vertrat die alte und die neuere Geschichte; der Rechtshistoriker Carl Gareis war gleichfalls Professor der Ludwigs-Universität - er wurde der erste Vorsitzende des Vereins und hat damit eine Tradition begründet: Von den 15 bisher tätigen Vorsitzenden des Vereins im Laufe seiner 125-jährigen Geschichte waren nicht weniger als 11 Mitglieder der Universität. Darunter so bekannte Namen wie Hugo von Ritgen, der eine Professur für Architektur an unserer Universität inne hatte und der das Amt von Gareis übernommen hatte, nachdem dieser die Funktion des Universitätskanzlers zusätzlich zu seinem Professorenamt erhalten hatte, der Germanist Otto Behaghel, der rund 25 Jahre den Verein zu Beginn des 20. Jahrhunderts geführt hat oder der Mediävist Prof. Theodor Mayer. Die Entwicklung des Oberhessischen Geschichtsvereins, sein Blühen und Gedeihen, ist von Anbeginn an ohne das umfangreiche und breite Engagement von Mitgliedern der Universität bis zum heutigen Tage kaum denkbar.

Angesichts der Bedeutung der Universität für den Geschichtsverein freue ich mich ganz besonders, den Präsidenten der Justus-Liebig-Uni-

2 S. Hermann Otto Vaubel, MOHG NF 53/54 (1969), S. 26.

versität Gießen, Herrn Prof. Hormuth, heute begrüßen zu können. Wir sind Ihnen, lieber Herr Hormuth, dankbar dafür, dass wir unser Jubiläum in der Aula der Giessener alma mater feiern dürfen. Wir begrüßen in Ihnen wie auch in Ihrem Amtsvorgänger, Herrn Prof. Dr. Heinz Bauer, über dessen Kommen ich mich freue und den ich sehr herzlich willkommen heiße, den Repräsentanten der Institution, die maßgeblich für die Entwicklung des Vereins war und auch weiter sein wird. An seiner Seite begrüße ich ebenso herzlich den Ersten Vizepräsidenten unserer Universität, Herrn Prof. Hannes Neumann. Ich freue mich auch, Herrn Prof. Wendler, den Präsidenten der Fachhochschule Gießen-Friedberg aus deren Reihen mein Amtsvorgänger Prof. Knauß hervorging, hier willkommen heißen zu dürfen.

Neben der Fülle von Aktivitäten unseres Vereins, die von Mitgliedern der Universität seit je getragen wurden, gibt es von Anfang an eine enge institutionelle Zusammenarbeit mit dem Bibliotheksbereich: Die vom Verein zunächst aufgebaute Bibliothek ging 1888 in den Bestand der Universitätsbibliothek über; seitdem stellt der Verein der Universitätsbibliothek jährlich jeweils um die 150 bis 200 Exemplare unserer Zeitschrift „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ zur Verfügung. Die Universitätsbibliothek erwirbt damit im Tauschgeschäft mit einer Vielzahl von anderen Bibliotheken Zeitschriften für das Fächerspektrum der Geschichtswissenschaften.³

Auf der Einladungsliste zur Gründung des Vereins befand sich auch die Unterschrift des damaligen Oberbürgermeisters der Hauptstadt der Provinz Oberhessen im Großherzogtum Hessen-Darmstadt, nämlich die des Giessener Oberbürgermeisters August Bramm. Darin kündigte sich die enge Verbundenheit unseres Vereins mit der Stadt Gießen an. Die Stadt Gießen hat den Verein immer wieder materiell bei der Durchführung von Projekten unterstützt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts übernahm die Stadt Gießen das vom Verein im Jahre 1879 gegründete Museum und überführte es 1905 in das Oberhessische Museum. Einer ihrer Leiter, Museumsdirektor Dr. Herbert Krüger, war von 1966 bis 1977 Vorsitzender unseres Vereins. Unser Verein führt seit langer Zeit im Netanya-Saal des Oberhessischen Museums seine jährlichen Vortragsreihen durch. Die Stadt Gießen hat durch den Aufbau des Stadtarchivs die Möglichkeit geschaffen, lokale Geschichtsarbeit fundiert zu betreiben: So war mein Amtsvorgänger, Prof. Dr. Knauß, ehrenamtlicher Stadtarchivar. Ihm gelang es schließlich, die Verantwortlichen

3 Für die 1888 übertragenen sämtlichen Bücherbestände des Vereins an die Universitätsbibliothek erhielt der Verein als Gegenleistung vom Ministerium des Innern und der Justiz einen jährlichen Zuschuss von DM 300,00, s. Carl Walbrach, MOHG NF 28 (1928), S. 241/242.

der Stadt Gießen davon zu überzeugen, dass ein solches Stadtarchiv nur hauptamtlich zu führen und zu betreiben sei. Damit konnten Bildungsinteressen der Stadtbürger, gesellige Unterhaltung und wissenschaftliche Förderung des Interesses an einer Region auf einmalige Weise verbunden werden. Das Archiv avancierte zum Ort der Identitätssuche von Bürgerinnen und Bürgern wie zur Arbeitsgrundlage von Wissenschaftlern. Seit dieser Zeit unterstützt die Stadt unseren Verein außerdem dadurch, dass im Stadtarchiv zugleich die Geschäftsstelle unseres Vereines verankert werden durfte.

Als Zeichen dieser langjährigen Verbundenheit freue ich mich, den Bürgermeister der Universitätsstadt Gießen, Herrn Haumann, hier begrüßen zu dürfen. Mit ihm sind zahlreiche Verantwortliche der Stadt Gießen heute zu uns gekommen, an der Spitze der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, Herr Gail, und Herr Stadtrat Dr. Kaufmann. Ich heiße Sie ebenso wie Vertreter der Fraktionen im Stadtparlament sehr herzlich willkommen.

Zur Gründung des Oberhessischen Geschichtsvereines war es im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vor allem deshalb gekommen, weil man in Gießen zu der Einsicht gelangt war, dass der bis dahin einzige historische Verein im Großherzogtum Hessen-Darmstadt, der Darmstädter Geschichtsverein von 1832, der maßgeblich vom staatspolitischen Interesse des großherzoglichen Staatsrats Karl Christian Eigenbrodt geprägt war, sich nicht ausreichend der Erforschung der Geschichte Oberhessens zugewendet hatte. Dieser Region galt fortan das Augenmerk unseres Vereines als besonderem Teil der hessischen Landesgeschichte. Einen wesentlichen Teil dieses geschichtlich geprägten Raumes repräsentiert heute der Landkreis Gießen. Ich freue mich deshalb auch, die Repräsentantin des Landkreises, Frau Kreisbeigeordnete Meyer-Jäger in Vertretung von Herrn Landrat Marx, der leider kurzfristig verhindert ist, hier willkommen heißen zu können. Dankbar haben wir zur Kenntnis genommen, dass inzwischen auch der Landkreis ein Archiv aufgebaut hat und damit hilft, wichtige Quellen des heimischen Raumes zu sammeln, zu ordnen und für die historische Aufarbeitung bereitzuhalten. In Zeiten knapper Kassen ist die Verführung groß, sich auf die so genannten Kernaufgaben zu beschränken und Bereiche zu beschneiden, die der Erfüllung kultureller Aufgaben einer Gesellschaft zu dienen bestimmt sind. Mit den hauptamtlich geführten Archiven von Stadt und Universität bildet das Kreisarchiv ein wichtiges Netzwerk für die Erinnerungsarbeit unserer Region, auf die wir im heimischen Raum stolz sein können. Dass der hauptamtliche Betrieb des Archivs des Landkreises deshalb erhalten bleiben möge, bleibt unser Wunsch.

Unter uns weilt heute Morgen ein weiterer Vertreter aus der Politik: Ich darf Herrn Landtagsabgeordneten Schäfer-Gümbel für sein Kommen sehr herzlich danken. Wir betrachten dies als Ausdruck eines gesamtstaatlichen Interesses an der Entwicklung von Regionalgeschichte. Die Art Ihrer Interessensbekundung unterscheidet sich dabei wohlthuend von Formen politischer Einflussnahmen, wie sie von staatlicher Seite im 19. Jahrhundert im Zuge der Nation- und Reichsbildung Deutschlands vor allem Geschichtsvereinen in Süddeutschland, aber auch dem Darmstädter Geschichtsverein zuteil geworden war. In Bayern war es schließlich dahin gekommen, dass die Regierungspräsidenten ihre Beamten kurzer Hand anwiesen, den örtlichen Geschichtsvereinen beizutreten, um auf diese Weise die staatlichen Interessen an einer wohlgeordneten Entwicklung der Geschichtsvereine sicherzustellen ... Aspirationen seitens der Politik, sich unseren Verein dienstbar zu machen, hat es - soweit mir bekannt ist - aufgrund der Entstehungsgeschichte und der bewussten Distanz zum Darmstädter Hof offenbar nicht gegeben. Damit ist freilich nichts darüber gesagt, ob und in welchem Ausmaß es bei der Lokalgeschichtsschreibung Formen der Rücksichtnahme gab, die mit der ganz anderen Gegebenheit alltäglicher und personeller Nähe zusammenhängen ...

Die Gründung des Oberhessischen Geschichtsvereins ist vor allem auch einer bürgerschaftlichen Anstrengung zu danken. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten beispielsweise die Tabakfabrikantenbrüder Alfred und Gustav Bock sowie der Bankier und Kommerzienrat Siegmund Heichelheim. Vertreter zahlreicher Berufsstände wie Architekten, Bauunternehmer und Handwerker, Bibliothekare, Buchhändler und Postbeamte, Rechtsanwälte, Richter und Zahnärzte, Lehrer, Pfarrer und Redakteure, Offiziere und Techniker reihten sich alsbald in die Mitgliederschar ein. Auf die Anzeige im Juni 1878 waren, wie Chronisten festgehalten haben, zur ersten Versammlung zunächst knapp 40 Herren erschienen - Frauen stand zum damaligen Zeitpunkt das öffentliche Versammlungsrecht noch nicht zu. Im Mai 1879, also knapp 1 Jahr nach der Gründung, zählte der Verein bereits 165 Mitglieder. Dies war übrigens eine Mitgliederzahl, wie sie bis 1961 - wenn auch mit Schwankungen verbunden - Bestand hatte. 1982 waren es dann über 500 Mitglieder. In der Ära meines direkten Vorgängers Prof. Knauß, wuchs die Mitgliederzahl auf über 800. Unser Verein kann deshalb mit Fug und Recht behaupten, einer der mitgliederstärksten Kulturvereine der weiteren Region zu sein. Ich begrüße Sie, liebe Mitglieder und darunter auch die Ehrenmitglieder unseres Vereines, deshalb besonders herzlich - ohne Ihre Mitgliedschaft und ohne Ihr Interesse am Vereinsgeschehen wäre all das, was in den vergangenen 125 Jahre geschah und geleistet wurde, nicht möglich gewesen. Dafür sei Ihnen, die Sie heute

den Weg zu uns gefunden haben ebenso wie denen, die heute nicht haben kommen können, sehr herzlich Dank gesagt. Ihr materieller aber auch ideeller Beitrag zum Vereinsgeschehen, Ihre Teilnahme an den verschiedenen Vereinsaktivitäten wie auch Ihre Bereitschaft, uns bei Projekten konkret zu unterstützen - sei es Zeitzeugenschaft persönlich abzulegen, sei es Dokumente oder sonstige Gegenstände bereitzustellen - helfen, den satzungsmäßigen Zielen des Vereins nachzukommen, geschichtliches Verständnis zu wecken und die Erforschung der Geschichte des Gießener Raumes und seiner Nachbargebiete zu fördern.

Unser besonderer Gruß gilt schließlich den Vertretern unserer Brüdervereine, den Geschichts- und Heimatvereinen aus der näheren und weiteren Umgebung in Hessen. Wir freuen uns sehr, dass wir mit Ihnen gemeinsam unser Jubiläum feiern können. In meinen Gruß schließe ich auch all die Vertreter der Vereine ein, die sich die Erforschung spezieller Themenstellungen in historischer Absicht oder genauer: bestimmter Erinnerungsorte zum Ziel gesetzt haben. An ihrer Spitze begrüße ich den Vorsitzenden des Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Herrn Dr. Schüler sowie den Vorsitzenden der Hessischen Vereinigung für Volkskunde, Herrn Dr. Becker - die Hessische Vereinigung für Volkskunde ist ein Kind unseres Vereines und hat sich im Jahre 1902 selbständig gemacht. Wir freuen uns sehr über die seit einigen Jahren entwickelte Kooperation.

Für die uns zugedachten schriftlichen Grußworte danke ich.

Mit unserer heutigen Festveranstaltung wollen wir der Frage nachgehen, welche Perspektiven sich einem Geschichtsverein künftig stellen. Wir sind sehr glücklich darüber, dass Herr Prof. Reulecke, den ich sehr herzlich unter uns begrüßen darf, in das Thema einführen wird. Ebenso wie ihm gilt mein Dank den Teilnehmern der Podiumsdiskussion, Herrn Dr. Eilers aus Wiesbaden, Herrn Dr. Leib aus Wettengel und Herrn Adamski aus Frankfurt. Wir wollen mit Ihnen im Gespräch das Thema noch weiter vertiefen.

Bevor ich unseren beiden Grußrednern das Wort erteile, möchte ich freilich noch gerne Dank sagen: Dank an die Schülerinnen und Schüler des Grundkurses Geschichte, Klassenstufe 12 der Liebigsschule Gießen. Unter Anleitung unseres Vorstandsmitglieds, Frau Dr. Krautheim, die heute leider aus familiären Gründen nicht unter uns weilen kann, haben diese uns eine Geburtstagszeitung geschenkt. Sie können sie im Foyer draußen bewundern. Die Schüler haben sich mit dem Gründungsjahr unseres Vereines 1878 beschäftigt und Zeitungsausschnitte für das Geschehen in Gießen, im Deutschen Reich und in der Welt zusammengetragen.

Mein Dank gilt ferner unserem Mitglied, Stadtarchivar Dr. Ludwig Brake. Er hat die im Foyer ausgestellten Publikationen unseres Vereins zusammengetragen und für die Präsentation im Foyer gesorgt.

Ein weiterer Dank gilt den Musikerinnen und Musikern, die uns auf unterhaltsame Weise mit Klängen aus der Gründungszeit unseres Geschichtsvereins begrüßt haben. Sie werden uns beim kleinen Buffet später hin noch weiter erfreuen. Unsere Musiker sind allesamt Mitglieder des Gießener Universitätsorchesters und durch ihre zahlreichen Auftritte bei einer Vielzahl von festlichen Anlässen in Stadt und Land als Salonorchester bestens bekannt und vor allem geschätzt.

Nicht schließen möchte ich schließlich, ohne den Personen und Einrichtungen Dank gesagt zu haben, die uns Unterstützung für diese Festveranstaltung zuteil werden ließen. Ich darf hierfür Herrn Hanker von der Volksbank, Herrn Bergenthum von der Sparkasse Gießen und dem Hessischen Minister des Innern und für Sport, Herrn Volker Bouffier, nennen, Herr Bouffier wäre gerne gekommen, hat aber heute im Rahmen des Hessentages eine Verpflichtung für die Landesregierung zu erfüllen. Mein ganz besonderer Dank gilt außerdem Herrn Behrens von Karstadt, der uns beim Buffet tatkräftig unterstützt hat.

Grußwort des Bürgermeisters der Universitätsstadt Gießen, Heinz-Peter Haumann

Herr Vorsitzender Dr. Breitbach, Herr Landrat, meine Damen und Herren,

ich grüße Sie herzlich zur Festveranstaltung „125 Jahre Oberhessischer Geschichtsverein“ und überbringe die herzlichsten Glückwünsche des Magistrats der Universitätsstadt Gießen.

Als Bürgermeister bin ich gerne der Einladung hier her gefolgt, denn der Oberhessische Geschichtsverein und die Stadt Gießen sind seit der Gründung des Vereins vor 125 Jahren in einer engen Verbindung.

Einer der Gründungsmitglieder war ja der erste Gießener Oberbürgermeister August Bramm, der sich für den Verein engagierte, der von Angehörigen der Universität und des Bürgertums gegründet wurde.

Schon die erste Bezeichnung der Vereinigung „Oberhessischer Verein für Lokalgeschichte“ verweist auf den lokalen Bezug und die enge Verbindung zu Gießen und der Region. Und in den ersten Jahren seines Bestehens können wir immer wieder eine sehr enge Zusammenarbeit von Stadt und Geschichtsverein feststellen. Sei es bei der Finanzierung von Projekten oder bei der Gründung des Oberhessischen Museums, bei der August Bramm als Oberbürgermeister ebenfalls in vorderster Reihe als einer der Initiatoren mitwirkte.

Sehr intensive Verbindungen bestanden und bestehen auch zwischen dem Stadtarchiv und dem Oberhessischen Geschichtsverein. Aus der Sammlungs- und Dokumentationstätigkeit des Vereins gingen wertvolle Quellensammlungen in die Bestände des Stadtarchivs ein. Und der Geschichtsverein gab auch die Impulse, die zu einer Inventarisierung und Neuordnung der Bestände des Stadtarchivs am Ende des 19. Jahrhunderts führten. Diese enge Verbindung zwischen Stadt, Stadtarchiv und Geschichtsverein sind bis heute erhalten geblieben, denn seit vielen, vielen Jahren hat die Geschäftsstelle des Vereins ihren Sitz im Stadtarchiv.

Ich stelle fest: Die Zusammenarbeit ist für beide Seiten fruchtbar. Übrigens: Ihre Vereinssatzung wünscht ausdrücklich eine enge Kooperation mit dem Oberhessischen Museum und auch mit dem Stadtarchiv. Und dies hat sich ja, wie wir wissen, in vielen Projekten und Veranstaltungen als äußerst sinnvoll erwiesen.

Der Geschichtsverein leistet einen wertvollen Beitrag in der Erforschung der Historie - und im Zusammenbringen historisch interessierter Menschen in unserer Heimat. Mit Ihren Vorträgen im Winterhalbjahr im Netanya-Saal des Alten Schlosses sowie mit den Exkursionen im Sommer erreichen Sie sehr viele Menschen.

Von Seiten der Stadt darf ich Ihnen auch künftig die notwendige Unterstützung zusagen. Unter anderem fördern wir die Zeitschrift „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“, in dem wir uns an den Druckkosten beteiligen.

Sie leisten einen wertvollen Beitrag zur historischen und kulturellen Identität der Stadt und Region Gießen. Dafür gebührt Ihnen die Anerkennung dieses Magistrats und des Bürgermeisters. Ich wünsche Ihnen, dass Sie auch in den kommenden 125 Jahren so viele Menschen erreichen wie heute - oder sogar noch sehr viele mehr.

Denn das Interesse an historischen Zusammenhängen und vor allem an der Heimatgeschichte fasziniert zunehmend auch junge Menschen. Ohne einen klaren Blick auf die Geschichte haben wir keine Zukunft!

Ihr Motto dieser Jubiläumsveranstaltung lautet: „Die Perspektiven zukünftiger Arbeit von Geschichtsvereinen“. Ich bin sicher: Der Oberhessische Geschichtsverein hat eine große Perspektive und eine große Zukunft. In diesem Sinne: Ein herzliches Glückauf!

Grußwort des Landrats des Landkreises Gießen Willi Marx, vertreten durch Helga Meyer-Jäger

Sehr geehrter Herr Dr. Breitbach, sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

ich freue mich, Ihnen heute anlässlich des 125-jährigen Bestehens des Oberhessischen Geschichtsvereins, in diesem festlichen Rahmen die besten Wünsche der politischen Gremien des Landkreises Gießen, Kreistag und Kreisausschuss, übermitteln zu dürfen. 125 Jahre aktives Engagement für die Geschichte unserer Region und darüber hinaus, verdient besondere Anerkennung.

Als ich mich auf diese Veranstaltung vorbereitet habe, stellte ich mir die Frage, was ist Geschichte? All diejenigen die sich nicht intensiv um die Vergangenheit bemühen, denken bei dem Begriff Geschichte immer wieder nur an herausragende, weltbewegende Ereignisse. Dabei spiegeln wir als Personen im Grunde genommen auch einen wichtigen Teil des geschichtlichen Lebens unserer Heimat wider. Auch wir sind ein Teil der Geschichte.

Zitat: „Gestern war und ist Geschichte, der nächste Tag ist Zukunft, an dem wir die Geschichte bewahren müssen.

Geschichte entdecken und bewahren, das hat sich der Oberhessische Geschichtsverein u. a. auf seine Fahnen geschrieben. In seiner 125-jährigen Arbeit wird dies eindrucksvoll belegt.

Dabei sind es nicht nur die großen geschichtlichen Ereignisse, die im Fokus der Betrachtungen des Vereines stehen, sondern auch Ereignisse am Rande des Weltgeschehens und insbesondere die in unserer Region.

Ich möchte, Ihnen verehrte Mitglieder des Oberhessischen Geschichtsvereins ganz persönlich für Ihr gesellschaftliches Engagement danken. Denn Geschichtsbetrachtung, Geschichtsbearbeitung und Geschichtsbewältigung ist Gesellschaftspolitik und somit immer aktuell und präsent.

Gerade wir Deutschen wissen, dass wir aus unserer Geschichte lernen müssen und die schrecklichen Ereignisse des letzten Krieges nie vergessen dürfen; dieses Wissen müssen wir von Generation zu Generation weitertragen, als einen Teil unserer Geschichtsbewältigung.

Die Historiker/Innen und Geschichtsvereine in Deutschland spielen dabei eine entscheidende Rolle bei dieser gesellschaftspolitischen Aufgabe. Dass Sie diese Aufgabe ständig und nicht immer im Rampenlicht der Öffentlichkeit wahrnehmen, wissen nicht viele Menschen. Aber, dass Sie diese Aufgabe erfüllen und am Leben halten, zeigt Ihr heutiges Jubiläumsfest.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg für Ihre Arbeit und weiter 125 Jahre für den Oberhessischen Geschichtsverein.

Grußwort des 1. Vorsitzenden der Hessischen Vereinigung für Volkskunde e.V., Siegfried Becker

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

Die Festveranstaltung anlässlich des 125-jährigen Jubiläums des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen ist für uns in doppelter Hinsicht Anlass, Grüße und Wünsche für die weitere erfolgreiche Arbeit Ihres Vereins zu überbringen. Die Hessische Vereinigung für Volkskunde (HVV) hat im vergangenen Jahr das 100-jährige Jubiläum von Verein und Zeitschrift feiern können - wir sind zu dieser Feier bewusst nach Gießen gekommen, um sie am Gründungsort zu begehen: denn 1897 wurde im Oberhessischen Geschichtsverein eine Abteilung für hessische Volkskunde gegründet, aus der schließlich die HVV hervorgehen sollte.

Der aus Basel nach Gießen berufene Otto Behagel (1854-1936) hatte dazu angeregt und veröffentlichte in der Darmstädter Zeitung einen Artikel, in dem er die Ziele dieser Sektion vorstellte und um Mitarbeit warb: „Der Oberhessische Geschichtsverein hat beschlossen, die Volkskunde des Hessenlandes in das Bereich seiner Forschung einzubeziehen.“ 1901 verselbständigte sich diese „Abteilung“ durch Gründung der HVV, 1902 erschien das erste Heft der Hessischen Blätter für Volkskunde.

Die HVV, somit eine „Tochtergesellschaft“ des Oberhessischen Geschichtsvereins, gratuliert daher besonders herzlich zum imposanteren Jubiläum des OHGV, und wir freuen uns, dass aus der freundlichen Aufnahme, die wir anlässlich des HVV-Jubiläums in Gießen erfahren haben, nach hundert Jahren eine engere und hoffentlich ertragreiche Zusammenarbeit unserer beider wissenschaftlichen Gesellschaften hervorgehen wird. Zu einer ersten gemeinsamen Vortragsveranstaltung werden wir im kommenden Winterhalbjahr einladen.

Ich möchte aber nicht versäumen, dem OHGV auch zur sorgfältig und mit Bedacht konzipierten inhaltlichen Vorbereitung und Rahmung seiner Jubiläumsveranstaltung zu gratulieren. Mit der Durchführung einer Vortragsreihe zur Geschichte der Geschichtsvereine in Hessen hat er einen Weg zur Aufarbeitung seiner Vereinsgeschichte beschritten, der anregen soll (und wird) zur Erforschung regionaler Geschichtsbilder und ihrer organisatorischen Formierung.

Nach einer Revision der Geschichtswissenschaft als akademische Disziplin wird in den letzten Jahren auch die Aufarbeitung der Ge-

geschichte von Geschichtsvereinen aufgenommen; somit nimmt geschichtswissenschaftliche Forschung auch in der eigenen Wissenschaftsgeschichte die Vereinsforschung längst als wichtiges Feld ernst. Der OHGV ist auch hier innovativ tätig geworden und bietet mit Vortragsreihe und Themenband der MOHG ein Forum mit Anregungen für weitere Studien an - er hat den Reiz und die Chance wahrgenommen, nicht nur die eigene Geschichte zu resümieren, sondern sie im politischen und geistesgeschichtlichen Kontext zu sehen.

Und er wagt zudem mit dem Programm der Festveranstaltung einen Blick in die Zukunft: Die Formulierung von Aufgaben und Zielen möge dazu beitragen, auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte eine lebendige und erfolgreiche Vereinsarbeit zu gestalten.

Dafür wünschen wir Ihnen ein gutes Gelingen!

Marburg, den 28. Mai 2003

Resümee der Podiumsdiskussion aus Anlass der Festveranstaltung zum 125-jährigen Bestehen des Oberhessischen Geschichtsvereins am 15. Juni 2003

Michael Breitbach

Die Fragestellung nach den Perspektiven künftiger Arbeit von Geschichtsvereinen wurde im Podiumsgespräch unter Beteiligung des Publikums unter verschiedenen Blickwinkeln erörtert. Dazu wurden Vorschläge gemacht, auf blinde Flecken in der bisherigen Arbeit von Geschichtsvereinen ebenso hingewiesen wie auf Aufgabenstellungen, die von Geschichtsvereinen künftig aufgegriffen werden sollten. Die nachfolgende Zusammenfassung will die Ergebnisse nicht in systematischer Weise darstellen, sondern lediglich Ergebnisse und Anregungen der Diskussion für die weitere Arbeit des Vorstands festhalten.

In thematischer Hinsicht wurde auf die Migrationsbewegungen im 20. Jahrhundert hingewiesen und der Notwendigkeit Ausdruck verliehen, die Integration von neuen Bevölkerungsgruppen in ihre neue Umgebung historisch aufzuarbeiten. Neben der Geschichte der Vertreibung und der Integration der Vertriebenen nach dem 2. Weltkrieg sind die Migrationsbewegungen im Zuge der Europaentwicklung mit dem Einströmen von verschiedenen Gruppen an so genannten Gastarbeitern aufzugreifen. Ziel solcher Untersuchungen könnte sein, die konkreten Migrationsbewegungen in der Region darzustellen und in einen übergreifenden historischen Entwicklungsprozess einzubetten.

Der begonnene Ansatz, die Geschichte der Geschichtsvereine in Zusammenarbeit mit der jeweils landesgeschichtlichen Entwicklung in vergleichender Perspektive aufzugreifen, sollte fortgeführt werden. Für die Entwicklung im 20. Jahrhundert fehlt es weithin an Untersuchungen, hierbei ist als besonderes Desiderat die Entwicklung der Geschichtsvereine im Zuge des aufkommenden Nationalsozialismus sowie ihre Entwicklung in der NS-Ära zu behandeln. Den Blick auf die Landes- und Regionalgeschichte im Spiegel der Entwicklung der Geschichtsvereine zu lenken, ist angesichts einer Entwicklung hin zu einem Europa der Regionen eine besondere Herausforderung. Dass historische Untersuchungen hierbei den Genderaspekt, der die unterschiedlichen Auswirkungen historischer Entwicklungen auf die Geschlechter in den Blick rückt, einzubeziehen haben, wurde eigens angemahnt.

Hinsichtlich der Frage, ob und welche neuen Zielgruppen von Geschichtsvereinen angesprochen und gewonnen werden sollten, wurde in der Diskussion auf das Fehlen jeder Zusammenarbeit mit den ausländischen Mitbürgern hingewiesen. Es erscheint lohnend, auf dem Hintergrund der erfolgten Migrationsbewegungen aktiv auf die neuen Bürger, die bisher kaum Zugang zu den Aktivitäten von Geschichtsvereinen gefunden haben, zuzugehen und Formen der Zusammenarbeit bis hin zur Integration in die Vereine zu entwickeln. Die Zusammenarbeit mit der jüngeren Generation war ausführliches Diskussionsthema. Es bestand Einigkeit, dass wesentliche Teile der jüngeren Generation an Fragen der Geschichte interessiert sind, was insbesondere die Wettbewerbe des Bundespräsidenten unter Beweis stellen. Es gilt, über neue Formen der Beteiligung, der Informationsvermittlung, insbesondere der Nutzung neuer Medien, sowie über neue Formen der Geselligkeit nachzudenken, um die bestehenden Schwellen für den Zugang zu den Vereinen bzw. für eine Zusammenarbeit abzubauen.

Anregungen gab es hinsichtlich der Möglichkeiten, mit benachbarten Geschichtsvereinen, insbesondere denjenigen in Wetzlar und Marburg, in einen intensiveren Austausch einzutreten und Kooperationen im Bereich der verschiedenen Aktivitätsfelder zu suchen. Wie solche Vernetzungen gestaltet werden können, ob und welche Rolle hierbei die Neuen Medien spielen können, oder traditionelle Formen aufgegriffen werden sollten, Benennung von Kontaktpersonen, Austausch von Referenten etc. oder die Bildung von Arbeitsgruppen, sollte im Einzelnen weiter ausgelotet werden.

Für den Oberhessischen Geschichtsverein stellt sich im Hinblick darauf, dass politische und wirtschaftliche Entwicklungen zur Bildung einer Region Mittelhessen drängen, die Frage, wie sich hierzu ein mit dem Begriff Oberhessen benannter Geschichtsverein verhalten könne: Was könnte dafür sprechen, den Begriff Oberhessen als Namensbestandteil aufzugeben zugunsten des Begriffs Mittelhessen? Welche Ausdehnung kommt Mittelhessen zu und wie könnte hier eine gemeinsame Identität bisher regional differenzierter Räume entwickelt werden? Welche Bedeutung hätte eine solche neue Namensgebung im Verhältnis zu anderen Geschichtsvereinen der mittelhessischen Region, insbesondere zu den Nachbarvereinen in Wetzlar und Marburg? Beschreibt Mittelhessen einen geographischen Raum, der die darin Lebenden zur Identifikation mit ihm einlädt und zu einer Art historischen Schicksalsgemeinschaft werden lässt? Dabei wäre zu klären, welche Erfahrungen die Geschichtsvereine im Wandel der staatlich-politischen Grenzverschiebungen seit ihrem Bestehen durchgemacht haben.

Schließlich gab es Hinweise, dass Geschichtsvereine sich nicht umstandslos für Marketingstrategien von Gebietskörperschaften im Sinne einer Event-Kultur vereinnahmen lassen dürfen, die beispielsweise jeden, auch den ephemeren Aufenthaltsort eines Goethe zu dessen Wirkungsstätte werden lassen will. Ebenso wie Geschichtsvereine sich nicht politisch instrumentalisieren lassen sollten, müssen sie Distanz zu Verwertungsinteressen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Interessengruppen halten. Geschichtsvereine müssen gegenüber daraus entstehenden Tendenzen der Vereinseitigung in der Wahrnehmung und Rezeption historischer Ereignisse und Prozesse den Blick auf das Ganze lenken und sich deshalb eher als Korrektive begreifen. Nur dann werden sie ihrem Bildungsauftrag, wie er in den Satzungen der Vereine verankert ist, gerecht.

Perspektiven künftiger Arbeit von Geschichtsvereinen¹

Jürgen Reulecke

Von Bertolt Brecht stammt der Satz „Wer nach von springen will, muss erst einige Schritte zurückgehen“, und der englische Premierminister Harold Macmillan soll einmal gesagt haben: „Wir sollen unsere Geschichte nicht als Sofa, sondern als Sprungbrett benutzen“.

Auf solch einfache Nenner lässt sich, ganz abgesehen von allen geschichtswissenschaftlichen und geschichtsphilosophisch-theoretischen Höhenflügen, unser alltägliches Eingebundensein in das Spannungsverhältnis zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bringen. Reinhard Koselleck, einer unserer historischen Großmeister der letzten Jahrzehnte, gerade achtzig Jahre alt geworden, hat dieses Spannungsverhältnis einmal mit den beiden recht anschaulichen Begriffen „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ bezeichnet.

Ohne jenen Rucksack voller Erfahrungen und Erinnerungen, voller Prägungen und auch Vor-Urteile, den wir seit unserer Geburt mit uns herumschleppen und ständig mehr füllen, kämen wir nicht sinnvoll durchs Leben, könnten wir uns keinen Begriff von uns selbst im Kontext anderer machen, könnten wir auch nicht nach vorne planen! Ein solches Motto, wie es vor einigen Jahren der indische Guru Baghwan in die Welt gesetzt hat, nämlich „ganz entspannt im Hier und Jetzt“, mag zwar eine geheime Sehnsucht in uns sein und auch im Jenseits zutreffen, aber schon Hermann Hesse hat gereimt:

„Einmal zu Stein erstarren! Einmal dauern!
Danach ist unsre Sehnsucht ewig rege,
Und bleibt doch ewig nur ein banges Schauern,
Und wird doch nie zur Rast auf unsrem Wege.“

Als Lebensdevise jedenfalls taugt das Baghwan-Motto nicht; es beraubt uns unserer Geschichtlichkeit und damit auch unserer Zukunftsfähigkeit. Denn: „Ohne Herkunft - keine Zukunft!“

Nun könnte man angesichts solcher relativ trivialer, zugleich etwas pathetisch klingender Sätze zur Zeit sagen, dass doch eigentlich gar keine Gefahr besteht, in a-historische Gegenwartsfixiertheit zu ver-

1 Festvortrag zur Festveranstaltung des Oberhessischen Geschichtsvereins aus Anlass seines 125jährigen Bestehens am 15. Juni 2003 in der Aula der Justus-Liebig-Universität zu Gießen. Der Vortragsstil ist in dieser Druckfassung beibehalten worden.

fallen. Schließlich begehen wir ja Jahr für Jahr eine Fülle von Erinnerungsanlässen mit breiter massenmedialer Resonanz und fordern die Bürger dabei auf, sich an dieses oder jenes historische Ereignis zu erinnern. Doch jedem geschichtsbewussten Menschen dürfte wohl, wenn er unsere derzeitige öffentliche Erinnerungskultur mit etwas Abstand beobachtet, Folgendes klar geworden sein: Das Umgehen mit Geschichte ist inzwischen weitgehend, schon fast bis zum Überdruß, zu einer „Anlasskultur“ verkommen. Erinnerung wird - massenmedial breitgetreten -, was der Zufall des Kalenderdatums an runden Erinnerungsjahren gerade bereithält. 1998 waren es vor allem 350 Jahre „Westfälischer Friede“ von 1648, 150 Jahre Revolution von 1848 und dreißig Jahre Studentenbewegung von 1968. Und wir wurden dann im Jahre 1999, das gleichzeitig ein Goethe-Jahr und ein Kästner-Jahr war, in den Massenmedien durch die häppchenweise Servierung von isolierten Einzelereignissen nach dem Motto „Das war das 20. Jahrhundert“ auf den Sprung ins Jahr 2000 eingestimmt, das gleichzeitig auch ein Gutenberg-Jahr war; vor kurzem gedachte man der sechzig Jahre zurückliegenden Schlacht von Stalingrad, und in diesen Tagen rauscht massenmedial die Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR vor fünfzig Jahren über uns weg - von abständiger historischer Bilanzierung ist in unserer „Von-der-Hand-in-den-Mund-Gesellschaft“ praktisch keine Spur; differenziertere Analysen würden - so die Medienmacher - das Publikum überfordern und erst recht die Frage, was Geschichte konkret mit uns und unserer Zukunft zu tun hat.

Also werden wir am Gängelband medialer Geschichtsklitterung durch die Geschichte geschleust wie eine Kindergartengruppe durch den Zoo. Insofern ist unsere aktuelle Erinnerungskultur - so paradox das klingen mag - letztlich weitgehend geschichtsblind und a-historisch: Sie provoziert uns nicht zur Selbsthistorisierung und historischen Bilanzierung, sondern befriedigt im wesentlichen Unterhaltungsbedürfnisse.

Wenn „runde“ Geburtstage wie der eines traditionsreichen Geschichtsvereins wie des Ihren etwas anderes sein sollen als eine festliche Reaktion auf die simple Vorgabe des tumben Kalenders, dann liegt es nahe, genau das zu tun, was Sie mit Ihrem heutigen Festakt tun: aus dem Hier und Jetzt herauszutreten und sich wieder einmal die eigentlich simple, aber immens folgenreiche Frage zu stellen: Wo kommen wir eigentlich her und wo gehen wir hin?

Konkreter gefragt: Welche Rolle spielen wir, die Historiker, eigentlich in diesem öffentlichen Anlasskultur-Rummel? Welche Selbstauffassung besitzen wir in diesem Kontext? Vermutlich sind wir uns über folgende Selbstsicht einig: Geschichtsvereine sind ebenso wie die

Fachhistoriker, die Geschichtslehrer, die Fachleute in historischen Museen und Archiven günstigenfalls in ihrer jeweiligen Gesellschaft anregende Kommunikationspartner über das Abenteuer Geschichte; und zugleich sind sie deren Mahner und Impulsgeber, sich selbst im Zeitfluss zu verorten, sich selbst einmal von außen zu betrachten, sich eben gerade nicht vom Hier und Jetzt zur Marionette machen zu lassen. Nehmen wir diese Funktionen wahr? Können wir sie überhaupt noch wahrnehmen? Wie gehen wir mit den genannten Herausforderungen um? Mit solchen Fragen näherte ich mich in enger werdenden Kreisen meinem Thema!

Wenn ich als Universitätshistoriker mit Blick auf die Geschichtsvereine gerade mehrfach das Wörtchen „wir“ benutzt habe, dann hat das zwei Gründe: Einerseits marschieren wir, so setze ich voraus, wenn auch auf zum Teil getrennten Wegen, auf dasselbe Ziel zu, nämlich nicht nur Bewahrer und Interpret von Vergangenen, sondern zugleich Anwälte für das historische Gewissen unserer konkreten Gesellschaft zu sein - in unterschiedlichen Handlungsräumen zwar, aber dennoch nachdrücklich und mit Selbstbewusstsein! Andererseits habe ich selbst über zwanzig Jahre in der Führungsriege eines gut hundert Kilometer weiter nördlich agierenden Nachbarvereins, des Bergischen Geschichtsvereins, mitgewirkt und fühlte mich schon deshalb aufgefordert, dazu beizutragen, immer wieder den Brückenschlag zwischen der universitären Geschichtswissenschaft und den sogenannten historisch interessierten Laien in den Geschichtsvereinen zustande zu bringen.

Ein Forschungsfeld kam dabei in besonderer Weise in unseren Blick: die „Regionalität“ des Menschen, mit anderen Worten: seine subjektive Verortung in dem für ihn überschaubaren Raum, sein Eingebundensein in seiner räumlichen Nahwelt, in seiner „Heimat“ also! Jeder von uns hat ja etwas im Kopf, was wir hochtrabend „mental map“ nennen, nämlich ein historisch-fundiertes, individualgeschichtlich eingefärbtes Bild von dem, was uns räumlich umgibt, was historisch gewachsen ist und was unsere Horizonte in vielfacher Hinsicht, nicht zuletzt auch sozial und mental bestimmt - ob wir uns nun darüber im Klaren sind oder nicht! Aus solchen Erfahrungen und Denkansätzen sind jetzt meine folgenden Ausführungen zu verstehen. Dabei soll es zunächst um einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Geschichtsvereine gehen, dann um deren Gegenstand und die von ihnen angesprochenen Adressaten und schließlich um Überlegungen zum zukünftigen Engagement.

Da mein Kollege Winfried Speitkamp im Februar dieses Jahres in Ihrem Kreis bereits einen eindrucksvollen und umsichtigen einschlägigen Vortrag zum Thema „Geschichtsvereine, Landesgeschichte,

Erinnerungskultur“ gehalten hat, kann ich mich zur ersten meiner drei Fragen kurz fassen und muss auch nicht mehr auf die konkrete Geschichte Ihres Vereins eingehen.

1. Zur Entwicklung der Geschichtsvereine seit dem frühen 19. Jahrhundert

Was Geschichtsvereine betreiben, was sie wollen, wer sich in ihnen engagiert und an wen sich dieses Engagement richtet, ist in den letzten rund zweihundert Jahren selbst wieder sehr stark historisch bedingt, vom „Zeitgeist“ beeinflusst und von der Weite oder Enge des jeweiligen Horizonts bestimmt gewesen. Dazu einleitend ein kleiner Exkurs, der sich auf Gießen bezieht! Im Sommer 1815, als in Wien gerade der Wiener Kongress zuende ging, schrieb ein 17jähriger Gießener Student an seinen älteren Bruder, der kurz vorher als Jurisprudenzprofessor von Gießen nach Kiel berufen worden war, folgende Zeilen:

„Liebster Karl! ... Es thut mir recht leid, dass Du nun diesen Winter noch nicht hierher kommen kannst, besonders da unser Wunsch, beisammen zu leben, später durch eine Ländervertauschung vereitelt werden kann; denn es ist wahrscheinlich, dass wir kurhessisch werden und alsdann die Universität nach Worms verlegt wird. Mich lächert es jetzt oft, wenn die Leute ihr ganzes irdisches Glück und ihre Zufriedenheit in Gefahr glauben bei dem Gedanken kurhessisch zu werden ... Der Leute, die ihr ganzes Glück und ihre ganze Hoffnung bloß auf den einen Fürsten setzen, giebt es hier noch gar viele, und diese thun dadurch dem Allgemeinen sehr viel Schaden. Auch unter den Studenten hier sind sehr viele, die ihren ganzen Sinn in diese enge Kleinigkeit verschränken und darüber das große allgemeine Vaterland nur als eine bald mehr, bald weniger nothwendige Form halten. Ach, es ist noch so unendlich viel umzubilden und zu verbessern, ehe es gut werden kann. Man muß eine scharfe Grenzlinie ziehen zwischen einem alten Geschlechte und zwischen einer neuen Generation ...“

Regionaler Selbstbehauptungswillen und gesamt nationale Vaterlandsvorstellungen stehen sich hier also krass gegenüber und produzieren in dieser Umbruch- und Aufbruchphase so etwas wie einen ersten politischen Generationenkonflikt. Der Briefschreiber war übrigens Ernst Welcker, der acht Jahre jüngere Bruder des berühmten Staatsrechtslehrers Karl Theodor Welcker. Beide stammten aus Oberofleiden, etwa fünfundzwanzig Kilometer Luftlinie östlich von hier, und der Entdecker des umfangreichen Briefwechsels der beiden Brüder war 1893 ein junger Archivar F. Meinecke, kein geringerer als der später ebenfalls berühmte Historiker Friedrich Meinecke.

Ausgehend von einer bürgerlichen „Vereinsleidenschaft“, von verstärkten nationalen Sehnsüchten nach dem Sieg über Napoleon auf der einen Seite und regionaler Selbstbesinnung auf der anderen gab es eine erste Gründungswelle von Geschichtsvereinen in den 1820er Jahren. „Vaterländische Romantik, Mittelalterbegeisterung und die Neuentdeckung von Kunstdenkmälern der engeren Heimat“ (Pabst) standen im Mittelpunkt entsprechender Aktivitäten des aufstrebenden Besitz- und Bildungsbürgertums. Das alles war jedoch zunächst noch recht biedermeierlich beschaulich, ehe dann um 1860 eine zweite Welle von Vereinsgründungen einsetzte. Verwissenschaftlichung war jetzt die Devise; vor allem Gymnasialprofessoren waren die Motoren dieser Entwicklung. Hatten bisher eifrige Heimatforscher über ihre Befunde in den örtlichen Geschichtszirkeln berichtet, so lud man sich jetzt zunehmend Fachleute aus den Universitäten ein, um sich belehren und erbauen zu lassen. Ende des 19. Jahrhunderts, ab etwa 1890, erhielt die Geschichtsvereinslandschaft dann neue Impulse, weil sich jetzt immer mehr Bürger angesichts der rasanten Veränderungen ihrer Lebensumwelt infolge von Industrialisierung, Binnenwanderung und Verstädterung auf ihre historischen Wurzeln vor Ort zu besinnen begannen, um sich durch deren Erhalt und durch die Bewahrung von Identität stiftenden Punkten aus der Vergangenheit ein Stück Sicherheit und Kontinuität zu schaffen.

Zum Teil griffen solche Vereine die wissenschaftlichen Impulse ihrer Vorläufer auf und ließen sich von profilierten Köpfen der Landesgeschichtsforschung wie etwa Karl Lamprecht anregen. Zum Teil aber wandelten sie, wie es Lamprecht einmal ironisch ausgedrückt hat, „lieber auf den bequemen Promenaden des Dilettantismus“ und gerieten so in den Sog der stark emotional aufgeladenen Heimatbewegung um 1900. Damit kam ein Kernbegriff in die Debatte, der bis heute immer wieder kontroverse Auseinandersetzungen ausgelöst hat: „Heimat“. Dieser ehemals reine Rechtsbegriff wurde seit etwa 1890 mit einer umfassenden Wertigkeit aufgeladen. Heimat war nicht nur der individuelle Herkunftsort des Einzelnen mit dessen stark gefühlsbeladenen und oft verklärenden Erinnerung, sondern das Vaterland, die Nation auf unterer Ebene im Nahbereich. Heimat galt als Mysterium, das von einer menschlichen Nähe, Wärme und Sicherheit geprägt sei, die die großen Städte nicht bieten könnten. Das Land und das Dorf wurden seit Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend verherrlicht als der eigentliche und ursprüngliche Wurzelgrund eines gesunden Volkes.

Heimatgefühl war danach das Band, „welches den Menschen mit der allnährenden Mutter Erde verknüpft“; so schrieb es Georg Hansen, einer der vielen wortgewaltigen Propagandisten der damaligen Heimatschutzbewegung. Heimat wurde dadurch zu einem Wert, den es auch

militärisch zu verteidigen galt: gegen die „welsche Begehrlichkeit“ im Ersten Weltkrieg, gegen „rassische Überfremdung“ im Dritten Reich, gegen die „bolschewistische Unkultur“ und die „asiatischen Horden“ im Zweiten Weltkrieg usw. usw.

Wir alle wissen, wohin diese Pervertierung des Heimatbegriffs letztlich führte: Indem „Heimat“ aus der ganz subjektiv-individuellen Erlebnissphäre des Einzelnen herausgelöst und zu einem Schlagwort von politisch-weltanschaulichen Gruppen und schließlich des NS-Staates gemacht wurde, führte sich der Heimatbegriff selbst ad absurdum: „Heimat ist, wo unsere Toten ruhen“ - hat damals einmal ein NS Dichter gesagt. Viele unserer Toten liegen nun in Langemarck und Stalingrad, bei Narvik, vor Verdun, an der Somme, auf Kreta, bei El Alamein - mein Vater z.B. bei Kiew in der Ukraine.

Nach 1945 dauerte es einige Jahre, bis sich die Vereine reorganisiert und von ihren „braunen“ Elementen befreit hatten. Die wissenschaftliche Erforschung unverfänglicher Bereiche wie etwa die Untersuchung von Fürstenhäusern des Spätmittelalters und der Territorialpolitik in der Frühen Neuzeit ebenso wie kirchengeschichtlicher Probleme nach der Reformation u. ä. dominierte wieder. Themen aus dem 19. oder gar 20. Jahrhundert blieben für lange Zeit Ausnahmen.

Diese Arbeit war ohne Zweifel verdienstvoll, doch stagnierte bis in die frühen 1970er Jahre im Grunde die Geschichtsvereinsentwicklung, zumal auch aus der Öffentlichkeit wenig Rückenwind oder Herausforderung kam. Deutlich fiel damals das Urteil des Kölner Historikers Peter Berglar aus: Er verglich sich, seine Kollegen und alle, die sonst noch Geschichte zu vermitteln versuchten, mit den Hofnarren, Mohren und Verschnittenen an den mittelalterlichen Fürstenhöfen: Die moderne Gesellschaft - so Berglar - leiste sich die Geschichte bloß als Luxus, als Liebhaberei und zum Gaudi!

Dass der Mohr gehen konnte, wenn er seine Schuldigkeit getan hatte, war dann die sprichwörtliche Konsequenz solcher Funktionszuweisung. Nach einer Aufblähung der Universitäten Anfang der 1970er Jahre folgte nämlich in den letzten drei Jahrzehnten eine geradezu katastrophale Reduzierung der Stellen besonders im Bereich der „weichen“ Wissenschaften, d. h. insbesondere der Geisteswissenschaften. Gleichzeitig reduzierte sich die Bedeutung des Geschichtsunterrichts an den Schulen durch eine Fülle curricularer Eingriffe und Vorschriften in einem solchen Ausmaß, dass jede neue Befragung von Schülern nach historischen Grundkenntnissen neue erschreckende Beweise für eine massive Erosion des Geschichtswissens und Geschichtsbewusstseins in unserer Gesellschaft erbrachte.

Darüber lamentieren zwar die Fachleute, doch eine solche Klage über die Erosion des Geschichtsbewusstseins bleibt natürlich an der Oberfläche, wenn man nicht zugleich das gesamte problembeladene Dreiecksverhältnis Öffentlichkeit - Hochschule/Schule - Geschichtsvereine in den Blick nimmt.

2. Zum Gegenstand und zu den Adressaten der Geschichtsvereinsarbeit

Kommen wir noch einmal auf die derzeitige öffentliche Geschichts- und Erinnerungskultur zurück, so kann man ja eigentlich auf den ersten Blick nicht darüber klagen, dass Historisches nicht an vielen Stellen präsent wäre - im Gegenteil! Neben den schon erwähnten, massenmedial breit vermittelten Gedenktagskampagnen anlässlich runder Kalenderdaten gibt es vielerlei weitere historische Versatzstücke im Alltag, angefangen bei den massenwirksamen Fernsehserien à la Guido Knopp, die trotz ihrer historischen Fragwürdigkeit hohe Einschaltquoten erbringen, über erfolgreiche Ausstellungen bis hin zu den vielen nostalgischen Bilderbüchern und den historischen „Live-Events“ bei den sogenannten Mittelaltermärkten.

Geschichte ist also chic, ist eine gut verkäufliche Ware; mehr ist sie allerdings für die flinken Macher nicht! Was hier geschieht und auch seit Jahren bereits in den Schulen leider praktiziert wird, ist eine Zerhackung der Geschichte in einzelne Facetten oder Mosaiksteine, die kein Gemälde, kein einigermaßen schlüssiges Hintereinander (eine Chronologie, ein Zeitgerüst also) ergeben - dies nach solchen Vorgaben wie: Umwelt im alten Rom, Frauen auf der mittelalterlichen Burg u. ä. Zusammenhänge herzustellen oder Überblicke zu liefern, ist verpönt; infolgedessen verschwindet das Gefühl für die „Zeitgestalt“ der Geschichte immer mehr - trotz des großen Marktes mit historischen Versatzstücken. Gleichzeitig häufen wir in unserer sogenannten „Wissengesellschaft“ bzw. Informations- und Mediengesellschaft eine ungeheure Masse an Faktenwissen an, auf das man z.B. per Internet ständig zugreifen kann. Was dabei „Bildung“ ist, reduziert sich im Denken der Medienmacher und meisten Mediennutzer weitgehend auf die reine Verfügbarkeit von Wissen, das weltweit jederzeit von jedem abrufbar ist. „Bildung“ hat in diesem Kontext nichts mehr mit der Fähigkeit zum intensiven Prüfen, Bewerten und Auswählen einzelner Wissensbestände und mit dem abständigeren Nachdenken darüber zu tun, sondern verkommt in unserer so hochgepriesenen Wissensgesellschaft „zu einer Ansammlung gleichrangiger Dateien“.

Nun weiß ich aus eigener Erfahrung, dass es immer noch und immer wieder eine durchaus beträchtliche Zahl von Jugendlichen und jüngeren

Erwachsenen gibt, die eine bemerkenswerte historische Neugier besitzen. Die in den 1980er Jahren entstandene Konkurrenzbewegung zu den traditionellen Geschichtsvereinen, die Bewegung der örtlichen „Geschichtswerkstätten“, ist dafür ebenso ein Beleg wie der seit rund dreißig Jahren andauernde Erfolg des „Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte“ um den Preis des Bundespräsidenten, den seinerzeit Bundespräsident Gustav Heinemann ins Leben gerufen hat.

An dieser Stelle setzt nun meine kritische Betrachtung der traditionsreichen Geschichtsvereine ein - ohne dass ich allerdings auch nur eine Spur von Wissen darüber habe, wie die konkrete Situation und der Diskussionsstand hier im Oberhessischen Geschichtsverein Gießen beschaffen sind. Meine Einschätzung bezieht sich auf Erfahrungen in anderen Vereinen, in denen etwa folgende Trends zu beobachten sind:

1. Die Vereine sind meist überaltert; eine gezielte Nachwuchsrekrutierung findet kaum statt; der Stil ist traditionell, bedächtig, vereinsmäßig trocken; es herrscht weitgehend Innovationsmüdigkeit.

2. Viele Mitglieder fühlen sich, gleichgültig aus welchen Berufen sie kommen, nicht mehr in erster Linie als Förderer der lokalen und regionalen Geschichtsforschung durch engagierte Laien und an der Ortsgeschichte interessierte Fachleute, sondern als Beitragszahler, die für ihren Beitrag auch etwas sehen wollen, was zu ihrer persönlichen Unterhaltung beiträgt.

Deshalb verschiebt sich das Schwergewicht der Programme zunehmend von der Forschungsförderung und -popularisierung weg zu unterhaltsamen Ereignissen im Stile von Heimatvereinen. Was da allerdings angesichts meist sehr knapper Mittel nur geboten werden kann, lockt oft die ganz andere Anreize gewöhnten jüngeren Menschen nicht hinter dem Ofen hervor.

3. Die Blickweisen auf das, was Geschichte vor Ort ist bzw. sein kann, überhaupt die ganze Konzeption und Zielrichtung der Vereinsarbeit, werden allenfalls ansatzweise selbstkritisch diskutiert. Viele neuere Trends in der Historiographie, z.B. die Hinwendung zu einer neueren Kulturgeschichte mit ihrer starken Beachtung des sog. „subjektiven Faktors“ in der Geschichte, und brisante Fragestellungen spielen bei den Planungsstrategien kaum oder gar keine Rolle.

4. Die Frage, welche Funktion die örtliche Geschichtsforschung als Teil der gesamten lokalen Erinnerungskultur bzw. als „integrativer Bestandteil der allgemeinen Kulturarbeit“ besitzen sollte, wird allenfalls im Kontext der Stadtbildpflege und des Denkmalschutzes erörtert.

Darüber hinaus gehende Konzepte oder gar gezielte Vorstöße sind selten, erst recht nachdrückliche Strategien des Sich-Einmischens.

5. Mit dem schon Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Bedeutungsverlust des gehobenen Bürgertums als des Deuters und Interpreten der alle Mitmenschen betreffenden Geschichte verschwand auch die Rekrutierungsbasis für eine profilierte Mitgliedschaft. Heutige Kulturpolitiker und Presseleute sehen z. B. zwischen einem Verein für Briefmarkenfreunde und einem für Laienhistoriker keinen wesentlichen Unterschied. Örtliche Geschichtsarbeit und der damit verbundene „spezifische Anforderungscharakter wissenschaftlicher Arbeit“ werden in ihrer Bedeutung weitgehend unterschätzt und entsprechend gering gefördert bzw. mit der Betätigung in einem Sport- oder Kleingärtnerverein in einen Topf geworfen.

6. Dass „Geschichtsforschung ... eine Form ideeller Wertschöpfung ist und ... deshalb keinen berechenbaren materiellen Wertzuwachs“ (M. Metschies) bewirken kann, ist angesichts der rasant voranschreitenden „Verbetriebswirtschaftlichung“ aller Lebensbereiche und der grundsätzlichen Hochachtung vor Naturwissenschaft und Technik nur schwer in die Köpfe der allermeisten politischen und ökonomischen Macher in unserer Gesellschaft hineinzubringen. Entsprechend gering ist die Bereitschaft, über den Tellerrand des Augenblicks hinauszusehen bzw. sich selbst zu historisieren, d. h. sich mindestens gelegentlich einmal von außen als Element in längerfristigen historischen Kontexten zu sehen.

Welches wäre z. B. ein solcher Kontext bzw. eine historische „Lehre“, die man aus einer besseren Kenntnis unserer Geschichte und Geschichtlichkeit gewinnen könnte? Nur ein Beispiel für eine solche „Lehre“: Die Bereitschaft, gesellschaftliche Problemlösungen zu suchen, ist immer die Folge von historischen Herausforderungen gewesen. Die Geschichte konkreter Lösungsbemühungen in der Vergangenheit vermag zu zeigen, dass nur in seltenen Fällen ein für alle Betroffenen befriedigendes Ergebnis erzielt werden konnte. Meist waren neue Ungleichgewichte und Herausforderungen die Folge, die dann wieder neue und weitergehende Antworten provozierten. Grundsätzlich heißt das, dass jede angebliche „Lösung“ ein Janusgesicht besitzt. Sie bringt zugleich Gewinne und Verluste, Befreiungen und neue Einschränkungen mit sich. Insofern ist jeder „Fortschritt“ doppeldeutig und muss vor jedem Zukunftsentwurf eine verantwortliche Entscheidung darüber gefällt werden, welche Teile des Erbes der Vergangenheit unwiederbringlich aufgegeben und welche aus welchen Gründen beibehalten werden sollen. Gerade in diese Diskussion sollten sich, so meine ich,

die Geschichtsvereine nachdrücklich einmischen. Wie aber kann man das machen? Dazu noch einige Hinweise!

3. Einige Gedanken zur zukünftigen Praxis der Geschichtsvereinsarbeit

Bei einer kontrovers geführten Diskussion im Bergischen Geschichtsverein sind vor ein paar Jahren folgende Prämissen genannt worden, die alle auf ein „Ja ... Aber“ hinauslaufen und so etwas wie ein Aufgabenraster für die Geschichtsvereinsarbeit liefern sollen. Sie lauten (nach M. Metschies):

1. Ja zur Wissenschaftlichkeit, **aber** keine totale Verwissenschaftlichung,
2. Ja zur Didaktik, **aber** keine Didaktik als Selbstzweck,
3. Ja zum modernen Vereinsmanagement, **aber** nicht ohne historische Fachkompetenz,
4. Ja zum Verständnis der Geschichte aus ihren eigenen Maßstäben heraus, **aber** keine Ideologisierung oder Aktualisierung aus politischen Gegenwartsinteressen,
5. Ja zur emotionalen Bindung an die „Heimat“, **aber** in Verbindung mit Weltoffenheit.

Ausgehend von der letztgenannten Prämisse stellt sich natürlich jene Grundsatzfrage jeder Geschichtsvereinsarbeit, die da lautet: Wie verhält sich die „große Geschichte“ eigentlich in Relation zu den vielen persönlichen Geschichten, d.h. zur eigenen Historizität, zum überschaubaren Lebensumfeld „vor Ort“, zur „kleinen Welt“ des Alltags, zur „Heimat“ also? In dem oben zitierten Brief des jungen Ernst Welcker klingt ja genau dieses Problem an! Damit ist zugleich die spannende Frage nach einer neuen Füllung des Begriffs „Heimat“ angesprochen, über die sich angesichts der vielen aus fremden Ländern und Kulturen stammenden Mitmenschen in unserem alltäglichen Umfeld mit ihren u.U. ganz anderen historischen Prägungen, Weltbildern, Geschichtsauffassungen intensiv zu diskutieren lohnt. Darauf kann aber hier nicht mehr eingegangen werden; stattdessen möchte ich abschließend noch auf zwei ganz handfeste Alltagsprobleme in der konkreten Arbeit der Geschichtsvereine und örtlichen Geschichtsinitiativen eingehen und auf diese Weise aus dem Höhenflug allgemeinerer Überlegungen wieder auf den Teppich des Trivialen herunterkommen. Ohne Lösungsstrategien für die folgenden Probleme dürfe nämlich m.E. die Zukunft der traditionellen und traditionsreichen Geschichtsvereine eher grau aussehen.

1. Wer macht eigentlich die konkrete Arbeit und warum macht er sie? Oft handelt es sich bei der Bewältigung der Geschichtsarbeit um das Engagement Einzelner, die sich bis zur Selbstaufgabe, ja bis an den Rand der Selbstaubeutung einsetzen. Das ist großartig und wichtig, aber auf Dauer tödlich und letztlich unverantwortlich. Statt dessen scheint es nötig zu sein, sehr viel stärker Teams zu bilden, die Lasten zu verteilen und Verantwortungen aufzusplitten, um zusammen vor Ort regelrecht eine Lobby der Ortsgeschichte zu bilden. Zudem: Die Einzelnen wie auch die Teams brauchen Rückhalt, Bestätigung, Anerkennung in der Öffentlichkeit und vor allem eine Rückmeldung über ihr Tun. Diese Funktion hat durchaus in einer Reihe von Orten die Presse übernommen; in den meisten Orten jedoch interessiert sich die Presse überhaupt nicht für die historische Arbeit der Geschichtsvereine, es sei denn, man selbst liefert ihr bereits fertig geschriebene Artikel. Deshalb gilt es gerade auch überregional die Pressearbeit zu intensivieren.

Jedenfalls meine ich, dass viel nachdrücklicher als bisher Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben ist - dies nach dem Public-Relations-Wahl-spruch: „Tue Gutes und rede darüber“!

2. Das zweite Alltagsproblem, das kurz angesprochen werden muss, ist - wie könnte es anders sein - die Frage des Geldes, der knappen Finanzen. Die Städte und Landkreise haben zwar in den letzten Jahren durchaus gelegentlich immer einmal wieder Bereitschaft gezeigt, Geld für historische Projekte auszugeben und im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stadtgeschichtliche Fragen aufarbeiten zu lassen, doch auch hierbei handelt es sich nur um Tropfen auf heiße Steine. Die Empfehlung läuft darauf hinaus, eine intensive Kampagne für mehr Mäzenatentum zu starten und für Legate in Testamenten zugunsten der Geschichtsarbeit zu werben. Im Deutschen Reich des 19. Jahrhunderts hat es bei uns ein entwickeltes Stiftungswesen gegeben, und in den USA wie in Großbritannien ist es heute noch eine Selbstverständlichkeit, dass private Stiftungen sich in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens, nicht zuletzt auch in der Historie, engagieren. Das gibt es bei uns zwar auch, aber im Bereich der Kulturwissenschaften leider nur in sehr geringem Maße.

Dies ist nicht nur ein Problem infolge der ungünstigen Steuer- bzw. Stiftungsgesetzgebung, sondern eher ein mentales Problem und hängt mit dem geschwundenen „Gemeingeist“ vieler Besitzenden zusammen. Immer wieder ist doch in der Presse auf die Tatsache hingewiesen worden, dass zur Zeit die reichste Generation, die es je in Deutschland gegeben hat, abtritt! Die Geschichtsvereine sollten versuchen, Menschen dieser Generation als Mäzene für ihre Arbeit zu gewinnen oder sie zu animieren, Stiftungen zu gründen, die ausdrücklich der örtlichen Ge-

schichtarbeit zugute kommen. Gesucht werden aber nicht nur die großen Mäzene, sondern vor allem die kleinen Mäzene, um in unbürokratischer Weise zum Beispiel Ausstellungen zu finanzieren, Einzelprojekte zu fördern, Preise auszusetzen, Druckkostenzuschüsse zu geben, Sammlungen zu ermöglichen, die Erhaltung von Denkmälern und Ähnlichem zu finanzieren, moderne Geräte in den Vereinen wie zum Beispiel Kopierer und PCs anzuschaffen, vor allem aber um arbeitslose Lehrer, Historiker, Kulturwissenschaftler usw. für konkrete Projekte und Pläne einzustellen, damit diese Potenziale nicht verloren gehen.

Mit solchen Bemerkungen habe ich nur einige wenige mögliche Strategien benannt, um aus den Alltagsproblemen der Geschichtsvereine und sonstigen örtlichen Geschichtsinitiativen ein wenig herauszukommen. Grundsätzlich meine ich, dass nicht nur die Geschichtswissenschaft, sondern ebenso die Geschichtsvereine und alle sonstigen historischen Initiativen das Geschäft betreiben, historisches Gewissen in einer sich stark wandelnden Gesellschaft und Anwälte für ein kritisches Erinnern zu sein, um auf solide, d.h. begründete Weise Zukunft zu gewinnen. Geschichte ist nach Theodor Lessing letztlich die „Sinngebung des Sinnlosen“: Ohne den ständigen Reiz, immer wieder neu nach historischem Sinn zu suchen, und die Bereitschaft, immer wieder Sinnhaftes zu entdecken und darüber zu kommunizieren und zu diskutieren, gibt es keinen Antrieb zum Entwurf in die Zukunft. Allen unseren Anfängen wohnt - so Hermann Hesse - „ein Zauber inne, der uns beschützt und der uns hilft zu leben“. Dies gilt angesichts unserer Endlichkeit wohl auch und gerade für die Frage und das Suchen nach Anfängen (und Enden) in der Geschichte! Noch einmal: Ohne Herkunft keine Zukunft! Ein schönes Zitat zum Schluss; es stammt von Erich Kästner:

„Die Erinnerung ist eine mythische Kraft
und bildet die Menschen um:
Wer das, was schön war, vergisst, wird böse,
wer das, was schlimm war, vergisst, wird dumm.“

In diesem Sinn: vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit; vor allem aber dem Oberhessischen Geschichtsverein weiterhin viel Erfolg und seinen Mitgliedern das immer wieder neue Entdecken von spannenden Horizonten, welche Klio, die Muse der Geschichte, für den bereit hält, der sich auf sie einläßt - dies ad multos annos!

Einige Literaturhinweise zum Vortrag:

Dietz, Burkhard: Der Vergangenheit eine Zukunft. Probleme und Perspektiven der lokalen und regionalen Geschichtsarbeit, in: Romerike Berge, 49. Jg. (1999), H. 1, S. 8-18.

Geschichtsvereine: Entwicklungslinien und -perspektiven lokaler und regionaler Geschichtsarbeit, Bergisch Gladbach 1990 (= Bensberger Protokolle 62), darin bes. die Beiträge von Klaus Pabst und Jürgen Reulecke.

Heimpel, Hermann: Geschichtsvereine einst und jetzt, in: Bookmann, Hartmut u.a. (Hg.): Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert, Göttingen 1972, S. 45-73.

Kerbs, Diethart/Reulecke, Jürgen (Hg.): Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880 - 1933, Wuppertal 1998.

Kluebing, Edeltraud (Hg.): Antimodernismus und Reform. Beiträge zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991.

Kuss, Horst: Landesgeschichte oder Regionalgeschichte? In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 51. Jg. (2000), S. 388-405.

Meinecke, Friedrich: Zur Gründungsgeschichte der Giessener Burschenschaft. Briefe Ernst Welckers an seinen Bruder Karl Theodor, in: Burschenschaftliche Blätter, VII. Jg.(1893), Nr. 3, S. 57-62.

Metschies, Michael: Geschichtsvereine an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Romerike Berge, 49. Jg. (1999), H. 3, S. 10-21.

Müller, Bernd/Uffelmann, Uwe (Hg.): Regionale Identität im vereinten Deutschland. Chance und Gefahr, Weinheim 1996.

Pohl, Karl Heinrich (Hg.): Regionalgeschichte heute, Bielefeld 1997.

Priamus, Heinz Jürgen/Himmelman, Ralf (Hg.): Stadt und Region, Region und Stadt. Stadtgeschichte - Urbanisierungsgeschichte - Regionalgeschichte, Essen 1993.

Reulecke, Jürgen: Antimodernismus und Zivilisationskritik: Die Heimatbewegung aus historisch-gesellschaftlicher Perspektive, in: Regionaler Fundamentalismus? Geschichte der Heimatbewegung in Stadt und Land Oldenburg, Oldenburg 1999, S. 12-21.

Speitkamp, Winfried: Geschichtsvereine, Landesgeschichte, Erinnerungskultur. Vortrag vor dem Oberhessischen Geschichtsverein Gießen am 26. Februar 2003 (im Manuskript benutzt).

Geschichtsvereine und Geschichtswerkstätten - vom Nebeneinander zur Zusammenarbeit?

Peter Adamski

Als die Geschichtswerkstatt am Friedrichsgymnasium ihre Arbeit 1983 mit zwei Projekten begann, die 1985 und 1986 in zwei Ausstellungen und kleineren Dokumentationen zur Nachkriegsgeschichte Kassels (Kassel danach. 1945-1948) und zum Schicksal der jüdischen Schüler der Schule (Jüdische Schüler am Friedrichsgymnasium) mündeten, musste einschlägige Sekundärliteratur gesichtet, Quellen gefunden und bearbeitet sowie - falls vorhanden - Zeitzeugen ermittelt und befragt werden, die zu einzelnen Untersuchungsaspekten Auskunft geben konnten. Dies gelang auch in mehr oder weniger befriedigender Form. Bezeichnend für den hier zu untersuchenden Zusammenhang ist allerdings, dass wir dabei kaum bis gar nicht auf Untersuchungen und Teilstudien der regionalen Geschichtsvereine (der Verein für hessische Geschichte und Landeskunde mit seinen Zweigvereinen; historische Beiträge im „Jahrbuch des Landkreises Kassel“) oder gar des akademischen Wissenschaftsbetriebs zurückgreifen konnten. Erste wissenschaftliche Untersuchungen und Sammlungen von Dokumenten einschließlich einiger Abschriften von Zeitzeugeninterviews gab es schon, sie waren aber von Wissenschaftlern des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften bzw. interessierten Studierenden erarbeitet bzw. gesammelt worden.¹ Dort hatte sich Anfang der 80er Jahre eine Projektgruppe aus Lehrenden und Studierenden gebildet, die sich primär auf die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Kassel und Nordhessen konzentrierte.²

Das Interesse dieser Initiative ging über das rein Wissenschaftliche hinaus; es ging ihr um eine geschichtspolitische Einmischung, um die Konstituierung einer Erinnerungskultur, die verdrängte Themen und Aspekte in das kollektive Gedächtnis der Region heben wollte. Neben

1 Vgl. für die ersten Nachkriegsjahre: Wilhelm Frenz, Die politische Entwicklung in Kassel 1945-1969. Eine wahlsoziologische Untersuchung, Meisenheim 1974.

2 Forschungsstelle „Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus“. Ihre ersten beiden Veröffentlichungen spiegelten durchaus noch den frühen Stand einer wissenschaftlichen Aufarbeitung, vermochten aber dennoch eine vergleichsweise große Öffentlichkeitswirkung zu erzielen, weil Verdrängtes zum ersten Male breit ausgestellt wurde: Gesamthochschule Kassel (Hrsg.), *Erinnern an Breitenau 1933-1945. Eine Ausstellung historischer Dokumente*, Kassel 1982 und diess. (Hrsg.), *Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften in Kassel 1933. Bilder-Dokumente-Kommentare*, Kassel 1983.

zahlreichen Publikationen³ und Ausstellungen ist sicherlich das schließlich erfolgreiche zähe Ringen um den Erinnerungsort Breitenau (ein Arbeitserziehungs- und Konzentrationslager vor den Toren Kassels) - heute eine erfolgreich arbeitende Gedenkstätte - der spektakulärste Ausdruck dieses Engagements geworden.⁴

Für historisch interessierte Lehrer und Schüler waren es solche Themen, der methodische Zugriff (Projektarbeit), der unmittelbare Bezug auf eine möglichst breite Öffentlichkeit, die Einbeziehung von Laien und die Zwanglosigkeit und Selbstverständlichkeit, mit der Laienforscher akzeptiert wurden und sie Zugang zu Ergebnissen und Quellen hatten, die für eine eigene historische Projektarbeit als „Barfußhistoriker“ (U. Wehler) motivierten.

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass unsere schulische Initiative nicht die erste und einzige in Kassel war.⁵

Geschichtswerkstätten als Antwort auf versäumte Lektionen

Geschichtswerkstätten sind in den 80er Jahren aus und in Zusammenhängen von Bürger- und sozialen Bewegungen entstanden (Umwelt-, Frauen-, antifaschistische und Stadtteilinitiativen) und haben ihr geschichtliches Interesse in doppelter Hinsicht formuliert:

- als historische Vergewisserung über und Verortung ihres eigenen Tuns in dem Sinne, dass Geschichte darauf hin befragt wurde, welche Wurzeln und Erfahrungen vorhanden wären, die die eigene Bewegung in Gegenwart und Zukunft nutzen konnte;
- in bewusster Abgrenzung zum akademischen Betrieb (Elfenbeinturm, Zunft) wie vom gut bürgerlichen Habitus der Geschichtsvereine und dem kleinbürgerlichen der Heimatvereine, denen summarisch posi-

3 Die beiden ersten umfassenden: Jörg Kammler, Dietfried Krause-Vilmar (Hrsg.), Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus Band 1. Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945. Eine Dokumentation, Fulda 1984 sowie Wilhelm Frenz, Jörg Kammler, Dietfried Krause-Vilmar (Hrsg.), Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945. Band 2: Studien, Fulda 1987; daran schlossen sich mittlerweile 19 weitere Untersuchungen zu Einzelfragen oder regionalen Besonderheiten an.

4 Gunnar Richter (Hrsg.), Breitenau. Zur Geschichte eines nationalsozialistischen Konzentrations- und Arbeitserziehungslagers, Kassel 1993; Dietfried Krause-Vilmar, Das Konzentrationslager Breitenau. Ein staatliches Schutzhaftlager 1933/34, Marburg 1998.

5 Dietrich Heither, Wolfgang Matthäus, Bernd Pieper, Als jüdische Schülerin entlassen. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Heinrich-Schütz-Schule in Kassel, Kassel 1984; Geert Platner und Schüler der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kassel (Hrsg.), Schule im Dritten Reich. Erziehung zum Tod. Eine Dokumentation, Köln 1988.

vistisches Geschichtsverständnis, legitimatorische Geschichtsschreibung und Ausblendung solcher Themen und Aspekte regionaler und lokaler Forschung vorgehalten wurde, die geschichtspolitisch unerwünscht waren, von den demokratischen und sozialistischen Linien der Landes- und Lokalgeschichte ganz zu schweigen.

Ganz im Duktus der damaligen Zeit heißt es beispielsweise aus der Freiburger Geschichtswerkstatt: „Indem wir uns in der Geschichtswerkstatt als basisdemokratisch motivierte und kritisch engagierte HistorikerInnen zur Aufgabe machen, die Geschichte der ‚Ausgegrenzten‘ und ihrer Ausgrenzung, die Spuren der ‚Verfolgten‘ und ihrer Verfolgung, die Geschichte von ‚Zuschüttungen‘ und Minderheiten mit und von den Betroffenen für die Betroffenen zu rekonstruieren, gehen wir ja von einem Selbstverständnis aus, das sich (von der Subjektivierung des Objekts, den Betroffenen, einmal abgesehen) - provokativ ausgedrückt - lediglich an anderen Sujets als den von den Zunft-historikerInnen bevorzugten festmacht.“⁶

Versäumte Lektionen galt es demnach nachzuholen, verdrängte Dimensionen der Geschichte aufzuklären, Geschichte von unten zu betreiben. Auch auf methodischem Feld wurde eine Quellengattung aufgetan, die bislang vernachlässigt schien oder auch war: Oral History. Zur Kenntnis genommen und in die eigenen Untersuchungen einbezogen wurden zudem etliche Publikationen (Broschüren, autobiografische Schriften und Zeitzeugnisse) aus gewerkschaftlichen, kommunistischen und Kreisen der politisch Verfolgten, die bislang als „graue“ Materialien lediglich einem kleinen Kreis von Interessierten bekannt waren, und nunmehr größere öffentliche Resonanz fanden.

Dies alles mit dem Pathos des ganz Neuen, des bewusst Provozierenden, mit einem in den 80er Jahren deutlich zu beobachtenden Gründerelan und einer Fülle von zunächst Klein- und Kleinstpublikationen, die in ihren Titeln häufig durch die Adjektive alternativ und/oder anders auffielen: der andere Stadtführer von Köln, Göttingen ohne Gänseliesel, Regensburg - eine andere Stadtführung usw.⁷

Zur Vervollständigung dieses knappen Bildes gehört erstens, dass in der Regel solche Geschichtswerkstätten eher von Laienforschern betrieben wurden, also von geschichtlich, aber auch oder vor allem geschichtspolitisch Interessierten, und zweitens von Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre mit der Zeitschrift „Geschichtswerkstatt“ ein -

6 Volker Ilgen, Quellen: Kein Thema in der Geschichtswerkstatt. In: Geschichtswerkstatt, H. 15, Mai 1988, S. 56.

7 Entnommen - als ein Beispiel von vielen - der Rubrik ‚Lokal und Regional‘. In: Geschichtswerkstatt, H. 19, November 1989, S. 107-109.

natürlich basisdemokratisch organisiertes - Publikations- und Diskussionsorgan bestand.⁸ Einige Beispiele von Themenschwerpunkten verdeutlichen die thematische Akzentsetzung:

- Nr. 15/1988: Juden: Innenansichten vergangener Lebenswelten;
- Nr. 16/1988: Trauerarbeit - gegen die Entsorgung der Vergangenheit;
- Nr. 19/1989: Zwangsarbeit: Arbeit-Terror-Entschädigung;
- Nr. 22/1990: Deserteure: Eine notwendige Debatte;
- Nr. 26/1992: Einwanderer und Auswanderer;
- Nr. 27/1993: Frauen im Museum.

1988 existierten ca. 120 Geschichtswerkstätten und etwa 500 Geschichtsprojekte in der Bundesrepublik.⁹ Schließlich gab es alljährlich Geschichtsfeste, die den Versuch unternahmen, eine etwas andere Form der Vermittlung der Diskussionen und Ergebnisse der Arbeit der Geschichtswerkstätten zu finden, die insgesamt durch ihren informelleren, lockeren Charakter u.a. dazu beitrugen, Zugänge für Interessierte zu öffnen und Hemmschwellen zur Kontaktaufnahme oder Mitarbeit (keine festen Vereinsatzungen, Möglichkeit einer begrenzten, projektbezogenen Mitarbeit) abzubauen. Wiederum in Abgrenzung zu Geschichtsvereinen mit ihrer Vortragskultur fanden auf Geschichtsfesten Workshops statt, weil es um die Einbindung möglichst vieler Ideen und Beiträge und die gleichberechtigte Stellung der Diskutanten ging; in Abgrenzung zu den Heimatvereinen mit ihren volkstümelnden kulturellen Beiträgen wurde hier eine neue Verknüpfung von Geschichte und künstlerischer Verarbeitung gesucht und dem Volkslied die demokratischen Traditionen des politischen Liedes entgegengesetzt.¹⁰ Auch, was die Vermittlung der Arbeitsergebnisse vor Ort anbelangt, wurden neue Wege beschritten: In Hildesheim wurde 1988 z.B. ein Stadtschauspiel über die Auswirkungen der 48er Revolution aufgeführt und in

8 Die Zeitschrift erschien zum ersten Male im Jahre 1983 und hatte insofern eine andere Organisationsstruktur, als sie zwar von der Geschichtswerkstatt e.V., dem bundesdeutschen Netzwerk von Geschichtswerkstätten herausgegeben wurde, die einzelnen Themenhefte aber jeweils von einer regionalen/lokalen Geschichtswerkstatt erarbeitet und verantwortet wurden.

9 Stefan Weigang, Geschichtswerkstätten geben neue Impulse. In: Praxis Geschichte, H. 1/1989, S. 54.

10 Vgl. den Bericht vom Mainzer Geschichtsfest 1993: Hans-Jürgen Bömelburg, Geschichtsfest in Mainz 25/26. September 1993 - Ein Bericht. In: Geschichtswerkstatt. H. 27, Dezember 1993, S. 5 f.

Heidelberg produzierte eine Gruppe gemeinsam mit einer 8. Gymnasialklasse einen Videofilm „Heidelberg im Mittelalter“.¹¹

Je mehr sich die Geschichtswerkstätten vor Ort verankerten und bekannt wurden, je mehr sie ihren Professionalisierungsgrad erhöhten, desto deutlicher wurden Fragen aufgeworfen, vor der jede Initiative steht, die sich im Prozess von einer Bewegung zu einer - wenn auch noch so informellen - Organisationsform befindet: die Überprüfung und Vergewisserung ihrer methodischen und wissenschaftlichen Standards sowie die personelle und finanzielle Absicherung ihrer Arbeit. So wurden beispielsweise selbstkritische Überlegungen zum Umgang mit Quellen und ihrer Interpretation aufgeworfen: „Könnte die Aussagekraft besagter ‚narrationes‘ durch ein ‚Gegen-den-Strich-lesen‘ oder die Kontrastierung mit anderem Quellenmaterial nicht eine Stoßrichtung erhalten, die unserer geliebten Sicht der kleinen Leute als zwar gebeuteltem Objekt der Geschichte aber der Ausbeut(el)ung durch alltägliche Widerstandsformen entgegenarbeitend, widerspricht? Sind nicht die von uns ‚gesuchten‘ und (natürlich) gefundenen demokratischen Traditionslinien in der deutschen Geschichte ein ebensolches Konstrukt, wie es die Erklärungsraster der etablierten Forschung hinsichtlich der ‚großen Geschichte‘ waren und sind?“¹² Was hier vorsichtig, wenngleich eindeutig formuliert worden ist, entwickelte sich in den folgenden Jahren zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen, die auf dem Mainzer Geschichtsfest 1993 unter der Fragestellung „Aufbruch zu neuen Ufern?“ auf die Polarisierung hinaus lief:

- Geschichtswerkstätten als „linke Heimatvereine“ versus
- Geschichtswerkstätten als Pioniere für Fragestellungen, die allmählich auch in der etablierten Wissenschaft salonfähig werden.¹³

Die Unsicherheit über die Leistungen bzw. den Stellenwert von Geschichtswerkstätten spiegelte sich auch in Diskussionen über Perspektiven der Arbeit, vor allem, was die dauerhafte Finanzierung anbelangte. Angesichts rückläufiger oder fehlender öffentlicher Finanzierung wurde eine stärkere Orientierung an der Nachfrage nach Produkten lokaler Spurensuche diskutiert: Kalender, Stadt- und Regionalführer, freizeitgeschichtliche Veröffentlichungen, wobei sofort die Problematik aufgeworfen wurde, ob eine solche Kommerzialisierung nicht notwendigerweise Abstriche an wesentlichen Inhalten bedeute.¹⁴

11 Weigang (Anm. 9), S. 54.

12 Ilgen 1988 (Anm. 5), S. 56.

13 Bömelburg 1993 (Anm. 10), S. 5.

14 ebd., S. 6.

Will man die Arbeit der Geschichtswerkstätten bilanzieren, so ist m.E. festzustellen, dass sie in ihren regionalen und lokalen Zusammenhängen sich durchaus ihren Platz in der Geschichts- und Erinnerungskultur erarbeitet haben. Dies gilt zum einen für diverse Publikationen, die nach „pubertären“ Anfängen wichtige Spuren hinterlassen haben; dies gilt zweitens für z.T. nach längeren Kämpfen durchgesetzte Gedenkstätten oder Denkmäler: Dies gilt drittens ganz besonders für solche Initiativen, denen eine Kontinuität und eine kontinuierliche finanzielle Förderung mit einhergehender Professionalisierung gelang. Zu erwähnen sind hier einige Geschichtswerkstätten in Städten wie Hamburg oder Berlin oder eine Institution wie das Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel.

Schulische Geschichtswerkstätten machen mit

Es gibt bislang wenig Arbeiten über das Entstehen und die Entwicklung schulischer Geschichtswerkstätten. Es sind wohl aber drei Gründe, die in den 80er Jahren wesentlich zu solchen Initiativen der Spurensuche im lokalen Feld geführt haben:

- das Unbehagen vor allem jüngerer Lehrerinnen und Lehrer an der Praxis und den Erträgen des Geschichtsunterrichts (darauf einzugehen, würde diesen Beitrag allerdings sprengen), wobei gerade solche Kolleginnen und Kollegen oftmals selbst - wenn nicht durch Geschichtswerkstätten - so doch durch die entstehenden Bewegungen von unten sozialisiert waren;
- das Umfeld der Geschichtswerkstätten und Geschichtsprojekte in den jeweiligen Städten und Gemeinden mit ihren anregenden Themen und methodischen Zugriffen;
- der seit 1973 existierende, aber erst in den 80er Jahren seine breite Resonanz findende Wettbewerb „Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten“ der Hamburger Körber-Stiftung.

Ich möchte an zwei gut dokumentierten Beispielen Entstehung, Wirkungsweise und Bedeutung solch schulischer Geschichtswerkstätten darstellen: der Geschichtswerkstatt am Kasseler Friedrichsgymnasium und der Geschichtswerkstatt am Sindelfinger Goldberg Gymnasium.¹⁵ Unser erstes Projekt startete - wie schon erwähnt - gegen Ende

15 Michael Kuckenbug, ‚Das Große im Kleinen begreifbar machen‘. Die Geschichtswerkstatt am Goldberg-Gymnasium in Sindelfingen - ein Praxisbericht. In: Praxis Geschichte, H. 1/1997, S. 56-58; Peter Adamski, ‚Vom Pennäler zum Flakhelfer‘. Die Geschichtswerkstatt am Friedrichsgymnasium untersuchte die eigene Schulgeschichte in der Zeit des Faschismus. In: Gottfried Köbeler, Guido Steffens,

des Jahres 1983 und hatte zum Ziel, anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg im Mai 1985 in unserer Schule eine Ausstellung zu erarbeiten, die sich mit der Nachkriegszeit in Kassel bis zur Währungsreform 1948 befassen sollte. Ein Jahrestag war auch in Sindelfingen Ausgangspunkt für das erste Projekt. Dort ging es um die Frage, wie sich die so genannte Machtergreifung in der baden-württembergischen Stadt abgespielt hatte. In beiden Fällen war also ein in der Erinnerungskultur bedeutsames Ereignis Gegenstand des Forschens; auffällig in beiden Städten war auch, dass Stadtarchive über ausreichendes Material verfügten und in den örtlichen Zeitungsarchiven ebenfalls brauchbare Berichte und Erinnerungen zu finden waren, im öffentlichen Bewusstsein aber diese historischen Phasen „weiße Flecken“ darstellten, weil sie bislang überhaupt noch gar nicht in das Blickfeld des wissenschaftlichen Interesses genommen worden waren.

Das Produkt war in Sindelfingen eine Artikel-Serie in der örtlichen Zeitung. Auch die Arbeitsweisen waren ganz ähnlich: Arbeit im Stadtarchiv, Gespräche mit Zeitzeugen, Verknüpfung der lokalen Ereignisse mit den „großen“ politischen, um nicht in Geschichten aus der Heimat zu versinken und die allgemeinen Bezüge außer Acht zu lassen. Des Weiteren ist für beide schulischen Geschichtswerkstätten bezeichnend, dass sie versuchten, sich im lokalen Raum geschichtspolitisch einzumischen, so zu sagen ihren Beitrag zu einer anderen Erinnerungskultur zu liefern.

Als die Sindelfinger Geschichtswerkstatt 1989 mit ihrer Arbeit „Zwangsarbeiter in Sindelfingen“ beim Geschichtswettbewerb einen zweiten Preis gewann, schlug sie der Stadt vor, ein Mahnmal für die umgekommenen 53 Zwangsarbeiter zu errichten, wobei sie das Preisgeld von 2.000 DM als „Anschubfinanzierung“ stiftete. Im Juni 1992 wurde dieses Mahnmal schließlich errichtet.

Ähnliches findet sich auch in der Arbeit der Geschichtswerkstatt am Friedrichsgymnasium. Ebenfalls in einem Wettbewerbsbeitrag der Körber-Stiftung -“Denkmäler“ 1992/93- hatten wir die Geschichte des Denkmals für die gefallenen Schüler unserer Schule in den beiden Weltkriegen untersucht, das in den 50er Jahren entstand und in der Pausenhalle der Schule steht. Dabei hatten wir nicht nur heraus gefunden, dass bestimmte Schülergruppen fehlten (z.B. die jüdischen Schüler), sondern eher zufällig entdeckt, dass einer der Ehemaligen zum weiteren Umfeld des Widerstandskreises des 20. Juli 1944 gehört hatte. Da sich ein Jahr später der Attentatsversuch auf Hitler zum 50. Mal

Christoph Stillemunke (Hg.), Spurensuche. Ein Reader zur Erforschung der Schulgeschichte während der NS-Zeit, Frankfurt a.M. 1998, S. 71-79 .

jährte, wollten wir an der Schule den Widerstand gegen den Nationalsozialismus - exemplarisch am Beispiel Ludwig Kaisers - durch ein zweites Denkmal in Erinnerung rufen. Und in der Tat gelang es einer Gruppe von sechs Schülerinnen und Schüler in Zusammenarbeit mit dem Kasseler Künstler Horst Hoheisel sowie in engem Kontakt mit den Verwandten Kaisers ein solches Denkmal zu schaffen, finanziert durch ein breites Spendenaufkommen der Schulgemeinde. Es wurde am 20. Juli 1994 in der Pausenhalle des Friedrichsgymnasiums eingeweiht.

An dieser Stelle muss nun in der Tat die besondere Bedeutung des Wettbewerbs „Deutsche Geschichte“ Erwähnung finden, der auch an den Orten, die nicht durch das Umfeld von Geschichtswerkstätten oder Geschichtsprojekten geprägt waren, oftmals den An Schub für eine kontinuierliche regionale Spurensuche schulischer Laienforscherinnen und -forscher wurde. So bilanzieren die Verantwortlichen des Schülerwettbewerbs im Jahre 1997: „Die Erforschung der lokalen und regionalen Geschichte ist zu einem festen Bestandteil der Geschichtskultur in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Dadurch hat sich auch das Bewusstsein von dem, was traditionell ‚Heimatgeschichte‘ hieß, grundlegend gewandelt. Heute dominieren politische, soziale und kulturelle Fragestellungen. Die Forschungsthemen liegen auf der Straße, und sie sind so vielfältig wie die Identitätsprobleme der Gesellschaft: Alltag im Nationalsozialismus, Umweltgeschichte, Fremdsein in Deutschland, kalter Krieg ... Damit hat sich die Lokalgeschichte zugleich aus dem akademischen Elfenbeinturm gelöst und für die Laienforschung geöffnet.“¹⁶ In der Tat belegen die Themen der Wettbewerbe die Breite des erforschten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und mentalitätsgeschichtlichen Feldes:

- Geschichte deutscher Freiheitsbewegungen: 1973-1976;
- Sozialgeschichte des Alltags: 1977-1979;
- Alltag im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit: 1980-1985;
- Umwelt hat Geschichte: 1986/87;
- Unser Ort - Heimat für Fremde?: 1988/89;
- Tempo, Tempo ... Mensch und Verkehr in der Geschichte: 1990/91;
- Denkmal: Erinnerung - Mahnung - Ärgernis: 1992/93;
- Ost-West-Geschichte(n) - Jugendliche fragen nach: 1994/95;

16 Lothar Dittmer, Detlef Siegfried, Einleitung zu: diess. (Hrsg.) im Auftrag der Körber-Stiftung, Spurensucher. Ein Praxisbuch für historische Projektarbeit, Weinheim und Basel 1997, S. 7.

- Vom Armenhaus zur Suchtberatung. Zur Geschichte des Helfens: 1996/97;
- Aufbegehren, Handeln, Verändern. Protest in der Geschichte: 1998/99;
- Genutzt - geliebt - getötet. Tiere in unserer Geschichte: 2000/01.¹⁷

Lagen die Zahlen der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler bis 1979 noch zwischen 2.500 und 5.000, hat der Wettbewerb ab den 80er Jahren z.T. bis zu 12.000 Laienforscherinnen und -forscher mobilisieren können, die dem Motto gefolgt sind: „Grabe, wo Du stehst“.

Wenn also davon ausgegangen werden kann, dass Projekte historischer Spurensuche durchaus ein sicheres Standbein in der öffentlichen wie schulischen Wahrnehmung von historischem Lernen gefunden haben, so muss immerhin differenzierend angemerkt werden, dass in der fachdidaktischen Diskussion eine solche Lernform wieder stärker problematisiert wird, als dies vor zehn Jahren der Fall gewesen ist.¹⁸ Angemahnt wird, dass es sich keineswegs um einen „Königsweg“ historischen Lernens handele, sondern auch systematisierende, stärker lehrerzentrierte Vermittlungsformen der Historie ihren Platz im Unterrichtsgeschehen behalten müssten. Diese und andere Einschränkungen erstaunen ein wenig vor dem Hintergrund, dass ca. 80% des Unterrichts frontal erteilt wird und vermutlich niemand der Befürworter projektorientierten Lernens eine solche Methode als ausschließlich betrachten wird. Drittens sind die sicht- und messbaren Leistungen schulischer Erinnerungsarbeit mittlerweile in ihrer Breite und Qualität unübersehbar: Zuallererst natürlich dokumentiert in den Arbeiten der jeweiligen Wettbewerbe der Körber-Stiftung, die aber sicherlich zu ergänzen wären um die vielen lokalen und regionalen Wettbewerbe, die unterstreichen, dass Schülerinnen und Schüler unterschiedlichster Jahrgangsstufen und unterschiedlicher Schulformen forschendes Lernen praktizieren, ihre Ergebnisse in der Öffentlichkeit vorstellen und Beachtung finden, die sicherlich nicht daher rührt, weil sie optisch gut gestaltet sind.

Was lässt sich über die „Erfolge“ einer solchen Art historischen Lernens aussagen, die sich u.a. an gewachsenem historischen Interesse, des methodischen Arbeitens, vielleicht gar der Nachhaltigkeit im Sinne eines sich differenzierenden historischen Bewusstseins fest machen

17 Näheres zum Schülerwettbewerb unter:
www.stiftung.koerber.de/wettbewerbe/geschichtswettbewerb.html

18 Bodo von Borries, Historische Projektarbeit: ‚Größenwahn‘ oder ‚Königsweg‘? In: Dittmer/Siegfried (Anm. 16), S. 243-253.

ließen? Ein Schüler der Geschichtswerkstatt am Friedrichsgymnasium - beteiligt am Denkmal für Ludwig Kaiser und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus - schreibt: „Abschließend kann ich also sagen, dass von jedem, der an diesem Projekt mitgearbeitet hat, ein Teil dieser Erinnerungen an Ludwig Kaiser weiterlebt. Es scheint mir, als hätten wir damit alle mehr für uns selbst als für die anderen getan. Vielleicht haben wir aber gerade deshalb anderen geholfen, weil wir ihnen sagen können, wie hilfreich es ist, sich auf diese Art und Weise mit einem solchen Thema auseinanderzusetzen.“¹⁹ Was Christoph hier beschreibt, lässt sich m.E. verallgemeinern: Das Produkt eines Projektes sagt immer mehr über die Interessen der Beteiligten, den Anlass ihres Handelns und die Zeitumstände aus, in denen sie das Projekt durchgeführt haben als über das Thema selbst. Diese Erfahrungen sind zwar von anderen nachzulesen, das Ergebnis zu betrachten, der Prozess aber nicht nachzuempfinden. Deshalb ist es für nachfolgende Schülergenerationen sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich, sich im eigentlichen Sinne mit solchen Projekten zu identifizieren; sehr wohl möglich allerdings, sie als beispielhafte Motivation für eigene Initiativen zu begreifen.

Die Frage des Transfers von Erfahrungen ist eng verknüpft mit einem weiteren Problem, nämlich dem der Entwicklung von Qualifikationen und Expertenwissen bei Schülern und Lehrern. Michael Kuckenburg, Leiter der Sindelfinger Geschichtswerkstatt, beschreibt den Ertrag für die Schüler wie folgt: In methodischer Hinsicht „wissen sie jetzt, wie man Quellen sichtet, sichert und auswertet, sie können historische Sachverhalte selbst erschließen und ‚große‘ Geschichte durch ihre (oft mittelbare) Verzahnung mit lokalen Ereignissen besser begreifen.“²⁰ Neben diesen fachspezifischen Kompetenzen kommen wichtige Erfahrungen hinzu: Man lernt den Umgang mit Behörden und Ämtern, mit Zeitzeugen, man lernt, die Ergebnisse der Arbeit zu präsentieren, ggf. auch zu vermarkten: Pressemitteilungen und -Gespräche, Interviews für den Rundfunk, Beiträge bei der Eröffnung von Ausstellungen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, um nur einige Beispiele zu nennen.

19 Christoph Wörner, Das ‚Denk-Mal‘ für den 20. Juli 1944 oder ‚Warum so eilig, bleib doch mal stehen!‘ In: Peter Adamski (Hg.), ‚Grabe, wo Du stehst.‘ 10 Jahre Geschichtswerkstatt am Friedrichsgymnasium, Kassel 1995, S. 88 f.

20 Kuckenburg (Anm. 15), S. 58.

Geschichtsvereine, Geschichtswerkstätten und schulische Geschichtsprojekte - gemeinsame Interessen?

Begriffen sich Geschichtswerkstätten ursprünglich per definitionem bewusst als Gegenbewegung zu Geschichts- und Heimatvereinen, also quasi als regionales Konkurrenzunternehmen, zeichnete sich in ihrer Konsolidierungs- und Differenzierungsphase sehr bald ab, dass es so zu sagen gemeinsame Schnittmengen gab, dass notwendigerweise zu bestimmten thematischen Aspekten Überschneidungen stattfanden. Hinzu kommt, dass es zu persönlichen Kontakten (mit dem Stadtarchiv, mit den örtlichen Museen usw.) kam, die auf Dauer vorhandene oder eingebilddete Animositäten abbauen halfen. Insofern kann ab einem bestimmten Zeitpunkt sicherlich von einem interessierten Nebeneinander die Rede sein. Aus der Perspektive der Geschichtsvereine ist von einem vergleichbaren Öffnungsprozess zu sprechen: Je deutlicher die Ergebnisse der „Laienhistorikerinnen und -historiker“ in der Öffentlichkeit Beachtung fanden und je differenzierter ihre Ergebnisse und Produkte waren, umso ernster wurden sie genommen und - umso ernsthafter setzte ein Reflexionsprozess in den Geschichtsvereinen ein, sich für neue Fragestellungen zu öffnen. Ich habe - bezogen auf den Oberhessischen Geschichtsverein - die Probe aufs Exempel gemacht, indem ich mir die Veröffentlichungen (Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins. Neue Folge, ab Band 47, 1963 bis Bd. 85, 2000) angeschaut habe: Hätte ich meine Projekte aus den Jahren 1983-1985 für die Region Gießen durchgeführt, wäre ich von 1963 bis 1983 auf 3 bis 4 Beiträge gestoßen, auf die sich die Schülergruppe hätte beziehen können, während sich die Zahl solcher Forschungsbeiträge (gemeint sind zeitgeschichtliche Untersuchungen seit der Novemberrevolution 1918) im Zeitraum von 1984 bis zum Jahre 2000 auf mehr als 25 erhöht hat.

Bei schulischen Geschichtswerkstätten war die Ausgangssituation von vornherein eine andere: Sie orientierten sich schlicht in ihrem lokalen Bezugsfeld an den für ihren Zusammenhang real arbeitenden Initiativen, egal, ob dies Geschichtsvereine oder Geschichtswerkstätten waren. Sie entschieden nicht nach „Vereinszugehörigkeit“ über die Seriosität der verarbeiteten Quellen, sondern nach dem pragmatischen Gesichtspunkt: Wo finden wir überhaupt Quellen oder Untersuchungen? Ich glaube, dass dies heute nicht anders ist. Schülerinnen und Schüler wie ihre sie beim historischen Forschen und Lernen begleitenden Lehrkräfte stellen zu aller erst die heuristische Frage: Wo finden wir etwas zu unserem Thema, zu unserem Fragenkomplex? Und an dieser Stelle ist zunächst nur die Faktizität des Vorhandenen - ob als Zeitzeugnis, als Quelle im herkömmlichen Sinne, als Studie, Beschreibung, Dokumentation oder wissenschaftlichen Verarbeitung gefragt.

Erst danach stellt sich die hermeneutische Frage: Wie können wir das Vorgefundene einordnen, überprüfen, gewichten? Das bedeutet, dass Geschichtsvereine in dieser Hinsicht ihre Möglichkeiten und - ein wenig pathetisch formuliert - auch ihre Verantwortung begreifen könnten und sollten, sofern ihnen daran gelegen ist, ihr Tun und ihre Qualifikationen *auch* im Sinne einer nachhaltigen Weckung historischen Interesses bei Jugendlichen zu begreifen. Dass ein solches Interesse vorhanden ist bzw. entwickelt werden kann, zeigt im Übrigen nicht nur die Arbeit schulischer Geschichtswerkstätten. Untersuchte man einmal die Veränderungen konzeptioneller (nicht nur pädagogischer) Art bei vielen außerschulischen Lernorten und historischen Museen, so werden dort mannigfaltige Ansätze zu finden sein, Geschichte neu und anders - eben adressatenorientierter - zu vermitteln und zu präsentieren; mit der Folge, dass sie zu Orten werden, wohin Kinder und Jugendliche nicht mehr zu Wandertagen hingeschleppt werden müssen und langweilige Führungen über sich ergehen lassen, sondern an denen sie selbst geronnene Geschichte mit allen Sinnen erfahren können. Nun kann es nicht darum gehen, Geschichtsvereine in pädagogische Institutionen zu verwandeln. Wie aber könnte ein solcher Prozess vom freundlichen Wahrnehmen und u.U. finanzieller Unterstützung schulischer Projekte hin zu einem bewussten Fördern schulischer Prozesse forschenden historischen Lernens aussehen?

Aus meiner Sicht könnten sich Geschichtsvereine in verschiedener Weise jungen Laienhistorikerinnen und -historikern öffnen. Einige thesenartige Überlegungen:

- Geschichtsvereine sind ein wichtiger Ort, an dem sich lokales und regionales historisches Wissen konzentriert. Zum einen in der Form schriftlicher Mitteilungen, Studien, Aufsätze, auf die zurückgegriffen werden kann und die zu einer wichtigen Basis weiterer Spurensuche Anlass geben können. Dazu wäre allerdings ein sensibleres Eingehen auf neue Trends im geschichtswissenschaftlichen Diskurs, bei den zu bearbeitenden Themen und den methodischen Zugriffen notwendig. Konkret: Zu Themen der Umwelt-, der Mentalitäts- oder der Geschlechtergeschichte, der Geschichte der Kleinen Leute gibt es nach wie vor Nachholbedarf.
- Geschichtsvereine versammeln aber auch unter einem ganz anderen Gesichtspunkt historisches Wissen, nämlich in ihren Mitgliedern, die angesichts der Alterstruktur der Vereine ein enormes Zeitzeugenwissen zu den unterschiedlichsten thematischen Aspekten verkörpern. Es könnte folglich eine durchaus lohnende Aufgabe sein, dieses Wissen zu erkunden, zu systematisieren und jugendlichen Forschern anzubieten. Konkret: Wäre es nicht eine sinnvolle Aufgabe,

interessierten Pädagoginnen und Pädagogen sowie ihren Schülerinnen und Schülern eine Liste anzubieten von Themen und Personen, die als Zeitzeugen für solche Fragen zur Verfügung stünden?

- Wäre es undenkbar, dass Geschichtsvereine in Kooperation mit anderen Institutionen (Stadtarchiv, Museen oder außerschulischen Lernorten) selbst einmal einen Wettbewerb zu einem brisanten und interessanten lokalen Thema ausschrieben, für das Schülerinnen und Schüler auf Expertenwissen und Hilfestellungen der Geschichtsvereine zurück greifen könnten? Um Missverständnisse zu vermeiden: Es geht weder um die Inflationierung von Wettbewerben noch darum, daraus eine zwingende Kontinuität zu machen.
- Geschichtsvereine könnten sich als den Ort begreifen, der jugendlichen Forscherinnen und Forschern ein Forum für die Vorstellung ihrer Ansätze und Ergebnisse bietet. Warum sollten schulische Initiativen, die am Wettbewerb Deutsche Geschichte teilgenommen haben, ihre Arbeiten nicht alle zwei Jahre einmal im Rahmen einer Veranstaltung des Geschichtsvereins in lockerer Form (als Kleinausstellung, als Parcours der Präsentationen) vorstellen, um in ein Gespräch zu kommen?

Es geht aus meiner Sicht darum, Schwellenängste - ich denke auf beiden Seiten - abzubauen, in Kommunikation zu treten, Hilfestellungen anzubieten. Man wird nicht darauf warten können, dass Jugendliche von sich aus den ersten Schritt tun, und auch nicht, dass sie anschließend Mitglieder in den Geschichtsvereinen werden. Viel wichtiger ist indes, dass sie nachhaltig historisch interessiert bleiben und wissen, wo sie sich Rat und Unterstützung holen können.

Rezensionen

Eckhart G. Franz und Hans-Peter Lachmann (Hg.), Das kulturelle Erbe des Hauses Hessen (= Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte Band 128, Hessische Historische Kommission Darmstadt und Historische Kommission für Hessen) Darmstadt und Marburg 2002, 192 Seiten, 250 Abbildungen, davon 135 in Farbe, 30 Euro

Der 75. Geburtstag von Moritz Landgraf von Hessen im Jahr 2002 gab Anlass, den Blick über das kulturelle Erbe des Hauses Hessen schweifen zu lassen. Eine umfängliche Aktion, die gemeinsam von der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für Hessen mit Sitz in Marburg initiiert wurde. Allein die Existenz von zwei für die hessische Landesgeschichte zuständigen Kommissionen (es gibt noch eine dritte in Wiesbaden!) weist schon auf eine nachhaltig wirksame Tradition hin: das Land Hessen und sein Herrscherhaus waren spätestens seit dem „Hessenkrieg“ im 17. Jahrhunderts geteilt in eine Nord- und eine Südregion. Deren jeweilige Historie war von gegenseitigen Rivalitäten und partiell unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Welche Auswirkungen dies auf kultureller und kulturpolitischer Ebene hatte, war Anliegen der Herausgeber.

Als gemeinsamer Ursprung gilt Marburg, wo die Geschichte Hessens mit der Heiligen Elisabeth, ihrer Tochter Sophie von Brabant und ihrem Enkel Heinrich begann. Vieles daran ist Legende, die sogar vom Vertreter des neuen protestantischen Glaubens befördert wurde: Philipp der Großmütige ließ sich gemeinsam mit Elisabeth, der „Hauptfrau“ des Hauses Hessen, auf dem von Philipp Soldan geschaffenen Stifterstein für Kloster Haina darstellen. Über die Teilung Hessens unter die vier Söhne Philipps, über die Hessenkriege, die anschließende Aufteilung in Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt und was daraus alles folgte ist schon viel geforscht und geschrieben worden. Doch eher in geschichtswissenschaftlichen Einzeldarstellungen, weniger in der Gesamtschau, die noch dazu in ansprechender Gestaltung und überschaubaren Textmengen daherkommt. 16 Beiträge von 16 Autor/innen bringen unterschiedliche Ansätze und abwechslungsreiche Schreibstile.

Vorgestellt werden im Wesentlichen die Residenzstädte und ihr kultureller Reichtum, also Marburg, Darmstadt, Kassel, Homburg, Hanau. Als thematische Komplexe werden abgehandelt: die hessischen Landesuniversitäten in Marburg und Gießen, die Hoftheater in Kassel und Darmstadt, die fürstlichen Gärten in Wilhelmsthal und Fürsten-

lager. An Einzelresidenzen werden vorgestellt: die Jagdschlösser in Kranichstein und Wolfsgarten, die Schlossfasanerie bei Fulda und der Witwensitz der „Kaiserin Friedrich“ in Kronberg. Diese Örtlichkeiten sind Hessenkenner/innen mehr oder weniger geläufig. Gänzlich unbekannt dürften den meisten aber zwei Residenzen sein, die außerhalb des hessischen Territoriums liegen: Burg Tarasp über dem Inn und das Herrenhaus Panker in Ostholstein, Sitz der „Grafen vom Hessenstein“.

Darunter liest sich besonders amüsant die Geschichte der Burg Tarasp im Engadin. Diese wurde von einem Kurgast aus Dresden gekauft, von August Lingner, dem „Odol-König“. Mit großem Innovationsgeist hatte dieser eine pharmazeutisch-medizinische Industrie aufgebaut, zu seinem wichtigsten Produkt wurde das „Odol“-Mundwasser. Lingner gilt als Pionier des Markenartikels, sein Lebensthema war die Volksgesundheit. Auf ihn geht das Hygiene-Museum in Dresden zurück und, um wieder auf Hessen zurückzukommen, am darmstädtischen Hof war er als Berater tätig.

Das Großherzogspaar hatte 1906 die Stiftung einer „Zentrale für Säuglingspflege und Mutterschutz“ ins Leben gerufen. Dazu hatte Lingner eine umfassende Denkschrift geliefert, die als Grundlage für die praktische Umsetzung diente. Lingner zählt zu den ersten Trägern des Ernst-Ludwig-Eleonoren-Kreuzes „für Verdienste in der Wohlfahrtspflege“. Nach seinem Tod 1916 ging Burg Tarasp an den Großherzog in Hessen-Darmstadt, der dieses Erbe antrat und sachverständig bewahrte. Heute ist es Veranstaltungsort und Touristenattraktion.

Ein informativer Überblicksband, der zum Reisen und Kennen lernen inspiriert, auch wenn er nicht touristisch, also reise- und gepäckfreundlich aufgemacht ist. Eher was zum Vor- oder Nachlesen daheim.

Dagmar Klein

Shareen Blair Brysac, Resisting Hitler. Mildred Harnack and the Red Orchestra. The Life and Death of an American Woman in Nazi Germany, Oxford University Press 2000, 30 Dollar

Mildred Harnack (geb. Fish, 16. Februar 1902) ist die einzige Amerikanerin, die von den Nazis hingerichtet wurde. Sie starb am 16. Februar 1943 in Berlin Plötzensee unter dem Fallbeil. Die Verhaftung von Arvid und Mildred Harnack war am 3. September während ihres Urlaubs auf der Kurischen Nehrung erfolgt. Warnungen von Mitgliedern der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack hatten sie nicht mehr erreicht. Freunde wähten Mildred Harnack nach dem ersten Gerichtsverfahren zunächst in Sicherheit, doch das Urteil auf sechs Jahre Zuchthaus wegen „Beihilfe zur Vorbereitung von Hochverrat und Spionage“ wurde auf ausdrücklichen Befehl Hitlers in Todesstrafe umgewandelt. Bis zum Schluss arbeitete sie an der Übersetzung von Goethe-Gedichten ins Englische, ihr letzter Satz war: „Und ich habe Deutschland so sehr geliebt“.

Auf amerikanischer Seite wurde der antifaschistische Widerstand von Arvid und Mildred Harnack innerhalb der Gruppe „Rote Kapelle“ lange Zeit übergangen. Denn erste Recherchen über das offensichtliche Kriegsverbrechen der Nazis ergaben schnell, dass die politische Orientierung der Harnacks dem Kommunismus und der Sowjetunion galt. Und dies war in Zeiten des beginnenden Kalten Krieges und der McCarthy-Ära, das heißt Kommunistenhatz in den USA, wenig opportun. Nun liegt eine erste umfassende, leider noch nicht ins Deutsche übertragene Biografie über Mildred Harnack vor, geschrieben von der New Yorker Journalistin und Filmemacherin Shareen Blair Brysac. Sie hat über die Gestapo-Akten hinausgehend Dokumente des amerikanischen und sowjetischen Geheimdiensts ausgewertet, Briefe und Augenzeugenberichte miteinbezogen, vor allem die Erinnerungen von Martha Dodds, Tochter des amerikanischen Botschafters in Berlin.

1931 gingen die Harnacks nach Berlin, beteiligten sich dort aktiv am Leben der amerikanischen Gemeinde am Nollendorfplatz, die Wohnung der beiden an der Hasenheide 61 (Gedenktafel) wurde bald zum Treffpunkt vieler Intellektueller. Durch Mildreds Freundschaft mit Martha Dodds folgten häufig Einladungen in die Botschaft, wo die Harnacks auch Mitstreiter für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus suchten. Da Arvid eine Anstellung im Reichswirtschaftsministerium hatte, wurde er zum wichtigen Informanten für die Amerikaner. Unter McCarthy durfte sich der einstige Kontaktmann dann nicht mehr öffentlich dazu bekennen; die Harnacks hielten ebenso Kontakte zu Moskau. Ihr Ziel war die Bekämpfung des Hitler-Regime und sie arbeiteten mit allen zusammen, die dasselbe Ziel hatten.

Kennen gelernt hatten sich die beiden 1926 an der Universität von Wisconsin in Madison, wohin Arvid (1901-1942) als Rockefeller-Stipendiat gekommen war. Der Ökonom aus einer liberalen Darmstädter Wissenschafts- und Künstlerfamilie heiratete die junge Literaturwissenschaftlerin Mildred Fish noch im selben Jahr. Er kehrte 1928 nach Deutschland zurück, nach einem Jahr als Dozentin an der Frauenuniversität Goucher-College folgte sie ihrem Mann mithilfe eines Stipendiums nach Gießen. Hier schloss Arvid Harnack seine Studien 1931 mit einer zweiten Promotion ab: „Die marxistische Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten“. Und ebenso wie die beiden in Madison zum „Progressive Movement“ gehört hatten, schlossen sie sich auch in Gießen einem links gerichteten Zirkel an, der sich um den Staatswissenschaftler Dr. Friedrich Lenz geschart hatte. Von hier aus wurden die ersten Kontakte wegen eines Forschungsprojekts in die UdSSR geknüpft.

Auch Mildred Harnack reichte an der Gießener Universität ihre Dissertation ein, allerdings zu einem Zeitpunkt, als die beiden schon längst in Berlin lebten. Am 20. November 1941 stellte ihr die Philosophische Fakultät das Doktordiplom aus für ihre Schrift: „Die Entwicklung der amerikanischen Literatur der Gegenwart in einigen Hauptvertretern des Romans und der Kurzgeschichte“. Sie hat nicht nur Sprachen unterrichtet und Bücher übersetzt, sie hat als eine der ersten zur amerikanischen Literatur geforscht und gilt als Begründerin der Amerikanistik. Ihre erste große Übersetzung mit der sie bekannt wurde, war übrigens 1936 der bis heute gelesene „Van Gogh“-Roman von Irving Stone.

In Berlin-Lichtenberg ist eine Gesamtschule und eine Straße nach ihr benannt, weitere Straßenbenennungen erfolgten in Potsdam und Gießen. Der 16. September, Mildred Harnacks Geburtstag, ist seit 1980 Gedenktag im Staat Wisconsin und das Mädchen-College an ihrem Geburtsort Milwaukee hat ihr eine Homepage mit dem Titel „The Unknown Heroine“ eingerichtet (www.dsha.k12.wi.us/harnack.htm).

Es sei in diesem Zusammenhang noch einmal hingewiesen auf den MOHG-Beitrag (Bd. 65, 1980) von Andreas Anderhub: Die Gießener Studenten in der Schlussphase der Weimarer Republik oder: Wie Mildred und Arvid Harnack zu Gegnern des Nationalsozialismus wurden.

Dagmar Klein

Ludwig Brake, Jürgen Friedel, Zwischen Kulturdenkmal und städtischem Wirtschaftsbetrieb. Der Gießener Friedhof auf dem Rodtberg, herausgegeben vom Magistrat der Universitätsstadt Gießen, Stadtarchiv, 126 S., zahlreiche Abbildungen, Gießen 2003 (= Schriften zur Gießener Stadtgeschichte 6), 4,50 €

Wenn über Friedhöfe geschrieben oder berichtet wird, so handelt es sich meist um kunstgeschichtliche Aspekte der Grabdenkmalgestaltung oder um gartenarchitektonische Probleme von Anlagen der letzten Ruhestätten von Menschen.

Umso überraschter wird der Leser dieses Buches sein, daß sich der Gießener Stadtarchivar Ludwig Brake der dankenswerten Aufgabe unterzogen hat, die erst hundertjährige Geschichte des großen Gießener Friedhofs am Rodtberg einer ganz anderen Betrachtungsweise zu unterziehen. Er untersucht nämlich in erster Linie die Entstehungsgeschichte dieses Friedhofs gegen Ende des 19. Jahrhunderts und seine sozio-ökonomische Funktion als kommunale Einrichtung im Zusammenhang mit der rasant wachsenden Bevölkerung der Stadt Gießen.

Außerordentlich hilfreich und eine wertvolle Ergänzung der Gesamtdarstellung sind die Ausführungen des Amtsleiters des Garten- und Friedhofsamtes der Stadt Gießen Jürgen Friedel, der den Friedhof als Dienstleistungs- und Wirtschaftsbetrieb zu verwalten hat, aber darüber hinaus diesem Park seine Aufmerksamkeit schenkt, weil er in ihm auch einen Ort der Meditation und Geborgenheit für die Bevölkerung begreift, der nicht nur behördlich geordnet, sondern inständig gepflegt werden muß, um das Wort Johann Wolfgang von Goethes wahr werden zu lassen: „Willst du wissen, wie eine Stadt ist, schau dich auf ihrem Friedhof um“.

Brakes Untersuchung beginnt mit der entscheidenden Problematik der Zeit um die Jahrhundertwende: Kann der fast voll belegte Alte Friedhof aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erweitert werden oder muß sich die Stadt um neues Gelände für einen Friedhof bemühen?

Der Leiter des Stadtarchivs hat dazu nicht nur die überaus reiche Aktenüberlieferung seines Hauses herangezogen, sondern er hat es auch verstanden, die an sich trockene Materie der spätestens seit 1875 schon laufenden und schier endlosen Diskussionen in der Bürgerschaft und in der Stadtverordnetenversammlung um Erweiterung oder Neuanlage so treffend zu schildern, daß hier ein wichtiger Abschnitt städtischer Geschichte deutlich wird. Unverzichtbar war hierfür das wissenschaftliche Gutachten des späteren Ehrenbürgers von Gießen, des Hygiene-Professors Dr. Georg Gaffky, aus dem Jahre 1896, das im

Kleindruck beigefügt ist und eindringlich und überzeugend für den Bau eines „Neuen Friedhofs“ plädierte.

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich eingehend mit der Planung der Baumaßnahme und schließlich mit der Ausführung und Umsetzung, bis dann am 6. Juli 1903 die erste Beisetzung stattfinden konnte.

Es zählt zu den Vorzügen des Buches, daß der Autor die relativ belanglose Auseinandersetzung über eine mögliche religiöse Weihe nicht unerwähnt läßt und diesen „Weihestreit“ zwischen dem evangelischen Stadtpfarrer Dr. Karl Naumann und dem katholischen Oberbürgermeister Mecum noch dadurch persifliert, daß er das in Frankfurter Mundart abgefaßte Gedicht (von eme ahle frankforder?) unter dem Titell „Gießener Religionskrieg“ in der Originalfassung aufgenommen hat.

Hochinteressante Einblicke in die soziologischen Veränderungen einer Stadt vermitteln dann die von Lage und Entfernung bestimmten notwendigen neuen Formen des Bestattungswesens, die in der Friedhofs- und Begräbnisordnung von 1903 festgelegt wurden.

Wachsende ökonomische Zwänge führten zu neuen Überlegungen hinsichtlich der Kostenfrage, die ohne Gebührenerhöhung von der Stadt nicht mehr zu leisten war. Die durch andere Auffassungen eines Teils der Bevölkerung gewünschte Einäscherung von Leichen an Stelle der bis dahin allgemein üblichen Bestattung brachte dann den Bau eines Krematoriums, das am 7. August 1926 seinen Betrieb aufnahm.

In der Folgezeit sah man sich genötigt, Gestaltungsrichtlinien zu erlassen, um der individuellen und unbegrenzten Errichtung von Grabdenkmälern Einhalt zu gebieten. Hier hat in den zwanziger Jahren der auch sonst sehr rührige Bürgermeister Dr. Hamm über die Stadt hinaus Einfluß genommen und neue Wege beschritten, über die Brake ausführlich informiert und die schließlich im April 1940 zu geänderten Regelungen in der Grabstättengestaltung führten.

Die weitere Entwicklung brachte es mit sich, daß Dienstleistungen der Stadt in zunehmendem Maße in private Hände übergingen, so daß Bestattungsunternehmen und Friedhofsgärtnereien gegründet werden konnten. Eine bessere Verkehrsanbindung brachte der Bau einer elektrischen Straßenbahn im Jahre 1909, die mit ihrer sogenannten „Grünen Linie“ vom Bahnhof über den Marktplatz und die Marburger Straße bis zum Friedhofseingang geführt wurde. Die gute alte „Elektrisch“, von der ein prächtiges Bild (S. 69) lebhaftere Erinnerungen weckt, ersparte den Trauergästen den mitunter beschwerlichen Weg vom Wiesecker Weg über die Friedhofsallee zum Rodtberg.

Abschließend geht Brake auf die baulichen Veränderungen und Erweiterungen des Neuen Friedhofs ein und stellt fest, daß die ursprünglich eingeplante Fläche von 8,5 Hektar inzwischen fast um das Dreifache vergrößert werden mußte. Hier war darauf hinzuweisen, daß bedingt durch die Katastrophen der beiden Weltkriege sowie durch die veränderte Einstellung breiter Bevölkerungsteile zu Tod und Bestattung, zu den herkömmlichen Gräberfeldern solche für Kriegsgräber, für die über 800 Opfer der Bombenangriffe, für Totgeburten, für anonyme Bestattungen und auch Grabfelder für Zwangsarbeiter und jüngst auch für Angehörige des Islam angelegt werden mußten. Zu den Grabfeldern der beiden früheren jüdischen Gemeinden (orthodox und liberal) wurde eine Erweiterung für die neue Jüdische Gemeinde Gießens eingerichtet.

Es gehört zu den besonderen Vorzügen dieses Buches, daß gerade diesen Entwicklungen der Nachkriegszeit, die heute oft schamhaft verschwiegen werden, große Aufmerksamkeit gewidmet ist.

Die den Band abschließende „Standortbestimmung“ im Jahre 2003 aus der Feder von Jürgen Friedel macht deutlich, daß es dem Verfasser nicht nur darum ging, den Friedhof als Dienstleistungs- und Wirtschaftsbetrieb darzustellen und dies mit entsprechenden Zahlen und Daten zu dokumentieren. Dies ist notwendig und gehört als seine Amtspflicht zweifellos in diese Gesamtdarstellung zum hundertjährigen „Geburtstag“ des Neuen Friedhofs hinein.

Vielmehr wird man von Friedels Gedanken berührt, die etwas aussagen von den religiösen und ethischen Quellen, die seinen „Dienst am Friedhof“ beleben. Er möchte den Bürgern dieser Stadt ein Stück Friedhofskultur vermitteln und dafür sorgen, daß der Friedhof nicht nur als eine Trauerstätte dienlich ist, sondern als ein Ort der Stille, der Erinnerung und der Kontemplation empfunden wird. Es kann nicht verwundern, daß Friedel dabei auch auf die Tatsache hinweist, daß Friedhöfe zu den am besten gesicherten Grünflächen unserer Stadt gehören und nur schwer zu entwidmen sind, wie es das Beispiel des Alten Friedhofs beweist. Er betont auch die oft übersehene ökologische Funktion des parkartig angelegten Friedhofs, der eine (Über)lebenssphäre für seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten schafft.

Bleibt zu erwähnen, daß das angenehm lesbare und geschmackvoll aufgemachte Büchlein mit zahlreichen alten und neueren Fotografien, sowie erklärenden Karten und Planskizzen ausgestattet ist.

Mit Recht wurde der Neue Friedhof wegen seiner künstlerischen, geschichtlichen und städtebaulichen Bedeutung als „Sachgesamtheit“ zum Kulturdenkmal erklärt, und es darf den Verfassern gedankt

werden, daß sie mit ihrer Darstellung seine Bedeutung als Teil der Stadtgeschichte noch unterstrichen haben.

Erwin Knauß

Buchanzeigen

Dagmar Mehnert, Konkurrenz, Konzepte, Kieserit, Die Kaliindustrie im Werratal, Kassel 2002 (= Hessische Forschungen zur geschichtlichen Landes- und Volkskunde 39)

Thomas Fuchs, Traditionsstiftung und Erinnerungspolitik, Geschichtsschreibung in Hessen in der Frühen Neuzeit, Kassel 2002 (Hessische Forschungen zur Landes- und Volkskunde 40)

R. Renz, E.-M. Dickhaut, S. Externbrink, H. Peter, J. Witzel, Bearb.: Katalog der Leichenpredigten und sonstiger Trauerschriften in der Zentralstelle für Personen- und Familiengeschichte zu Frankfurt-Höchst, Stuttgart 2003 (= Marburger Personalschriften-Forschungen, Bd. 36).

Autoren des Bandes

Dr. Peter Adamski, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Seminar für Didaktik der Geschichte, Grüneburgplatz 1, 60629 Frankfurt am Main (Adamski@em.uni-frankfurt.de)

PD Dr. Siegfried Becker, Institut für Europäische Ethnologie/Kulturwissenschaft, Biegenstraße 9, 35037 Marburg (becker4@staff.uni-marburg.de)

Dr. Michael Breitbach, Posener Straße 17, 35394 Gießen (Breitbach@admin.uni-giessen.de)

Dr. Klaus Eiler, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Mosbacher Straße 55, 65187 Wiesbaden (poststelle@hhstaw.hessen.de)

Dr. Peter Engels, Stadtarchiv Darmstadt, Karolinenplatz 3, 64225 Darmstadt (peter.engels@stad.hessen.de)

Dr. Sylvia Kesper-Biermann, Alte Amtsstraße 43, 33100 Paderborn

Prof. Dr. Erwin Knauß, Georg-Philipp-Gail-Straße 14, 35394 Gießen

Dr. Karl Murk, Hessisches Staatsarchiv Marburg, Friedrichsplatz 15, 35037 Marburg (poststelle@stama.hessen.de)

Prof. Dr. Jürgen Reulecke, Justus-Liebig-Universität Gießen, SFB 434, Otto-Behaghel-Straße 10 G, 35394 Gießen (reulecke@fb1.uni-siegen.de)

PD Dr. Ralf Roth, Historisches Seminar, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Grüneburgplatz 1, 60629 Frankfurt am Main (ralfroth1@compuserve.com)

Prof. Dr. Winfried Speitkamp, Justus-Liebig-Universität Gießen, Historisches Institut, Otto-Behaghel-Straße 10 C, 35394 Gießen (winfried.speitkamp@geschichte.uni-giessen.de)

OBERHESSISCHER GESCHICHTSVEREIN

Mitgliedsbeitrag: 15,00 € jährlich für Einzelmitglieder
20,00 € für Familienmitgliedschaft

Konten: Sparkasse Gießen
BLZ 513 500 25, Kto. Nr. 200 508 512
Volksbank Gießen
BLZ 513 900 00, Kto. Nr. 457 701

Die Mitgliedschaft berechtigt:

1. Zum Bezug der jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“. Die persönliche Abholung im Stadtarchiv ist erwünscht. Die spätere Zustellung ist mit Porto-kosten verbunden.
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und bevorzugter Teilnahme an den Exkursionen des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den „Mitteilungen“ sind die Verfasser verantwortlich. Zukünftige Aufsätze und Beiträge werden druckreif, d.h. ohne Korrekturen und Zusätze für den Druck bereit, erbeten. Die Manuskripte sollten im Ausdruck und auf Diskette vorliegen.

Anschrift: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V.
Stadtarchiv, Postfach 11 08 20, 35353 Gießen
Adresse: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e. V.,
Stadtarchiv, Rodheimer Straße 33, 35398 Gießen
Telefon: 0641/6940661, Fax: 0641/6940663
eMail: stadtarchiv@giessen.de
Redaktion: Ludwig Brake, Michael Breitbach, Eva-Marie Felschow

Der Schriftentausch wird von der Universitäts-Bibliothek Gießen, Otto-Behaghel-Straße 8, durchgeführt.

An alten Jahrgängen der „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ sind noch vorhanden und können über die Geschäftsstelle im Stadtarchiv, Postfach 11 08 20, 35353 Gießen, bezogen werden:

Nr. 40/1955	2,55 €
Nr. 41/1956	2,55 €
Nr. 43/1959	2,55 €
Nr. 44/1960 Festschrift Prof. Dr. Rauch	2,55 €
Nr. 46/1962	2,55 €
Nr. 47/1963	2,55 €
Nr. 48/1964	2,55 €
Nr. 49/50/1965	2,55 €
Nr. 51/1966	2,55 €
Nr. 52/1967	2,55 €
Nr. 53/54/1969	2,55 €
Nr. 55/1970	2,55 €
Nr. 56/1971	2,55 €
Nr. 57/1972	2,55 €
Nr. 60/1975	2,55 €
Nr. 61/1976	2,55 €
Nr. 62/1977 Festschrift Dr. Herbert Krüger	2,55 €
Nr. 63/1978 Festschrift 100 Jahre OHG	2,55 €
Nr. 64/1979 Festschrift 100 Jahre Oberh. Museum	2,55 €
Nr. 65/1980	2,55 €
Nr. 66/1981	2,55 €
Nr. 67/1982	2,55 €
Nr. 71/1986	2,55 €
Nr. 76/1991	2,55 €
Nr. 79/1994	16,00 €
Nr. 80/1995	16,90 €
Nr. 81/1996	19,40 €
Nr. 82/1997	14,40 €
Nr. 83/1998	13,00 €
Nr. 84/1999	17,40 €
Nr. 85/2000	13,20 €
Nr. 86/2001	10,30 €
Nr. 87/2002	14,00 €
Nr. 88/2003	?

Ältere Jahressbände werden öfter für wissenschaftliche Institutionen gesucht. Der Verein bittet seine Mitglieder um Abgabe von „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ Nr. 1-79.

